

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

213/214 · Juli/August 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Gastkolumne	581
Essay	
FRIGGA HAUG Politische Subjekte im Neoliberalismus	583
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
MICHAEL WOLF Die Reform der Hartz-IV-Reform: Verfolgungsbetreuung plus	594
1968	
KARL-HEINZ GRÄFE Prager Frühling 1968: letzter sozialistischer Erneuerungsversuch?	617
AYHAN BILGIN Die 68er Bewegung in der Türkei	628
Hannah Arendt	
MARIO KESSLER Zwischen Paria-Existenz und jüdischem Commonwealth. Hannah Arendt über Antisemitismus und Zionismus	646
ALFRED LOESDAU Politisch denken und historisch sehen. Hannah Arendts Verhältnis zu linken Intellektuellen	656

Interview

- ERHARD SCHERNER
Die Fronten gingen durcheinander ...
Ein Interview zu den Auskünften Ludwig Kroeber-Keneths
aus Kronberg über seine und Alfred Kurellas Reise
1919 nach Sowjetrußland 662

Nachhaltigkeitsdebatte

- MARKO FERST
Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende 691
- HUBERT FETZER
Klimawandel und Sozialismus 699

Standorte

- DETLEF KANNAPIN
Im Garten der Beliebigkeit.
Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie 708

Konferenzen & Tagungen

- PETER SCHÄFER
Die Rückkehr des Viktor Agartz
Tagungsbericht 732
- VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT
Mit unserer Gesundheit Kasse machen? 736

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 742

Bücher & Zeitschriften

- Rainer Ferchland (Hrsg.):
Sozialberichte: Was sie benennen
und was sie verschweigen. Studie des Institutes
für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin – isda.
Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 38
(HANSGÜNTER MEYER) 744
- Norbert Frei:
1968. Jugendrevolte und globaler Protest
(BERND HÜTTNER) 752
- Stefania Maffei:
Zwischen Wissenschaft und Politik.
Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993
(INGO STÜTZLE) 753
- Rolf Haubl, Volker Caysa:
Hass und Gewaltbereitschaft.
Philosophie und Psychologie im Gespräch
(KONSTANZE SCHWARZWALD) 755

Rainer Funk: Erich Fromms kleine Lebensschule (JÜRGEN MEIER)	759
Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Erhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008 (MARCEL BOIS)	761
Summaries	764
An unsere Autorinnen und Autoren	
Impressum	768

Gastkolumne

Es ist Frühsommer und Zeit für den ersten Parteitag der LINKEN in Cottbus – Oskar Lafontaine heizt den Delegierten in seiner Rede ein. Er nimmt sich den finanzmarktgesteuerten Kapitalismus zur Brust und kritisiert aus dieser Perspektive die herrschende Gesellschaft. Und sagt sehr viel Wahres in rhetorisch ansprechender Form, zitiert Marx, Luxemburg, Benjamin, Adorno und Horkheimer. Der LINKEN, Lafontaine und vielen anderen, gebührt Respekt und Dank dafür, dass die herrschende Standortlogik in den Medien eben nicht mehr unwidersprochen bleibt. Ihretwegen dürfen die in Deutschland verarmenden Menschen auch in der öffentlichen Diskussion wahrnehmen, dass sie an ihrer Situation nicht selbst schuld sind, sondern der Kapitalismus. Rhetorik ist wichtig, denn sie erreicht die Menschen.

Es gilt aber weiterhin das zu erstreben, was Peter von Oertzen der WASG anlässlich der Parteinuugründung aufgab: eine gesellschaftlich verwurzelte, programmatisch seriöse und authentische linkssozialistische Partei zu werden. Eine zweite SPD, so von Oertzen, wäre kein Fortschritt.

Gesellschaftliche Verwurzelung erreichen bedeutet mehr als den erreichten Stamm an Mitgliedern sowie an Wählerinnen und Wählern zu pflegen oder sogar auszuweiten. Das nämlich geht mit Rhetorik, Medienpräsenz und parlamentarischen Initiativen, vor allem auch, indem man die SPD vorführt. Symptomatisch hierfür ist eine Argumentationsfigur aus der Rede Lafontaines: Wer die Demokratie retten will, muss die alleinige Verfügung der Unternehmenseigner und Finanzinvestoren über Gewinn, Investitionen und Kapital in Frage stellen. Richtig. Seine Waffe – die Bundestagsfraktion DIE LINKE präsentiert einen Gesetzentwurf zur paritätischen Mitbestimmung – ist allerdings stumpf.

Rhetorik wird erst dann zu Theorie und Parlamentarismus, erst dann zu politischer Praxis, wenn diese Forderungen in einer gesellschaftlichen Bewegung verwurzelt sind, wenn nicht Medienpräsenz sondern die Herausforderung neoliberaler gesellschaftlicher Hegeemonie wort- und handlungsleitend werden.

Echte Verwurzelung bedeutet, dass die Menschen zu Subjekten der Veränderung ihres gesellschaftlichen Kontextes werden, ihren Alltag verändernde, am Solidaritätsprinzip orientierte politische Ziele entwickeln und dazu die Partei als eine Institution der bürgerlichen Politik nutzen. Somit ist auch der Zusammenhang zur programmatischen Seriosität gegeben. Seriös ist die Programmatik der LINKEN

dann, wenn sie an realen gesellschaftlichen Widersprüchen und Kämpfen ansetzt und gesellschaftlich realisierbare Handlungsschritte formuliert, die auch die Menschen in ihrem Alltag handelnd einbeziehen. Das zusammen ergibt eine scharfe Waffe gegen Unternehmermacht.

Am Problem, dass sich in der Tarifpolitik strukturell kampfstärke Gruppen verselbständig und neben beziehungsweise gegen DGB-Gewerkschaften eigenständig Tarifikämpfe erfolgreich führen, möchte ich dieses Argument entfalten. Denn es fällt den DGB-Gewerkschaften ja schwer, diese Gruppen wieder für den »Solidarzusammenhang Einheitsgewerkschaft« zu begeistern. Das liegt zu einem großen Teil daran, dass die DGB-Gewerkschaften das Solidarprinzip selbst nicht überzeugend vorleben: Ihre eigene Tarifstruktur ist zusehends zersplittert und orientiert sich immer noch zu sehr an Regelarbeitsverhältnissen, die nicht mehr die Regel sind; die Arbeits(stellen)losenarbeit führt ein Schattendasein. Der DGB wurde durch die Einzelgewerkschaften weiter geschwächt und hat sich als allgemeinpolitischer Akteur an vielen Orten weitestgehend zurückgezogen.

Hier zeigt sich die Bedeutung einer seriösen Analyse für die gesellschaftliche Verfassung der Linken. Solidarität bedarf der Begründung, Menschen aus verschiedenen Alltagsrealitäten müssen verstehen, warum sie zusammenhalten sollen und auch gegen wen sich dieser Zusammenhalt richtet.

Das muss nun die Linke überhaupt, nicht nur die Partei, leisten. Ansonsten verharrt die Politik in einer Form der paternalen Betreuung, in der die Granden in Partei und Gewerkschaften die Sache für die Menschen richten. Auf Dauer führt das bestenfalls zu einer zweiten Sozialdemokratie.

Ein Symptom in Cottbus: Die Reizthemen der vergangenen Wochen schienen keiner Diskussion mehr würdig. Sie lieber nicht auf die öffentliche Bühne bringen, schien der Konsens der Delegierten. Mehrere Stunden Zeit nahm sich der Parteitag für die Diskussion des Leitantrages. Etliche Änderungsanträge modifizierten hier ein Sätzchen oder fügten dort etwas hinzu, so dass gegen Ende der Debatte keiner mehr so genau wusste, was eigentlich schon enthalten ist und was nicht. Als die Versammlung jedoch zu der Passage kam, in der das Zukunftsinvestitionsprogramm gefordert wurde, entbrannte keine Debatte. Dabei war das Programm im Vorfeld höchst kontrovers diskutiert worden. Die großen Debatten führt die Partei also außerhalb des Parteitages, in ihren Zirkeln und in den Medien. Das darf nicht so bleiben.

CLAUS-DIETER KÖNIG

FRIGGA HAUG

Politische Subjekte im Neoliberalismus

»Politische Subjekte« zu thematisieren und nicht einfach Subjekte, wie mir aufgetragen war, hat einen doppelten Grund. Es gibt mir die Möglichkeit, zugleich auch von der neuen Partei zu sprechen, die ja auch ein Subjekt ist, und in organischer Verschränkung von der Wechselwirkung der individuellen Subjekte nicht nur mit dem Neoliberalismus, also wie sie von ihm betroffen sind, sondern auch wie sie von einer Linkspartei betroffen sein könnten, bzw. an sozialistischer Perspektive mitarbeiten, wenn es eine solche geben könnte, also wahrhaft politische Subjekte sind.

Während des letzten Wahlkampfs redete ich mit vielen unterschiedlichen Menschen, mit alternativen Gruppen, mit Initiativen, mit Lehrern, also mit allen, die ich gerade traf, um sie für die Linkspartei zu gewinnen. Dabei hatte ich sogar gehofft, Handwerker in der Stadt, in der ich jetzt lebe, Esslingen, anzurühren – aber sie kannten nicht mal den Namen Linkspartei, so war der Weg zu weit. Das war natürlich anders bei einer alternativen Uni in Potsdam, die mich aufrührerisch eingeladen hatte. Jedoch wollten diese zu meiner Überraschung diese Partei auf keinen Fall wählen – wegen der Erfahrungen in Berlin. Die Lehrer, auch alternative, die zur Weiterbildung, auch zur politischen gekommen waren, bekannten sich zur Wahlabstinenz. Rührige, um die politische Kultur verdiente Menschen gestanden, ganz gegen das Parteisystem zu sein und andere, ebenfalls aus dem linksalternativen Wissenschaftsspektrum, arbeiteten gar an einer weiteren Parteigründung, nachdem sie schon aus der WASG ausgetreten waren, weil sie zur Einsicht gelangt waren, dass es nur um die Aneignung von Millionen gehe, um Mandate, um gute Einkommen einer Clique. Auf diese Auffassung stieß ich sogar bei Freunden innerhalb der um jeden Fußbreit kämpfenden PDS-Mitglieder in Bayern.

Diese Reaktionen und Einstellungen sind nicht nur ein schlechtes Zeichen. Schließlich zeigen sie auch, dass die Linke in der BRD weit größer ist als die Zahl der Linkspartei-Wähler. Es ist also mehr zu gewinnen. Auf der anderen Seite sind sie ein Echo auf die Erfahrung, wie sie von Robert *Michels* Anfang des vorigen Jahrhunderts formuliert wurde, dass nämlich die Parteien, kommen sie erst an die Regierung, eine Tendenz zur Bürokratisierung, zur bloßen Machtverwaltung haben und jedenfalls alsbald aufhören, die Interessen derer, die sie gewählt haben, zu vertreten.¹ Man nennt das Entfremdung von der Basis. Die Erfahrung mit der rotgrünen Regierung, die sich zur Vollstreckerin des Neoliberalismus gemacht hat, sitzt allen

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. em. Dr., Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie von »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kampagne. Ein HKWM-Stichwort, Heft 211 (Mai 2008).

1 Vgl. Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. (1911) Stuttgart 1970.

in den Knochen. Ohnmachtsgefühle breiten sich aus, sobald man an Partei und Regierung denkt, sie werden von den Medien weidlich geschürt.

Allerdings sind diese Haltungen auch ein Subjekt-Effekt der neo-liberalen Verfassung von Land und Regierung. Und in dieser Weise zählt auch eine neue linke Partei die Rechnung für die Politik der Rot-Grünen.

Umgekehrt wirkte tatsächlich die Geistesgegenwart von WASG und PDS, sich zur Wahl zusammenzufügen, wie ein Antidepressivum. Sogar die FAZ urteilte: Lafontaine konkurriert mit der Pharmaindustrie, weil die Depressionswerte gesunken seien. Betrachtet man die Wählerstruktur, sieht man von den Nichtwählern ab, haben immerhin 55 Prozent links gewählt und 25 Prozent der Arbeitslosen.

Nach der Wahl gab es allenthalben Aufrufe, die besorgt auf die vor der Linkspartei liegende Arbeit und auf die möglichen Versäumnisse, die Zeit zu nutzen, aufmerksam machten. Da geht es immer wieder um die Verbindung zu den außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen. Am bekanntesten ist vielleicht der Aachener Appell, zumeist von WASG-Mitgliedern unterzeichnet, die ihre Erwartungen beizeiten öffentlich machen: Sie fordern eine glaubwürdige Opposition gegen den Neoliberalismus und gegen Sozialabbau, gegen Militarisierung, Rassismus und verlangen, Alternativen zu zeigen und deren Stützung durch Initiativen vor Ort, durch Foren, Aktionen, Demonstrationen, sie wollen also einen Beitrag der Bundestagsfraktion zum außerparlamentarischen Kampf. Das bedeutet: Schaffung nachhaltiger und emanzipativer Strukturen zur Beteiligung nicht parteigebundener Gruppen und Individuen, eine Neuorientierung von Gesellschaft und Wirtschaft, die ökologisch und sozial verantwortlich sein soll: »Die Hegemonie des Neoliberalismus kann im Parlament allein nicht gebrochen werden.« Die Gewerkschaften sollen von der SPD entflochten werden, damit Widerstand gegen soziale Angriffe durch die große Koalition aufgebaut werden kann. Im Ganzen geht es um die Bildung einer starken handlungsfähigen gesamtdeutschen Linken, für die ein Zeitfenster von zwei Jahren höchstens angenommen wird. Gefordert wird auch eine öffentliche Hinterfragung der möglichen Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin. Die neue Linke müsse mehr sein als eine Addition zweier Parteiapparate.

Alle Besorgnis spricht aus historischer Erfahrung und signalisiert zugleich eine andere Gestaltung von Politik. Dafür lohnt es sich, noch einmal an Antonio Gramsci und Rosa Luxemburg zu erinnern:

Luxemburg findet schon eine Sozialdemokratie vor, wie sie Michels beschwor. In ihr gibt es die Radikalen (Rühle u. a.), die Wahlen boykottieren, weil sie vom Parlament nichts halten. Gegen diese ruft sie auf dem Gründungsparteitag der KPD, dass es nicht darum gehe für oder gegen das Parlament zu sein, sondern »um die geistige Revolutionierung der Massen«. Obwohl es sich in unserer von Sachzwängen und Enttäuschungen gesättigten politischen Sprache verwegen und auch veraltet anhört, zitiere ich sie: »Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von Außen. Wir wollen dieses Bollwerk von Innen heraus sprengen. Wir wollen die Tribüne der

Nationalversammlung und auch diejenige der Wählerversammlungen.² Sie kritisiert Engels, der den parlamentarischen Kampf (in seinem Todesjahr 1895) als Gegensatz zur »direkten revolutionären Aktion (...) und geradezu als das einzige Mittel des Klassenkampfes betrachtet«³ und damit dem reinen Nur-Parlamentarismus der SPD seinen Segen gab – (unter dem Druck der Reichstagsfraktion, schlecht informiert), um sie »vor anarchistischen Entgleisungen zu retten (...) Von nun an beherrschte diese Auffassung tatsächlich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Tun und Lassen, bis wir das schöne Erlebnis am 4. August 1914 gehabt haben. Es war die Proklamierung des Nichts-als-Parlamentarismus«⁴, – was sie in der Folge als »Versumpfung und Verlotterung der Arbeiterbewegung« bezeichnet. Unter Kautsky ging es so weiter: »Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei (...) für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.«⁵

Heute, fast 100 Jahre später, sind die Kämpfe zugleich schwieriger und leichter. Die SPD ruft keinen Marxismus mehr zur Legitimierung ihrer Politik, sondern agiert offen neoliberal, aber aus dieser Entwicklung ist die Arbeiterklasse ganz offenkundig geschwächt hervorgegangen.

Dabei geht es immer weiter um den Kampf für den 8-Stunden-Tag, wie damals schon, und um eine Verknüpfung an den Grenzen des Kapitalismus entlang, um Neuerfindung sozialer Politik, gegen Subalternität gegenüber transnational-ökonomischen Prozessen, gegen Politiker als Statthalter im System – die etwa gerade auch noch die Abschaffung der Erbschaftssteuer beschließen.

Antonio Gramsci skizziert in seiner scharfen Kritik an Michels auch, wie im Unterschied oder gar Gegensatz zur charismatisch geführten oder korporatistischen Partei eine linke Partei überall Verbindungen in die Gesellschaft sucht, die Leute versteht, ihre Gefühle kennt, wie ein Katalysator die Möglichkeiten der Einzelnen verdichtet und sie nicht etwa vereinheitlicht, sondern in eine Art aggregierte Handlungsfähigkeit führt.

Und zu den Individuen, welche ja in dieser Veranstaltung in der Frage nach den Subjekten im Neoliberalismus gemeint sind, denkt er, dass im Alltagsverstand die Erfahrungen aus verschiedenen Zeiten und Bewusstsein kritiklos angehäuften werden und je nach Bedarf die eine oder die andere zur Legitimation und Erklärung eigener Handlungen und Entschlüsse hervorgeholt werden kann. Der Alltagsverstand ist für ihn so zugleich die Basis, von der her die Einzelnen sich die Welt zurechtlegen und zu ihrem Nutzen Handlungen durchzuführen suchen, als auch die Behinderung emanzipierter Handlungsfähigkeit. Der Alltagsverstand ist widersprüchlich, zumindest »inkohärent«. Je nachdem, zu welchem Kollektiv die einzelnen Praxen und ihre Zurechtlegungen gehören, werden die Begründungen kulturell verankert. So kann einer zugleich abergläubisch sein in vielen Alltagsentscheidungen, eine wissenschaftliche Weltanschauung haben, sich die Dinge zum Wohle aller zurechtle-

2 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin 1974, S. 485.

3 Ebenda, S. 492 f.

4 Ebenda, S. 493.

5 Ebenda, S. 494.

gen und die Abgabe aller Handlungsfähigkeit an einen Führer in einer anderen Dimension seines Denkens für richtig halten. Er hat, wie man das heute nennt, ein »fragmentiertes« Bewusstsein. Gramsci zog daraus den Schluss, dass jeder Einzelne sich Rechenschaft ablegen müsse, in welcher Schicht seine Urteile jeweils abgelagert sind, ob er selbst sie mit seinem fortgeschrittensten Bewusstsein für angemessen halten könne und so ein Verzeichnis von seinem Alltagsverstand anlegen müsse, dessen Besichtigung und Neuordnung ihm mehr Handlungsfähigkeit in einem von ihm selbst bejahten Sinn ermögliche.⁶

6 Vgl.: Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, in: Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe, Band 6, Heft 10 und 11, Hamburg 1994, S. 1376.

Es kommt also darauf an, zu begreifen, wer die Menschen sind, etwa die *Subjekte* im Neoliberalismus, von denen ich oben sagte, dass sie auch Subjekteffekte neoliberaler Vergesellschaftung sind und nicht einfach Initiativen, soziale Bewegungen, Individuen, die so mir nichts dir nichts in die Politik einbezogen werden könnten, als handle es sich um ein Spiel, an dem jetzt alle, so wie sie sind, mitmachen wollen und können.

Die Subjekte sind vielmehr chaotisch, Anti-Partei, inhomogen, ohne gemeinsame Zielsetzung, zum Teil antisozialistisch. Da schreibt eine Initiative z. B. zur neuen Linkspartei, als »neue widerständige Koalition«, dieses »Netzwerk der Linken (habe) eine heikel-dominante Sicht der Dinge. Als Verlautbarung dominant – heikel, da die beiden momentanen Hauptakteure ihre eigenen Interessen zuvorderst gefördert sehen wollen. Was wiederum viele nicht wünschen.«

Der Status der individuellen Subjekte im Neoliberalismus ist auf der Basis nicht des Fließbands, also nicht fordistisch zu bestimmen, sondern auf High-Tech-Niveau. So scheint es mir nicht sehr treffend zu sein, die Hegemonie des Neoliberalismus aus einer weitgehend »illusionären« Verfasstheit der Individuen herzuleiten, wie dies etwa in Michael Bries Thesenpapier klingt: Einige hingen der Illusion an, die Chancen des Neoliberalismus seien höher als seine Gefahren. Weiter kommt man, zu diagnostizieren, es handle sich bei der neoliberalen Hegemonie um etwas, – wie das in den Brie-Thesen auch an anderer Stelle steht – das Gramsci eine »passive Revolution« nennt, also um die Integration sozialistischer Hoffnungen in eigene Politik. Die Utopie wird ins Diesseits geholt und erscheint genau dort, wo es uns an den Kragen geht. Dies geschieht etwa durch die zentrale Losung der Selbstbestimmung.

Prüfen wir also das Streckbrett, auf dem die Subjekte geformt werden sollen: Peter Hartz z. B., über den sehr viel Aufrührerisches zu sagen ist, vor allem in Bezug auf sein Menschenbild, seine Hetze zum Rennen, Rackern, Rasen, fit, flexibel, fantastisch – die auf dem Taschenspielertrick basiert, den Menschen als Maschine zu fassen, der, da zunächst Säugling, später zu alt, dazwischen auch noch mit zuviel Stillstandszeiten ausgestattet – Schlaf, Urlaub, Sonntage usw., viel besser zu nutzen sein muss, oder ausgemustert gehört, damit die Wirtschaft noch mehr vorankommt – Hartz also, der Hartz IV den Namen gab und die Agenda 2010 entwarf, die weiterhin die Politik bestimmt, obwohl Hartz selbst u. a. wegen Bestechung von Arbeiterfunktionären durch Prostituierte, die er erster Klasse aus Lateinamerika einfliegen ließ, in Misskredit geriet, Hartz arbeitet mit den Gefühlen derer, die Veränderung wollten. Er übernimmt die

Hoffnungsworte der sozialen Bewegungen und fügt aus ihnen das neue Angebot des »Unternehmers« zusammen, der ein jeder durch Wortzauber fortan sein kann: »Arbeitszeitsouveränität – das Ende der Arbeitszeiterfassung ist der erste Schritt zu einer neuen *Mündigkeit*: *Zeiten selbst organisieren*, statt Auftrag und Aufgabe abzuarbeiten. *Vertrauensarbeit* ist der zweite Schritt: *Ziele* setzen und Erfolg abfordern, statt Details zu planen. Die *Revolution* beginnt mit dem dritten Schritt: Arbeit wird neu definiert: Sie umfasst wieder ein *ganzheitliches* Stück Leben: lernen, produzieren, kommunizieren. Etwas bewegen! Der Unternehmer vor Ort nimmt das Schicksal seiner Beschäftigung mit in die Hand. (...) Diese Neudefinition der Arbeit wird ein beherrschendes Thema der Zukunft.«⁷

Sehen wir auch, was alles mit »selbst« zusammengesetzt ist: etwa Selbstorganisation, Selbst-disposition, Selbst-ständigkeit usw., bis das Selbst zum Herrn der Schöpfung mutiert.

Die neoliberalen Einschärfungen des Peter Hartz sind dann jetzt keine Illusion, in dem Sinn, dass sie nicht wirklich gemeint sind, sondern die mit »selbst« verbundene Hoffnung kann in der Wirklichkeit nicht von den Einzelnen, von jedem für sich, sondern nur kollektiv eingelöst werden. Dies fällt leicht unmittelbar auf, wenn man Hartz sagen hört, dass statt Mitbestimmung Selbstbestimmung angesagt sei. Freiheit wird, wenn ebenfalls aufs Individuum bezogen, zur Gegenwehr gegen ein solidarisches Projekt von Gesellschaft.

Oder hören wir Horst Köhler in seiner »konzeptionell intellektuell-geistigen Führung« vor dem Arbeitgeberforum – wo er dem »Kollaps des Sozialsystems« dadurch entgegenwirken will, dass er für die Ordnung einer funktionierenden Gesellschaft in der Globalisierung, einen Rückbezug auf den VW-Käfer als globales Deutschesymbol empfiehlt, und »Leistung, die zu sozialem Fortschritt führt«. Zur Aufgabe der Bürger wird es somit, sich selbst in ein Schnäppchen zu verwandeln im »Free trade« der Ladenhüter – was ja Arbeitslose, die keiner haben will, in dieser Sichtweise sind. Weitere Trainings in 1-Euro-Jobs bauen die Hindernisse der zu hohen Selbstwerteinschätzung ab. *Wohlverhalten* ist Verwohlfeilerung seiner selbst. Das heißt bei Köhler, dem Bundespräsidenten: Wohltaten sollen nicht mehr angemahnt werden, und er ruft zur »*Treue*« auf, statt die »Erblast von Kindern und Enkeln zu erhöhen«. Seine Lösung schürzt sich zum Paradox: Mehr Kinder, weniger Arbeiterklasse. Ein moderner Sozialstaat sei mit Mittelkürzungen zu gestalten, nur so habe er das *Vertrauen* der Bürger. Die Hauptkarte sowohl von Hartz wie von Köhler ist die Verdinglichung der Menschen, die Übertragung des Lebens auf die Dinge. Bei Köhler liest sich das so: »Atmende Fabriken, intelligente Arbeitszeitmodelle. Wir müssen um so viel besser sein wie wir teurer sind.« Dafür fordert er von den Unternehmern Begeisterung und Erfolg am Markt gegen dessen moralische Verunglimpfung er sich einzusetzen verspricht. Die Arbeitskräfte sollen miteinander konkurrieren, sich je selbst um ihr Humankapital kümmern, bis sie verängstigt, verunsichert, abgehalftert, arm – jedenfalls diejenigen sind, deren Verhältnisse von ihnen umzustürzen sind. Letzteres spricht allerdings nicht der Präsident.

Neoliberale Hegemonie wird also mit dem Versprechen von Selbstbestimmung gewonnen. Selbstbestimmung gehört zu den zentralen

7 Peter Hartz: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können, Hannover 2001, S. 21 (Hervorhebung F. H.).

Perspektiven aller sozialen Bewegungen. Befreiung von Abhängigkeiten, Einsperrungen, Fesseln, Sprengung der Verhältnisse, in denen der Mensch ein verächtliches, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist.

Soweit also das Schicksal, wie es von Oben den Subjekten im Neoliberalismus zudedacht ist.

Wie steht es jetzt mit den *Subjekten von unten* betrachtet? Die Bewegung zur selbstbestimmten Lebensführung mit 345 oder 331€ im Monat (Arbeitslosengeld II) kann als persönliches Verschulden erfahren werden, aus der es sich herauszuarbeiten gilt, wenn man unter 50 ist – danach muss man sich einrichten. Wie lebt man davon? Niemand von denen, die das vorschlagen, hat dies je probiert. Dazu lese man etwa Barbara *Ehrenreich* über die immerhin noch besser bezahlten Niedriglohnjobs in denen heute etwa 20 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland arbeiten. Ehrenreich, die sich zu diesen Lohnsätzen verdingt hat, zeigt u. a., wie man die eigene Persönlichkeit verändert, wenn man in diesen Jobs – meist mehreren – sich abrackert, eine ekelhafte Servilität entwickelt, als Verkäuferin bei Walmart etwa Kunden und Kollegen als Feinde wahrnimmt, wohl die Arbeit schafft, aber sich als Mensch aufgeben muss.⁸

8 Vgl.: Barbara Ehrenreich: *Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft*, München 2001.

Die Schuljugend

Aber der marktradikale Neoliberalismus hat die menschlichen Hoffnungen bereits viel tiefer zerstört. Er greift über auf den utopischen Impuls, wie Ernst Bloch dies nannte, auf die Zukunftserwartungen, die die gegenwärtigen Schritte lenken, selbst der Schuljugend. In einer in den vergangenen 3 Jahren gemachten Erhebung bei 500 Schülerinnen und Schülern zwischen 8 und 19 Jahren⁹ zeigte sich: Verbreitet ist zwar der Wunsch nach Glück. Schon in früher Jugend bedarf er der Flucht aus dem konkreten Alltag mit seinen Widersprüchen in eine Vereinzelung, in der jeder für sich, niemand für alle tätig wird. Glück wird an Sicherheit geheftet – keine gesellschaftliche Krise und keine Widersprüche, nicht mal Krieg, Terror etc. werden wahrgenommen – auch noch bei den 19jährigen gibt es kein Bewusstsein von Unterdrückung. Die Liberalisierung der gesellschaftlichen Zumutungen an Frauen, hat offenbar dazu geführt, dass die einzelnen Mädchen für sich eine rosige Zukunft ohne Angst für möglich halten, fortwährendes himmelblaues Glück, sanfte Zärtlichkeit, immer hilfreiche Ehemänner, zwei bis drei wunderbare und vor allem schöne Kinder ohne irgendwelche Probleme oder gar Krankheit, ein Halbtagsjob oder weniger, dass Beruf und Familie einander nicht in die Quere kommen. Ein sicheres Wohllleben. Ganz offenbar hebt das Imaginäre ab von theoretisch Gewusstem, ebenso wie von der eigenen Erfahrung etwa mit der Elterngeneration. Das Fazit: Es fehlt an Wahrnehmungs- und Übersetzungsfähigkeiten, die verhindern, dass das Imaginäre, das doch die Schritte der Einzelnen leitet, sich schwerelos über die mögliche Handlungsfähigkeit im Alltag hinwegflüchtet. Dabei fehlt vor allem das Eingreifen, Gestaltenwollen von Gesellschaft und Zukunft völlig.¹⁰

9 Vgl.: Frigga Haug, Ulrike Gschwandtner: *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend*, Hamburg 2006.

10 Übrigens ergab die Veröffentlichung der neuen Pisazahlen vom 4. 11. 2005, dass ca. 25 Prozent der Schuljugend soweit unter dem Durchschnitt liegen, dass etwa die FAZ ihnen die »Politikfähigkeit« abspricht.

Ich formuliere als Antrag an Intellektuelle, hier eingreifende Vorschläge zu machen. Sie sollten darauf abheben, dass die in allen Zukunftsträumen vorherrschende Passivität der Schuljugend – die

Dinge geschehen ihnen, das Schicksal meint es gut, Beruf, Familie, Mann oder Frau, Kinder stoßen ihnen zu, ebenso wie Raubbau an Natur, die ohne sie einfach gegeben ist, durchgearbeitet wird, um stärkeren Personen, die gestaltend eingreifen, Raum zu ermöglichen, sich selbst als Subjekt zu erfahren.

Antonio Gramsci skizziert in seiner Philosophie der Praxis, dass der Umstand, dass Menschen nicht in die Gestaltung eigenen Lebens einbezogen sind, »sie zu politischer Passivität und Ohnmacht bis hin zu völliger Handlungsunfähigkeit bringt«¹¹. Die »wirklichen Menschen« können mithin in intellektueller Unterwerfung und Unterordnung handeln und zugleich auch einer anderen Praxis folgen, kurz: ihr Alltagsverstand ist widersprüchlich. Sie haben zumindest »zwei theoretische Bewusstseine«, eines aus der für sie bestimmenden Praxis, eines, welches sie ohne Kritik aus der Vergangenheit übernommen haben. Dabei kommen die Einzelnen bis zu dem Punkt, »wo die Widersprüchlichkeit des Bewusstseins keinerlei Handlung erlaubt, keinerlei Entscheidung, keinerlei Wahl, und einen Zustand moralischer und politischer Passivität hervorbringt«¹². Es ist notwendig, dass die Einzelnen sich aus solch unlebbarer Zersetzung und Inkohärenz herausarbeiten und sich selbst erkennende und also handlungsfähige Personen werden. Gramsci nennt das »dem eigenen Handeln eine bewusste Richtung« geben. Dafür müssen sie – wie er das nennt – »Philosophen« werden. Das bedeutet für ihn, eine stimmige Weltauffassung erlangen, mit der sie einverstanden sein können. Der einzige Weg, dies zu tun, ist ein gemeinsames soziales Projekt, welches auf Gesellschaftsveränderung gerichtet ist. Dies deshalb, weil die Problematik ihres hinterrücks sie ereilenden Zerrissenseins auch ein Resultat ist, erwachsen aus dem Umstand, dass die Einzelnen am gesellschaftlichen Projekt nicht oder nur in unterwerfener Form beteiligt sind. Dieser Umstand wiederum bedingt die Notwendigkeit von organischen Intellektuellen in diesem Projekt, die den Weg bereiten, dass jede(r) eine Intellektuelle(r) sein kann. Ihre Aufgabe ist es nicht, »eine Wissenschaft ins Individualleben ›Aller‹ einzuführen, sondern eine bereits bestehende Aktivität zu erneuern und ›kritisch‹ werden zu lassen«¹³.

Es ist als schrieben einige der Schülerinnen sich explizit in ein solches Muster der eigenen Passivierung. So gibt es eine recht kurze Notiz, in der sich die Autorin fast passiv imaginiert, obwohl auch sie, wie fast alle, einen Beruf hat. Man kann auch hier gut studieren, wie die Abwesenheit von fast allem Lebenswerten, die genannte Passivität hervorbringt.

Es klingelt der Wecker – wie in den meisten Entwürfen. Sie hat einen Mann und zwei Kinder. Sie macht das Frühstück und bringt die Kinder zur Schule. Früher war sie froh, dass ihre Mutter eine Hausfrau war. Jedoch »heuer ist alles anders. Jetzt müssen beide Elternteile arbeiten, um sich auch etwas leisten zu können. Aber ich versuche trotzdem, so viel Zeit wie möglich mit meinen Kindern zu verbringen und sie auf die Zukunft vorzubereiten. Ab 12 Uhr Mittagspause. Ich fahre nach Hause, bereite ein Schnellgericht vor. (...) Heute hat man nur noch Stress, und alles muss auf die Schnelle gehen. Mein Bruder sagte einmal zu mir: ›Zeit hat man nicht, Zeit nimmt man sich!‹ Aber das funktioniert leider nur mehr am Wo-

11 Antonio Gramsci, a. a. O.

12 Ebenda, S. 1384.

13 Ebenda, S. 1382.

14 Barbara Ehrenreich
a. a. O., S. 18-21.

chenende. Ah, die Kinder sind zu Hause. Es wird gegessen, zusammen geräumt und nun geht es zu den Hausübungen. Ich mache nebenbei die Buchhaltung als Heimarbeit. So vergehen die Stunden und es wird Abend und mein Mann kommt nach Hause. Es wird zu Abend gegessen. Die Kinder gehen ins Bett und mein Mann und ich machen es sich gemütlich vor dem Fernseher. Später gehe ich zu Bett und wünsche eine *gute Nacht*.«¹⁴

Viele Texte machen es schwer, sich nicht erhaben von der berichteten Nichtigkeit abzuwenden, sondern statt dessen solche Zeugnisse ernst zunehmen als Alarmzeichen, die allseits nach eingreifender Hilfe rufen in die schulübliche Pädagogik, in die Möglichkeiten, Fantasie zu entwickeln, selbst aktiv zu werden, das Leben in eigene Hände zu nehmen.

Im Ganzen aber müssen wir wohl für die kommende Generation konstatieren, dass die Saat: »jeder für sich, niemand für alle« aufgegangen zu sein scheint.

Und wie ist es mit den Erwachsenen?

Der Neoliberalismus hat u. a. auch eine weitere Gattung hervorgebracht: die Selbstunternehmer und Ich-AGs mit staatlicher Anschubfinanzierung auf kleinem Niveau. Dies wird in der FAZ »Eigentümergeellschaft« genannt. Eine erste empirische Untersuchung zum Thema »Spaß an Selbständigkeit« erbrachte knapp zusammengefasst folgende These: Unter heutigen Bedingungen funktioniert Selbständigkeit nur, wenn man alle Sinnesorgane von der Wahrnehmung der Welt abschottet und seine Lebensenergie in Werbeprospekte über sich selber steckt. Die neoliberale Anrufung hat sich so als eine Art Selbstzerstörung in den Einzelnen etabliert:

Unverbindliche Schlussfolgerung

Eine Verbindung von Alltag, von Einzelnen mit dem Gesellschaftsganzen ist eine dringliche Aufgabe – aufs Teuflischste ist ins neoliberale Projekt die Vereinzelung, die Abkopplung vom Gesellschaftsganzen, die Selbstbezüglichkeit eingebunden als Verzicht, das Ganze überhaupt auf sich bezogen wahrzunehmen, geschweige denn, sich dafür bzw. für Veränderung einzusetzen. Ein Haupteffekt des Neoliberalismus ist also diese Vereinzelung, jede und jeder in Konkurrenz zum Nächsten, jede und jeder für sich, bis zu dem Punkt, dass es keinem mehr einfällt, ein kollektives Projekt, solidarische Vergesellschaftung auch nur zu denken, geschweige denn für realisierbar zu halten.

Bei näherem Hinsehen zeigen sich die meisten offiziellen Empfehlungen an die Politik als *Paradoxien*. So wenn geklagt wird, dass pro Tag 1 000 Menschen ihren Job verlieren und deswegen der Kündigungsschutz entfernt werden müsse. Wenn der Exportüberschuss im gleichen Maß wächst wie Arbeitsplätze verschwinden, wenn ein Airbus nach China einen Import von 100 Millionen Hemden aus China nach sich zieht, was die europäische Textilindustrie bis Marokko ruiniert. Dies alles zeigt, dass sich die kapitalistische Ökonomie gegen die Gesellschaft verselbständigt und wir uns ganz offenbar an einer historischen Grenze des Kapitalismus befinden.

Linke Politik müsste demnach die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie in eine des Kapitalismus überführen, Schritt um Schritt. Es gilt, alle Lösungen, die Kapitalismus im Einzelnen überschreiten, sozialistisch einzubetten. Die Tagesaufgabe also ist, einen gemeinsamen sozialistischen Horizont aufzumachen. In dieser Weise ist an den Grenzen des Kapitalismus entlang die Unterstützung aller Projekte geboten, die etwas gesellschaftlich Sinnvolles gemeinsam tun, nicht am Markt, sondern am Gemeinwohl orientiert. Auch das meint Neuerfindung des Politischen.

Michael Brie plädiert in seinen Thesen für mehr Bürgerrechte bei Veränderung der Verhältnisse – nicht immer mehr Reichtum bei immer mehr Armut. Es fehlt bei diesen richtigen Vorschlägen noch eine Darstellung, wie das Menschenbild des Neoliberalismus aussieht, wie Sprachlügen die Politik bestimmen, sodass auch Spracharbeit zu den dringlichen Politiken gehört, wie wirklich Hegemonie gewonnen wird, wie also Gegenhegemonie errungen werden kann. Ich habe weiter oben zu diesen Punkten einiges vorgeführt. Es kommt, so denke ich, auch darauf an, die Unteren sprechen zu lassen, herauszufinden, welche Alternativen sie denken, sie zu gewinnen, sie ans Werk zu lassen. Man wird niemanden überzeugen, der sich nicht selbst überzeugt. Wie also ermittelt man z. B. das »soziale Interesse der Unteren«, von dem die Rede ist? Und was ist neben offenkundigen Ausfällen von Rechts der neue Rassismus? So fanden wir (eine Hamburger Frauengruppe) etwa in einem weiteren empirischen Projekt zum *Rassismus unter uns* heraus¹⁵, dass die allgemein gepriesene kulturelle Toleranz genau die Eintrittskarte ist, die die nötige Kooperation in der Arbeit mit gutem Gewissen verhindert.

Es kommt mir nicht einmal ganz zutreffend bestimmt vor, ein Bündnis von Mitte und Unten anzuzielen. In der Mitte finden sich auch Rechte, CDU-Wähler, Antisozialisten usw. Wäre nicht statt einer solchen soziologischen Bestimmung das Bündnis ethisch auszudrücken, also der Schlüssel zu progressiver Politik die Schaffung einer strategischen Allianz zwischen erfolgreichen Modernen und Unterprivilegierten – also Lehrern, linken Christen, sozial Verantwortungsbewussten?

So komme ich zum Schluss noch ein weiteres Mal zu Rosa Luxemburg, die praktisch unaufhörlich daran arbeitete, die Auffassungen der Vielen zur Kenntnis zu nehmen, über die Machenschaften der Oberen zu informieren, ihre Sprache zu zerlegen, die Unteren zu gewinnen. Freilich konnte sie dafür eine weit verbreitete Presse nutzen, die es auch heute unbedingt braucht. Ein Schritt wäre es also auch, die wenigen bisherigen linken Organe zu aggregieren. Studiert man die fast täglichen Einmischungen von Luxemburg, erkennt man, dass eine eingreifende Politik gegen Unterdrückung es in erster Linie mit den unterdrückten Menschen selbst zu tun hat, damit sie ihr Schicksal in eigene Hände nehmen, sich einmischen. Es gilt also um Bewusstsein, um Haltung, gegen Subalternität zu streiten. Die Einzelnen sind nicht frei, Gesellschaftsgestaltung, Geschichte in eigene Hände zu nehmen. In Ausbeutungsverhältnissen sind sie ohne gesellschaftliche Macht, zudem an Gewohnheiten, an die Enge häuslichen Lebens oder rigoroser Arbeitsteilung gefesselt.

15 Vgl.: Birgit Carstensen, Karen Haubenreisser und Frigga Haug: Willkommen in der Freizeit – Ausgrenzung in der Arbeit. Werkstattbericht über Konstruktionen von Fremdheit und Integration, in: Forum Kritische Psychologie 49, Hamburg 2006, S. 124-139.

So stehen ihren gestaltenden Eingriffen nicht nur die Produktionsverhältnisse entgegen, wie man sich äußere strukturelle Faktoren denkt, sie stehen sich auch selbst im Wege, da sie auch als Subalterne nicht untätig sind, sondern eben als solche an den Fesseln mitgeschmiedet, die sie halten. Das Problem des politischen Eingriffs, des Politikmachens stellt sich also für Luxemburg auf verschiedenen Ebenen: auf der der Produktionsverhältnisse – sie verfasst scharfe kapitalismuskritische Analysen, bis sie zu dem Resultat kommt, dass auch deshalb Einhalt geboten werden muss, weil der Kapitalismus in eine so mörderische Zukunft hineinrast, mit Hunger, wachsender Armut auf der einen Seite, unermesslichem Reichtum auf der anderen und immer weiter mit der Verelendung der Dritten Welten und Krieg (eine Vision, deren Zeitzeugen wir sind), dass es am Ende nur ein entweder/oder gibt: »Sozialismus oder Barbarei«. Das liest sich so: »Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistische Klasse bereitet, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.«¹⁶

16 Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 496.

Trotz der sprachlichen Wendungen, die den Text als Vergangenen zeichnen, bleibt gleichwohl aktuell verständlich, was gemeint ist. Das Politikmachen stellt sich auf der Ebene des »Volkes«, der »Masse«, der »Menge«, deren Aufgabe der Umsturz der Verhältnisse, das Gebot des Einhalts ist. Wir könnten heute diese Ebene die des Politisch-Kulturellen bis hin zum Eingreifen in die Frage von Persönlichkeiten, also auch des Psychischen nennen. Luxemburgs Grundgedanke ist: Die sozialistische Umgestaltung kann nur ein Werk der Massen sein, die dafür allerdings geschult sein müssen.

»Heute, wo die Arbeiterklasse sich selbst im Laufe des revolutionären Kampfes aufklären, selbst sammeln und selbst anführen muss (...)«¹⁷ oder: »Mit der Psychologie eines Gewerkschaftlers, der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einlässt, bevor ihm eine genaue bestimmte Unterstützung für den Fall seiner Maßregelung im Voraus zugesichert wird, lässt sich weder Revolution noch Massenstreik machen. Aber im Sturm der revolutionären Periode verwandelt sich eben der Proletarier aus einem Unterstützung heischenden vorsorglichen Familienvater in einen ›Revolutionsromantiker‹, für den sogar das höchste Gut, nämlich das Leben, geschweige das materielle Wohlsein im Vergleich mit den Kampfidealen geringen Wert besitzt.«¹⁸

17 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Gesamtelte Werke, Band 2, Berlin 1972, S. 148.

18 Ebenda, S. 133.

Die für diesen Prozess bzw. sein Resultat gebrauchte Vokabel ist Reife. Dieses Wort wurde im Diskurs der damaligen Arbeiterbewegungsführung immer wieder als ein Zustand aufgefasst, auf den gewartet werden sollte; sie aber denkt ihn als eine Art »Selbstentwicklung«, die in der Bewegung ruckhaft geschieht und von der Partei unterstützt werden kann. Demgemäß ist auch diese Schulung zuallererst eine Handlung der Massen selbst, sofern sie in Bewegung sind. »Die Masse muss, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.«¹⁹

19 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag, a. a. O., S. 509 f.

So schließen wir, dass es beim Politikmachen um die Ebene von Partei und Bewegungen geht, ein Zusammenhang in dem wir unsere

Vorstellungen entfalten müssen, wie aus den Einzelnen, die an der eigenen Unterdrückung aktiv teilhaben, Menschen werden, die sich so verändern, dass ihnen die Veränderung der Gesellschaft zu einer Stätte, in der Gerechtigkeit und Freiheit bestimmend sind, lebensnotwendig wird. Wiewohl man denken könnte, dass Luxemburg am ehesten mit ihrem energischen Eintritt für Führung und für Partei veraltet ist – schließlich sind beide Begriffe nicht zuletzt durch die Geschichte der staatssozialistischen Länder dermaßen in Verruf gekommen, dass schon ein Nachdenken über organisierende und zusammenfassende Kräfte auf Widerstand bei uns stößt, – sind ihre Vorstellungen bei näherem Studium überraschend aktuell und brauchbar. Die Führung gibt den Massen »politischen Ausdruck, Lösung und Richtung«, aber sie dient den Massen, nicht umgekehrt. Die politische Leitung übernehmen heißt, »dass in jeder Phase und jedem Moment die ganze Summe der vorhandenen und bereits aufgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird (...) nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses«.²⁰

20 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), in: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin 1974, S. 149.

MICHAEL WOLF

Reform der Hartz-IV-Reform: Verfolgungsbetreuung^{plus}

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz; Arbeitsschwerpunkte: Arbeits(markt)- und Sozialpolitik, Befreiungspädagogik (Paulo Freire), Diskrepanzphilosophie (Günther Anders), Figurationssoziologie (Norbert Elias), Transformationsforschung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko, Heft 206 (Dezember 2007). Kontakt: wolf@fh-koblenz.de

1 Im Hinblick auf die Entstehung und Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten vgl. statt anderer Alber (1982) und Flora et al. (1977), hinsichtlich des Versuches, Gruppen ähnlicher nationaler Wohlfahrtsstaaten zu systematisieren, die einflußreiche Studie von Esping-Andersen (1990), ferner Kaufmann (2003), Schmidt (1998) sowie die Beiträge in Lessenich/Ostner (1998) zur Kritik und Weiterentwicklung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie. – Trotz unterschiedlichen Bedeutungsgehaltes wird der Begriff ›Wohlfahrtsstaat‹ hier synonym für ›Sozialstaat‹ (vgl. statt anderer Alber et al.

»Die ökonomisch funktionierende Gesellschaft hat Mittel genug, den in der wirtschaftlichen Konkurrenz Unterlegenen und Erfolglosen oder gar einen ›Störer‹ außerhalb ihres Kreislaufs zu stellen und ihn auf eine nichtgewaltsame, ›friedliche‹ Art unschädlich zu machen, konkret gesprochen, ihn, wenn er sich nicht freiwillig fügt, verhungern zu lassen.«

(Carl Schmitt)

»Würde des Menschen. Nichts mehr davon, ich bitt euch. Zu essen gebt ihm, zu wohnen.

Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.«

(Friedrich Schiller)

I

Wirft man einen Blick auf die Geschichte des Wohlfahrtsstaats, eigentlich wäre hier der Plural angezeigt, weil es wegen der nationalen Unterschiede in den politisch-sozialen Machtverhältnissen, den weltanschaulich-politischen Vorstellungen der zentralen Akteure und den jeweiligen institutionellen Arrangements ›den‹ Wohlfahrtsstaat nicht gibt¹, dann zeigt sich, daß dieser seit seinen Anfängen stets politisch umstritten war, sei es in seiner Entstehungsphase, sei es in seiner Expansionsphase. Den einen, seinen Gegnern, ging beziehungsweise geht er zu weit, den anderen, seinen Befürwortern, nicht weit genug. Kritik an ihm, die sich allerdings nicht nur auf die Frage seines Umfangs und die damit zusammenhängende Finanzierung konzentriert(e), sondern die sich auch um Fragen seiner Ausgestaltung oder der Effektivität und Effizienz dreht(e), ist also nichts Neues, sie gehört sozusagen naturgemäß zu seiner Entwicklung dazu.² Und doch kommt man nicht umhin, festzustellen, daß die erhobene Kritik sich seit einigen Jahren in einer Weise materialisiert hat, die es erlaubt, von einem Paradigmenwechsel zu reden, dem Wechsel vom keynesianischen Welfare State zum »schumpeterianischen Workfare State« (Jessop 1994). Dieser äußert sich in politisch-administrativen Maßnahmen der Entrechtung und Entsicherung der Arbeitskraftbesitzer, mit denen eine Rückkehr betrieben wird von der kollektiven materiellen Daseinsvorsorge zur eigenverantwortlichen persönlichen Selbstsorge und zum individuellen Risikomanagement. Damit nimmt Sozialpolitik Abstand von der Idee, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und demgemäß auch verpflichtet ist, die Siche-

rung der Existenz zu gewährleisten. Gewissermaßen von ihren ursprünglich solidarischen Füßen³ auf den sozialdarwinistischen neoliberalen Kopf gestellt, erhebt sie statt dessen nunmehr subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr im Einklang mit den Verfechtern der neoliberalen Heilslehre geforderten Eigenverantwortung, um so die Arbeitskraftbesitzer verstärkt zu marktkonformen Verhalten anzuhalten.

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll gezeigt werden, in welcher Art und Weise und mit welchen Konsequenzen der genannte Paradigmenwechsel sich in der Bundesrepublik Deutschland vollzieht. In einem *ersten* Schritt (Kap. II) wird es hierbei um einen knappen Aufriß der ideologischen Grundlagen der bundesdeutschen Variante des Workfare State gehen, nämlich um das Konzept des »aktivierenden Sozialstaats« und dessen Zentralmaxime des »Fördern und Fordern«. Im *zweiten* Schritt (Kap. III) wird sodann an Hand der unter dem Etikett »Hartz IV« bekannt gewordenen Reform der Arbeits(markt)- und Sozialpolitik exemplarisch aufgezeigt werden, wie Politik und Verwaltung der Maxime des »Fördern und Fordern« organisatorisch-institutionell zu entsprechen suchen. Da die Reform, kaum ins Werk gesetzt, selbst einer Reform unterzogen wurde, sind die beiden nächsten Schritte diesem im SGB-II-Fortentwicklungsgesetz zum Ausdruck kommenden Anpassungsprozeß vorbehalten, wobei sich der *dritte* Schritt (Kap. IV) mit dem Fortentwicklungsgesetz allgemein und der *vierte* Schritt (Kap. V) sich mit einer spezifischen Regelung desselben, dem »Sofortangebot« (§ 15a SGB II), befassen wird. Im letzten und *fünften* Schritt (Kap. VI) werden schließlich Überlegungen anzustellen sein, die mit Rekurs auf das Theorem der »innerstaatlichen Feinderklärung« aufmerksam machen wollen auf eine mit dem sozialstaatlichen Paradigmenwechsel einhergehende unheilvolle Tendenz für eine ihrem Anspruch nach demokratisch verfaßte Gesellschaft.

II

In der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich der workfare-politische Formwandel des Staates auf der Grundlage des »aktivierender Staat« genannten Konzepts⁴, das mit dem Kabinettsbeschluß »Moderner Staat – Moderne Verwaltung« (vgl. Bundesregierung 1999) vom 1. Dezember 1999 der neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter der Ägide des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder erstmals als Politikprogramm formuliert und verabschiedet wurde. Sachlich-inhaltlich weist das politische Leitbild »aktivierender Staat« eine gewisse Nähe auf sowohl zu dem in den USA von den Demokraten unter Bill Clinton mit dem Versprechen »to end welfare as we know it« (Clinton, B.; zit. nach: Lessenich 2003: 215) in den 1990er Jahren initiierten und exekutierten wohlfahrtsstaatlichen Reformprogramm wie auch zu dem britischen Reformprogramm des »Dritten Weges«⁵ (Giddens 1999) von New Labour unter Tony Blair mit dem Motto »Keine Rechte ohne Verpflichtungen« (ebenda: 81). Seitens der Bundesregierung reklamierte man damit für sich, eine Alternative zu der von Konservativen und Neoliberalen vorgetragenen Wohlfahrtsstaatskritik etwa

1998: 622 f.; Wendt 1993) verwandt; soweit ausschließlich auf die bundesdeutschen Verhältnisse abgehoben wird, ist im folgenden die Rede von »Sozialstaat« als der deutschen Variante wohlfahrtsstaatlicher Programmatik, wie sie im Sozialstaatspostulat (Art. 20 I, 28 I) des Grundgesetzes ihren Niederschlag gefunden hat.

2 Eine synoptisch angelegte Analyse der von Gegnern wie Befürwortern vorgetragenen Argumente des Für und Wider des Wohlfahrtsstaats liefert Prisching (2000).

3 Vgl. hierzu etwa mit Bezug auf Léon Bourgeois, neben Charles Gide wichtigster Protagonist der Bewegung des Solidarismus, mit der sich in Frankreich der Wohlfahrtsstaat Bahn brach, Zoll (2000: 78 ff.) sowie ferner Ewald (1993: 462 ff.).

4 Zum Konzept des »aktivierenden Staates« vgl. allgemein Lamping et al. (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaats im besonderen die Beiträge in Dahme et al. (2003) sowie Mezger/West (2000).

5 Als geistiger Wegbereiter des »[j]enseits von Links und Rechts« (Giddens 1997) verstandenen britischen Reformprogramms des »Dritten Weges« – in der Bundesrepublik Deutschland auch etwas mehrdeutig als »Politik der Neuen Mitte« (Hombach 1998) adaptiert – kann Giddens (1999; 2001) gelten, der vorschlägt, »auf der Grundlage des Prinzips »keine Rechte ohne Verpflichtungen« einen neuen Gesellschaftsvertrag zu

schließen« und eine »umfassend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die marktwirtschaftliche Wachstumsfaktoren mit einer strukturellen Reform des Wohlfahrtsstaats erlaubt«, der »sich zu einem ›Sozialinvestor‹ entwickeln muß« (Giddens 2001: 62).

6 Zu dem aus den Diskussionen um lean management und lean production in der Privatwirtschaft entlehnten und auf eine Begrenzung der Staatsaufgaben und ausgaben zielenden, den Bereich der Inneren Sicherheit aber selbstredend aussparenden Begriff des schlanken Staates vgl. Lamping et al. (2002: 13 ff.).

7 Wessen Wohl auch immer das Gemeinwohl sein mag, so wäre ideologiekritisch zu fragen, zumal der Topos des Gemeinwohls eher der rechten denn der linken politischen Kritik geläufig ist; vgl. hierzu neuerdings Offe (2002).

8 Bei aller berechtigten Kritik an der Wirksamkeit von Staatstätigkeit wird hierbei allerdings nicht gesehen, daß in gleicher Weise auch von einem Marktversagen gesprochen werden muß, weil reale Märkte nicht so funktionieren, wie es die Axiomatik des neoklassischen »Modell-Platonismus« (Albert) fordert. Als eine empirisch-praktische Kritik am Staats- wie Marktversagen ließe sich etwa das erneute Erstarren der sozial(politisch)en Selbsthilfebewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre interpretieren.

einer Margaret Thatcher formuliert zu haben. Das Programm sei, so jedenfalls die offiziellen Verlautbarungen, insofern eine Alternative, als es eben nicht wie die konservativ-neoliberalen Reformansätze, die sich allesamt der Idee des »schlanken Staates« verpflichtet sähen, eine Rücknahme politischer Gestaltungsansprüche intendiere, sondern vielmehr eine Konkretisierung und Neubestimmung staatlichen Handelns, mit der der staatliche Verwaltungsapparat, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neugestaltet werden solle. So heißt es seitens der damaligen rot-grünen Bundesregierung: »Der aktivierende Staat bedeutet eine neue Verantwortungsteilung zwischen Bürger und Staat. Eigeninitiative und Freiraum werden stärker gefördert. Natürlich bleibt der Staat weiter verpflichtet, für individuelle Freiheit und Sicherheit der Bürger zu sorgen. [...] Hier [das heißt in Dienstleistungsbereichen; M. W.] kann sich der Staat darauf beschränken, einen Rahmen festzulegen. Bei Konflikten tritt er als Moderator auf, mit dem Ziel, mehr Freiraum für gesellschaftliches Engagement zu schaffen. So aktiviert der Staat gesellschaftliche Verantwortung.« (Bundesregierung; zit. nach: Lindenberg 2002: 1) Worum es den Wortführern des »aktivierenden Staates« mithin nominell geht, ist, die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft zu stärken, die sozialmoralische Orientierung auf das Gemeinwohl⁷ zu fördern, des Einzelnen Eigenverantwortung zu steigern und ein neugestaltetes Prinzip der Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zum Leitbild des Staates zu erheben, bei dem dieser als Moderator und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung fungiert.

Begründet wird das Bestreben, Staat und Gesellschaft zu modernisieren, vor allem mit dem Argument, es sei zur Förderung der nationalen Konkurrenzfähigkeit erforderlich, hemmende Rahmenbedingungen der Produktion einheimischer Unternehmen abzubauen. Hierbei gehen die Verfechter der Idee des »aktivierenden Staates« davon aus, daß der Markt als Koordinationsmechanismus anderen sozialen Koordinationsmechanismen grundsätzlich überlegen sei.⁸ Der von ihnen diagnostizierten ineffektiven und ineffizienten Politik des Sozialstaats müsse deswegen mittels Markt- und Wettbewerbsinstrumenten entgegengetreten werden. Nur auf diesem Wege sei die verlorengegangene Handlungsfähigkeit des Staates, insbesondere zur Herstellung von Vollbeschäftigung, wieder rückzugewinnen. Ein Ziel, das allerdings ohne gemeinsame Anstrengung nicht zu erreichen sei, weswegen denn auch allen im Interesse des Gemeinwohls Anpassungsleistungen abzuverlangen sind. Erreicht werden solle dies insbesondere durch das Beachten des Handlungsgrundsatzes des »Fördern und Fordern«, das als Hauptkennzeichen des »aktivierenden Sozialstaats« gelten darf.

Der Grundgedanke der Maxime des »Fördern und Fordern« ist vielleicht am ehesten im Sinne einer staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten zu verstehen, bei der die Komponente des »Fördern« darauf zielt, Hemmnisse für die Entwicklung individueller Verantwortung und gesellschaftlichen Engagements abzubauen, während hingegen mit der Komponente des »Fordern« das Ansinnen des Staates deutlich gemacht wird, von

jedem als Gegenwert zur staatlichen Förderung einen Beitrag zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einzufordern. Mit anderen Worten: Der Staat ist zur Förderung seiner Bürger nur bereit, wenn auch diese ihrerseits bereit sind, für ihre Förderung eine entsprechende Vor- oder zumindest Gegenleistung zu erbringen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, auf seiten des hilfebedürftigen Bürgers bestünde eine Pflicht, die staatlich gewährte Existenzsicherung als Gegenleistung ›abzuarbeiten‹. Wenn man dieser Leistung-Gegenleistung-Konzeption anhängt, dann ist es nur konsequent, wie es Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland tun, die erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der »Hungerpeitsche« (Weber 1991: 240) zur Arbeit zu zwingen, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt, indem Verelendung als ein arbeits- und sozialpolitisches Regulativ inthronisiert wird.⁹

III

Exemplarisches Beispiel für das euphemistisch als »Aktivierung« beschriebene Aufzwingen von ›Arbeit um jeden Preis‹ ist das politisch initiierte und administrativ implementierte »Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (SGB II)¹⁰, das organisatorisch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und materiell die Existenz-, das heißt die »Grundsicherung für Arbeitsuchende« zum Gegenstand hat und das aus Sicht sowohl der seinerzeitigen rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder wie auch der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eine konsequente Beachtung der Maxime des »Fördern und Fordern« darstelle. Vordringlichstes Ziel des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen SGB II, vulgo besser unter Hartz IV bekannt, ist nach § 1 I SGB II allerdings nicht, wie die Formulierung »Grundsicherung« nahelegt, die Absicherung des Lebensunterhalts, sondern die Stärkung der Eigenverantwortung der Betroffenen, was gemäß der Idee von der staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten in concreto bedeutet, daß den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen angesichts von Massenarbeitslosigkeit im Regelfall die Pflicht auferlegt wird, in einem rechtlich prekären Status eine Gegenleistung für den Erhalt der staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung zu erbringen, sei es in Form von »Mini-Jobs«, »Midi-Jobs«¹¹ oder in Form der Arbeitssimulation in Praktika ohne Ausschichten auf Übernahme in reguläre Beschäftigung oder von Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit oder im Rahmen von öffentlichen Arbeitsprogrammen wie etwa den sogenannten »Ein-Euro-Jobs«.

Geht man der Frage nach, wie Politik und Verwaltung mit dem SGB II der Maxime des »Fördern und Fordern« organisatorisch-institutionell zu entsprechen suchen, so ist es sinnvoll, systematisch zwischen zwei Regulierungsarten zu unterscheiden: *zum einen* der substantiellen, mit der Standards gesetzt werden, die nicht unter beziehungsweise überschritten werden dürfen, und *zum anderen* der prozeduralen, mit der festgelegt wird, wer die Einhaltung der Standards beziehungsweise deren Abweichung auf welche Weise und

9 Wider die Versuche, Weber für die neoliberalen Apologeten des Marktes vereinnahmen zu wollen, gilt festzuhalten, daß nicht nur mit Marx (vgl. 1977: 183, 742), sondern auch mit Weber die »freie Arbeit« eine der zentralen Voraussetzungen für die Existenz und das Funktionieren des Kapitalismus ist, das heißt, »daß Personen vorhanden sind, die nicht nur rechtlich in der Lage, sondern auch wirtschaftlich genötigt sind, ihre Arbeitskraft frei auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen.« Mit der anderen Worten: daß Personen vorhanden sind, die ihre Arbeitskraft zwar »formal freiwillig, tatsächlich [aber; M. W.] durch die Hungerpeitsche getrieben« (Weber 1991: 240) auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

10 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) am 1. Januar 2005. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003).

11 Eingeführt im Rahmen von Hartz II handelt es sich bei »Mini-Jobs« um Beschäftigungsverhältnisse bis zu 400 Euro Monatsentgelt, bei »Midi-Jobs« um solche zwischen 400 und 800 Euro Monatsentgelt.

12 Mit dem Rückgriff auf die Vokabel »Eigenverantwortung« (§ 1 I SGB II) unterstellt der Gesetzgeber den betroffenen hilfesuchenden und bedürftigen Arbeitslosen prinzipiell das Handlungsvermögen, eine Veränderung ihres Zustands der Arbeitslosigkeit in Richtung Beschäftigung selbst bewirken zu können. Hierbei wird jedoch geflissentlich übersehen, daß das von den Aktivierungsvertretern beständig beschworene eigene Können der Betroffenen in der realen Welt – anders als in der ideellen – an die Existenz spezifischer interner wie externer Handlungsvoraussetzungen gebunden ist, wozu kognitive Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten, Willensstärke und psychische Dispositionen wie Selbstkontrolle und Steuerung ebenso gehören wie die materiellen, zeitlichen, kulturellen und sozialen Faktoren, die aus einem konkreten Handelnden die Person gemacht haben, die sie ist. Vgl. hierzu die prägnanten Ausführungen von Günther (2002).

13 Was unter einem ›menschenswürdigem Leben‹ zu verstehen ist, läßt sich weder dem Grundgesetz noch einer diesbezüglichen einfachgesetzlichen Ausgestaltung desselben entnehmen. Hierzu ist es erforderlich, auf die ständige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zurückzugreifen. Dieses hat 1970 klargestellt, daß die Gewährleistung des bloßen physischen Existenzminimums für ein menschenwürdiges Leben nicht hinreicht, weil dem Hilfeempfänger gesellschaftliche Teilhabe möglich sein muß, also in der Umgebung von Nichthilfeempfängern ein Leben

gegebenenfalls mit der Verhängung welcher Sanktionen kontrollieren und sanktionieren darf.

Bezogen auf die *substantielle Regulierungsart* und mit Blick auf die hier vertretene These, daß Hartz IV eine »Hungerpeitsche« zur Arbeit ist, mit der hilfesuchende wie hilfeempfangende Arbeitslose genötigt werden, jedwedes Arbeits- und Eingliederungsangebot anzunehmen, sind zu nennen einmal die Höhe der dem erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen (und die mit ihm in einer »Bedarfsgemeinschaft« lebenden Personen) staatlich gewährten Transferleistung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) selbst und zum anderen jene Regelungen, mit denen festgelegt wird, welche Arbeit aufzunehmen und zu verrichten Arbeitslosen nach Ansicht von Politik und Verwaltung zugemutet werden kann.

In bezug auf die Höhe der Transferleistungen muß folgendes festgestellt werden. Indem das SGB II die Eigenverantwortung¹² als inhaltlichen Kern der neuen Grundsicherung betont und diese damit gegenüber der Existenzsicherung priorisiert, nimmt es Abstand von der Idee, die das alte Gesetz zur Existenzsicherung, das seinerzeitige Bundessozialhilfegesetz (BSHG), noch explizit leitete. Dort hieß es nämlich in § 1 II BSHG, Aufgabe der Sozialhilfe sei es, »dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht«. Mit seiner Distanzierung von dem Leitgedanken der Führung eines menschenwürdigen Lebens¹³ fällt das SGB II allerdings nicht nur wieder ideell auf den Stand vor dem BSHG zurück, als Fürsorge Hilfebedürftigen lediglich gewährt wurde aus Gründen der öffentlichen Ordnung, nicht aber um ihrer selbst willen. Auch materiell, das heißt bezüglich der gewährten Regelleistungen, liegt das Niveau des für erwerbsfähige Hilfebedürftige vorgesehenen Arbeitslosengeldes II nach §§ 19 ff. SGB II unter dem der früheren BSHG-Sozialhilfe, die selbst bereits seinerzeit schon als nicht armutsfest im Sinne von bedarfsdeckend kritisiert worden ist.¹⁴ Wie ein Blick in die neuesten Untersuchungen zu den Auswirkungen von Hartz IV auf die personelle Einkommensverteilung zeigt (vgl. Becker/Hauser 2006), ist das Ausmaß der Armut seit der mit dem SGB II vollzogenen organisatorischen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gestiegen, was nichts anderes bedeutet, als daß der auf der Ebene der Systemintegration installierte Zwang zur Aufnahme jedweder Arbeit als äußerliche Bedingung physischen Überlebens erhöht worden ist.

Gleiches gilt auch hinsichtlich der Frage, welche Arbeit zumutbar ist. Auch hier ist eine die Entgelthöhe, den Tätigkeitsstatus und die Mobilität betreffende Verschärfung der Definitionen zu konstatieren. So ist bereits nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit jede Beschäftigung zumutbar, wenn das daraus erzielbare Nettoeinkommen das Arbeitslosengeld II übersteigt und die Beschäftigung der »Arbeitsfähigkeit« des Arbeitslosen entspricht, was besagt, daß weder ein Qualifikations- noch ein Berufsschutz besteht. Weigert sich ein hilfebedürftiger Arbeitsloser, einer solchen Beschäftigung nachzugehen – und den Beweis, daß diese unzumutbar ist, hat nicht die Arbeitsverwaltung (seien es nun die Arbeitsagenturen selbst oder die AR-GEN oder die sogenannten Optionskommunen) zu führen, sondern der Arbeitslose –, führt dies je nach Fall beim ersten Mal zur Kür-

zung des Regelsatzes beziehungsweise der Unterkunftszahlungen um 30 Prozent, beim zweiten Mal um 60 Prozent und beim dritten Mal zur vollständigen Versagung der nach dem SGB II zu gewährenden Geldleistungen, wobei der Zeitraum der Sanktion wegen Ablehnung eines Vermittlungsangebotes auf zwölf Monate terminiert ist. Mit anderen Worten: Es wird erwartet, daß bei Strafe seines Untergangs »jeder die ihm gebotene Chance annimmt« (Schröder/Blair 1999: 9), ganz gleich, um welches Angebot es sich handelt.¹⁵

›Aktivierend‹ im Sinne einer »Hungerpeitsche« wirkt die Sozialpolitik des »aktivierenden Staates« jedoch nicht nur über das Was, indem sie den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit mit deren Verelendung droht oder gegebenenfalls ihre Drohung auch wahrmacht. Eine ›Aktivierung‹ der Arbeitslosen wird auch über das Wie bewirkt, das heißt auf *prozeduralem Wege* vermittelt spezifischer ›Überzeugungsstrategien‹, die allesamt auf die erwünschte habituelle Eigenschaft zielen, sich willig überall und jederzeit in den eng gewordenen Arbeitsmarkt flexibel und mobil einzufügen, mit dem Ziel, die eigene Existenz durch Arbeit selbst sichern zu können. Ablesen läßt sich dies zum Beispiel an dem Institut a) der ›aktivierenden Beratung‹ und b) der Eingliederungsvereinbarung.

Für die ›aktivierende Beratung‹, wie das SGB II sie vorsieht, gilt in besonderer Weise, daß sie als ein strukturelles Gewaltverhältnis begriffen werden kann aufgrund der Asymmetrie, die zwischen dem Case-Manager und dem neuerdings als ›Kunden‹ bezeichneten Arbeitslosen besteht. Zum Ausdruck kommt dies generell darin, daß die Hartz-IV-Beratungsangebote‹ verpflichtende verbindliche ›Angebote‹ sind, womit sie das für eine gelingende Beratung zentrale Kriterium der Freiwilligkeit nicht erfüllen. Denn ihrem Anspruch nach hat Beratung Anregung und Unterstützung für selbstbestimmte Entscheidungen und eigenverantwortliche Problembewältigung durch den Ratsuchenden zu sein, was auf Seiten des Beratenden voraussetzt, sich als Haltung die Achtung vor der Autonomie des Ratsuchenden zu eigen zu machen. An dieser scheint es aber strukturell zu fehlen, da die ›aktivierende Beratung‹ des SGB II nicht intendiert, den arbeitslosen Hilfesuchenden Auskunft darüber zu geben, welche Leistungen sie von Rechts wegen beanspruchen können¹⁶, sondern sie sucht vielmehr Möglichkeiten aufzuzeigen, damit die Hilfesuchenden die ihnen zustehenden Transferleistungen nicht oder nur kurz in Anspruch nehmen, und verbindet aus diesem Grund die angebotene Hilfe mit Sanktionsdrohungen.

Dies wiederum läßt sich ablesen an der Eingliederungsvereinbarung‹, die der als ›Kunde‹ bezeichnete hilfebedürftige Arbeitslose nach § 2 I SGB II verpflichtet ist, mit seinem ›Case-Manager‹ abzuschließen, wenn er, so § 31 I 1a SGB II, den Anspruch auf Eingliederungs- und Existenzsicherungsleistungen nicht verlieren will. Damit wird gegenüber der früheren Sozialhilfe der Interventionspunkt der Sanktion zeitlich vorverlagert, da nicht erst die Verweigerung ›zumutbarer Arbeit‹, sondern bereits die fehlende Mitwirkung bei der Eingliederungsvereinbarung‹ – und was als eine solche zu werten ist, wird vom Case-Manager als ›Herr des Verfahrens‹ autoritativ

›ähnlich wie diese« (BVerwGE 36, 258) führen zu können, wobei auf die herrschenden Lebensgewohnheiten abzustellen ist (vgl. BVerwGE 35, 180 f.).

14 Nach einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Jahr 2006 müßte der Regelsatz wenigstens 20 Prozent über dem liegen müßte, was den Arbeitslosengeld-II-Beziehern hoheitlich zugestanden wird, um ein Leben führen zu können, das gemessen an den Leitvorstellungen des Grundgesetzes als eines zu qualifizieren wäre, das der Würde des Menschen entspricht (vgl. Martens 2006).

15 Dies zeigt etwa der Fall einer Kellnerin in Berlin, der von einer der dortigen ARGEn das Angebot einer Stelle in einem Bordell zugewiesen worden war, das abzulehnen mit dem Risiko einer Leistungskürzung oder streichung verbunden war. (vgl. o. A. 2005) Da der Beruf der Prostituierten mit dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes (ProstG) am 1. Januar 2002 legalisiert worden ist und dieser nunmehr als einer gilt wie jeder andere Beruf auch, gibt es keinen rechtlichen Hinderungsgrund mehr, eine Bezieherin von Arbeitslosengeld II in den Bereich der sog. sexualbezogenen Dienstleistungen zu vermitteln, weil auf der Grundlage der Zumutbarkeitsregelung nach § 10 SGB II jede Arbeit anzunehmen ist, die nicht gesetzes- oder sittenwidrig ist. Und ob Prostitution sittenwidrig ist, darf füglich bezweifelt werden, zumindest wenn man der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen folgt, das die Auffas-

sung vertritt, seit Erlaß des ProstG sei ein Vertrag über sexuelle Dienstleistungen nicht von vornherein als sittenwidrig zu beurteilen (vgl. BGH – Az 1 StR 482/03). Auch wenn es sich hier um einen Einzelfall handeln mag, so kommt darin doch zum Ausdruck, daß Prostitution kein Antonym für ›Markt-Verkehr‹, sondern vielmehr Inbegriff für die auf dem Prinzip des Warentauschs beruhenden zwischenmenschlichen Beziehungen ist. Ein Sachverhalt, den Marx mit folgenden Worten unterstreicht: »Die Austauschbarkeit aller Produkte, Tätigkeiten, Verhältnisse gegen ein Drittes, Sachliches, was wieder gegen alles ohne Unterschied ausgetauscht werden kann – also die Entwicklung der Tauschwerte (und der Geldverhältnisse) ist identisch mit der allgemeinen Venalität, Korruption. Die generelle Prostitution erscheint als eine notwendige Phase der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der persönlichen Anlagen, Vermögen, Fähigkeiten, Tätigkeiten.« (Marx 1974: 80)

16 »So ist Aufklärung und Beratung über zustehende Sozialleistungen für viele Träger nicht Praxis, wird sogar, wenn sie von dritter Seite erbracht wird, als Angriff auf die Gemeindekasse empfunden«, wie z. B. Spindler (2003: 226) mit Bezug auf die Sozialhilfeträger feststellt.

17 Sie trägt ihren Namen deswegen zu unrecht, weil der hilfeschuchende Arbeitslose mangels realer Wahlmöglichkeiten einem sanktionsbewehrten Kontrahierungszwang unterliegt, so daß von einer »›Vereinba-

festgelegt – zum Verlust von Ansprüchen führt. Festgehalten wird in der ihren Namen zu unrecht tragenden Eingliederungsvereinbarung« nach § 15 SGB II¹⁷, welche Bemühungen der hilfeschuchende Arbeitslose zur Beseitigung seiner Arbeitslosigkeit in welcher Häufigkeit unternehmen muß und wie er seine Bemühungen nachzuweisen hat, wobei eine Verletzung der ›vereinbarten‹ Mitwirkungspflichten die Arbeitsverwaltung berechtigt, die Existenzsicherungsleistungen zu mindern oder gar vollständig zu entziehen, wobei während dieser Zeit kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, der heutigen Sozialhilfe, besteht und auch eine umgehende Verhaltensänderung seitens der Betroffenen nicht zu einer Aufhebung der Sanktion führt. Außerdem kann – ganz nach dem Motto »Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.« – bei Verweigerung des Abschlusses der Eingliederungsvereinbarung« diese hoheitlich qua Verwaltungsakt erfolgen, was zurecht als fachlich verfehlt kritisiert wird, weil damit ignoriert wird, daß eine einseitig gesetzte und/oder gegen den Willen des Hilfeschuchenden durchgesetzte Verhaltensanforderung auf dessen Widerstand stoßen und nur selten das erwünschte Verhalten nach sich ziehen wird. Es läßt sich jedoch begründet annehmen, daß ein Mißlingen der beabsichtigten Verhaltensänderung bewußt in Kauf genommen, wenn nicht sogar provoziert wird, weil es zum einen die Möglichkeit eröffnet, die betroffenen arbeitslosen Hilfeschuchenden als beratungsresistent und damit als arbeitsunwillig zu diskriminieren, und es damit zum anderen als Legitimation zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug herangezogen werden kann, zumal der hiergegen einlegbare Widerspruch gemäß § 39 SGB II keine aufschiebende Wirkung hat.

IV

Entgegen den Erwartungen seitens der politisch Verantwortlichen, mit den sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetzen – von Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung »Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung schaffen – für eine Partnerschaft in Verantwortung« vom 29. Oktober 2002 charakterisiert als »größte Arbeitsmarktreform seit Bestehen der Bundesrepublik« (BT-PiPr. 15/4: 5) – Milliarden einsparen zu können, zeigte sich nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe relativ rasch, daß die Ausgaben für Hartz IV wesentlich stärker als ursprünglich durch die Politik angenommen gestiegen waren. Allerdings handelte es sich bei dieser »Kostenexplosion« genannten Entwicklung nicht um eine, die ursprünglich durch die Einführung von Hartz IV bewirkt worden war¹⁸, sondern um eine lediglich »gefühlte« (Viering 2005). Und doch wurde die angebliche Explosion der Kosten in der öffentlichen Diskussion als Argument für die Notwendigkeit einer Reform der Reform, das heißt für eine »Optimierung« beziehungsweise »Fortentwicklung« des SGB II verwandt, die mit dem Inkrafttreten des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes am 1. August 2006 dann auch nicht lange auf sich warten lies, das von der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung auf der Grundlage des Koalitionsvertrags »Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit« (vgl. Bundesregierung 2005: 34 ff.) vom 11. November 2005 initiiert worden

war. Motiv für das in den Medien zunächst als Hartz-IV-Optimierungsgesetz bekannt gewordene SGB-II-Fortentwicklungsgesetz war demzufolge eindeutig die Einsparung von Kosten, um damit, so die öffentliche Begründung, Ressourcen freizumachen für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration und damit zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit der Betroffenen. (vgl. BT-Drs. 16/1410: 1)

Zur Erreichung des vorgenannten Ziels, die mit dem SGB II verbundenen Kosten zu reduzieren (angestrebt werden Einsparungen für das Jahr 2007 folgende in Höhe von insgesamt 1,2 bis 1,4 Mrd. Euro jährlich), enthält das Fortentwicklungsgesetz neben diversen Regelungen zur Verbesserung der Verwaltungspraxis der Grundversicherungsträger vornehmlich Regelungen, die auf die Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch abstellen. Damit wird seitens der schwarz-roten Bundesregierung zweierlei unterstellt: Angenommen wird erstens, es stünde im Vermögen der Arbeitsverwaltung, bei Massenarbeitslosigkeit Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt qua vermittlungsorientierter Dienstleistungen in Übereinstimmung zu bringen¹⁹, und zweitens, es fände Sozialleistungsmissbrauch in einem nennenswerten Umfang statt.

Weder die eine noch die andere Annahme trifft jedoch zu. So ist *zum einen* das Ziel der möglichst schnellen und quantitativ bedeutsamen Verringerung der Massenarbeitslosigkeit mit den im SGB II vorgesehenen Eingliederungsleistungen nicht zu realisieren, weil angesichts der de facto bestehenden enormen Arbeitsmarktlücke zwischen Arbeitskräftenachfrage (offene Stellen) und Arbeitskraftangebot (Stellensuchende) zuungunsten des letzteren jegliches Eingliederungsbemühen, sei es auch das bestgemeinte, über gelungene Einzelfälle hinaus ins Leere laufen muß. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die hier in Rede stehenden Eingliederungsleistungen Information, Beratung sowie umfassende Unterstützung durch den hierfür in den §§ 4 I 1, 14 SGB II vorgesehenen »persönlichen Ansprechpartner«²⁰ strukturell unzulänglich sind, da sie Ziele und Wirkungen anstreben, die außerhalb der Reichweite der Dienstleistungskette liegen, soll heißen, daß die Besetzung oder gar Schaffung von Arbeitsstellen durch die Dienstleister, auch wenn sie dies wollten, selbst nicht herbeigeführt werden kann. *Zum anderen* verfügt der seitens der Politik und der ihr willfährigen Journaille gepflegte Mythos vom Sozialleistungsmissbrauch über keinerlei empirische Basis. Das heißt nicht, daß es das Phänomen der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen nicht gäbe. Allerdings ist, erstens, nicht alles Mißbrauch, was Mißbrauch genannt wird. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang etwa an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der das legale Ausschöpfen eines Rechtsanspruchs mit den tadelnswerten Worten »Man muß nicht alles rausholen, was geht.« (Beck 2006) kritisiert. Zudem ist, *zweitens*, zu vermerken, daß Sozialleistungsmissbrauch im juristischen Sinne einer rechtswidrigen Inanspruchnahme von Leistungen sowohl die Folge betrügerischen Handelns der Leistungsempfänger als auch Folge administrativen Fehlverhaltens sein kann, wobei Verwaltungsfehler nicht bloß Ausdruck fahrlässigen, sondern auch vorsätzlichen Handelns sein können, weswegen diese Form staatlich organisierten Mißbrauchs gegebenenfalls

»im Schatten der Macht« (Berlit 2003: 205) gesprochen werden muß, die zudem gegen das Grundgesetz verstößt, da sie »unverhältnismäßig in die durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte Vertragsfreiheit« (ebenda) eingreift.

18 Vgl. statt anderer Aust/Müller-Schoell (2007: 56 ff.), Martens (2005: 361 ff.), Wagner (o. J.).

19 Diese Annahme fußt auf der absurden Interpretation der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit als eines Mismatch-Problems, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskraftverkäufern und käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes. Zur wissenschaftlichen Fragwürdigkeit der These vom Mismatch als Ursache der Massenarbeitslosigkeit vgl. statt vieler Trube (2004: 64 ff.).

20 Da dieser, im Behördenjargon anzüglich als »Paps« bezeichnet, nicht nur über die materiellen Hilfen entscheidet, sondern auch über die Eingliederungsleistungen und über den Einbezug ins Case-Management, besteht die Gefahr, daß die Beziehung der hilfebedürftigen Arbeitslosen zu ihrem »Paps« in ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis umschlagen kann, was es gerechtfertigt erscheinen läßt, von einer Refeudalisierung der beschäftigungsorientierten sozialen Dienstleistungserbringung zu reden. Zur Problematik der Vermischung von hoheitlichem Eingriff und Erbringung einer Beratungsdienstleistung für Hilfesuchende in prekären materiellen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut

vgl. insbesondere Bartelheimer/Reis (2001).

dann auch als Amtspflichtverletzung beziehungsweise Rechtsbeugung nach § 339 StGB geahndet werden kann. Überdies zeigen, *drittens*, sowohl ältere international vergleichende wie auch neuere nationalstaatlich fokussierte empirische Untersuchungen, daß, hoch gegriffen, nur etwa fünf von 100 Transferleistungsempfängern Mißbrauch von Sozialleistungen begehen. (vgl. Henkel/Pawelka 1981; Martens 2005; Trube 2003: 195) Mit anderen Worten: Sozialleistungsmißbrauch kommt zwar vor, aber er ist verschwindend gering. Daß diese Wertung mehr als berechtigt ist, zeigt sich vor allen Dingen dann, wenn man den Sozialleistungsmißbrauch in Beziehung setzt *einerseits* zur Nichtinanspruchnahme von zustehenden Sozialleistungen in einem Volumen von bis zu 50 Prozent (vgl. Becker 1996: 6; Henkel/Pawelka 1981: 67; Becker/Hauser 2005: 16 ff.) aufgrund gesellschaftlicher und administrativer Schwellen, die erst überwunden werden müssen, bevor aus den Anspruchsberechtigten auch tatsächliche Leistungsbezieher werden (vgl. Leibfried 1976), und *andererseits* zu anderen Mißbrauchstatbeständen wie zum Beispiel Subventionsbetrug oder Steuerhinterziehung, die sich hinsichtlich des angerichteten monetären Schadens in einer dreistelligen Milliardengröße (Mark) bewegen, während Schätzungen den Mißbrauch in der Sozialhilfe mit höchstens 1,8 Milliarden Mark beziffern (vgl. Becker 1996: 8).²¹

21 Wie marginal der Sozialleistungsmißbrauch im Bereich der Arbeitsverwaltung im Vergleich zu anderen Mißbrauchstatbeständen ist, verdeutlicht eindringlich Oschmianskys Feststellung: »Selbst wenn alle Leistungsempfänger [von Arbeitslosengeld und Hilfe; M. W.] »Arbeitsverweigerer« wären, ihre Leistungen entsprechend missbräuchlich in Anspruch genommen hätten, betrüge der »Schaden« gerade 28 Prozent des Schadens durch Schwarzarbeit.« (Oschmiansky 2003: 15)

Wenn also weder die eine noch die andere Annahme zutrifft, ein Sachverhalt, der der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien hinlänglich bekannt ist (vgl. etwa BT-Drs. 16/5009: 2), dann liegt es nahe, anzunehmen, daß die politisch Verantwortlichen mit dem Fortentwicklungsgesetz ein anderes Ziel als das öffentlich bekundete verfolgen. Im Grunde wird mit dem Gesetz, wie eine genauere Betrachtung der darin vorgesehenen Maßnahmen zeigt, die »Hungerpeitsche« zur Arbeit stärker geschwungen als zuvor, indem die mit dem SGB II eingeschlagene politisch-administrative Strategie der »Verfolgungsbetreuung« durch weitergehende Anforderungen an die Mitwirkungspflicht und entsprechende leistungsrechtliche Verschärfungen in gesteigerter Weise fortgeschrieben wird. Oder anders formuliert: Es wird gehandelt nach dem Motto »Wenn die neoliberale Medizin »Weniger Staat und mehr Markt« nicht wie erwartet gewirkt hat, muß man eben die Dosis erhöhen, also den workfare-politischen Formwandel des Staates beschleunigen und vertiefen.« Bevor darauf eingegangen wird, welche Maßnahmen das Fortentwicklungsgesetz zur Bekämpfung des vermeintlichen Sozialleistungsmißbrauchs vorsieht, ist jedoch eine kurze Zwischenbemerkung zur Vokabel »Verfolgungsbetreuung« angezeigt, da diese geeignet scheint, die Maßnahmen genauer nach der Art ihrer Wirkungsweise zu qualifizieren.

Die Vokabel »Verfolgungsbetreuung« ist eine Wortschöpfung von Mitarbeitern des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen und thematisiert selbstkritisch den Sachverhalt der Disziplinierung und gezielten und absichtsvollen Ausgrenzung erwerbsfähiger hilfebedürftiger Arbeitsloser aus dem potentiellen wie aktuellen Leistungsbezug. Allerdings ist Ziel dieser Selbstkritik weniger das individuelle Verhalten des Fachpersonals als vielmehr die von der Bundesagentur für Arbeit verfolgte Politik, mittels »massive[m]

Druck« ihre Mitarbeiter zu zwingen, »an der Grenze der gesetzlichen und moralischen Legalität, gegen Arbeitslose vorzugehen, allein mit dem Ziel, ihnen die finanzielle Lebensgrundlage zu kürzen oder zu sperren« (Küster et al. 2003: 3) beziehungsweise den Zugang dazu zu erschweren oder gar zu verwehren. Mit der Vokabel werden mithin Praktiken der Drangsalierung und Schikanierung der Betroffenen durch Anwendung von mehr oder minder subtilen Druck oder durch mißbräuchliche Ausübung eines Rechts angesprochen. Zu diesen Praktiken gehört etwa, Termine so kurzfristig anzuberaumen, daß die Betroffenen nur zu spät oder überhaupt nicht erscheinen können, mit der Folge einer Kürzung oder auch Versagung der Leistungen²²; oder akademisch gebildete Arbeitslose in eine Trainingsmaßnahme einzuweisen, in der sie lernen sollen, wie sie Bewerbungen zu verfassen haben, was sie zu Recht als nichts anderes als eine herabwürdigende Schikane begreifen können; oder Betroffene nicht über ihre Rechte im Sinne einer aktiven Information aufzuklären beziehungsweise ihnen die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verwehren wie beispielsweise im Falle einer rechtswidrigen Zurückweisung eines Beistands nach § 13 IV SGB X; oder bei der Ermessensausübung das Ermessen zu über- oder zu unterschreiten oder fehlzugebrauchen, daß heißt stets restriktiv und nicht nach dem aus dem Strafrecht stammenden Grundsatz »in dubio pro reo« zu verfahren. Im Sprachgebrauch der Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung ist die Vokabel »Verfolgungsbetreuung« mithin ein Kampfbegriff derjenigen, die aus der Binnenperspektive der Beschäftigten das System der mit dem SGB II institutionalisierten »aktivierenden Ausgrenzung« der hilfebedürftigen Arbeitslosen aus dem Leistungsbezug, des »Überfordern und Ausfordern«, wie es im Behördenjargon unverblümt heißt, kritisieren, weil es offensichtlich nicht nur gegen geltendes Recht, sondern auch gegen Fachlichkeitsstandards und berufsethische Prinzipien verstößt.

Eingang gefunden hat die Vokabel zwischenzeitlich auch in die sozial- und rechtswissenschaftliche Diskussion. Hierbei kommt ihr mit Bezug auf die Arbeitsverwaltung eine heuristisch-analytische Funktion zu, insofern mit dem Oxymoron auf das Problem der Unvereinbarkeit zweier Handlungslogiken aufmerksam gemacht wird, ein Problem, das in dem Diskurs der Sozialen Arbeit und auch der Sozialpolitik unter dem klassischen Topos des Widerspruchs von Hilfe und Kontrolle thematisch ist²³ und das im Bereich der Obdach- und Wohnungslosenhilfe²⁴ mit der Bezeichnung »vertreibende Hilfe« oder im angelsächsischen Workfare-Diskurs mit dem aus »threat« und »offer« gebildeten Amalgam »thoffer« für »wohlmeinende Drohung« (Lødemel/Trickey 2001: 139) sowie im Arbeitsfeld psychosoziale Dienste in dem Begriff »fürsorgliche Belagerung« (Rappaport 1985: passim) eine analoge Entsprechung hat. Mit dem Begriff bezeichnet Rappaport eine Haltung, die Klienten nicht betrachtet als »Bürger mit Rechten«, sondern als »Kinder in Not« (ebenda: 269), mit der Folge, diese denn auch in paternalistischer Manier als solche zu behandeln und »sie vor sich selbst [zu retten; M. W.], ob sie es wollen oder nicht« (ebenda: 267). Und daß Politik und Verwaltung ein Bild von den Betroffenen haben als Personen, die wie Kinder »noch nicht« (beziehungsweise wie Kriminelle oder andere Normab-

22 »Da ist es so, dass Hilfeempfänger zu Zeiten eingeladen werden, von denen man weiß, dass der Hilfeempfänger Probleme hat, zu diesen Zeiten zu erscheinen. Und darauf folgt dann in de Regel eine Sanktion. Das ist eine Möglichkeit, wie man Leistungen einsparen kann.« (anonym; zit. nach: Klein 2008), so das Bekenntnis eines ARGE-Mitarbeiters in leitender Position.

23 Vgl. hierzu statt anderer Matthes (1973), Rödel, Guldimann (1978).

24 In der Regel werden die Begriffe »Obdachlosigkeit« und »Wohnungslosigkeit« synonym verwendet. Gleichwohl existiert mit Bezug auf die amtliche Statistik ein Bedeutungsunterschied: Als »obdachlos« werden jene Personen bezeichnet, die vorübergehend in Notunterkünften untergebracht sind und aus diesem Grunde auch von der amtlichen Statistik erfaßt werden. Als »wohnungslos« gelten hingegen jene Personen, die weder Obdach noch Wohnung haben und insofern »auf der Straße« leben oder aber bei Dritten Unterschlupf gefunden haben.

25 Verfassungsrechtlich ließe sich die Frage stellen, ob der Staat überhaupt ein Mandat zur (Um)Erziehung seiner Bürger hat, verstoßen doch staatliche Maßnahmen zum Aufbau und Erhalt von Sozial- und Arbeitsmoral zumindest gegen das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, wie es sich durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zu Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG entwickelt hat. Zur Problematik, jedoch mit Bezug auf die staatliche Förderung von Abfallmoral, vgl. Lüdemann (2002).

weichler ›nicht mehr‹ wissen, was sich gehört, und die man deswegen erziehen (beziehungsweise Mores lehren) muß, ist belegt. So wird zum Beispiel in dem »Bericht 2005 der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« festgestellt: »Die Bundesagentur für Arbeit ist im Rahmen ihrer Reform im Begriff, ihre Kundinnen und Kunden umzuerziehen. Dabei nimmt sie die Arbeitnehmerkundinnen und -kunden in die Pflicht, sich an vorgegebene Strukturen und Prozesse zu halten.« (BT-Drs. 16/505: 62).²⁵ Eine Sichtweise, die der ehemalige Leiter der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, offensichtlich teilt, der in einer Äußerung unmißverständlich zu erkennen gibt, welches Verhalten gegenüber den hilfebedürftigen Arbeitslosen er den Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung abverlangt: »Nicht die Auszahlung von Transferzahlungen gehört in den Vordergrund, sondern die erstklassische Assistenz auf dem Weg in einen neuen Job. Dabei dürfen Arbeitslose nicht den Eindruck bekommen, ihr Rechtsanspruch auf die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung resultiere allein aus den gezahlten Beitragszahlungen und gestatte ihnen für die Dauer der Bewilligung eine finanziell abgesicherte Auszeit vom Arbeitsleben. Um dieses Mißverständnis aufzuheben, muß eine Betreuung organisiert werden, die mit dem ironischen Begriffspaar ›Fürsorgliche Belagerung‹ treffend beschrieben ist.« (Gerster 2003: 19 f.)

In welcher Weise dies nun auch mit dem Fortentwicklungsgesetz Realität geworden ist, zeigt ein Blick auf einige jener Maßnahmen, von denen man sich eine verbesserte Bekämpfung des vermeintlichen Sozialleistungsmißbrauchs und erhebliche finanzielle Auswirkungen in Form von Einsparungen erhofft. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei dem Sofortangebot (§ 15a SGB II) zukommen, weil sich hinter diesem Instrument anderes verbirgt, als sein sprachlicher Ausdruck einen glauben machen will.

V

Von den Maßnahmen mit einer größeren finanziellen Bedeutung sieht das Fortentwicklungsgesetz unter anderem vor die flächendeckende Einführung von Außen- und Prüfdiensten (Sozialdetektive), eine ebensolche Durchführung automatisierter Datenabgleiche und Datenabfragen und eine regelmäßige telefonische Befragung von SGB-II-Leistungsbeziehern durch private Call-Center. Es wird davon ausgegangen, es seien hierdurch Einsparungen in Höhe von insgesamt rund 1,0 bis 1,3 Mrd. Euro zu erzielen. (vgl. BT-Drs. 16/1410: 36) Da die genannten Maßnahmen ihren repressiven Charakter nicht zu leugnen vermögen, verwundert es nicht, daß diese scharf kritisiert wurden, so zum Beispiel durch die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern, die das Fortentwicklungsgesetz für datenschutzrechtlich bedenklich halten, weil ohne Zustimmung der Betroffenen die Tätigkeit der Sozialdetektive gegen das grundgesetzlich geschützte Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG verstoße und die Erweiterung des automatisierten Datenabgleichs einen massiven Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstelle (vgl. Datenschutzzentrum 2006). Mit einem geschätzten Betrag von rund 280 Mio. Euro nimmt hinsichtlich

der erwarteten finanziellen Einsparungen das Sofortangebot nicht eine außergewöhnliche Stellung ein. Und doch läßt eine etwas genauere Betrachtung erahnen, welche eminente Rolle dem Instrument im Rahmen der »Verfolgungsbetreuung« zuzukommen vermag, namentlich vor dem Hintergrund der nicht von der Hand zu weisenden Gefahr, seitens der Arbeitsverwaltung zur Unterbreitung von »sinnlosen, auf Abschreckung zielenden Angeboten missbraucht zu werden« (Berlit 2006: 36).

Die Regelung von § 15a SGB II sieht vor, daß jenen hilfesuchenden SGB-II-Neuantragstellern, die in den letzten zwei Jahren vor ihrer Antragstellung keine laufenden SGB-II- oder SGB-III-Geldleistungen bezogen haben, zum Zeitpunkt der Antragstellung unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, Leistungen zur Eingliederung in Arbeit angeboten werden sollen. Angesichts der bestehenden Massenarbeitslosigkeit wird es sich hierbei zumeist um die sofortige Zuweisung in eine ein- bis vierwöchige Maßnahme zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten nach § 48 ff. SGB III (z. B. Eignungsfeststellung, Bewerbertraining) oder in eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 III SGB II (»Ein-Euro-Job«) oder um eine sofortige Vermittlung zu einer Leihbeziehungsweise Zeitarbeitsfirma nach § 37c SGB III handeln. Zu dem von der Regelung betroffenen Personenkreis, er umfaßt schätzungsweise etwa 750 000 Antragsteller ohne vorherigen Leistungsbezug (vgl. BT-Drs. 16/1410: 36), dürften in der Regel Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gehören wie etwa Asylbewerber, Haftentlassene, Obdachlose, psychisch Kranke und Drogenkranke nach stationärem Aufenthalt, aber auch Jugendliche, die von ihren Eltern der gemeinsamen Wohnung verwiesen wurden, frisch getrennte Partner, geschäftlich gescheiterte Selbständige oder Schul- und Hochschulabsolventen ohne Beschäftigungsverhältnis.

In das SGB II aufgenommen wurde § 15a, weil der Gesetzgeber die Ansicht vertritt, die frühzeitige Unterbreitung eines Eingliederungsangebots sei »ein geeignetes Mittel, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden bzw. einer länger andauernden Zeit der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen sowie die Bereitschaft der Hilfesuchenden zur Arbeitsaufnahme zu überprüfen« (BT-Drs. 16/1410: 21) und damit zur Verhinderung des Leistungsmissbrauchs, wobei er davon ausgeht, daß durch die Sofortangebote circa zehn Prozent des in Rede stehenden Personenkreises, also 75 000 hilfebedürftige Arbeitslose, davon abgehalten beziehungsweise, besser formuliert, abgeschreckt würden, Leistungen nach dem SGB II in Anspruch zu nehmen (vgl. ebd.: 36). Wie der Gesetzgeber zu dieser Ansicht kommt, bleibt allerdings unergründlich, zumal die Bundesregierung anlässlich der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE selbst eingesteht, daß über die Wirkung von Sofortangeboten »kaum empirische Evidenz« (BT-Drs. 16/5192: 5) bestehe, womit sie unter anderem der im Gesetzgebungsverfahren geäußerten Kritik implizit beipflichtet, daß die Erreichung der mit dem Fortentwicklungsgesetz verfolgten fiskalischen Ziele »aus wissenschaftlicher Sicht unsicher« (BT-Ausschuß-Drs. 16(11)258: 46) sei. Auch sei ihr ebensowenig bekannt, wo jene hilfesuchenden Arbeitslosen verbleiben, die durch die Sofortangebote abgeschreckt worden sind (ebd.), was sie gleichwohl

nicht davon abhält, die Auffassung »entschieden zurück[zuweisen]«, daß die betroffenen Personen dadurch in eine »prekäre Lebenssituation« (ebd.: 7) geraten könnten. Eine Position, die angesichts der »Entschiedenheit«, mit der sie vertreten wird, bei einem außenstehenden Betrachter zumindest Verwunderung hervorrufen muß, da die Bundesregierung nach eigenem Bekunden über keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialen Folgen der Sofortangebote verfügt. Was mit den betroffenen Personen »mit unbekanntem Verbleib« (ebd.: 5) geschieht, scheint der Bundesregierung offensichtlich gleichgültig zu sein, obwohl die Frage danach sie eigentlich, so sie sich denn diese ernsthaft genug stellen würde, beunruhigen müßten, sei es, weil die Betroffenen elendig dahinvegetieren, Opfer illegaler Arbeitsausbeutung werden oder auf illegale oder zumindest sozial geächtete Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution zurückgreifen. Die gesellschaftlichen Kosten, die derart entstehen, dürften erheblich sein. Denn sie schlagen sich auf lange Sicht nieder »in all den kleinen und großen Gewalttätigkeiten des Alltags« (Bourdieu 2004: 60): in steigender Armut, steigender Kriminalität, in einem allgemeinem Verfall gemeinschaftlich geteilter Werte, kurz in einem Prozeß sich verstärkender sozial desintegrativer und politisch involutiver²⁶ Tendenzen.

Auch wenn das Instrument des Sofortangebots erst mit dem Fortentwicklungsgesetz Eingang in das SGB II gefunden hat, so ist es doch eines, das bereits zuvor praktiziert worden ist, freilich ohne eine entsprechende rechtliche Legitimation. So sah bereits § 3 II SGB II für unter 25jährige Antragsteller die unverzügliche Unterbreitung von Vermittlungsangeboten in Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vor, doch regelte dieser eindeutig, daß die Vermittlungsangebote nicht vor oder statt, sondern erst nach Antragstellung zu unterbreiten sind, was allerdings verschiedene Arbeitsverwaltungen wie beispielsweise die Kieler nicht davon abhielt, per Dienstweisung festzulegen, daß bei persönlicher Vorsprache von unter 25jährigen Antragstellern ohne Berufsausbildung und erwachsenen Hilfebedürftigen diesen »schriftlich das Angebot der Aktivierungsmaßnahme mit Rechtsfolgenbelehrung vor Aushändigung des Antrages unterbreitet« (Stöcken/Stremlau 2005: 2) wird und der Antrag den Betroffenen nur dann auszuhändigen ist, wenn diese das Vermittlungsangebot schriftlich akzeptiert haben. Hier offenbart sich eine Rechtsauffassung, die mit dem Rechtsstaatsprinzip wenig zu tun, und zwar insofern, als die An- oder Aufnahme eines Antrages auf Leistungen von der Annahme eines Vermittlungsangebots abhängig zu machen, »schlicht rechtswidrige Praxis« (Berlit 2006: 35) ist, da § 16 I SGB I i.V.m. § 20 III SGB X nicht nur die Arbeitsverwaltung, sondern generell jede Behörde zur Antragsentgegennahme verpflichtet. Offiziell angestoßen wurde diese rechtswidrige Verwaltungspraxis durch den damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement, der mit einem Rundschreiben alle ARGE-Geschäftsführer aufforderte, dafür Sorge zu tragen, daß Antragstellern ohne vorherigen Leistungsbezug »bereits bei Antragstellung ein Stellenangebot unterbreitet« (Clement 2005: 3) wird. Daß es Clement hierbei nicht ernsthaft darum ging, »Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu bekämpfen« (ebenda), verrät der dem Schreiben beige-

26 Als politik- und gesellschaftskritischer Begriff bezeichnet »Involution« die Rückentwicklung demokratischer Systeme, Strukturen und Formen in vor- oder antidemokratische; vgl. hierzu in pointierter Weise die luziden Ausführungen von Agnoli (1974).

fügte und von der Bundesagentur für Arbeit verfaßte Anhang, der die aufschlußreiche Überschrift »Empfehlungen zur Vermeidung/Aufdeckung ungerechtfertigter Leistungszahlungen« trägt.

Mit dem Fortentwicklungsgesetz ist nun für diese rechtswidrige Verwaltungspraxis zumindest teilweise eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen worden. Dies bedeutet jedoch mitnichten, wie etliche Beispiele belegen, daß sich die Arbeitsverwaltung seither bei der administrativen Umsetzung von § 15a SGB II an geltendes Recht halten würde. Im Gegenteil. So ist zum Beispiel dem »Geschäftsbericht 2007« der *ARGE für die Stadt Koblenz* zu entnehmen, daß sie rechtswidrigerweise »den Personenkreis des § 15a SGB erweitert [hat; M. W.]. Alle erwerbsfähigen Personen, die einen Neuantrag stellen, erhalten ein solches Sofortangebot ab Oktober 2006.« (*ARGE Koblenz 2008: 12*) Bei dem seit September 2007 laufenden Projekt »Sofortangebot plus« des *Stuttgarter Jobcenter* wird, auch hier wieder unrechtmäßigerweise, jeder Neuantragsteller bereits am darauffolgenden Tag zu einem sogenannten Sozialunternehmen geschickt, das ihn sofort in eine vierwöchige Arbeitsgelegenheit nebst Begleitangeboten wie etwa Bewerbertraining vermittelt. Hierzu ließ die Bundesagentur für Arbeit verlauten, daß sie sich bei erfolgreichem Projektverlauf durchaus eine bundesweite Einführung vorstellen könne. (vgl. *Otte 2008*) In Marburg wiederum startete im Januar 2008 das vom *KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf* initiierte Projekt »Jobakademie«. Entgegen der Regelung von § 15a SGB II werden alle als erwerbsfähig eingestufte Neuantragsteller unverzüglich der Jobakademie zugewiesen, die über eine Dauer von zwei Monaten zu besuchen Pflicht ist, weswegen unentschuldigtes Fehlen auch mit Leistungskürzungen seitens der Arbeitsverwaltung sanktioniert wird. Während dieser Zeit müssen die Betroffenen an vier Tagen pro Woche jeweils dreieinhalb Stunden »arbeiten«, das heißt an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungschancen teilnehmen, was von dem niederländischen Konsulenten *Dick Vink*, der bei der Projektentwicklung beratend zu Seite stand, mit den Worten »Ihr Job ist es, einen Job zu finden« (*Vink, D.; zit. nach: Huttel 2007*) zynisch beschrieben wird.

Bekannt sind entsprechende Praxen auch aus anderen Kommunen, so zum Beispiel aus Braunschweig, Mainz, Minden, Wolfsburg und auch aus Neumünster, wobei dieser Kommune besondere Aufmerksamkeit zukam, da sie stellvertretend für andere Kommunen herhalten mußte für die von der Fraktion DIE LINKE an die schwarz-rote Bundesregierung gerichtete Kleine Anfrage, weil dort alle Neuantragsteller sofort und ohne Gespräch mit einem Case-Manager als Sofortangebot die Zuweisung zu einem »Ein-Euro-Job« erhalten. In ihrer Antwort kam die Bundesregierung nicht umhin, einzuräumen, daß die Umsetzungspraxis der *ARGE Neumünster* gegen geltendes Recht verstoßen habe, weil unbeachtet blieb, daß die Unterbreitung eines Sofortangebots erstens nur für den in § 15a SGB II genannten Personenkreis in Betracht komme und zweitens nur dann erfolgen könne, wenn zuvor »im Rahmen eines qualifizierten Erstkontaktes grundlegende Feststellungen zu den in § 3 Abs. 1 S. 2 SGB II genannten Leistungsgrundsätzen« (*BT-Drs. 16/5192: 4*) getroffen worden sind, die bei der Auswahl von geeigneten Sofortangeboten zu

27 Wird einem hilfesusuchenden Arbeitslosen nämlich ein Sofortangebot unterbreitet, muß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen, daß dieser erwerbsfähig ist, das heißt, daß dieser die Fähigkeit besitzt, »unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein« (§ 8 I SGB II). Dies festzustellen, kann aber unter Umständen, insbesondere bei psychisch erkrankten oder behinderten Personen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht möglich sein und ist erst im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach § 44a SGB II auf der Grundlage einer gutachterlichen Beurteilung zu entscheiden.

berücksichtigen seien. § 3 I 2 SGB II sieht nämlich vor, daß bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit insbesondere den folgenden Kriterien Rechnung zu tragen ist: der Eignung, der individuellen und familiären Situation, der voraussichtlichen Dauer der Hilfebedürftigkeit und der Dauerhaftigkeit der Eingliederung. Wenn mithin das Sofortangebot, wie die übrigen Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit auch, entsprechend der Leistungsgrundsätze nach § 3 SGB II geeignet sein muß, die zielgerichtete Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu befördern, dann resultiert daraus aber ein doppeltes Problem. Denn auf der einen Seite kann etwas Sinnvolles nur auf der Grundlage einer entsprechenden Analyse der Umstände des konkreten Einzelfalls angeboten werden, was, wie man weiß, allerdings Zeit erfordert und deswegen im Zeitpunkt der Antragstellung so gut wie nicht realisierbar ist.²⁷ Und auf der anderen Seite wird die Unterbreitung eines sinnvollen Angebotes in Zeiten von und namentlich in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit nicht der Regelfall sein können. Vor diesem Hintergrund verwundert denn auch nicht, daß den Betroffenen zumeist keine existenzsichernde Erwerbsarbeit angeboten wird, sondern daß ihnen statt dessen droht, an einem Bewerbertraining oder an Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit teilnehmen zu müssen oder in einen »Ein-Euro-Job« zugewiesen oder in prekäre Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit vermittelt zu werden. Wie dem auch sei: Trotz des eklatanten Rechtsbruchs durch die ARGE Neumünster, den die Bundesregierung aufgrund der parlamentarischen Anfrage nicht mehr totschweigen konnte, spielte sie das Problem des durch die Arbeitsverwaltung begangenen Rechtsbruchs herunter, indem sie meint, feststellen zu müssen, sie gehe davon aus, »dass die dargestellte Umsetzungspraxis [...] nicht repräsentativ für die flächendeckende Nutzung dieses Eingliederungsinstrumentes« (BT-Drs. 16/5192: 2), des Sofortangebots, sei.

Von besonderer Anstößigkeit ist schließlich die Umsetzungspraxis der *Rhein-Main-Jobcenter GmbH* (RMJ) genannten ARGE der Stadt Frankfurt am Main, die anlässlich einer Anfrage des DGB Region Frankfurt-Rhein-Main in ihrer brieflichen Antwort vom 5. November 2007 mitteilt, seit Oktober 2006 ein Sofortprogramm für § 15a SGB II vorzuhalten, das eine »Angebotsstruktur« vorsehe, die »die Kunden ›sofort‹, schon bei der ersten Vorsprache, einem Betreuungs- und Integrationsprozess« zuführe »mit dem Ziel, Hilfsbedürftigkeit zu vermeiden, einem längeren Leistungsbezug vorzubeugen sowie die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu prüfen« (Czernohorsky 2007: 1). Das Sofortangebot sieht unter anderem vor die »sofortige Vermittlung zu einer Zeitarbeitsfirma«, die »Zuweisung in ein assistiertes Jobcoaching« und die »Zuweisung in AGH« (ebd.), das heißt zu einem »Ein-Euro-Job«, wobei das Sofortangebot »geöffnet« worden sei »für alle Neukunden, die vom SGB III in das SGB II wechseln sowie einen Neu- oder Folgeantrag auf ALG II stellen« (ebd.). Inwiefern diese Praxis eine, wie die RMJ behauptet, »entsprechend der gesetzlichen Vorgabe« (ebd.) sei, vermag der etwas juristisch informierte Kopf sich allerdings nicht zu erschließen, wird doch sowohl verstoßen gegen das Kriterium ›Personenkreis‹ nach § 15a SGB II als auch gegen die Eingliederungskriterien gemäß § 3 I 2 SGB II. Dies wirft allerdings die Frage auf, ob auf

Seiten der RMJ ein qualifikatorisches Kompetenzdefizit besteht, das heißt, um es anders zu formulieren, ob man dort über nur unzulängliche Rechtskenntnisse verfügt. So dies der Fall wäre, wäre dies wegen der damit verbundenen Konsequenzen hinsichtlich der Lebenssituation der Betroffenen, aber auch im Hinblick auf das Prinzip der Rechtssicherheit jedoch nicht hinnehmbar. Denkbar wäre freilich auch, und dies scheint angesichts des strukturell gegebenen Wissensvorsprungs infolge der institutionellen Nähe der Arbeitsverwaltung zum Prozeß der parlamentarischen Rechtsbildung und richterlichen Rechtsfortbildung wahrscheinlicher, daß die Arbeitsverwaltung aufgrund ihres Wissens- und damit auch Herrschaftsvorsprungs glaubt, ihre Klienten beziehungsweise deren Interessenvertreter für dumm verkaufen zu können.

Zur Unterstützung ihrer Arbeit bedient sich die RMJ, begründet mit einer »Erhöhung der Kundenzahl« (ebd.) und mit Bezug auf § 37 SGB III, Dritter, in diesem Falle der Zeitarbeitsfirma Adecco, einer der größten Global Player der Leiharbeitsbranche, was Klarheit gesprochen bedeutet, daß auf der *einen Seite* immer mehr erwerbsfähige Arbeitslose hilfebedürftig werden und damit auf Existenzsicherungsleistungen nach dem SGB II angewiesen sind und daß auf der *anderen Seite* sich die Arbeitsverwaltung mit der Bearbeitung dieses Problems überfordert und deswegen aufgefordert sieht, Dritte einzuschalten, von denen sie annimmt, sie könnten einen Beitrag leisten zur Erreichung des oben genannten Ziels: »Hilfsbedürftigkeit zu vermeiden, einem längeren Leistungsbezug vorzubeugen sowie die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu prüfen« (ebd.). Die RMJ nimmt hierbei von Adecco als Dienstleistung das »Anbieten eines konkreten Arbeitsplatzes« als auch die Zuweisung zu einem »assistierten Jobcoaching« (ebd.: 2) in Anspruch, wobei Adecco allein für das Jobcoaching die Zahlung einer Pauschale für 60 Personen pro Monat durch die RMJ garantiert wird. Ausdrücklich zu denken in diesem Zusammenhang gibt überdies, daß, *erstens*, die RMJ erwerbsfähige Hilfebedürftige per »Einladung« auffordert, sich bei Adecco vorzustellen und daß sie hierbei versucht, die Betroffenen gezielt irrezuführen, indem sie diese mit Verweis auf § 59 SGB II i.V.m. § 309 SGB III glauben machen will, daß das Nichtwahrnehmen der »Einladung« eine sanktionsbewehrte Verletzung der Meldepflicht darstelle. (Schriftliche Mitteilung eines Betroffenen vom 13. März 2008) Dies ist jedoch, wie der Spruchpraxis der Sozialgerichte zu entnehmen ist, nicht der Fall. So führt zum Beispiel das Sozialgericht Hamburg hierzu aus: »Rechtmäßig ist nur die Aufforderung, sich bei einer gesetzlich vorgesehenen Meldestelle (ARGE oder die zur Durchführung einer Untersuchung vorgesehenen Ärzte und Psychologen) zu melden. Ein versäumter Termin bei einem privaten Maßnahmeträger [...] ist keine Meldepflichtverletzung nach § 59 SGB II i.V.m. § 309 SGB III.« (SG Hamburg – S 17 AS 101/07 ER vom 29. Januar 2007) Nicht weniger bemerkenswert ist, *zweitens*, daß es sich bei Adecco um ein Unternehmen handelt, das nicht nur mit einem Büro in den Räumen der RMJ residiert, sondern daß auch den ehemaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement davor bewahrte, arbeitslos, wenn auch nicht hilfebedürftig zu werden, indem es ihn nach seinem Ausschei-

den aus der rot-grünen Bundesregierung zum Vorsitzenden des Adecco-Institute, einer von Adecco finanzierten Forschungseinrichtung zum Thema Arbeit, berief, um ihm, gewissermaßen wie auch den Hartz-IV-Betroffenen, eine »zweite Chance« zu geben, als »wissenschaftlicher Experte« und Lobbyist für Zeitarbeit seine Vorstellungen über die Zukunft der Zeitarbeit zu Nutz und Frommen von Adecco und den Neuantragstellern bei RMJ umzusetzen, nämlich den Anteil der Zeitarbeiter an allen Beschäftigten von 1,7 auf fünf Prozent nahezu zu verdreifachen. (vgl. Paetz 2006)

Auch wenn im Gegensatz zu der flächendeckenden Einführung von Sozialdetektiven, einer ebensolchen Durchführung automatisierter Datenabgleiche und abfragen und der regelmäßigen telephonischen Überprüfung der faktischen Verfügbarkeit der Hartz-IV-Betroffenen der repressive Charakter des Sofortangebots nicht auf den ersten Blick offen zutage tritt, so läßt die Beantwortung der Kleinen Anfrage durch die Bundesregierung trotz deren Klassifizierung der Neumünsteraner Praxis als Rechtsverstoß summa summarum erkennen, daß sie die mit dem § 15a SGB II geschaffenen Sofortangebote grundsätzlich als Instrument zur Abschreckung potentieller Leistungsberechtigter befürwortet. »Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, durch gesonderte Maßnahmen und Schritte auf die Umsetzung der Sofortangebote Einfluss zu nehmen.« (BT-Drs. 16/5192: 5) Und auch die vorgetragenen Beispiele zeigen deutlich, worauf das SGB-II-Fortentwicklungsgesetz setzt: fast ausschließlich auf Abschreckung und Sanktionen, kurz auf eine Fortentwicklung der Verfolgungsbetreuung, um den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen den erstmaligen oder fortgesetzten Zugang zu den Existenzsicherungsleistungen zu verwehren.

VI

Indem die meisten Regelungen des Fortentwicklungsgesetzes dem Ziel der (Wieder)Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt so gut wie keine Aufmerksamkeit schenken, sondern statt dessen als Instrumente zum flächendeckenden Test der Arbeitsbereitschaft von einem nicht auf den Einzelfall bezogenen Generalverdacht auf Leistungsmissbrauch ausgehen, dem »energisch und konsequent entgegen[zu]treten« (Bundesregierung 2005: 35) sei, in eben diesem Sachverhalt kommt recht deutlich zum Ausdruck, daß es den politischen Verantwortlichen, aber auch ihren willigen und übereifrigen behördlichen Vollstreckern, nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, sondern um die der Arbeitslosen. Dies hat einen zu beunruhigen, weil es in fataler Weise erinnert an das politische Denken des konservativen Staatsrechtlers *Carl Schmitt*, der den Normalfall des Staates als Ausnahmezustand zu erklären sucht und hierbei der spezifisch politischen »Unterscheidung von *Freund* und *Feind*« (Schmitt 1963: 26) eine existentielle Bedeutung zumißt.

Schmitts »bis zur Kenntlichkeit entstell[er]« (Preuß 1994: 129) und durch den »äußersten Intensitätsgrad einer [...] Dissoziation« (Schmitt 1963: 27) charakterisierter Begriff des Politischen beruht auf der Überlegung, daß es Aufgabe jedes normalen Staates sei, »innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Be-

friedung herbeizuführen, ›Ruhe, Sicherheit und Ordnung‹ herzustellen«, was in »kritischen Situationen« dazu führe, daß der »Staat als politische Einheit von sich aus [...] auch den ›inneren Feind‹ bestimmt. In allen Staaten gibt es deshalb in irgendeiner Form [...] schärfere oder mildere, ipso facto eintretende oder auf Grund von Sondergesetzen justizförmig wirksame, offene oder in generellen Umschreibungen versteckte Arten der Ächtung, des Bannes, der Proskription, Friedloslegung, *hors-la-loi*-Setzung, mit einem Wort: der innerstaatlichen *Feinderklärung*.« (ebenda: 46 f.) Da der Ausnahmezustand jener Zustand sei, in dem die prinzipiell permanent vorhandene Gefahr abgewendet werden muß, wird folgerichtig der Ausnahmezustand zum Normalfall des Staates und die innerstaatliche Feinderklärung für den Staat schlechthin konstitutiv, wobei für *Schmitt* der politische Feind weder »moralisch böse« noch »ästhetisch häßlich« ist, sondern »der andere, der Fremde« (ebenda: 27), derjenige, »gegen den eine *Fehde* geführt« wird oder der einfach nur bestimmt ist »negativ [...] als *Nicht-Freund*« (ebenda: 104 f.).

Wenn, wie Kirchheimer feststellt, jedes politische Regime seine Feinde hat oder sie zu gegebener Zeit produziert (vgl. Kirchheimer 1985: 21), dann stellt sich die Frage, wer jeweils konkret die Feinde sind. Allgemein ließe sich formulieren: Minderheiten, ganz gleich, ob es sich um rassische, ethnische, kulturelle, religiöse, politische oder auch soziale handelt. So waren es in der Zeit des Nationalsozialismus vornehmlich die Juden, während der sogenannten Rekonstruktionsperiode nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich die Kommunisten und in der Phase der keynesianischen Globalsteuerung ab 1967 vor allem die ›Neue Linke‹. Und heute, das heißt seit dem Ende des »kurzen Traum[s] immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) und der seit den 1980/90er Jahren immer durchgreifender sich vollziehenden neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaft? Nicht die Juden, sind diese doch seit dem Holocaust als Israelis Freunde geworden. Die Kommunisten auch nicht, da diese nach dem Zerfall der staatssozialistischen Gesellschaften zu veritablen Geschäftspartnern avancierten. Und die Neue Linke erst recht nicht, seit sie nach dem »Marsch durch die Institutionen« (Dutschke) gesellschaftsfähig geworden in den Sesseln der Macht Platz genommen hat. Also sind es, wofür etliches zu sprechen scheint, jene, die sich »sozialschädlich« oder »gemeinschaftsgefährdend« verhalten: die auf sozialstaatliche Existenzsicherungsleistungen angewiesenen erwerbsfähigen Arbeitslosen, deren Makel nicht darin besteht, daß sie ohne Arbeit sind, sondern daß sie es sind oder (unterstelltermaßen) sein wollen, obwohl sie es sich nicht leisten können, da sie keine Einkünfte haben, die es ihnen erlauben, den Lebensunterhalt ohne Arbeit zu bestreiten. Damit schädigen sie die Gemeinschaft der Bürger, der »Anständigen« (BMWA 2005), die, weil sie Steuern und Sozialabgaben zahlen und Existenzsicherungsleistungen nicht benötigen, »Vorrang« (ebd.) genießen und ein Anrecht darauf haben, daß der Staat sie vor »Drückebergern«, »Faulenzern« und »Sozialschmarotzern« schützt. Mit anderen Worten: Heutzutage gilt derjenige als Feind, von dem angenommen wird, daß er sich seinem Erwerbsleben und der ihr korrespondierenden Haltung abwendend und durch seine Verweigerung zu arbeiten, sich außerhalb

der Gemeinschaft stelle. Denn er setze so an die Stelle der Wertordnung der anständigen Bürger seine eigene, ein Verhalten, das von diesen als verächtlich und nicht hinnehmbar angesehen wird, insbesondere dann, wenn man die Bürger im Rahmen einer psychologischen Kriegsführung ganz nach der Maxime »Es ist nicht wichtig, ob das, was behauptet wird, wahr ist, es ist nur wichtig, ob, was behauptet wird, wirkt.« von der vorgeblichen Sozialschädlichkeit zu überzeugen vermochte. Mithin kann die »innerstaatliche Feinderklärung [...] auf propagandistische Vorbereitung und Begleitung nicht verzichten« (Brückner/Krovoza 1976: 61).

Vor diesem Hintergrund wird begreiflich, warum es nicht zufälligerweise im Vorfeld der Verabschiedung der »Hartz I-IV-Gesetze« und des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes zu einer Mißbrauchsdebatte kam, die mit den Worten des seinerzeitigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder »Wer arbeiten kann, aber nicht will [also der Feind; M. W.], der kann nicht mit Solidarität [der anständigen Bürger; M. W.] rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!« (Schröder 2001)²⁸ im April 2001 in Gang gesetzt wurde und ihren vorerst letzten traurigen Höhepunkt im Mai 2005 fand in der unsäglichen, vom vormaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement zu verantwortenden Mißbrauchskampagne, in der auf der Grundlage ausgewählter und entstellter Einzelfälle von Sozialleistungsmissbrauch, weil das Sensationelle und Unglaubliche beeindruckt und verfängt, Arbeitslose²⁹ pauschal der »Abzocke« (BMA 2005: passim) bezichtigt und expressis verbis als »Parasiten« (ebd.: 10) bezeichnet wurden, eine Kategorisierung, die vorzunehmen in bezug auf Menschen sich vor allem wegen ihrer Nähe zur Propagandasprache des Nationalsozialismus (vgl. unübertroffen Klemperer 1969)³⁰ verbietet, die sich aber, wie ersichtlich, nichtsdestoweniger einer gewissen Beliebtheit erfreut, weil sie ein probates Mittel zu sein scheint, das Problem der »propagandistischen Präparierung der Feinderklärung« zu lösen: die Sichtbarmachung, Identifikation und insbesondere die »Versinnlichung der Teilpopulation, die ausgegrenzt und ausgebürgert werden soll« (Brückner/Krovoza 1976: 61).

Wenn der ehemalige Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement von »Parasiten« spricht, so verdichten sich darin Vorstellungen, die weit über den Rahmen der Mißbrauchsdebatte hinausweisen, insofern sie nicht konsequenzlos an Carl Schmitts Freund-Feind-Metaphorik und an Alfred Rosenbergs Rassenideologie anknüpfen. Ermöglicht wird nämlich dadurch, im schlimmsten Falle, die unter Generalverdacht des Leistungsmissbrauchs gestellten Arbeitslosen zu biologisieren, womit man ihnen das Recht abspricht, wie Menschen behandelt zu werden. Denn Ungeziefer hat keine Rechte, weil auf dieses die Anwendung der für Menschen gemachten Rechte nicht möglich ist. Im minder schlimmen Falle werden die Arbeitslosen »bloß« kriminalisiert, was es erlaubt, sich mit ihren berechtigten Ansprüchen auf sozialstaatliche Unterstützung nicht ernsthaft auseinanderzusetzen zu müssen. In jedem Falle erlaubt es, gegen diese angeblich das Gemeinwohl schädigenden innerstaatlichen Feinde mit aller Härte und »Null-Toleranz« (vgl. Hansen 1999) vorzugehen, und zwar völlig legitim, wie meist fälschlicherweise aufgrund des poli-

28 Daß Gerhard Schröder sich hier nicht als ein kritischer Leser von Lafargues Streitschrift »Das Recht auf Faulheit« zu erkennen geben wollte, wird allein schon daran deutlich, daß Lafargue das Recht auf Faulheit nicht als ein absolutes konzipiert, sondern mit der Vorstellung der Verkürzung des Arbeitstags auf maximal drei Stunden verknüpft. (vgl. Lafargue 1978: 37 f.) Für Schröder taugt »Faulheit« bloß als Denunziationsvokabel, mit der ein Bild vom Arbeitslosen als fideler Müßiggänger gezeichnet werden soll, ein Bild, das spätestens seit der klassischen Studie von Jahoda et al. (1975) aus den 1930er Jahren über »Die Arbeitslosen von Marienthal« Lügen gestraft wird. Zwar werden, weil sozialpolitisch teilweise »abgefedert«, die psycho-sozialen Belastungen heutzutage als geringer eingestuft. Dies heißt aber nicht, daß sie gänzlich verschwunden wären. Auch heute leidet ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen unter Minderwertigkeitsgefühlen, Identitätsstörungen und verstärkten oder vermehrten psycho-somatischen Beschwerden. (vgl. hierzu etwa Brinkmann 1984)

tisch und massenmedial hergestellten gesellschaftlichen Klimas der Diffamierung von Arbeitslosen als »Sozialschmarotzer« oder »Parasit« unterstellt wird.

Sind infolge der Mißbrauchsdebatte der normative Grundkonsens in der Gesellschaft im Hinblick auf die Gewährung existenzsichernder sozialstaatlicher Leistungen unterminiert und die Arbeitslosen erst einmal als Sündenböcke markiert, denen als »Störer« all jenes angelastet werden kann, was von der Bevölkerung als Mißstand empfunden wird, so sinkt die Hemmschwelle, die Arbeitslosen als mit Rechten ausgestattete Personen wahrzunehmen und zu behandeln. Der seitens der Politik induzierte Abbau verfahrensrechtlicher Garantien wie die Abschaffung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gemäß § 39 SGB II spricht hier eine ebenso eindeutige Sprache wie die in Angriff genommene Einführung von Sozialgerichtsgebühren und der Anwaltpflicht vor den Landessozialgerichten oder die geplante Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen zur Bewilligung der Prozeßkostenhilfe oder die beabsichtigte Abkehr vom Amtsermittlungsprinzip. (vgl. Jäger 2007) Und es wäre ein Wunder, wenn die Verwaltung von dieser Entwicklung ausgenommen bliebe. Im Gegenteil, aufgrund der fortgesetzten, zum Teil eklatanten Mißachtung von Recht und Gesetz durch die Arbeitsverwaltung, wofür die Klagewelle vor den Sozialgerichten nur ein Indiz ist (vgl. Kuhr 2008), kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, deren Personal wähte sich im Besitz eines Freibriefs, der es ihnen erlaubt, Arbeitslose als »Menschen zweiter Klasse« zu behandeln.

Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser von Politik und Verwaltung auf der Grundlage der hoheitlich institutionalisierten Mißbrauchsvermutung und der offenkundigen Gleichgültigkeit gegenüber Rechtsverstößen zu verantwortenden Erniedrigung und Ausgrenzung der Arbeitslosen zeigen sich nicht nur in einer massiven Verletzung des Sozialstaatsgebots, die Würde des Menschen zu schützen, sondern auch in einer schleichenden Zersetzung der Demokratie. Denn solange die Grundwerte des Bürgerstatus für eine Kategorie von Menschen außer Kraft gesetzt werden, so daß diese nicht ein Leben frei von elementarer Not und Furcht leben können, bewirkt dies eine Untergrabung der Demokratie, weil erst durch die Gewährung sozialer Grundrechte das Wahrnehmen auch der bürgerlichen und politischen Grundrechte materiell abgesichert wird (vgl. Marshall 1982). Andernfalls »bleiben Verfassungsrechte«, so der Altliberale Ralf Dahrendorf, von dem man wahrlich nicht sagen kann, er sei ein Systemkritiker, »ein leeres Versprechen, ja schlimmer, sie werden zum zynischen Vorwand, hinter dem sich die Tatsache des Schutzes vor Privilegien verbirgt« (Dahrendorf 1994: 66). Vor diesem Hintergrund ist es durchaus statthaft, die für Hartz IV Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zwar nicht unbedingt im verfassungsrechtlichen, aber doch im politischen Sinne als die wahren Staats- oder besser Verfassungsfeinde zu bezeichnen, weil sie aktiv dazu beitragen, den Weg in eine andere Republik zu ebnen, eine Republik, der das Prädikat »sozialer Rechtsstaat« fürderhin kaum noch ernsthaft zugesprochen werden kann. Hiergegen Widerstand zu leisten, ist nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, weil die in Art. 20 I GG niedergelegten grundlegenden Prinzipien

29 Des Mißbrauchs bezichtigt werden jedoch nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die als »Helfershelfer« und »windige Ratgeber« (BMWa 2005: 19, 22) titulierten Berater, die, wie z. B. Roth, Thomé (2005), es sich zur Aufgabe gemacht haben, Hilfesuchenden in prekären materiellen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut durch Information und Beratung zu ihrem Recht zu verhelfen.

30 »Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewußter ich mich ihr überlasse. [...] Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.« (Klemperer 1969: 23)

für die rechtliche und organisatorische Gestaltung des bundesrepublikanischen Staates aufgrund ihrer »Ewigkeitsgarantie« nach Art. 79 III GG in ihrem Wesensgehalt unabänderbar und damit auch nicht politisch disponibel sind.

Literatur

- Agnoli (1974) – Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: ders./Brückner, P. Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 5-87
- Alber (1982) – Jens Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/New York: Campus
- Alber et al. (1998) – Jens Alber/Christina Nübel/Martin Schölkopf: Sozialstaat/Soziale Sicherheit, in: Schäfers, B./Zapf, W. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich, S. 622-632
- ARGE Koblenz (2008) – Arbeitsgemeinschaft für die Stadt Koblenz: Geschäftsbericht 2007, Koblenz: Mimeo, 2008
- Aust/Müller-Schoell (2007) – Judith Aust/Till Müller-Schoell: Vom Mißbrauch einer Debatte, in: Rudolph, C./Nieckant, R. (Hrsg.), Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 46-65
- Bartelheimer/Reis (2001) – Peter Bartelheimer/Claus Reis: Beratung als Dienstleistung in der Sozialhilfe: das »Modellprojekt Sozialbüros«, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, H. 4, S. 122-128
- Beck (2006) – Kurt Beck: »Man muß nicht alles raussholen«. Interview mit Gisela Kirschstein und Nikolaus Blome, in: Die Welt vom 08.06.2006, online unter URL (15.04.2008)
<http://www.welt.de/print-welt/article221925/Man_muß_nicht_alles_rausholen.html>
- Becker (1996) – Thomas Becker: Armut in Deutschland: Das Märchen vom Sozialmißbrauch, in: Sozialcourage, H. 2, S. 4-8
- Becker/Hauser (2005) – Irene Becker/Richard Hauser: Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin: edition sigma
- Berlit (2003) – Uwe Berlit: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Bemerkungen zu den Gesetzesentwürfen von Bundesregierung und hessischer Landesregierung für ein neues SGB II und SGB XII, in: info also, H. 5, S. 195-208
- Berlit (2006) – Uwe Berlit: Sanktionen – sozialrechtliche Vorgaben, in: Siemon, H. (Red.), Fachtagungen Netzwerk SGB II. Fachtagung 1: Erfahrungen aus der lokalen Umsetzung des SGB II – Strukturen, Leistungsprozesse, Handlungsbedarfe, 3.-4. Mai 2006 Leipzig, Offenbach: Verein Beschäftigungspolitik:kommunal e.V., 2006, S. 25-38
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK
- BMWA (2005) – Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – gegen Mißbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, online unter URL (21.12.2005)
<http://www.harald-thome.de/media/files/Gesetzestexte%20SGB%20II%20+%20VO/Gesetzestexte%20SGB%20XII%20+%20VO/Seminare/Clement/Sozialmißbrauch_Bericht_BMWA.pdf>
- Brinkmann (1976) – Christian Brinkmann: Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 4, S. 397-413
- Brückner/Krovoza (1976) – Peter Brückner/Alfred Krovoza: Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD, 2. Aufl., Berlin (BRD): Wagenbach
- Bundesregierung (1999) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung, online unter URL (05.10.2004)
<<http://www.staat-modern.de/static/archiv/programm/index.html>>
- Bundesregierung (2005) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, online unter URL (10.05.2006)
<<http://www.cducsu.de/upload/koavertrag0509.pdf>>
- Clement (2005) – Wolfgang Clement: Schreiben an die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften vom 03.06.2005, Berlin, online unter URL (16.03.2008)
<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/Brief_ARGEN.pdf>
- Czernohorsky (2007) – Claudia Czernohorsky: Schreiben an Harald Fiedler, Vorsitzender DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main vom 05.11.2007
- Dahme et al. (2003) – Heinz-Jürgen Dahme/Hans-Uwe Otto/Achim Trube/Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich
- Dahrendorf (1994) – Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, München. dtv
- Datenschutzzentrum (2006) – Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein: Arbeitssuchende unter Generalverdacht. Pressemitteilung vom 26.05.2006, online unter URL (04.03.2008)
<<http://www.datenschutzzentrum.de/presse/20060526-arbeitssuchende.htm>>
- Esping-Andersen (1990) – Gösta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press
- Ewald (1993) – François Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Flora et al. (1977) – Peter Flora/Jens Alber/Jürgen Kohl: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 4, S. 702-772
- Gerster (2003) – Florian Gerster: Arbeit ist für alle da. Neue Wege in die Vollbeschäftigung, München: Propyläen
- Giddens (1997) – Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp

- Giddens (1999) – Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Giddens (2001) – Anthony Giddens: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Günther (2002) – Klaus Günther: Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Honneth, A. (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus, S. 117-139
- Hansen (1999) – Ralf Hansen: Eine Wiederkehr des ›Leviathan‹? Starker Staat und neue Sicherheitsgesellschaft. ›Zero Tolerance‹ als Paradigma ›Innerer Sicherheit‹?, in: Kritische Justiz, H. 2, S. 231-253
- Henkel/Pavelka (1981) – Heiner Henkel/Franz Pavelka: Nur 97 Prozent sind anständig – Zur Mißbrauchsdebatte sozialer Leistungen, in: Soziale Sicherheit, H. 3, S. 65-70
- Hombach (1998) – Bodo Hombach: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf: Econ
- Huttel (2007) – Katrin Huttel: »Ihr Job ist es, einen Job zu finden.« Langzeitarbeitslose müssen künftig an vier Tagen pro Woche halbtags die Jobakademie besuchen, in: Oberhessische Presse vom 08.12.2007
- Jäger (2007) – Frank Jäger: Arme als Bürger zweiter Klasse? Werden Bezieherinnen und Bezieher von staatlichen Fürsorgeleistungen künftig ihre Rechte noch verfolgen und wirksam durchsetzen können?, online unter URL (28.02.2008) <http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2007/buerger_zweiter_klasse.aspx>
- Jahoda et al. (1975) – Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Jessop (1994) – Bob Jessop: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten, in: Grimm, K. (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden: Nomos, S. 43-73
- Kaufmann (2003) – Franz-Xaver Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Kirchheimer (1985) – Otto Kirchheimer: Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Frankfurt/M.: Fischer
- Klein (2008) – Beate Klein: Willkürliche Schikanen: Wie Behörden Hartz IV-Empfänger um ihre Ansprüche bringen, in: Report Mainz, Sendung vom 25.05.2008, 21.45 Uhr, online unter URL (29.05.2008) <<http://www.swr.de/report###>>
- Klemperer (1969) – Victor Klemperer: »LTI«. Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen, München: dtv
- Küster et al. (2003) – Gerhard Küster/Brigitte Fuchs/Franz Mevenkamp (Red.): InTeam. Mitteilungen der ver.di-Fraktionen im BRP und der BJA im Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen; sowie der ver.di Landesfachgruppe Arbeitsverwaltung, März 2003, online unter URL (03.04.2005) <<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/inteam.pdf>>
- Kuhr (2008) – Daniela Kuhr: Klagen gegen Hartz IV. »Die Kurve geht langsam auf den Zenit zu«. Drei Jahre nach dem Start von Hartz IV erreicht die Klageflut gegen die Arbeitsmarktreflexion das Bundessozialgericht, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.01.2008, online unter URL (27.04.2008) <<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/256/154853/print>>
- Lafargue (1978) – Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des »Rechts auf Arbeit« von 1848, o.O.: Edition Sonne & Faulheit
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping/Henning Schridde/Stefan Plaß/Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22.07.2004) <<http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>>
- Leibfried (1976) – Stephan Leibfried: Armutspotential und Sozialhilfe in der Bundesrepublik. Zum Prozeß des Filterns von Ansprüchen auf Sozialhilfe, in: Kritische Justiz, H. 4, S. 377-393
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des »Förderns und Förderns«, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 214-220
- Lessenich/Ostner (1998) – Stephan Lessenich/Iloana Ostner (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt/New York: Campus
- Lindenberg (2002) – Michael Lindenberg: Aufgeklärte Herrschaft im aktivierenden Staat. Anmerkungen zu den Thesen der Hamburger Sozialsenatorin »zur Zukunft der Sozialen Arbeit in Hamburg«, in: Widersprüche, H. 84, online unter URL (07.06.2004) <<http://www.lichter-der-grossstadt.de/html-Dokumente/Lindenberg-Herrschaft.htm>>
- Lödemel/Trickey (2001) – Ivar Lödemel/Heather Trickey: Ein neuer Vertrag für Sozialhilfe, in: Stelzer-Orthofer, C. (Hrsg.), Zwischen Welfare und Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion, Linz: Sozialwissenschaftliche Vereinigung, S. 123-165
- Lüdemann (2002) – Jörn Lüdemann: Edukatorisches Staatshandeln. Steuerungstheorie und Verfassungsrecht am Beispiel der staatlichen Förderung von Abfallmoral, Baden-Baden: Nomos
- Lutz (1984) – Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York: Campus
- Marshall (1992) – Thomas H. Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/New York: Campus
- Martens (2005) – Rudolph Martens: Vermuteter Sozialmissbrauch und gefühlte Kostenexplosion beim Arbeitslosengeld II. Ein Vergleich mit empirischen Befunden zum Missbrauch von Sozialhilfe, in: Soziale Sicherheit, H. 11, S. 358-363
- Martens (2006) – Rudolph Martens: »Zum Leben zu wenig ...«. Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe. Neue Regelsatzberechnung 2006, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, online unter URL (14.11.2007) <http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/regelsatz-neuberechnung-2006.pdf>
- Marx (1974) – Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin (DDR): Dietz
- Marx (1977) – Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 12. Aufl., Berlin (DDR): Dietz
- Matthes (1975) – Joachim Matthes: Sozialarbeit als soziale Kontrolle? (Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema), in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven

- der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 107-128
- Mezger/West (2000) – Erika Mezger/Klaus-W. West (Hrsg.): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Aufl., Marburg: Schüren o. A. (2005) - Ohne Autorengabe: Arbeitsamt vermittelt Prostituierte!, in: EMMA, H. Mai/Juni, online unter URL (17.03.2008) <<http://www.emma.de/html>>
- Offe (2002) – Claus Offe: Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?, in: Münkler, H./Fischer, K. (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierungen, Berlin: Akademie Verlag, S. 55-76
- Oschmiansky (2003) – Frank Oschmiansky: Faule Arbeitslose? Zur Debatte über Arbeitsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/7, S. 10-16
- Otte (2008) – Petra Otte: Hartz-IV-Bezieher auf dem Prüfstand. Stuttgarter Arbeitslose müssen vier Wochen Job-Motivation zeigen – Kritik von Betriebsseelsorger, in: Stuttgarter Nachrichten vom 26.01.2008
- Paetz (2006) – Bertold Paetz: Mehr Leiharbeit wagen, in: Freitag, Nr. 43 vom 27.10.2006, online unter URL (17.03.2008) <<http://www.freitag.de/2006/43/06430503.php>>
- Preuß (1994) – Ulrich K. Preuß: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Frankfurt/M.: Fischer
- Prisching (2000) – Manfred Prisching: Wohlfahrtsstaatliche Ideologien. Über Ideen und Argumente beim Rückbau des Sozialstaates, in: ders. (Hrsg.), Ethik im Sozialstaat, Wien: Passagen, S. 37-130
- Rappaport (1985) – Julian Rappaport: Ein sozialpolitisches Konzept des »empowerment« anstelle präventiver Ansätze, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, H. 2, S. 257-278
- Rödel/Guldemann (1978) – Ulrich Rödel/Tim Guldemann: Sozialpolitik als soziale Kontrolle, in: Guldemann, T. et al., Starnberger Studien 2. Sozialpolitik als soziale Kontrolle, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 11-55
- Schmidt (1998) – Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Schmitt (1963) – Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin: Duncker & Humblot
- Schröder (2001) – Gerhard Schröder: »Es gibt kein Recht auf Faulheit!«, Interview, in: Bild vom 06.04.2001, online unter URL (21.04.2008) <http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/23/15a.htm>
- Schröder/Blair (1999) – Gerhard Schröder/Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 887-896, online unter URL (09.10.2004) <<http://www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm>>
- Spindler (2003) – Helga Spindler: Aktivierende Ansätze in der Sozialhilfe, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 225-246
- Stöcken/Stremlau (2005) – Gerwin Stöcken/Michael Stremlau: Dienstanweisung zur Aktivierungsmaßnahme für Neuantragsteller vom 06.07.2005 des Jobcenter.Kiel, online unter URL (16.03.2008) <http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/jobcenter_kiel.pdf>
- Trube (2003) – Achim Trube: Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestaat – Sozialpolitik zwischen Neujustierung und Umstrukturierung, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-203
- Trube (2004) – Achim Trube: Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik und der Wandel des Sozialstaats, in: Sozialer Fortschritt, H. 3, S. 62-68
- Viering (2005) – Jonas Viering: Die gefühlte Kostenexplosion, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.10.2005, online unter URL (08.04.2008) <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/265/63202/print.html>>
- Wagner (o.J.) – Alexandra Wagner: Zur angeblichen Kostenexplosion durch Hartz IV. Die Fakten sagen Anderes, online unter URL (08.04.2008) <<http://www.monapoli.de/Kostenexplosion.pdf>>
- Weber (1991) – Max Weber: Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 5. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot
- Wendt (1993) – Bernd Jürgen Wendt: »Sozialstaat« und »Welfare State« – Unterschiedliche Traditionen im Vergleich, in: Lottes, G. (Hrsg.), Soziale Sicherheit in Europa. Renten- und Sozialversicherungssysteme im Vergleich, Regensburg: Physica, S. 29-55
- Zoll (2000) – Rainer Zoll: Was ist heute Solidarität?, Frankfurt/M.: Suhrkamp

KARL-HEINZ GRÄFE

Prager Frühling 1968: letzter sozialistischer Erneuerungsversuch?

Der erste komplexe Erneuerungsversuch des Staatssozialismus in der Tschechoslowakei zwischen Januar und August 1968 ist sowohl Teil des globalen Aufbruchs als auch Höhepunkt des Reformkommunismus, also der möglichen Transformation des seit 1917 entstandenen sowjetischen Sozialismustyps in eine demokratische, emanzipatorische, ökonomisch effiziente, sozial ausgeglichene, solidarische, den nationalen Bedingungen und Interessen entsprechende sozialistische Gesellschaft. Als europäische Erscheinung war der Reformkommunismus im 20. Jahrhundert eine Alternative zur Welt des Kapitals und zum Sowjetsystem stalinistischen Typs.¹ Heute wissen wir, dass eine reformkommunistische Transformation eine bedingte Alternative war. Mehrere Anläufe in dieser Richtung im westlichen Randgebiet des sowjetischen Imperiums zwischen 1953 und 1968 haben Historiker in fundierten Einzeluntersuchungen die Krisen- und Reformjahre 1953 (DDR, Tschechoslowakei, Ungarn) und 1956 (Ungarn, Polen) sowie die Geschichte des letzten komplexen Reformversuches in der Tschechoslowakei 1968² analysiert und rekonstruiert.

Die lange Vorgeschichte

Mit dem Ableben des Herrschers des sowjetischen Imperiums im Jahre 1953 war der Staatssozialismus sowjetischen Typs in der UdSSR, in mitteleuropäischen Staaten Tschechoslowakei, DDR, Polen und Ungarn bereits an seine Grenzen gestoßen, politisch wie ökonomisch in die Sackgasse geraten. Zeichen dafür waren die Aufstände im sowjetischen Archipel-Gulag, der 17. Juni 1953 in der DDR und zeitgleiche Ereignisse in der Tschechoslowakei (Plzen, Prag, Ostrava) und Ungarn.³ *Der darauf hin von Moskau initiierte sogenannte Neue Kurs beinhaltete keinen Systemwechsel, aber er befreite den Staatssozialismus vorerst von den selbstzerstörerischen Elementen wie dem Massenterror und korrigierte das kriegskommunistische Wirtschaftssystem durch eine stärkere sozialpolitische Komponente.*

In der Tschechoslowakei brachte der auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik begrenzte Kurswechsel seit dem 26. Juni 1953 nur einen zeitweiligen Konsens zwischen Volk und Regierenden. Die Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion, die Förderung des staatlichen Wohnungsbaus und die regelmäßigen Preissenkungen führten zur spürbaren Anhebung der materiellen Lebensbedingungen. Die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhält-

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Von der Asterrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19, Heft 168 (Oktober 2004).

1 Vgl. dazu Karl-Heinz Gräfe: Reformkommunismus in Osteuropa, in: Bruno Groppo, Winfried R. Garscha und Christine Schindler (Hrsg.): Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?, 35. Linzer Konferenz 1999, Leipzig 1999, S. 128-158.; Ders.: Reformkommunisten der 50er und 60er Jahre, in: Diskurs. Streitschrift zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Leipzig 1999, Heft 4, S. 3-23.

2 Siehe die Literaturübersicht am Ende des Beitrages.

3 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: 1953. Die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in: UTOPIE kreativ, Heft 152, Berlin 2003, S.493-505.

4 Antonín Novotný (1904-1975) war Arbeiter und seit 1921 Mitglied der KP. Während der deutschen Okkupation arbeitete er im Widerstand und war zwischen 1941 und 1943 im KZ Mauthausen inhaftiert. 1945-1951 wurde N. leitender Sekretär des Bezirksausschusses Prag und seit 1951 Sekretär des ZK der KPČ. Nach dem Tode von Partei- und Staatschef Klement Gottwald am 14. März 1953 entstand ähnlich wie in der UdSSR auch in der ČSR eine sogenannte kollektive Führung: Das Amt des Staatspräsidenten erhielt Antonín Zápotocký, Viliam Široký übernahm die Regierung und A. Novotný wurde Parteichef. 1957 bis März 1968 war er zudem noch Staatspräsident.

5 Vgl. Regierungserklärung von Viliam Široký in der Nationalversammlung vom 15. September, in: Rude Pravo, vom 16. September 1953.

6 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986.

7 Vgl. M. Püschel: Ein Schuss vor dem Bug, in: Neues Deutschland vom 22./23. März 2008.

8 Zdenek Mlynar: Die Vorstellungen der KPČ im Jahre 1968 zur Entwicklung des sozialistischen Systems,

nisse war für den neuen Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) Antonín Novotný (1904-1975)⁴ kein Anlass, das politische System zu reformieren, Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu vergrößern. Ansätze einer von Staatspräsident Antonín Zápotocký geforderten politischen Reform (Revision der politischen Prozesse, Rehabilitierung der politisch Verfolgten, Beendigung der diktatorischen Methoden der Parteiführung) kamen erst gar nicht auf die Agenda.⁵ Da es vorerst auch von Moskau keinen Druck auf Prag gab, konnte A. Novotný die bisherige Repressionspolitik seines Vorgängers fortführen. Erinnert sei an die nahtlose Weiterführung der Schauprozesse bis 1954 gegen Mitarbeiter des Außenministeriums (Eduard Goldstücker), des Staatssicherheitsdienstes (Osvald Zavodovsky), der Wirtschaft (Jozef Smrkovský) sowie gegen slowakische Kommunisten (Maria Švermova, Gustáv Husák) oder ehemalige Sozialdemokraten (Bohumil Laušmann).⁶ Das am 1. Mai 1955 eingeweihte Stalindenkmäl war Zeichen dieser Politik.

Reform und Repression unter Novotný bis 1967

Worin bestand das Neue im Herangehen bei der Erneuerung des Sozialismus in der Tschechoslowakei im Jahre 1968? Die politische Veränderung an der Machtspitze der KPČ seit Januar 1968 als Führungswechsel vom »drögen Antonin Novotný zum Strahlemann Alexander Dubček«⁷ zu kennzeichnen, geht an der Dimension des Ereignis vor 40 Jahren völlig vorbei. Die anderthalb Jahrzehnte nach Stalins und Gottwalds Tod im März 1953 sind mit solchen Schlagworten nicht zu erfassen.

Das Novotný-Regime wurde erst mit der sich anbahnenden ökonomischen und politischen Krise in den 60er Jahren janusköpfiger. Zdeněk Mlynář, der seit 1964 am Reformkonzept zur politischen Organisation des Sozialismus mitwirkte, beurteilt diese Veränderungen so: »Die Jahre 1956 bis 1967 – insbesondere die Jahre 1963-1967 – kann man nicht als eine Zeit des Stalinismus betrachten. Innerhalb der KPČ, des Staatsapparates und im Kulturleben entwickelten sich Reformtendenzen. Vor allem 1963 haben die Konzeptionen, die dann im Reformprogramm des Prager Frühlings mündeten, breite Entwicklungsmöglichkeiten. Die Führung der KPČ mit Novotný an der Spitze will natürlich nicht, dass die Reform ihr Monopol der Macht bedroht. Trotzdem erlaubt sie die Vorbereitung für die Reform; in deren Verlauf werden notwendigerweise Konzeptionen geboren, die die Absicht der Parteiführung überschreiten. Das Jahr 1968 ist also Ausdruck der relativ liberalen Methoden der letzten Jahre der Diktaturregierung, repräsentiert durch A. Novotný.«⁸

Die Tschechoslowakei war in Osteuropa das Land mit der am weitesten entwickelte Industrie, Landwirtschaft und Kultur. Es belegte Platz 10 unter den Industriemächten Europas und besaß in der Zwischenkriegszeit zudem als einziges osteuropäisches Land eine funktionierende parlamentarische Demokratie. Die KPČ war eine einflussreiche Volkspartei und erreichte in den freien Wahlen 1946 40 Prozent der Wählerstimmen und wurde Regierungspartei. Es gab im Unterschied zu Polen, Ungarn oder Ostdeutschland kaum antirussische oder antisowjetische Grundstimmungen. In diesem Land begannen seit Anfang der 60er Jahre beachtliche Reformen:

Erstens: Das interdisziplinäres Forschungsteam des Philosophen und Futurologen Ratovan Richta (1924-1983) unter dem Schirm des ZK-Sekretärs Jiří Hendrych (1913-1979) untersuchte ein *neues Phänomen jener Zeit – die wissenschaftlich-technische Revolution*. Auf dem 13. Parteitag der KPČ 1966 lag ein Dokument vor, das die *neue Etappe in der Produktivkräftenwicklung* analysierte und daraus für die Weiterentwicklung der Gesellschaft neue Aufgaben bestimmte. Die kommunistische Zukunftsvision, die Chruschtschow im Parteiprogramm der KPdSU (Oktober 1961) populistisch aller Welt kundtat, ermöglichte Philosophen, Ökonomen, Soziologen und Politologen, »das gesamte gesellschaftliche und politische System kritisch vom Standpunkt aus zu analysieren, in welchem Maße es den künftigen Bedürfnissen der Gesellschaft, die kommunistisch genannt werden könnte, entspricht oder nicht«⁹. Das betraf u. a. auch die These, dass der Kommunismus ohne Wissenschaft oder ohne eine relativ selbstständige sozialistische Gesellschaftsformation nicht realisierbar sei. Aus der langfristigen kommunistischen Vision war daher alles zu überwinden, was der wissenschaftlich-technischen Revolution entgegenstand. Der Richta-Report stellt daher die kardinale Forderung, »dass die neue Gesellschaft ohne die wissenschaftlich-technische Revolution unausweichlich untergehen müsste – ohne Rücksicht auf schöne Wünsche, festen Willen und die besten Absichten«.¹⁰

Zweitens: Die ČSSR war neben der DDR das Land, das aus historischen Gründen zuerst auf die Grenzen der extensiven Wirtschaftsentwicklung und des zentralistischen Planungssystem des Staatssozialismus sowjetischen Typs stieß. Als die ökonomischen Wachstumsraten der 50er Jahre von fast zehn Prozent im Jahre 1963 auf zwei Prozent zurückfielen, begriff der wachsame A. Novotny die politischen Folgen. Die vom ZK-Sekretärs Dragomir Kolder (1925-1972) 1962 eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung des Direktors des Ökonomischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften Prag Ota Šik (1919-2004)¹¹ erarbeitet ein neues System der Leitung der Volkswirtschaft, das der 13. Parteitag der KČS 1966 für den anstehenden Fünfjahrplan beschloss. Versucht wurde, *mit allgemeinen makroökonomischen Orientierungsplänen und marktpolitischen Instrumenten die dirigistische Planwirtschaft in eine effiziente sozialistische Marktwirtschaft umzubauen* (Übergang zu Marktpreisen und Gewinn, mehr Selbständigkeit und Wettbewerb der sozialistischen Unternehmen, die Selbstverwaltung in den Betrieben durch Räte der Werktätigen).

Drittens: Die bisherigen Reformen waren weitgehend auf die Wirtschaft beschränkt und berührten kaum den politischen Überbau. Kommunistische Intellektuelle brachten eine Reihe programmatischer Überlegungen zur *geistig-kulturellen Erneuerung des Sozialismus* in die Öffentlichkeit. Der Germanistikprofessor und spätere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes (1967) Eduard Goldstücker (1913-2000) organisierte 1963 eine internationale Konferenz über das Erbe des Schriftstellers Franz Kafka. Sie löste eine öffentliche Debatte über die *Überwindung der Entfremdung des Menschen von Macht und Eigentum* aus – eine Aufgabe, die sowohl im Kapitalismus als auch im Realsozialismus auf der Tagesordnung stand. Die

in: T. Bergmann und M. Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993, S. 341.

9 Radovan Richta und Kollektiv (Hrsg.): *Der Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse*. Frankfurt/M. 1993, S. 253.

10 Zdeněk Mlynář: *Die Vorstellungen*, S. 142.

11 Ota Šik (1919-2004) wurde wegen antifaschistischer Widerstandstätigkeit 1940-1945 im KZ Mauthausen inhaftiert. Nach 1945 studierte er Wirtschaftswissenschaften und wurde 1961 Direktor des Ökonomischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften. Als ZK-Mitglied (1962-1969) leitete seit 1964 eine Staats- und Parteikommission für die Wirtschaftsreform. Von April bis September 1968 war er stellvertretender Regierungschef und Koordinator der Wirtschaftsreformen. Nach Enthebung von allen Funktionen und Ausschluss aus der Partei emigrierte er in die Schweiz und wurde 1970 Professor für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen.

12 Zitiert nach: E. Goldstücker, in: Neues Deutschland vom 10. August 1998, S. 13.

13 Zitiert nach: Hanswilhelm Haefs: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, S. 9.

14 Vgl. Z. Mlynár: Nachtfrost: Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt/M. 1988, S. 325-341.

15 Ebenda, S. 82 und 89.

Konferenz in Liblice bewirkte »einen Durchbruch in der Kultur im engen und weiten Sinne: Und nicht nur Kafka wurde von den Fesseln der Zensur befreit, sondern die gesamte avantgardistische Kunst der 20er und 30er Jahre. Es wurden geistige Horizonte eröffnet«. ¹² Die Zusammenhänge von Individuum und Macht, Demokratie und Sozialismus waren Gegenstand der Medien. Auf dem Schriftstellerkongress 1967 forderte Antonin Liehm, dass die Kultur im Sozialismus nicht nur von der Diktatur der Macht, sondern auch von der des Marktes befreit sein muss, denn letztere sei nur »das Diktat des verspäteten Geschmacks, des Durchschnitts, des Konsums, das Diktat dessen, was die Gesellschaft schon verdaut, akzeptiert hat«. Die absolute Freiheit der Kultur dürfe »von nichts anderem als dem Strafgesetz eingeschränkt werden«. Der sozialistische Staat müsse alles tun, »damit die Kultur des Volkes in allen ihren Aspekten zum Allgemeingut der breitesten Schichten des Volkes wird«. ¹³ Dadurch werde der Widerspruch zwischen der Kultur und ihren Konsumenten überwunden.

Viertens: Unter Regie des ZK-Sekretärs Vladimír Koucky (1920-1979) erörterte seit 1964 eine Arbeitsgruppe des Juristen Zdeněk Mlynář (1930-1997) eine *grundlegende Reform des politischen Systems*. Diese Überlegungen wurden allerdings erst nach der Ablösung A. Novotnys von der neuen Parteiführung unter Alexander Dubček (1921-1992) im Teil II des Aktionsprogramms der KPČ vom 5. April 1968 festgeschrieben. ¹⁴

So beförderten einflussreiche Parteifunktionäre des Novotny-Regimes »die Entfaltung des Reformkommunismus innerhalb der Partei in den sechziger Jahren in viel höherem Maße ... als mancher von denen, die von der Reform später in führende Positionen hochgehoben oder dort belassen wurden«. Unter A. Novotny »entfaltete sich nicht nur in der tschechoslowakischen Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei und der politischen Machtstrukturen in vollem Umfang die antistalinistische, reformkommunistische Kritik, die in Moskau von Breshnew und seiner Kamarilla immer mehr in den Hintergrund gedrängt und schließlich durch die fortschreitende Restauration bestimmter Elemente des Stalinismus ersetzt wurde. Dadurch vertieften sich verborgene, für den Außenstehenden nicht wahrnehmbare Widersprüche zwischen Moskau und Prag.« ¹⁵ Ungeachtet des Reformschubs blieb die Entwicklung widersprüchlich. Der 1962 erfolgte Abriss des überkommenen Stalin-Denkmal hinderte A. Novotny nicht, verstärkt Andersdenkende, vor allem Schriftsteller und Journalisten, bis in den Herbst 1967 weiterhin politisch zu verfolgen. Auf die harsche Reaktion der Staatsmacht gegen Studentenproteste wegen unzureichender Studien- und Lebensbedingungen im Oktober 1967 fragten tausende Studenten: »Wir sind Arbeiterkinder, warum hat uns denn die Polizei verprügelt?« Sie forderten, alle Polizisten durch Nummern zu kennzeichnen. Das Prager Gericht fällte im Dezember 1967 das salomonische Urteil, keine Seite habe gegen das Gesetz verstoßen. Die Universitätsleitung möge selbst entscheiden, ob sie gegen ihre Studenten disziplinarisch vorgehe oder nicht.

Seit Herbst 1967 verschärfen sich die Auseinandersetzungen in der Parteiführung auch deshalb, weil A. Novotny eine konsequente

Reformpolitik behinderte. Er verweigerte zudem den Aufbau einer gleichberechtigten Föderation von Tschechen und Slowaken. Infolge seiner Politik gegenüber dem slowakischen Landesteil brachte er die gesamte Führung der slowakischen Kommunisten unter Alexander Dubček (1921-1992)¹⁶ gegen sich auf. Der sowjetischen Parteichef L. Breschnew hatte ebenfalls kein Interesse, A. Novotny zu halten. Denn dieser hatte die Ablösung N. Chruschtschows kritisiert und sich geweigert, in seinem Land sowjetische Truppen zu stationieren. So wurde A. Novotny zunächst als erster Sekretär des Präsidiums des ZK der KPČ am 5. Januar 1968 und durch A. Dubček ersetzt. Im März 1968 löste der parteilose General Ludwik Svoboda (1895-1979) A. Novotny als Staatspräsident ab.¹⁷

Das Aktionsprogramm der KPČ 1968

Bis April 1968 gelangten Vertreter des Reformflügels an alle Schaltstellen der Macht – in die Parteiführung unter Vorsitz von A. Dubček (Oldřich Černík, František Kriegel¹⁸, Čestmír Cisař, Josef Smrkowský¹⁹, Zdeněk Mlynář, Josef Spaček²⁰, Oldřich Voleník, Stefan Zadvovsky, Václav Slavík, Jan Piller, František Barbírek, Bohumil Simon²¹), in die Regierung unter Oldřich Černík²² (Vizepremier O. Šik, Außenminister Jiří Hájek²³, Innenminister Jozef Pavel²⁴) und in den Massenmedien (Jiří Pelikan – Leiter des Fernsehens, Zdeněk Hejzlar – Leiter des Rundfunks, der für die Massenmedien zuständige ZK-Sekretär Č. Cisař). Fünf Arbeitsgruppen einer ZK-Kommission entwarfen ein *Aktionsprogramm zur Transformation der tschechoslowakischen Gesellschaft in Richtung eines demokratischen Sozialismus*. Es wurde am 5. April 1968 beschlossen. Seine praktische Durchsetzung stieß von Anfang an auf den Widerstand der Führungen in Moskau, Berlin, Warschau und Sofia und wurde mehr oder weniger als konterrevolutionärer Anschlag auf den real existierenden Sozialismus denunziert. *Nichts von den folgenden Programmpunkten war konterrevolutionär und antisozialistisch. Sie sprengten allerdings die ideologischen Vorstellungen und die praktische Politik des Staatssozialismus sowjetischen Typs.*²⁵

Erstens betraf das vor allem die Neubestimmung der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft. Als Partei der Arbeiterklasse sollte sie Interessenvertreter der fortschrittlichen Teile aller Bevölkerungsschichten sein, ohne die gesellschaftlichen Organisationen in der Nationalen Front zu ersetzen. Die KPČ will nicht mehr wie bisher »Instrument der Diktatur des Proletariats« sein und ihre führende Rolle künftig nicht mehr dadurch verwirklichen, dass sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, »dass sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient. Sie kann ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muss sie immer aufs Neue durch ihre Taten gewinnen. (...) Die Politik der Partei darf nicht dazu führen, dass die Freiheiten durch die Partei eingeschränkt werden, sondern, dass sie vielmehr in der Tätigkeit der Partei die Garantie ihrer Rechte, Freiheiten und Interessen sehen.«

Zweitens sollten das gesamte politische System, die Arbeitsformen und auch die Eingliederung der verschiedenen Organisationen in die Nationale Front grundsätzlich erneuert werden: »Freiwillige gesellschaftliche Organisationen müssen tatsächlich auf freiwilliger

16 Alexander Dubček (1921-1992) lebte bis 1938 im sowjetischen Frunse, wohin sein Vater ausgewandert war. Danach kehrte er mit der Familie in die Tschechoslowakei zurück und wurde 1939 Mitglied der KPČ. 1944 beteiligte er sich am slowakischen Nationalaufstand. Er war 1960-1962 Sekretär des ZK und 1963-1968 Erster Sekretär der KP der Slowakei. 1968/1969 stand er an der Spitze der KPČ und des Reformprozesses. Mit dessen Niederschlagung wurde er politisch entmachtet und aus der Partei ausgeschlossen (1970). Bis zu seiner Pensionierung 1981 war er Arbeiter in Forstverwaltung. Nach seiner Rehabilitation 1989 bis zu seinem tödlichen Verkehrsunfall leitete D. das tschechoslowakische Parlament und wurde Vorsitzender der slowakischen Sozialdemokratie.

17 Ludvik Svoboda (1895-1979) war 1915-1920 Offizier der tschechischen Legion in Russland. 1939-1945 befand er sich in sowjetischer Emigration und wurde 1943 Befehlshaber der tschechoslowakischen Einheiten in der UdSSR. 1945-1950 war er Verteidigungsminister der Tschechoslowakei. 1953-1954 arbeitete er als Buchhalter in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. 1955 wurde S. Befehlshaber der Prager Militärakademie und im März 1968 Staatspräsident (bis 1975).

18 František Kriegel (1908-1979) wirkte seit den 30er Jahren aktiv in der KPČ: 1936-1939 Arzt in den Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkrieges, 1945-1949 Sekretär des Bezirkskomitees Prag,

1949-1952 Stellvertretender Gesundheitsminister, 1966 Mitglied des ZK, 1968 des Präsidiums der KPČ und Vorsitzender der Nationalen Front. Im August 1968 wurde er aller Funktionen enthoben aus der KPČ ausgeschlossen.

19 Jozef Smrkovský (1911-1974) war seit 1931 führender Funktionär der KP und gehörte zu den Organisatoren des Prager Mai-Aufstandes 1945. 1946-1951 gehörte er dem Präsidium der KPČ an. 1951 wurde er verhaftet und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung 1955 arbeitete er als Forstarbeiter. 1966 wurde er wieder ZK-Mitglied und gehörte seit 1968 Präsidium des ZK. Während des Prager Frühlings war er Parlamentspräsident. Im Zuge der »Normalisierung« wurde er im September 1969 aus dem ZK und 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

20 Jozef Špaček war langjähriger Parteifunktionär, seit 1966 Sekretär des Bezirkskomitees der KPČ in Brno und Mitglied des ZK der KPČ. Im Januar 1968 wurde er in das Parteipräsidium gewählt, aber 1969 aller Funktionen enthoben, 1970 aus der Partei ausgeschlossen und wieder als Arbeiter tätig.

21 Bohumil Šimon (*1920) war 1963-1968 Leiter der der Abteilung Wirtschaftspolitik beim ZK der KPČ, 1968 Leitender Sekretär des Prager Stadtkomitees der KPČ und seit August Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ. 1969 wurde er aller Funktionen enthoben und 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

Mitgliedschaft und Aktivität begründet sein. Die Bürger treten ihnen deshalb bei, um ihre Interessen zu äußern und sie haben auch selber das Recht, Funktionäre und Repräsentanten auszuwählen, die ihnen nicht mehr von außen aufgezwungen werden dürfen. (...) Zugleich muss noch in diesem Jahr die verfassungsmäßige Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet werden, um gesetzlich garantierte Möglichkeiten zu schaffen, freiwillige Organisationen, Interessengemeinschaften, Verbände usw. zu bilden, (...) die keiner bürokratischen Einschränkung durch monopolistische Rechte irgendeiner Organisation unterliegen.«

Drittens bedeutet »Sozialismus nicht nur die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Vorherrschaft der ausbeutenden Klassenbeziehungen«, sondern er muss »mehr als jede bürgerliche Demokratie ermöglichen, die Persönlichkeit des Einzelnen voll zur Geltung zu bringen. Einem werktätigen Volk, dem keine Ausbeuterklasse mehr diktiert, kann man nicht durch willkürliche Auslegung der Macht vorschreiben, worüber es informiert sein darf und worüber nicht, welche Ansichten es öffentlich aussprechen darf und welche nicht, wo es seine öffentliche Meinung geltend machen darf und wo nicht. (...) In der Presse muss es möglich sein, andere Ansichten als die offizielle des Staates, der Parteiorgane und der Publizistik zu vertreten. (...) Es ist erforderlich, durch juristische Normen die freie Meinungsäußerung auch von Minderheiteninteressen und -ansichten zu garantieren.«

Viertens müsse künftig die »gesetzmäßige Freizügigkeit der Bürger (...) garantiert werden, besonders Reisen ins Ausland, wobei vor allem gelten soll, dass jeder Bürger Rechtsanspruch auf langfristige oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat und dass niemand grundlos als Emigrant betrachtet wird.«

Fünftens wird die »Nationalversammlung als sozialistisches Parlament betrachtet, mit allen Funktionen, die ihm in der demokratischen Republik entstehen.« *Es galt ein Parlament zu schaffen, das über Gesetze und wichtige politische Fragen entscheidet und nicht nur vorgelegte Entwürfe genehmigt.*

Sechstens sollte eine *Teilung und Kontrolle der Macht jedweder Willkür gegen den Bürger ausschließen*: »Die politische Rechtsauffassung der Partei geht von dem Grundsatz aus, dass bei einem Rechtsstreit grundlegende Garantien für Gesetzlichkeit die Gerichtsverhandlung ist, die unabhängig von politischen Faktoren und nur durch das Gesetz gebunden ist. (...) Außerdem muss die völlige Unabhängigkeit der Advokaten von staatlichen Organen gewährleistet werden.« Das schloss die energische Fortführung der Rehabilitierung und Entschädigung der über 130 000 Opfer der stalinistischen Unrechtspolitik ein. Die Organisation, die sich dieser Aufgabe besonders annahm, der neu gegründete Klub 231 (benannt nach dem sogenannten Gesetz 231 über den Schutz des Staates) war keine konterrevolutionäre Organisation, sondern setzte sich für eben diese Aufgabe ein.

Siebtens ging es um die *Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen den staatstragenden Nationen der Tschechen und Slowaken und den wirtschaftlichen Ausgleich in beiden Landes-teilen.*

Die im März 1968 praktisch gewährte Pressefreiheit förderte vor allem die demokratischen *Massenbewegung zur sozialistischen Erneuerung, die mit der von oben gesteuerten Reformpolitik der Partei- und Staatsführung wie nie zuvor in der Geschichte des Landes verschmolz.*

Die Militärintervention des Warschauer Paktes

Die meisten der tschechoslowakischen Reformkommunisten, die von der festen Verbundenheit ihres Landes mit der UdSSR und den anderen osteuropäischen Staaten ausgingen, konnten oder wollten nicht begreifen, dass sich am Wesen der Moskauer Führung unter Breshnew eigentlich wenig geändert hatte. Dem Kreml ging es wie schon unter Chruschtschow im Jahre 1953 oder 1956 in erster Linie um den Erhalt ihres geschaffenen Nachkriegsimperiums und nicht primär um einen Sozialismus mit »menschlichen Antlitz«. Breshnew war 1968 der Ansicht, dass in den nächsten hundert Jahren der Sozialismus im Weltmaßstab nicht weiter voranschreiten werde und dass deshalb das tschechoslowakische Reformprojekt gestoppt werden müsse.²⁶ Der komplexe reformsozialistische Versuch wurde deshalb schon nach acht Wochen durch die in der Nacht zum 21. August 1968 beginnende größte militärische Nachkriegsoperation der Streitkräfte des Warschauer Paktes unter sowjetischer Regie auf europäischem Boden abgebrochen und schließlich bis Ende 1970 ganz und gar rückgängig gemacht.

Ohne Staatspräsidenten L. Svoboda, den Ministerpräsidenten O. Černík, den Ersten Sekretär der KPČ A. Dubček und den Parlamentspräsidenten J. Smrkovský zu informieren, überschritten zunächst 300 000 sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische Soldaten (27 Divisionen) mit 7 500 Panzern, 2 000 Schwergeschütze und 1 000 Flugzeugen völkerrechtswidrig die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei. Vom Gebiet der DDR und Polens drangen am 20. August ab 22.30 Uhr die in der DDR stationierten Verbände der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), die 1. Gardepanzerarmee und die 20. Gardedee, über die Grenze und erreichten in den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 Prag. Zuvor hatten schon sowjetische Fallschirmjäger in einem Piratenakt den Prager Flughafen Ruzyně besetzt und die Landung einer Luftwaffendivision vorbereitet. Nach 12 Stunden war das gesamte Land unter Kontrolle sowjetischer, polnischer, ungarischer und bulgarischer Streitkräfte, die schließlich 800 000 Mann umfassten.²⁷ Im Ergebnis der militärischen Besetzung des Landes verloren 72 Tschechen und Slowaken ihr Leben, 267 wurden schwer und 422 leichtverletzt. In den folgenden Monaten stieg die Zahl der Opfer auf 94 Tote.²⁸ Die Militäraktion war ein internationaler Völkerrechtsbruch und widersprach zutiefst dem marxischen Grundsatz sozialistischer Außenpolitik, »die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.«²⁹

Die Partei- und Staatsführung der Tschechoslowakei hatte nicht im entferntesten mit einem solchen Aggressionsakt gerechnet.³⁰ Unterstützt von ihren tschechoslowakischen Kollaborateuren (Staatsicherheitsminister Viktor Salgovic, Direktor des Fernmeldewesens

22 Oldřich Černík (*1921): Maschinenschlosser, seit 1949 im Apparat der KPČ, 1954-1956 Vorsitzender des Bezirksnationalausschusses in Ostrava, 1956-1961 Minister, seit 1958 Mitglied des ZK der KPČ, 1963-1968 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, seit 1966 Präsidium des ZK der KPČ, 1968-1970 Ministerpräsident. 1971 wurde er aller Funktionen enthoben und aus der Partei ausgeschlossen.

23 Jiří Hájek (geb. 1913): Als Funktionär der Sozialdemokratie war er 1939-1945 im KZ interniert. Er arbeitete nach dem Krieg als Professor für Geschichte und internationale Beziehungen und leitete 1965-1968 das Ministerium für Schulwesen. Er übernahm 1968 das Außenministerium. Im August 1968 aller Funktionen enthoben und 1970 aus der KPČ ausgeschlossen. 1977/78 war er Sprecher der Charta 77.

24 Jozef Pavel (1908-1973) gehörte der KP seit 1929 an und studierte 1935-1937 an der Lenin-Schule der Komintern in Moskau. 1937-1938 war er Befehlshaber des Dimitroff-Regiments der Internationalen Brigaden in Spanien und wurde 1939-1940 in Frankreich interniert. 1942-1945 gehörte er der tschecho-slowakischen Auslandsarmee in Großbritannien an. 1947-1948 leitete er die Abteilung des ZK für Sicherheit und Verteidigung; Seit 1948 befehligte er die Arbeitermilizen und war 1949-1950 Stellvertreter Innenminister. P. wurde 1951 inhaftiert und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt (1955 entlassen). In

der reformkommunistischen Regierung war er bis zur Intervention im August 1968 Innenminister. 1970 wurde er aus der KPČ ausgeschlossen.

25 Zitiert nach Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Zd. Mlynár: Nachfrost, S. 325 ff.

26 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 326.

27 Vgl. ebenda, S. 228.

28 Vgl. ebenda, S. 233 f.

29 Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in K. Marx, F. Engels, Werke, Bd.16, Berlin 1973, S. 13.

30 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 225 ff.

31 Vgl. ebenda, S. 283, Anm. 3; A. Dubček: Leben für die Freiheit, S. 265-272.; Zd. Mlynár: Nachfrost, S. 226 ff.; J. Smrkovský: Das unvollendete Gespräch, in: J. Skala (J. Pauer): Die ČSSR. Vom Prager Frühling zur Charta 77, Berlin 1978, S. 129-168.

Karel Hoffmann, die ZK-Sekretären Alois Indra und Vasil Bilak organisierte die Breshnew-Führung den Piratenakt und nahm am 21. August 1968 Verteidigungsminister General M. Dzur in Geiselschaft, verschleppten Parteichef A. Dubček, Ministerpräsident O. Černík, Parlamentspräsident J. Smrkovský, den Vorsitzenden der Nationalen Front F. Kriegel, den Prager Parteisekretär B. Simon und das Mitglied des Parteipräsidiums J. Spaček in die Karpato-Ukraine.³¹ Außenminister J. Hájek oder Vizepremier und Wirtschaftsminister O. Šik befanden sich außerhalb des Landes, andere Reformer wie ZK-Sekretär C. Cisař gingen in den Untergrund.

Der unerwarteten massiven Widerstand der übergroßen Mehrheit der Tschechen und Slowaken und die Standhaftigkeit der noch nicht verhafteten Politiker führten nicht – wie 1956 in Ungarn – zur Bildung einer tschechoslowakischen Marionettenregierung, sondern vorerst zur Freilassung und Wiedereinsetzung der verhafteten Partei- und Staatsführung am 26. August 1968.

Der gewaltfreie Widerstand gegen die Okkupanten

Das Prager Parteikomitee hatte seit Mai 1968 darauf gedrängt, den 14. Parteitag der KPČ so rasch wie möglich einzuberufen. Angesichts der Militärintervention stimmte A. Dubček noch vor seiner Verhaftung am 21. August 1968 dem Vorschlag des Stadtparteisekretärs von Prag, B. Simon, zu, eine Versammlung der Parteitagsdelegierten einzuberufen, nachdem der Putschversuch der von Moskau gesteuerten Reformgegner in der Parteiführung am 20. August 1968 gescheitert war. Bereits in den frühen Morgenstunden des 21. August 1968 wurden die Aufrufe zur Delegiertenversammlung im Rundfunk verbreitet. In den vorangegangenen Wochen waren auf der Ebene der Betriebe und Einrichtungen, der Kreise und Gebiete in den beiden nationalen Landesteilen 1 543 Parteitagsdelegierte für den für September 1968 geplanten Parteitag gewählt worden, darunter 292 Delegierte aus der Slowakei. Als 900 Delegierten (ihre Zahl stieg danach auf 1 290) im größten Prager Betrieb ČKD in Vysocany eingetroffen waren, wurde am 21. August um 10 Uhr der Außerordentliche 14. Parteitag der KPČ eröffnet. Die Delegierten verurteilten die Okkupation. Es stand aber nicht die Frage (wie 12 Jahre zuvor in Ungarn unter I. Nagy), die ČSSR zum neutralen Staat zu erklären. Geforderte wurde vielmehr die Freilassung und Rückkehr der sechs verhafteten Partei- und Staatsfunktionäre in ihre Ämter. Bis dahin wurde ein Zentralkomitee aus 144 Personen gewählt (davon nur 23 ehemalige ZK-Mitglieder) und eine Präsidium aus 28 Personen (darunter alle in sowjetischer Haft befindlichen Parteiführer sowie acht Vertreter der Slowakei mit G. Husák). Das slowakische ZK, erweitert durch die Parteitagsdelegierten, anerkannte die Beschlüsse des 14. Parteitags, obwohl nur ein Viertel der Delegierten nach Prag gelangen konnte. Der sowjetische Stadtkommandant Gretschnko hatte zunächst versucht den Slowakischen Parteitag in Bratislava zu verhindern und führende Kommunisten verhafteten lassen. Auf Veranlassung J. Andropows wurden sie bald wieder freigelassen, so dass der Parteitag der slowakischen Partei in der Nacht zum 27. August 1968 beginnen konnte.

Durch diesen Parteitag blieb die Kommunistische Partei trotz der Verhaftung ihrer wichtigsten politischen Führer die Hauptkraft des

Widerstands gegen die Okkupationsmacht. Der Krenml war deshalb außerstande, der Tschechoslowakei eine Marionettenregierung aufzuzwingen, wie er es 12 Jahre zuvor in Ungarn erreicht hatte. Die KPČ wurde unterstützt vom Zentralrat der Gewerkschaften, der in Permanenz tagenden Nationalversammlung, dem Tschechischen und Slowakischen Nationalrat, der Nationalen Front, den Milizen, vor allem den noch arbeitenden 19 Rundfunkstationen und den meisten Zeitungsredaktionen. Die Okkupationsmedien (Vltava, Družba, Zpravy) blieben wirkungslos und die Besatzer verfügten über keinen Kollaborationsapparat. Der Botschaftssekretär von Ostrava konnte zwar der Stahlwerker-Delegation drohen (»Für jeden sowjetischen Soldat tausend Eurer Leute. (...) Uns ist es egal, wenn Ihr nicht begreift, die Besetzung als Realität zu nehmen«³²), aber er war machtlos. Zwar folgten die Menschen am 23. August 1968 dem einstündigen Generalstreik um 12 Uhr mittags. Aber *Produktion, Transportwesen, Versorgung und Kommunikation brachen nicht zusammen und bildeten die Grundlage für den lang andauernden gewaltfreien Widerstand.* Es gelang weder die Mehrheit der Bevölkerung einzuschüchtern, noch fanden sich ausreichend Kollaborateure. Die fremden Truppen waren isoliert und demoralisiert. Die Panzer, Artillerie und Flugzeuge wurden zu »totem Eisen«.

32 Zitiert nach Jan Pauer: Prag 1968, S.278.

Der erzwungene Moskauer Kompromiss – die »Normalisierung«

Der Krenml sah sich nun gezwungen, auf ein Kollaborationsregime zu verzichten und empfing am 23. August 1968 eine Delegation von Politikern unter dem 73jährigen Staatspräsidenten L. Svoboda in Moskau zu Verhandlungen. Dazu kamen dann auch die am 21. August 1968 verhafteten sechs Partei- und Staatsführer. *Der zivile Massenwiderstand als effektive Gegengewalt zur ausländischen Militärmacht ermöglichte überhaupt erst die Moskauer Verhandlungen, verhinderte den sofortigen Sturz der Reformkommunisten um A. Dubček und gab ihnen wieder Handlungsmöglichkeiten und zeitweiligen politischen Spielraum.* In den nun offiziellen Verhandlungen gelang es der sowjetischen Führung allerdings, die tschechoslowakische Delegation untereinander aufzuspalten und zwang sie schließlich am 26. August 1968 zur Unterschrift des Moskauer Protokolls³³, welches geheimgehalten wurde. Die wieder freigelassene Partei- und Staatsführung musste sich verpflichten,

33 Aus dem Dokument zitiert nach ebenda, S. 329 ff.

- den »sogenannten 14. Parteitag der KPČ« für ungültig zu erklären und erst nach einer »Normalisierung« einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen,
- im sowjetischen Sinne die führende Rolle der Partei in der Gesellschaft zu stärken und die Massenmedien zu kontrollieren,
- die in der Massenbewegung entstandenen neuen demokratischen Organisationen aufzulösen,
- den Antrag zur Behandlung der sogenannten Tschechoslowakischen Frage vor dem UN-Sicherheitsrat zurückzuziehen und sich »kategorisch gegen eine erneute Behandlung dieser Frage« zu verwahren,
- die prosovjatischen Kollaborateure in ihren Funktionen zu lassen und
- nach Moskauer Wünschen Reformkommunisten aus den wichtigsten Schaltstellen der Macht zu entfernen.

Moskau stellte in »Aussicht«, dass die »zeitweilig in der Tschechoslowakei dislozierten Truppen der fünf sozialistischen Staaten« sich in die inneren Angelegenheiten nicht einmischen und »etappenweise zurückgezogen« werden.

Aber erst im Herbst 1969 gelang es, das Land im Sinne der Wiederherstellung des Staatssozialismus nach sowjetischen Muster zu restaurieren. In dem unter Regie von Gustáv Husák³⁴ einsetzenden sogenannten Normalisierungsprozess wurde das reformkommunistische Potential weitgehend zerstört. Bis 1970 wurde die KPČ durch den Ausschluss von 387 000 Kommunisten (22 Prozent) »gesäubert«. Ein Drittel der Armee- und Polizei-offiziere, 40 Prozent der Journalisten, 9 000 Hochschullehrer, 40 Prozent aller Manager verloren ihre berufliche Existenz und ihren Einfluss in der Gesellschaft. Dadurch war ein neuerlicher reformkommunistischer Versuch zwei Jahrzehnte später chancenlos.

Warum blieb die wahrscheinlich letzte Chance einer Erneuerung des Sozialismus ergebnislos? Sie scheiterte an der völkerrechtswidrigen Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. Die Moskauer »kollektive Führung« konnte so handeln, weil sie sich schon am 18. Juni 1968 bei US-Präsident L. Johnson abgesichert hatte.³⁵ Die nordamerikanische Supermacht, die zu dieser Zeit mit einer halben Million Besatzungssoldaten in Südvietnam stand und durch die Tet-Offensive seit Januar 1968 und innere Unruhen im eigenen Land andere Sorgen hatte, akzeptierte damals den Status quo in Europa. *Washington konnte auch kein Interesse daran haben, dass sich in der Tschechoslowakei ein stabiler demokratischer und ökonomisch effizienter Sozialismus durchsetzt, der möglicherweise auf die westeuropäische Einflussosphäre der USA auswirkt und die sich gerade entfaltende linke Bewegung dort stärkt, sich mit ihr solidarisiert.* L. B. Johnson bemäntelte öffentlich die faktische Schützenhilfe für Moskau heuchlerisch: »Wir konnten wenig anderes tun als beobachten und uns Sorgen machen.«³⁶

Überhaupt war der Westen als vermeintlicher Fackelträger von Freiheit und Demokratie mit dem revolutionären Aufbruch von Studenten und Arbeitern zwischen Westberlin, Paris und Rom mit ausreichend eigenen Konflikten konfrontiert. Ähnlich war deshalb auch die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland. Der Kommandierende des II. Armeekorps der Bundeswehr K.-W. Thilo ordnete zunächst Erhöhung der Gefechtsbereitschaft an. Der nazibelastete Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gestand ein, sein Land sei nicht unmittelbar durch die Ereignisse bedroht. Der Außenminister der Bonner Großen Koalition W. Brand gab die politische Linie vor: »Das Beste, was wir für Prag jetzt tun können, ist nichts zu tun.«³⁷ Frankreich enthielt sich jeder Kritik und drohte mit keinerlei Sanktionen. Die Militärs der NATO bescheinigten den sowjetischen Militärs im Nachhinein »eine erstklassige militärische Vorbereitung und Ausführung«³⁸ der Operation »Donau« im August 1968 gegen einen souveränen sozialistischen Staat. Der Oberbefehlshaber der 7. US-Armee in der Bundesrepublik General J. Polk lobte Mut und Geschick des »Klassenfeindes«, der immerhin dafür Sorge trug, »dass die Unterwerfung der Tschechoslowakei in Grenzen blieb und nicht auf Westdeutschland und Österreich übergriff.«³⁹

34 Gustáv Husák (1913-1991) wurde 1933 Mitglied der KP. Während des Zweiten Weltkrieges war er in der illegalen Führung der slowakischen KP tätig und einer der Organisatoren des Slowakischen Nationalaufstandes 1944. 1951 wurde verhaftet und 1954 als »slowakischer Nationalist« zu lebenslangem Kerker verurteilt. 1960 kam er aus der Haft frei. Nach seiner Rehabilitierung 1963 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Bratislava. 1968 wurde er stellvertretender Ministerpräsident und Erster Sekretär der KP der Slowakei, nach dem Sturz Dubčeks im April 1969 Generalsekretär des ZK der KPČ (bis 1987) und seit 1975 Staatspräsident (bis 1989).

35 Vgl. Jan Pauer: Prag 1968, S. 222 ff.

36 L. B. Johnson: Meine Jahre im Weißen Haus, München/Wien/Zürich 1972, S. 384.

37 Zitiert nach Der Spiegel vom 5. 8. 1968, S. 24.

38 Wilhelm Meyer-Detring: Die Rote Armee am Bayerischen Wald, in: Wehrkunde 11/1968, S. 550.

39 James H. Polk: Reflections on the Czechoslovakian Invasion 1968, in: Strategic Review, 5/77, S. 30 f.

Welche Rolle spielte die DDR?

Die führenden Politiker der DDR unter W. Ulbricht und die NVA unterstützten die Invasion »Donau«. Entgegen der ursprünglichen Planung marschierten die 16 000 NVA-Soldaten (mit 1 042 Panzern und Schützenpanzern, 72 Kanonen und über 2 300 Kraftfahrzeugen) nicht wie geplant in das Nachbarland in Richtung Nord- und Westböhmen (Litoměřice-Dubá-Mimoň-Děčín bzw. Bečov-Plzeň-Žlutice-Rokycany)⁴⁰ ein, sie errichteten auch in Nordböhmens nicht die vorgesehenen ostdeutschen Kommandanturen⁴¹, sondern blieben in ihren Konzentrations- und Entfaltungsräumen. Der Oberkommandierende der »Prager Operation« Marschall Jakubowski teilte am 31. August 1968 Generaloberst Keßler mit, dass es »in Abhängigkeit von der Entwicklung der politischen Lage« nach wie vor möglich ist, die befohlene Gefechtsbereitschaft voll einzuhalten. Er verwies auf die Möglichkeit, »dass die 11. Mot.-Schützen-Division wie bereits vorgesehen in Richtung Karlovy Vary und die 7. Panzerdivision in Richtung Decin-Prag eingesetzt werden kann.«⁴²

Militärisch spielte die DDR also faktisch keine Rolle. Politisch und ideologisch blieb die SED bei ihrem entschiedenen Kampf gegen jegliche Demokratisierung dieses Sozialismus, noch bis über die Perestroika hinaus.

40 Vgl. Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling, Berlin 1995.

41 Vgl. ebenda S.136 ff.

42 Zitiert nach ebenda, S. 148.

Literatur

- Jiří Pelikán (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokolle und Dokumente des 14. Parteitages der KP Tsch am 23. August 1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1969.
- Hanswilhelm Haefs (Hrsg.): Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27. Juni 1967 bis zum 18.10.1968. Ein Dokumentarischer Bericht, Bonn/Wien/Zürich 1968.
- Reden zum IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag Juni 1967, Frankfurt/M. 1968.
- Josef Škvorecký (Hrsg.): Nachrichten aus der ČSSR. Dokumentation der Wochenzeitung »Literární Listy« des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag. Februar-August 1968, Frankfurt/M. 1968.
- Zdeněk Mlýnár: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Frankfurt/M. 1978.
- Ota Šik: Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967.
- Ders.: Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988.
- Zdeněk Hejzlar: Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln, Frankfurt/M. 1978.
- Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1971.
- Peter Uhl: Die Herausforderung. Eine sozialistische Alternative zur »Normalisierung« in der ČSSR, Frankfurt/M. 1981.
- Alexander Dubček: Leben für die Freiheit, München 1993.
- Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995.
- Stefan Bollinger: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968. Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.
- K.-H. Gräfe u. a.: Das Jahr 68. Weichenstellung oder Betriebsunfall? Zwischen Prager Frühling und Pariser Mai, Dresden 1998.

AYHAN BILGIN

Die 68er Bewegung in der Türkei

Es gibt wenige weltweite Ereignisse, welche die Geschichte der verschiedenen Gesellschaften in der jeweiligen Zeit so grundlegend prägten, wie die Bewegung der 68er Generationen. In jedem Land, in dem sie sich entfaltete, lassen sich ihre Spuren und Folgeerscheinungen bis zum heutigen Tag verfolgen. Sowohl im Alltag als auch in den öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen setzt man sich immer wieder damit auseinander. In diesem Aufsatz soll versucht werden, eine Analyse der türkischen 68-er Bewegung stützend auf die Theorien der sozialen Bewegungen vorzunehmen.¹ Es wird der Versuch unternommen, die spezifischen Merkmale und Entwicklungsmuster der türkischen 68er Bewegung herauszuarbeiten und in Bezug auf die Verläufe, Inhalte, Formen und Entwicklungen dieser Bewegung sozialwissenschaftlich unter die Lupe zu nehmen.

Obwohl die Globalität der 68er Bewegungen in vielen Arbeiten hervorgehoben wird, blieben die Untersuchungen meistens auf westeuropäische Entwicklungen beschränkt.² Die weltweite und synchrone Erscheinung der 68er Bewegungen führte inzwischen in der Forschung zu der Einsicht, dass die 68er Bewegungen ohne die Berücksichtigung internationaler Aspekte und Problemfelder nicht zu verstehen sind. Die Jugendlichen und Studenten protestierten zu diesem Zeitpunkt in vielen Ländern gegen die etablierten Institutionen und Herrschaftsformen. Obwohl die Bewegungen durch die nationalen Kontextbedingungen geprägt waren, waren sie von den internationalen Entwicklungen und Ereignissen höchst beeinflusst, die in der Formierung und Entwicklung der 68er Bewegungen eine außerordentliche Rolle spielten.³ Ausgehend von der »Globalität« der 68er Bewegungen werden die nationalen und internationalen Aspekte und Bestimmungsfaktoren in dieser Analyse der türkischen 68er Bewegung mitberücksichtigt und durch die Ansätze der sozialen Bewegungsforschung untermauert. In diesem Zusammenhang werden folgende Fragen im Vordergrund stehen:

Welche Rahmenbedingungen (gesamtsocietale Entwicklungsprozesse) zur Entstehung der 68er Bewegung führten? Welche theoretischen Orientierungen und kognitiven Prozesse festzustellen sind, die der Bewegung vorangegangen sind und wie sie sich auf die Bewegung auswirkten? Ob Beweggründe auf globaler Ebene zur Entstehung der Bewegungen zu finden sind, und wie diese von spezifischen Ursachen der jeweiligen Bewegung zu unterscheiden sind? Zurückgreifend auf Bewegungstheorien soll erklärt werden, welche Trägergruppen in der Bewegung aktiv waren und wie sie dann auf

Ayhan Bilgin – Jg. 1977; studierte Geschichtswissenschaft an der Universität Istanbul, Magisterabschluss 2005 in den Fachrichtungen Politik- und Geschichtswissenschaft in Hannover. Er schreibt seit Anfang 2006 seine Dissertation über das türkische Militär und dessen Einfluss auf die politische Kultur der türkischen Gesellschaft.

1 Über die Theorien und Ansätze der sozialen Bewegungen, vgl. Rammstedt 1978; Rucht 2002 und Nullmeier, Raschke 1989, S. 249- 272.

2 Die außereuropäischen Entwicklungen und Ereignisse der 68er Bewegungen werden meistens außer Acht gelassen oder solche Untersuchungen blieben sehr beschränkt. Die vergleichenden Analysen in Bezug auf die sozialen Bewegungen

den Prozess der »Selbstfindungsprozesse« einwirkten. Darüber hinaus soll dargestellt werden, welche Aktions- und Bündnisstrategien und Mobilisierungsprozesse für die Entfaltung und Durchsetzung der Zielsetzungen der Bewegungsträger festzustellen sind. Um die Organisationsstrukturen der Bewegung zu zeigen, soll der Frage nachgegangen werden, wie die inneren Organisationsstrukturen der die Bewegung tragenden Kräfte aussahen und welche Auswirkungen sie auf die Bewegung hatten. Da die Bewegungen Reaktionen von Seiten der etablierten Institutionen hervorriefen, die die Entwicklung der sozialen Bewegungen mitbestimmten, soll dargestellt werden, welche Reaktionen der etablierten politischen Institutionen (Parteien, Verbände) bzw. »Vermittlungsinstanzen« und der »Kontrollinstanzen« (Polizei, Armee usw.) es auf die Bewegung gab und welche Effekte diese für die Entwicklung der Bewegung mit sich brachten. Schließlich soll erklärt werden, welche Gründe für den Zerfall der türkischen 68er Bewegung zu finden sind und welche Wirkungen und Nachwirkungen der Bewegung auf die Gesellschaft herauszufinden sind.

Die Vorgeschichte der türkischen 68er Bewegung

Die 1960er Jahre bilden in der türkischen Geschichte eine Zeitspanne, in der die turbulenten und dynamischen Entwicklungsprozesse sowie die gesellschaftlichen Spannungen den Verlauf und die Dynamik der neu entstehenden Konflikte und sozialen Bewegungen bestimmten. Die durch die seit den 50er Jahren vorangetriebene Mechanisierung der Landwirtschaft in Gang gesetzte rasche Urbanisierung und die verstärkte Entwicklung der kapitalistischen Strukturen durch die auf Importsubstitution beruhende Industrialisierung bilden in den 60er Jahren die Grundlage zur Herausbildung der neuartigen sozialen Konflikte und politischer Auseinandersetzungen. Diese sozioökonomischen Veränderungen brachten unmittelbar die sozialen Strukturveränderungen mit sich, die sich vor allem in den 60er Jahren in der Zunahme der städtischen Mittelschicht und dem Zuwachs der Arbeiterschaft in den städtischen Ballungszentren zeigten, in denen vor allem die vom Land geflohenen Unterschichten die Mehrheit bilden sollten.⁴

Diese umbruchartigen Entwicklungen seit den 50er Jahren sollten das gesellschaftlich-politische Konfliktpotential bilden, das in den 60er Jahren in der Pluralisierung der politischen Parteienlandschaft und besonders der Entfaltung der türkischen Linksbewegungen – beginnend durch die Einführung der neuen liberal-demokratischen Verfassung – zum Ausdruck kam. In den 60er Jahren fand also ein tief greifender kumulativer Wandlungsprozess nicht nur in der sozioökonomischen Hinsicht statt, sondern auch in politisch-kultureller Hinsicht, der sich in den Hegemoniebestrebungen der türkischen Linksbewegungen – getragen vor allem durch die bildungsbürgerlichen und intellektuellen Kräfte – andeutete. Die Entwicklung der linken Bewegung stellt in dem Sinne eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung und Entwicklung der türkischen 68er Bewegung dar. Die 68er Studentenbewegung konnte sich erst unter diesen günstigen Bedingungen entfalten. Sie hängt also mit diesem Prozess der ihr vorhergehenden gesellschaftlich-politischen

wurden fast nur in den europäischen Ländern oder in den Ländern, die in Grundzügen die gleichartigen gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen aufweisen, vorgenommen. Diese Arbeit versteht sich in dem Zusammenhang als ein kleiner Beitrag zur Schließung dieser bestehenden Lücke.

3 In diesem Zusammenhang wurde schon der Versuch gemacht, die 68er Bewegungen als eine Weltrevolution in den Vordergrund zu stellen und dadurch Impulse zu weiteren Analysen in diese Richtung zu geben. Vgl. zu der Globalität der 68er Bewegungen Etienne François u. a.: 1968 – Ein europäisches Jahr, Leipzig 1997.

4 Vgl. Keyder 1998, S. 64.

5 Die Spannung zwischen CHP und DP Ende der 1960er Jahre verschärfte sich durch die restriktiven Maßnahmen der DP-Regierung. Diese hatten das Ziel, die oppositionellen Kräfte im Lande gleichzuschalten. Dies schlug sich in den Reaktionen der Studentenschaft nieder und führte zu massiven studentischen Protesten, die aber auch mit der Unzufriedenheit und Verschlechterung der Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Gruppen zusammenhingen. In Folge der sogenannten April-Ereignisse im April 1960 (28 Nisan Olayları) wurden zwei Studenten getötet. Vgl. Besirli 1988, S. 55.

6 Die Intervention kann gewissermaßen auch durch die sich verschlechternde ökonomische Situation und den Statusverlust der unteren und mittleren Offiziere sowie durch den Rückgang der kemalistischen Reformen erklärt werden. Vgl. Buhbe 1996, S. 78.

7 In dem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die vorhergehenden Studentenproteste an der Verteidigung der atatürkischen Reformen orientiert waren. Sie wehrten sich gegen jede politische Handlung, die sich gegen die kemalistischen Reformen richtete. Sie entwickelten sich gegen die DP-Regierung und ihre Politik, die die traditionellen und religiösen Wertvorstellungen der ländlichen Massen gegen den Laizismus ausnutzte und instrumentalisierte. Die Studenten führten Protestaktionen an den Universitäten durch in Form von Nicht-teilnahme an Unterrichten und des Lichtauschaltens. Vgl. Besirli, a. a. O., S. 82; Sayilgan, 1972, S. 499.

Veränderungen und sozioökonomischen Wandlungsprozesse zusammen.

Die Studenten waren schon Ende der 50er Jahre ein Teil der protestierenden Massen gegen die DP-Regierung (Demokratische Partei) und ihre Politik. In den 50er Jahren kamen aber nur einige spontane Proteste und Mobilisierungen der Studenten zu Stande. Anfang der 60er Jahre nahmen die Proteste der Studenten gegen die herrschende DP-Regierung und deren konservativ-liberale Politik zu.⁵ Die Studenten verteidigten die kemalistischen Reformen, durch die sie ihre Handlungen zu rechtfertigen versuchten. Sie handelten also auf der Grundlage der Verteidigung der kemalistischen Reformen, die sie in Gefahr sahen. Die Proteste der Studenten und der gesellschaftlichen Oppositionen bewirkten dabei den Sturz der DP-Regierung durch die militärische Intervention im Jahre 1960.⁶ Die Studenten nahmen an der errichteten Konstituierenden Versammlung nach dem militärischen Putsch teil. Die sich mit der Einführung der neuen demokratischen Verfassung verändernden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen hatten tiefgreifende Folgen für das politische Leben des Landes, die mit einer raschen Verbreitung linker Organisationen und mit einer Belebung des sozialistischen Gedankengutes und des Marxismus verbunden waren. Es ist nicht zu übersehen, dass diese neue politische Atmosphäre besonders auf die Studenten einwirkte. Sie erweckte bei den Studenten das Interesse an den gesellschaftlichen Problemen, die sie im Laufe der Zeit aufgegriffen hatten.

Die Entstehung und Formierung der 68er Bewegung

Der Charakter der Protestwellen im Jahr 1960 zeigte sich in der Verteidigung der kemalistischen Reformen. Die Studenten standen der CHP (Republikanische Volkspartei) nahe. Die sozialistischen Ziele und Forderungen standen seinerzeit nicht auf der Tagesordnung.⁷ Der kemalistische Charakter der Protestierenden wandelte sich mit der Veränderung des politischen Klimas zugunsten der sozialistischen linken Kräfte, die sich allmählich durchzusetzen begannen. Anfang der 60er Jahre entstanden zwei wichtige linke Strömungen, die die Studenten ansprachen und sie im Sinne der sozialistischen und linken Politik zu beeinflussen versuchten. Die Türkische Arbeiterpartei (TIP) und die NDR-Bewegung (Nationale Demokratische Revolution) übten auf die Studenten einen großen Einfluss aus, der sich im Laufe der 60er Jahre verstärken sollte.⁸ In der Anfangsphase der 68er Bewegung leiteten die beiden Strömungen, vor allem die TIP, einen kollektiven Lernprozess ein, in dem sie die linken Ideen und damit die ideologischen Deutungs- und Orientierungsmuster an die Studenten herantrugen und einen kollektiven Lernprozess in der Studentenschaft durch organisatorische Arbeiten in Gang setzten.

In der Konstituierungsphase der Bewegung, die zwischen den Jahren 1960 und 1965 zu datieren ist, fand eine organisatorische und kognitive Formierung statt. Die Studenten lernten in dieser Zeit den Sozialismus und Marxismus kennen und machten kollektiv-organisatorische Erfahrungen, von denen sie im Verlauf der Bewegung Gebrauch machen sollten. Sie brachten neue Organisationstypen hervor und gestalteten die bestehenden Organisationen durch eigene

Erfahrungen und Handlungsmuster um. Sie artikulierten ihre Wünsche, Forderungen und Unzufriedenheiten mithilfe des Rückgriffs auf die Deutungsmuster der linken Kräfte gegen das etablierte System. Die Thematisierung der gesellschaftlichen Problemlagen und deren Publikmachung durch die Auftritte in der Öffentlichkeit schafften eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit, die in der Türkei in den 60er Jahren zu blühen begann. Die universitären Probleme können als Ausgangspunkt der türkischen 68er Bewegung angesehen werden. Die schlechte Bildungssituation und das Unbehagen führten in der Studentenschaft zu Reaktionen und Protestaktionen, die sie ab Mitte der 60er Jahre in den Hauptstädten durchführte. In dem Zusammenhang müssen einige Merkmale erwähnt werden, die die Bildungssituation betreffen.

Mitte der 60er Jahre kamen erst zwei wichtige Protestaktionen bezüglich der universitären Probleme zustande. Eine fand im Jahr 1964 wegen der Erhöhung Studiengebühren statt, die Proteste auslöste und von MTTB (Die Nationale Türkische Studentenvereinigung) organisiert wurde.⁹ Sie richteten sich hauptsächlich gegen den Ausschluss der Kinder von der Bildung, die aus unteren Schichten kommen. Sie thematisierten eine Bildungsreform und forderten gleiche Bildungschance für alle. Die zweite Mobilisierung fand im Jahr 1965 statt und dauerte über diese Zeit hinaus an. Die Studenten artikulierten ihre Forderungen nach einer Bildungsreform und stellten die traditionellen Methoden, die überkommenen Universitätsstrukturen und die Inhalte des Studiums in Frage.¹⁰ Sie prangerten die Dozenten an, die mehr in den außeruniversitären Bereichen tätig waren und den universitären Bereich völlig vernachlässigten. Sie sollten sich nicht den privaten Interessen außerhalb der Universitäten, sondern den wahren Problemen der Gesellschaft und der Studenten widmen.¹¹ Hier sind schon die ersten Ansätze einer entstehenden Studentenbewegung zu sehen, die in der Öffentlichkeit sichtbar wurde und Mobilisierungen anstrebte. Diese Forderungen riefen zwar in der Außenwelt Reaktionen hervor, die in der Bildung von verschiedenen Kommissionen in der Regierung und den Universitätsverwaltungen zum Ausdruck kamen, die diesen Sachverhalt untersuchen wollten. Dadurch wurden die Forderungen und Mobilisierungen der Studenten vorläufig absorbiert oder in Grenzen gehalten. Bis zum Juni 1968 kamen keine weiteren nennenswerten Mobilisierungen der Studenten zustande.

Das Jahr 1968 stellt in der türkischen Studentenbewegung eine Phase dar, in der sich die Mobilisierungen und Aktionen intensivierten und kulminierten.¹² Als in den europäischen Ländern plötzlich studentische Aktionen ausbrachen, dauerte es in der Türkei auch nicht so lange, bis die Studenten in Bewegung gerieten. Aber dieses Mal traten sie in ganz radikaler Art und Weise in der Öffentlichkeit mit revolutionären Forderungen auf. Die frühen reformistischen Forderungen verwandelten sich nun in einen revolutionären Diskurs. Sie sprachen von der Bildungsrevolution und lehnten das existierende Bildungssystem radikal ab. Mit den ersten Mobilisierungsbestrebungen ab Mitte der 60er Jahre begann sich ein Bewegungsmilieu zu entwickeln, das durch die organisatorischen Arbeiten und durch die Bildung der Kommunikationsnetzwerke das wahrgenom-

8 Die linke Bewegung erlebte mit der Einführung einer demokratischen Verfassung im Jahre 1961 einen Aufschwung. Anfang der 60er Jahre waren zwei wesentliche linke Strömungen zu sehen, die sich herausbildeten. Die eine bildete sich mit der Gründung der Zeitschrift »YÖN« (die Richtung), die sich später der NDR-Bewegung (National Demokratische Revolution) anschloss. Die andere war »die Türkische Arbeiterpartei« (TIP), die im Jahre 1961 gegründet wurde. Diese verschiedenen Linksströmungen vertraten gegensätzliche Meinungen und Vorstellungen über die theoretische Analyse der türkischen Gesellschaft und über die Transformationskonzepte und Strategien.

9 Vgl. Yildirim 1997, S. 47.

10 Vgl. Kislali 1974, S. 51.

11 Vgl. Karadeniz 1979, S. 88.

12 Vgl. Çubukçu 2002, S. 49.

13 Siehe Yildirim, a. a. O., S. 40-41.

14 Indem die Studentenproteste in der Öffentlichkeit sichtbar wurden, nahmen auch die rechten Angriffe auf die Studenten zu. Die Angriffe der faschistisch-religiösen Gruppen förderten aber zugleich die Vorstellung der Notwendigkeit der Vereinheitlichung von studentischen Organisationen. Vgl. Besirli, a. a. O., S. 83; Sayilgan, a. a. O., S. 499.

15 Nicht zu vergessen sind andere Gruppierungen an den Universitäten, die die der CHP nahe stehenden »Sozialdemokratischen Vereine« und zahlreiche örtliche Organisationen umfassten. Außerdem spielten die »Talebe Birlikleri« (Die Studentischen Vereinigungen) und »Türkiye Öğrenci Dernekleri Federasyonu« (Föderation der Studentenvereine der Türkei) eine Rolle, die politisch aktiv waren. Aber ihre Wirkungen blieben sehr beschränkt. Neben der FKF gab es auch »Türkiye Milli Talebe Federasyonu« und »Türkiye Milli Gençlik Teskilati«, die gewisse Einflüsse unter den Studenten hatten und mehr kemalistisch geprägt waren. Vgl. Ari 1994, S. 273.

16 Die ersten Gründungen der Ideenclubs gehen auf das Jahr 1954 zurück. Die erste Gründung fand an der Universität Ankara im Institut für politische Wissenschaften statt, wo Teile der gesellschaftlichen Linksopponenten (die bildungsbürgerlichen Milieus) sich zusammenfanden. Ihre Aktivitäten waren gegen die totalitär werdende DP-Herrschaft gerichtet. Vgl. Sayilgan, a. a. O., S. 458; Can 1988, S. 51.

mene kollektive Unbehagen und die Mobilisierungstendenzen unter den Studenten zu kanalisieren versuchte. Es gab erste Signale zur Aktionsbereitschaft der Studenten, die schließlich lebendig und in Bewegung gehalten werden sollte, um überhaupt eine Wirkung erzielen zu können.

Mit der Etablierung der Bewegungsmilieus versuchten die Studenten eine mediale Welt zu schaffen, in der die sozialen Netzwerke und Beziehungen aufgebaut wurden, die durch innere Interaktionen miteinander verbunden waren. In diesem Zusammenhang erschien die erste studentische sozialistische Zeitschrift »Dönüşüm« (die Transformation) im Jahr 1965 an der Universität Ankara.¹³ Dies kann als Vorarbeit der Gründungsbestrebungen der FKF (die Föderation der Ideenclubs) verstanden werden, die sowohl als eine allgemein-sozialistische Studentenvereinigung wie auch als die tragende Organisation der 68er Bewegung fungierte. Die Ideenclubs wurden im Herbst 1965 gegründet.¹⁴ Sie übten an den großen Universitäten wie Ankara, Istanbul, Izmir und Trabzon einen großen Einfluss auf die Studenten aus und waren von den Protestierenden allgemein anerkannt. Sie umfassten schätzungsweise 2 500 sozialistische Studenten und hatten übrigens weiterreichende Resonanzgruppen, die an ihren Aktionen teilnahmen.¹⁵ Sie standen anfangs als eine sozialistische Jugendorganisation der türkischen Arbeiterpartei nahe, die großen Einfluss auf die Ideenclubs hatte. Diese institutionelle Bindung der Ideenclubs an die Arbeiterpartei (TIP) hinderte die Bewegung nicht, als eine außenparlamentarische Oppositionsgruppe durch die Protestaktionen in die Öffentlichkeit zu gehen und dadurch auf die politische Sphäre Einfluss zu nehmen. Ihr Einfluss ging aber mit der Radikalisierung der Bewegung wesentlich zurück, durch die die NDR-Bewegung in den Ideenclubs die Oberhand gewann. Parallel zur deren Gründung verbreiteten sich an den Universitäten die Ideenclubs¹⁶, in denen die sozialistischen Studenten ihre Aktivitäten durchführten.¹⁷ Es wurden viele lokale Cafés und Gesellschaften gebildet, die der Bewegung als Kommunikationsnetze dienten.

Mit der Etablierung der Bewegungsträger und der Organisationen entwickelte die Bewegung allmählich die Fähigkeit, die gesellschaftlichen Probleme und die Tatbestände zu deuten, Lösungskonzepte zu entwickeln und diese durch die Interaktionsprozesse weiterzuleiten, auf die sich die Träger der Bewegung einließen, um Verbindungen und Kontakte herzustellen, die zur Ausweitung der Bewegung beitragen. Die Aktivitäten, die nach außen gerichtet waren, waren in dieser Phase nicht intensiv zu spüren. Die nach innen gerichteten Aktivitäten waren intensiver und vielfältiger. Besonders hatten die publizistischen Aktivitäten eine konstitutive Funktion. Sie dienten der Bewusstwerdung der studentischen Gruppen, die durch den Aufbau der Kommunikationsnetzwerke zu erreichen waren. Die Tätigkeiten der studentischen Organisationen bezüglich der informativen Zielvermittlung nahmen durch Diskussionsforen und intellektuelle Diskurse immer mehr zu.¹⁸ Die Zunahme der politischen Aktivitäten der FKF und die rechtsradikalen Übergriffe auf Studenten sollten in der Studentenschaft ab Mitte der 60er Jahre zu wachsender Politisierung und Mobilisierung führen. Im nächsten Abschnitt werden vor allem Faktoren deutlich gemacht, die zur Ausweitung und Politisierung führten.

Die Ausweitung und Politisierung der Bewegung

Nach 1965 ist eine Politisierung in der Studentenbewegung festzustellen, die durch die Zunahme und die Entwicklung der sozialistischen Bewegungen ab Mitte der 60er Jahre bedingt war. Diese Entwicklung und Belebung der sozialistischen Ideen in der Öffentlichkeit fand in kurzer Zeit ihren Ausdruck in der Studentenschaft.¹⁹ Besonders die NDR-Bewegung und die Türkische Arbeiterpartei dienten in dem Zusammenhang als Vermittler der Orientierungs- und Deutungsmuster, deren sich Studenten bedienten. Für die zunehmenden und sich verschärfenden gesellschaftlichen Probleme in den 60er Jahren entwickelte die linke Bewegung neue Lösungskonzepte, die unter Rückgriff auf den Marxismus erfolgten und mit radikalen Transformationsstrategien verbunden waren.

Die Studenten waren mit den Folgen der militärischen Intervention am 27. Mai nicht zufrieden. Sie erwarteten radikalere Veränderungen mit der neuen Verfassung und der politischen Ordnung, deren Ausbleiben zu Unzufriedenheiten in der Studentenschaft führte. Mit der Herausbildung der neuen Ordnung, die in deren Augen nichts anderes darstellte als die vorherige, veränderten sich auch die politischen Einstellungen der Studenten, die sich nun von den alten Vorstellungen lösten und mit den entstehenden linkssozialistischen Weltdeutungen konfrontierten. Diese Konfrontation mit dem Marxismus und Sozialismus trug zu den Bewusstseinsveränderungen bei, die einen wesentlichen Aspekt der sozialen Bewegungen ausmachen, um sich in einen kollektiven Akteur zu wandeln. Indem die Studenten über die Probleme des universitären Bereichs hinaus eine Verbindung mit gesellschaftlichen Problemlagen und Lösungskonzepten herstellten, wuchsen sie aus dem eigenen Milieu hinaus. Diese Hinwendung bestand in der Verknüpfung der eigenen Probleme mit den gesellschaftlichen Problemlagen. Damit erlebte die Bewegung eine radikale Erweiterung der Wirklichkeitsdeutungen auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse hin, die langsam das ganze System zum Ziel nahmen und die Entwicklung alternativer Gesellschaftskonzepte zur Folge hatten. Sie fungierten der Bewegung als Gegensysteme und produzierten ideologische Momente. Hier sind die Prozesse der Ideologisierung und Politisierung miteinander verwoben.

Ab Mitte der 60er Jahre sind in die Vorstellungswelt und die Diskussionen der entstehenden Studentenbewegung Themen wie der Antiimperialismus, der Antiamerikanismus, Antifeudalismus, die wirtschaftliche Unterentwicklung, die Arbeitslosigkeit, die Auswanderung in die Städte und deren soziale Folgen etc. eingedrungen. Diese Thematiken wurden nun in der Bewegung vorangestellt. Die Lösung der sozialen Probleme wurde in der Verwirklichung der schnellen und nationalen sozialistischen Entwicklungswege gesehen, die als eine Sicherung der Unabhängigkeit und die Überwindung der Unterentwicklung angesehen wurden und eine große Rolle in den Zielsetzungen und Forderungen der 68er Bewegung spielten. Die imperialistischen Interessen der westlich-kapitalistischen Länder wurden als Ursache der nationalen Probleme wahrgenommen, die bekämpft werden sollte. Dies alles änderte aber nichts an der Vorstellung der revolutionären Rolle und Funktion des Kemalismus,

17 Vgl. Besirli, a. a. O., S. 83; Karadeniz, a. a. O., S. 44.

18 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 56-57.

19 Siehe Karadeniz, a. a. O., S. 44.

20 Vgl. ebenda, S. 49.

21 Der erste Kongress der FKF fand am 22. Januar 1967 statt. Die Kritik der NDR-Anhänger an der FKF-Führung nahm zu. Als ein Publikationsorgan der FKF wurde die Zeitschrift »Kavga« (Der Kampf) gegründet. Vgl. Besirli, a. a. O., S. 84.

22 Nach Karadeniz ist der Zeitraum zwischen 1966 und 67 eine Phase gewesen, in der linke Literatur und Medien sich außerordentlich vermehrt und vielfältig wurden. Dieser Prozess der Medialisierung der linken Milieus hatte Auswirkungen auf die Studentenbewegung, die bei der Produktion der kognitiven Deutungsmuster und ideologischen Welterklärungen deutlich wurden. Außerdem müssen die Rolle der Feste und Feiern bei der Aktivierung und Mobilisierung der Massen und deren symbolische Bedeutung für den Zusammenhalt und die kollektive Identitätsbildung der studentischen Gruppierungen berücksichtigt werden. Vgl. Karadeniz, a. a. O., S. 66 und Besirli, a. a. O., S. 84.

23 Hierzu soll erwähnt werden, dass unter den Studenten der Gedanke herrschte, dass die Armee bei der Intervention am 27. Mai eine demokratische und revolutionäre Rolle erfüllt habe und das wieder tun werde. Es bestand eine gewisse Sympathie gegenüber der Armee, die in Protesten zum Ausdruck gebracht wurde.

24 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 125; Karadeniz, a. a. O., S. 66.

den sie neu zu deuten versuchten und der sich in der revolutionären Persönlichkeit von Atatürk konkretisierte.²⁰ Es kann dabei festgestellt werden, dass der Einfluss der Türkischen Arbeiterpartei sich auf die FKF²¹ in theoretischer Hinsicht verstärkte, was in der Studentenschaft eine kognitive und organisatorische Verdichtung der Aktivitäten mithilfe der Partei und eine verstärkte politische Bildungsarbeit durch Seminare und Lesetätigkeiten mit Intellektuellen und Schriftstellern zur Folge hatte. Damit weitete sich das Themenspektrum der Bewegung auf die marxistischen Theorien und den Sozialismus aus.²²

Die Politisierung brachte andererseits unterschiedliche Vorstellungen und Meinungen unter den Studenten mit sich, die die Transformationsstrategien betrafen. In der FKF lassen sich zwei unterschiedliche Richtungen feststellen. Eine Gruppierung befürwortete die radikalen Protestformen und den spontanen Aktionismus. Sie war im höchsten Maße von der NDR-Bewegung beeinflusst und machte sich deren theoretische Konzepte zu Eigen, die durch die Gewaltanwendung ein politisches Chaos befürworteten, das schließlich zum Eingriff der Armee in die Politik führen könnte. Damit könnten die national-revolutionären Kräfte an die Macht kommen.²³ Sie war geprägt durch nationalistische und kemalistische Vorstellungen. Die zweite Gruppierung bestand aus Anhängern der Türkischen Arbeiterpartei, die sich zu der Parteilinie bekannte, nach der die Bewegung nicht auf die Gewaltanwendung setzen und möglichst spontane und unreflexive Handlungsformen vermeiden sollte. Sie glaubte an die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Transformation der Gesellschaft und nicht an die der Armee oder die der nationalen Bourgeoisie. Sie lehnte die putschistischen Handlungsorientierungen ab und trat für aufklärende Aktionsformen ein, die nach Wegen suchen sollten, die eine Kooperation mit den sozialen Klassen für den Sozialismus ermöglichen könnten. Ihre Verbundenheit mit der TIP, die schon ein Teil des parlamentarischen Systems geworden war, hinderte sie, radikale Handlungsformen zu praktizieren und sogar unter Umständen passive Haltungen gegenüber der Dynamik der Bewegung einzunehmen. Aufgrund der passiven Haltung der TIP-Anhänger in der FKF verlor sie allmählich ihren Einfluss in der Studentenschaft, die sich zu radikalisieren begann. Im Jahr 1967 gerieten die Studenten in Bewegung, als die 6. amerikanische Flotte im Juni nach Istanbul gekommen war. Dies löste große Reaktionen bei den Studenten aus, die sich in Kürze in Proteste umwandelten. Die Studenten entwickelten spontane und provokative Protestformen wie das Wegnehmen der Mützen von Soldaten sowie in Form von Eierwerfen.²⁴ Die antiimperialistischen Ziele und Forderungen gewannen dadurch an Bedeutung und Aktualität. Die Studenten griffen überdies erneut die Bildungsproblematik und die Ausweitung der privaten Schulen auf.²⁵ Gegen die Privatisierung der Schulen wurde ein Protestzug von Istanbul nach Ankara im November 1967 organisiert. Sie plädierten für die Verstaatlichung der privaten Schulen und die Chancengleichheit in der Bildung.²⁶

Die aktuellen Entwicklungen und Debatten in der Öffentlichkeit wurden von Studenten zum Anlass genommen, um ihre Forderungen und Ansprüche zu artikulieren. Dies gab ihnen die Möglichkeit,

die gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren und Lösungskonzepte mit eigenen Deutungs- und Erklärungsmustern an die Öffentlichkeit zu tragen. In dem Sinne war die von der TMTF (Föderation für National-Türkische Studenten) organisierte Kampagne für die Verstaatlichung von Ölquellen sehr wichtig.²⁷ Es lässt sich beobachten, dass die Politisierung in der Studentenschaft vor allem eine Sensibilität und Interessenzunahme an Volksbewegungen, Bauernunruhen und Arbeiterstreiks mit sich brachte.

Die Radikalisierung und der Verfall der 68er Bewegung

Die politisierte Studentenbewegung erlebte Anfang des Jahres 1968 mit der eruptiven Entwicklung der weltweiten Studentenbewegungen einen plötzlichen Entwicklungsschub an den Universitäten. Im April 1968 fand die erste Universitätsbesetzung in Ankara statt und daraufhin weiteten sich bald Besetzungen auf die Universitäten in Istanbul aus, wo Studentenräte für die Planung und Organisation der Besetzungen gegründet wurden.³⁰ Zur Mobilisierung der Studenten wurden lokale Organisations- und Kommunikationsnetze gebildet, die sich unabhängig voneinander an den großen Universitäten des Landes entwickelten. Das organisatorische Zentrum der Bewegung bildeten hauptsächlich die Ideenclubs (FKF), die sich mit der Radikalisierung in einen Ort verwandelten, wo die heftigen Auseinandersetzungen zwischen der TIP und den NDR-Anhängern um die Macht stattfanden, die binnen Kurzem zu Spaltungen in der Bewegung führen sollte.³¹

Im Wandel der reformistischen Forderungen in revolutionäre kann der transformistische Charakter der Studentenbewegung festgestellt werden. Den Forderungen nach einer Bildungsreform folgten die einer Bildungsrevolution, indem das Bildungssystem als Ganzes in Frage gestellt und radikale Veränderungen zum Ziel gesetzt wurden. Die emanzipatorischen Ansprüche wurden durch die Proteste im Bereich der inneruniversitären Strukturen artikuliert, die in der Forderung nach Teilnahme an universitären Verwaltungs- und Entscheidungsmechanismen zum Ausdruck kamen. Sie befürworteten den Aufbau der Universitäten auf neuen Werten, die die gesellschaftlichen Aufgaben und Verantwortungen der Universitäten in den Vordergrund stellten. Sie waren hauptsächlich gegen das Schulsystem, das völlig veraltet und überfällig sei. Besonders die demokratischen Mitbestimmungsrechte und die Autonomie der Universitäten standen im Vordergrund.³² Die gegründeten Komitees, die Besetzungen an den Universitäten durchführten, stellten Forderungen nach demokratischer Umstrukturierung der Universitäten und brachten ihre Vorstellungen und Lösungskonzepte in die Öffentlichkeit, die nicht flüchtig formuliert, sondern sehr differenziert bis in die Verwaltungs- und Prüfungsordnung hinein ausgearbeitet waren.³³

Die Trennung der TIP von der Studentenbewegung beschleunigte sich, als die Studentenbewegung mit radikalen Forderungen und neuen Protestformen einen neuen Schub bekam. Die Sympathie und die Unterstützung der Türkischen Arbeiterpartei für protestierende Studenten verschwanden mit der Radikalisierung, die in der Partei auf Ablehnung stieß. Mit dem Jahr 1968 distanzierte sich die Partei von der Bewegung und verlor schnell in der FKF ihren Einfluss, in

25 Ausführlich über die Bildungsproblematik vgl. Tezcan 1973, 171 ff.

26 Karadeniz, a. a. O., S. 70.

27 Dabei ist zu erwähnen, dass diese Kampagne in der Bewegung eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Mobilisierung mittels der Öffentlichkeitsarbeit und Plakatierung sowie Agitation durch die Nutzung der öffentlichen Plätze und Straßen spielte. Vgl. Karadeniz, a. a. O., S. 50.

28 Gevgilili, 1987, S. 376; Markov 1987, S. 293.

29 Vgl. Gevgilili, a. a. O., S. 377.

30 Vgl. Yildirim S. 181 ff.

31 Vgl. Sayilgan, a. a. O., S. 497.

32 Siehe Karadeniz, a. a. O., S. 93; Besirlı, a. a. O., S.106.

33 Vgl. Karadeniz, a. a. O., S.105.

34 Die Rechtfertigung für die Passivität erfolgte mit dem Glauben an die Verhinderung des Faschismus.

35 Perinçek spielt immer noch eine wichtige Rolle in der türkischen Politik.

36 Im April 1968 vereinigten sich die FKF und 27 Mayıs Milli Devrim Dernegi (Der 27. Mai Verein für Nationale Revolution) mit der Wahl von Perinçek unter dem Namen »Dev-Güc« (Die Revolutionäre Kraft), was schließlich Reaktionen von Seiten der TIP-Anhänger hervorrief, die wiederum Perinçek von seiner Position abberiefen. Vgl. Gevgillili, a. a. O., S. 379; Can, a. a. O., S. 56; Dieser Versuch der NDR-Bewegung und von Mihri Belli, durch die Dev-Güc eine Einheitsfront zu bilden, sollte sich bald zeigen, dass eine Vereinheitlichung der linken Kräfte unter diesem Vorhut scheitern musste. Vgl. Karadeniz, a. a. O., S. 165-70.

37 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 217 ff.

38 Vgl. Karadeniz, a. a. O., S. 82.

39 Vgl. a. a. O., S. 107.

40 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 208, Çubukçu 2003, S. 83.

der sich dadurch die NDR-Bewegung ausbreitete, die die Haltung der TIP kritisierte und für radikale Formen der Protestaktionen eintrat. Auf dem zweiten Kongress der FKF im März 1968 war deutlich zu sehen, dass die Kritik an der Tatenlosigkeit und der Passivität der FKF-Führung sich breit machte³⁴, die der TIP nahe stand. Auf dem Kongress wurde Dogu Perinçek³⁵ als neuer Vorsitzender der FKF gewählt, der eine der führenden Persönlichkeiten in der Bewegung war, und der NDR-Bewegung nahe stand. Das führte in der FKF zu Unruhen, die vorläufig mit der Intervention der TIP-Anhänger zu Ende gingen, durch die Perinçek von seiner Position entfernt wurde.³⁶ Daraufhin wurde in Istanbul die DÖB³⁷ (Die Revolutionäre Studentenvereinigung) gegründet, die als Reaktion gegen die TIP-Anhänger in den Ideenclubs zustande kam und der NDR nahe stand. Aus dem Streit um die Führung der Ideenclubs (FKF) gingen die NDR-Anhänger als Sieger hervor. Sie übernahmen bald die Führung der FKF und begannen radikale Aktionsstrategien umzusetzen.

Es wurde bereits erwähnt, dass die Thematik des Antiimperialismus in der türkischen 68er Bewegung eine große Rolle spielte. Denn es wurde daran festgehalten, dass die Türkei erneut durch eine liberal-kapitalistische Politik ein abhängiges Land wurde, das unter der Kontrolle der imperialistischen Länder stand. Die Anlässe, die sich aus dem Besuch der amerikanischen 6. Flotte in der Türkei ergaben, wurden von der Bewegung wahrgenommen, um die Relevanz des Themas zu aktualisieren. Die Kampagne gegen die NATO im Mai 1968 war in diesem Sinne von Bedeutung. Die NATO wurde schließlich eine Institution der imperialistischen Länder für die Durchsetzung ihrer Interessen angesehen, die unmittelbar mit der Ausbeutung der unterentwickelten Länder verbunden waren. Unter dem Motto »Nein zur NATO« wurden Proteste organisiert, die eine breite öffentliche Resonanz erzielten. Die dauerhafte Aktualität des Themas erhöhte ebenfalls die Sensibilität unter den Jugendlichen. Der Anti-Imperialismus und der Anti-Amerikanismus prägten tiefgreifend die Entwicklung und den Verlauf der Studentenbewegung, die die amerikanische Kriegsführung in Vietnam gegen das vietnamesische Volk thematisierte.³⁸

Im Juli 1968 hatte es ein Überfall der Ordnungskräfte in einem Studentenwohnheim in Istanbul gegeben, der in der Bewegung einen Wendepunkt darstellt und als »ein kritisches Ereignis« zu bewerten ist. Durch diesen Überfall und die Ermordung eines Studenten Vedat Demircioğlu beschleunigten sich sowohl die Spaltungen in der Bewegung zwischen TIP- und NDR-Anhänger- als auch die Radikalisierungstendenzen, die diesen Prozess vorantrieben und die Marginalisierung und Zersplitterung mit sich brachten.³⁹ Die Ermordung von Demircioğlu durch die Ordnungskräfte erzeugte unter den Studenten heftige Reaktionen, die sie in die Radikalität und gewalttätige Aktionsformen trieben. Die Gewaltanwendung gewann dadurch als eine Aktionsstrategie an Bedeutung.⁴⁰ Es ist wichtig zu betonen, dass die reaktionäre Haltung der Ordnungskräfte und Kontrollinstanzen gegenüber der Bewegung besonders zunahm, als die Bewegung radikale Züge annahm und sich gegen das System richtete. Der ständige Auftritt in die Öffentlichkeit durch appellative Aktionsformen löste Gegenreaktionen in Kontrollinstanzen aus, die die

Bewegung durch den Auftrag der Regierung mittels polizeilicher Maßnahmen zu schwächen suchten. Im Juli 1968 nahmen die Proteste an den Universitäten eine kontinuierliche Form an. Sie gingen allmählich über den Raum der Universitäten hinaus auf die öffentlichen Räume über, was die Bewegung für die Kontrollinstanzen als »gefährlich« und »provokativ« erscheinen ließ.

Indem die radikalen Deutungs- und Handlungsorientierungen, die mit dem Anschluss an die NDR-Bewegung und deren Transformationsstrategien sowie mit der Abkopplung von der TIP einhergingen, die auf der Legalität der Aktionsformen beharrte, in der Bewegung Fuß fassten und Verbreitung fanden, waren Handlungstendenzen in der Solidarität mit den sozialen Klassen zu beobachten, die sich derzeit im Aufstieg befanden. Ende des Jahres 1968 nahmen die Studenten an Bauernprotesten im Westen des Landes und an zahlreichen Arbeiterstreiks in großen Städten teil. Sie leisteten eine enorme Unterstützung bei den Landbesetzungen, die die landlosen Bauern gegen die Großgrundbesitzer durchführten.⁴¹

Die Solidaritätsbestrebungen der Studenten können dadurch erklärt werden, dass die mit der Politisierung und der Radikalisierung sich verändernden Zielsetzungen und Forderungen, die nicht mehr systemkonform waren, sondern sich gegen das etablierte System richteten und eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft anstrebten, neue Handlungsstrategien notwendig machten, die darauf abzielten, aus eigenen Milieus hinauszutreten und sich mit den unterdrückten sozialen Klassen zu solidarisieren.⁴² Diese Hinwendung zur Außenwelt dauerte aber nicht so lange, weil sie für die Studenten eine Herausforderung darstellte, der sie nicht gewachsen waren. Sie lebten schließlich in einem kleinbürgerlichen Milieu, also unter den Bedingungen, die ihnen nicht erlaubten, langfristig außerhalb der Universitäten zu handeln. Ihre Handlungen waren zeit- und raumgebunden. Obwohl die sozialen Kämpfe Ende der 60er Jahre in der Öffentlichkeit manifester wurden, war die Bewegung nicht mehr in der Lage, nachhaltig diese Signale und Impulse wahrzunehmen und dementsprechend zu handeln. Damit scheiterte schon eine mögliche Entwicklung, sich an die sozialen Klassen zu wenden und sie im sozialistischen Sinne aufzuklären.⁴³

Anfang des Jahres 1969 hatte die Bewegung von ihrer Dynamik nichts verloren. Die neuen Entwicklungen und Ereignisse im Jahr 1969 führten zu weiteren radikalisierten Aktionsformen und zu Zersplitterung in der Bewegung, die auf den Verfall der Bewegung hindeuteten. Der dritte Kongress der Ideenklubs (FKF) fand im Januar 1969 statt, auf dem die Auseinandersetzungen zwischen den NDR und TIP-Gruppen heftiger wurden und mit der Durchsetzung der NDR-Anhänger endeten. Die TIP-Anhänger verloren damit endgültig ihren Einfluss und die Mehrheit in der FKF, die nun unter der Führung der NDR-Anhänger die Strategien und die radikalen Aktionsformen zur Veränderung der Gesellschaft praktizierte.⁴⁴ Sie stellten die nationale Unabhängigkeit und den Antimperialismus in den Vordergrund und traten für eine nationale Einheitsfront ein, die eine revolutionäre Wandlung der Gesellschaft durchführen sollte. Obwohl die Studenten von den radikalen Konzepten der NDR beeinflusst waren, trennten sie sich im Verlauf auch von der NDR und die Bewegung begann, sich zu verselbstständigen.

41 Vgl. Sayilgan 1972, S. 503; Karadeniz S. 106; Besirli, a. a. O., S. 116.

42 Vgl. Yildirim 1997, S. 364 ff.

43 Vgl. Besirli, a. a. O., S. 116.

44 Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Arbeiterpartei (TIP) im Auflösungsprozess, der durch die Erklärungen von Aybar vorangetrieben wurde. Seine Kritik am Sowjetsozialismus und die Verteidigung eines freiheitlichen Sozialismus führten in der Partei zu Spaltungen. Dies produzierte Konflikte auch in der FKF.

Im Februar 1969 kam es zu großen Protestaktionen, die den Antiamerikanismus und den Antiamerikanismus thematisierten und Bürger zum Kampf gegen den Imperialismus im Lande aufriefen. Die Studenten nutzten jeden Anlass, um gegen den amerikanischen Imperialismus zu protestieren. In allen großen Städten organisierten Studenten und Jugendliche große Kundgebungen gegen den amerikanischen Imperialismus, als die 6. amerikanische Flotte erneut nach Istanbul kam. Die antiamerikanische Haltung wurde in der Bewegung allmählich bestimmend und konstituierend, was mit der Frage der nationalen Unabhängigkeit zusammenhing. Das Ankommen der 6. amerikanischen Flotte im Februar 1969 wurde als eine Erscheinung gedeutet, die die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes gefährdete. Sie hatte auch eine symbolische Bedeutung für die Aktivierung und Mobilisierung der Jugendlichen.⁴⁵

45 Vgl. Bican 1970, S. 43 ff.

Die zweite Protestwelle begann Anfang des Jahres 1969 und spitzte sich in kurzer Zeit zu. In dem Zusammenhang ist der Besuch des US-Botschafters Kommer an der Universität OTDÜ in Ankara zu erwähnen, der große Reaktionen unter den Studenten hervorrief, was dazu führte, dass sein Auto von Studenten im Campus in Brand gesteckt wurde.⁴⁶ Im Januar 1969 hatten die Studenten Solidaritätskommissionen errichtet, die der Vorbereitung und Durchführung der Proteste gegen die 6. amerikanische Flotte dienen sollten, um die Koordination und die Bewahrung eines einheitlichen Bildes sicherzustellen. Im Februar wurden viele spontane Protestaktionen durchgeführt, an denen tausende Studenten und Jugendliche teilnahmen. Unter denen soll »ein kritisches Ereignis« erwähnt werden, das den weiteren Verlauf und die Entwicklung der 68er Bewegung tiefgreifend beeinflusste. Eine große Kundgebung wurde am 17. Februar 1969 in Istanbul organisiert, wo Studenten, Gewerkschaften und andere linke Oppositionskräfte zusammengekommen waren. Während der Kundgebung griffen rechtsradikale Gruppierungen unter dem Schutz der Ordnungskräfte die protestierenden Menschen an. Beim Zusammenstoß wurden zwei Protestierende getötet und viele wurden verletzt. Dieser Vorfall ging in die türkische Geschichte als »blutiger Sonntag« ein.⁴⁷ Dieses kritische Moment leitete gleichzeitig einen Prozess in der Bewegung ein, in dem Studenten mit organisierten Gegengruppen konfrontiert waren und sich zunehmend an Gewaltkonzepten im Bezug auf die politischen Transformationsstrategien orientierten.⁴⁸ Die sich verändernden Handlungsbedingungen und die Dynamik der Bewegung zwangen die Bewegungsträger, sich ständig mit dem wechselhaften und dynamischen Prozess auseinanderzusetzen, der sich in Wechselwirkung mit der Außenwelt entwickelte, die der Bewegung feindlich oder friedlich gegenüberstand. Er brachte ebenfalls Veränderungen bezüglich der Deutungs- und Handlungskonzepte der Trägergruppen mit sich. Die Konfrontation mit den Kontrollinstanzen und Gegengruppen löste in der Bewegung eine Verengung und Isolierung der revolutionären Studenten von der übrigen Studentenschaft aus, die sich mit den neuen Zielen und Strategien der Bewegung nicht identifizieren konnte, die vor allem Ende des Jahres 1969 formuliert wurden. Ab Mitte des Jahres 1969 ist die Mobilisierung im gewissen Maße zurückgegangen. Zwar fanden an den Universitäten immer noch lokale Aktionen

46 Vgl. Çubukçu, 2003, S. 90.

47 Siehe Yildirim, a. a. O., S. 277 ff.

48 Die Angriffe von Außen hatten große Auswirkungen auf die Entwicklungsformen der Bewegung. Ein wichtiger Faktor in diesem Prozess waren die zunehmend aggressiver und feindlich werdenden rechten Kommandoeinheiten, die sich aus faschistischen und extrem religiösen Gruppierungen zusammensetzten. Dies führte schließlich zur Verengung und Abkapselung der revolutionären Studenten von der übrigen Studentenschaft.

im Bezug auf die geplante Bildungsreform statt, die schließlich ausfiel. Die Bestrebungen, sich mit der Arbeiterschaft und den Bauern zu solidarisieren, blieben nur auf einige solidarische Unterstützungen beschränkt.

Die Vorherrschaft der NDR-Anhänger in der Studentenbewegung wurde im Oktober 1969 auf dem 4. Kongress der Ideenclubs (FKF) bestätigt. Aus inneren Auseinandersetzungen um die Frage, wie die Revolution oder die Transformation der Gesellschaft zu erreichen sei, gingen die Gruppen Anfang des Jahres 1970 auseinander. Der bereits seit 1968 begonnene Prozess der Zersplitterung setzte sich dadurch in der Studentenbewegung fort. Die stufenweise Durchsetzung der NDR-Anhänger in der FKF vollzog sich im Jahr 1969, womit der Einfluss der Türkischen Arbeiterpartei auf die Bewegung sein Ende fand. Die NDR-Anhänger waren zuerst in der DÖB (Die Revolutionäre Studentenvereinigung) stark vertreten, die in Istanbul im September 1968 gegründet wurde und in der sich radikale Studenten unter der Führung von Deniz Gezmis⁴⁹ wegen der Passivität und des Festhaltens der TIP-Anhänger an Legalität in der FKF zusammenschlossen.⁵⁰ Im Jahr 1969 setzten sich die NDR-Anhänger in der FKF durch. Sie wurde schließlich auf dem 4. Kongress im September 1969 in TDGF (Föderation der Türkischen Revolutionären Jugend) oder Dev-Genç (Die Revolutionäre Jugend) umbenannt.⁵¹ Die FKF öffnete sich damit für alle Schichten der Gesellschaft und erfuhr eine Identitätswandlung von einer Studentenorganisation zur parteiähnlichen Formation, die als einen aktiven Akteur an der Vorbereitung der Revolution arbeiten sollte. Das Ziel der TDGF wurde in folgender Weise definiert: »die Entwicklung der Theorien und Praxis im Kampf des Volkes für die nationaldemokratische Revolution und gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus.«⁵² Die TDGF beschränkte sich dabei nicht nur auf die Studenten. In der neuen Satzung wurde darauf hingewiesen, dass die Arbeiter- und Bauernorganisationen in die TDGF eintreten konnten.

Die Bewegung erfuhr damit einen Wandlungsprozess, der darin zum Ausdruck kam, dass die zentrale studentische Organisation, also die FKF, die sich auf den lokalen und autonomen Ideenclubs und vielfältigen Studentenorganisationen an den Universitäten stützte, nun mit der Umbenennung der FKF in eine parteiähnliche Gestalt (TDGF) umwandelte. Dieser Prozess ist gleichzeitig mit der Politisierung verbunden, die schon seit der Mitte der 60er Jahre anging und sich nun mit der Verbreitung ideologischer Deutungskonzepte fortsetzte. Diese leiteten auch heftige Debatten in der neuen TDGF um die adäquate Theorie und Praxis des intendierten revolutionären Kampfes ein. Die ideologischen Deutungskonzepte, die sich aus der Politisierung der Bewegung ergaben, lösten in der Bewegung innere Debatten aus, die zu Fraktionierung und Zersplitterung aufgrund der verschiedenen Deutungs- und Strategiekonzepte führten.

In diesem Prozess entstanden Fraktionen, die um die Hegemonie in der TDGF kämpften. Trotz der inneren Machtkämpfen versuchten die revolutionären Studenten, in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv zu handeln und die Arbeiter- und Bauernbewegungen zu unterstützen. Sie suchten nach Verbindungen mit den Arbeiter- und Bau-

49 Deniz Gezmis war ein charismatischer Studentenführer in der türkischen 68er Bewegung und übte durch seinen radikalistischen Aktionismus großen Einfluss auf die Bewegung aus.

50 Vgl. Ari, a. a. O., S. 284.

51 Vgl. Landau, a. a. O., S. 39; Besirli, a. a. O., S. 89; Karadeniz, a. a. O., S. 178.

52 Vgl. Zitiert nach Yıldırım, a. a. O., S. 379.

53 Vgl. Besirli, a. a. O., S. 90.

54 Belli formulierte die strategischen Thesen der NDR-Bewegung im Jahre 1968 in der Zeitschrift »Türk Solu« (Türkische Linke), nach denen zuerst die bürgerlich-nationale Revolution wegen der Unterentwicklung des Landes stattfinden sollte, die die Abhängigkeit und die Abschaffung der immer noch existierten feudalen Strukturen durchzuführen hatte. Der nationalen Revolution sollte die sozialistische Revolution folgen. Zur Durchsetzung der theoretischen Konstruktionen und der Transformationsstrategien sollte eine nationale Front gebildet werden mit der Aufgabe, die intendierte Revolution durchzuführen und die Gesellschaft zu transformieren. Vgl. Besirli, a. a. O., S. 80.

55 Ebenda, S. 89.

56 Vgl. Besirli, a. a. O., S. 91; Lipovsky, a. a. O., S. 115-117.

57 Çayan war eine führende und einflussreiche Persönlichkeit in der Bewegung.

58 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 458.

59 Als das Hauptorgan der TDGF wurde die Zeitschrift »İleri« (Aufwärts) herausgegeben, die sich nur 6 Monate bzw. ab April 1970 bis Dezember 1970 halten konnte. Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 464.

60 Vgl. Salah, a. a. O., S. 117-118.

ernverbänden und vor allem mit der DISK (die Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften), die im Jahre 1967 von revolutionären Arbeiterführern gegründet wurde.⁵³ Parallel zu dieser Entwicklung intensivierte sich die Beschäftigung mit dem Marxismus und der sozialistischen Literatur, was sie in die Lage versetzte, eigenständig und unabhängig von der NDR-Bewegung, die von Mihri Belli⁵⁴ stark geprägt war, eigene theoretische Konstruktionen und eine Kapitalismuskritik zu entwickeln. Dies trieb den Prozess der Verselbstständigung voran, in dem die Hegemonie der alten marxistischen Intellektuellen und deren politische Kampfweisen und Vorstellungen zerstört wurden. Die neue Generation löste sich von der alten ab und versuchte durch ihr Selbstverständnis und ihre Wahrnehmungen, die Welt und die derzeitigen Entwicklungen zu deuten. Die Konstruktion der eigenen Handlungskonzepte ist also als Folge dieser Entwicklung zu verstehen.

Anfang der 70er Jahre verschärfen sich weiter die Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten zwischen den revolutionären Gruppen in der TDGF.⁵⁵ Die TIP-Anhänger verließen die neue Organisation entweder von sich aus oder sie wurden von den NDR-Anhängern eliminiert, die in der TDGF und in den lokalen studentischen Clubs und Vereinen die Oberhand gewannen. Es zeichneten sich zu dem Zeitpunkt drei Hauptgruppen ab. Die *eine* sammelte sich um die Zeitschrift *Türk Solu* (Türkische Linke), die seit 1967 erschien. Die *zweite* Gruppe bildete sich in der Zeitschrift *Aydınlık Sosyalist Dergisi* (Die Zeitschrift der sozialistischen Aufklärung), aus der sich später die Gruppe um Doğu Perincek ausgliederte. Damit entstand die *dritte* Gruppe um Perincek, die sich am 10. Januar 1970 »die proletarisch-revolutionäre Aufklärung« (PDA) nannte.⁵⁶ Die erste Abspaltung zwischen den NDR-Anhängern in der TDGF ging aus dem Streit zwischen Doğu Perincek und der Gruppe von Mihri Belli und Mahir Çayan⁵⁷ hervor. Die PDA-Gruppe verließ im Januar 1970 die TDGF. Die Gruppe um Belli und Çayan befürwortete die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution mit Unterstützung der Bauern. Sie glaubten an die wichtige Rolle der TIP und lehnten die revolutionäre Rolle des Kemalismus in der nationaldemokratischen Revolution ab. Die PDA-Gruppe bestritt dagegen die Rolle der Arbeiterklasse, die nicht stark genug entwickelt sei. Sie glaubte an einen linken Kemalismus und kritisierte strikt den kleinbürgerlichen Radikalismus und den individuell-terroristischen Aktionismus.⁵⁸

Die TDGF führte ihre Tätigkeiten im Jahr 1970 sowohl an den Universitäten als auch in den Fabriken und Dörfern weiter.⁵⁹ Sie nahmen an Protesten von Arbeitern und Bauern teil und leisteten Unterstützung bei der Aufklärung und Organisierung der unterdrückten Klassen. An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass ein Gesetzesvorhaben der Regierung Demirel, das die DISK aus den Reihen der Gewerkschaften verbannen wollte, am 15. und 17. Juni 1970 große Arbeitermobilisierungen auslöste, die zwei Tage lang dauerten.⁶⁰ Sie konnten nur durch das Ausrufen des Ausnahmezustandes beendet werden. Drei Arbeiter wurden schließlich getötet und viele wurden festgenommen. Aufgrund der Orientierungslosigkeit und des Fehlens einer einheitlichen Führung wurde der Widerstand in

Kürze niedergeschlagen. Die Arbeiterklasse leistete einen heftigen Widerstand gegen die Angriffe der Regierung und gab damit Anzeichen und Impulse für die alternativen Transformationsentwürfe der Gesellschaft, nach denen die Linke suchte. Der Arbeiterwiderstand im Juni stellt in der türkischen Geschichte einen Wendepunkt dar, weil er eine Systemkrise einleitete, die vor allem auf die 68er Bewegung einwirkte. Sie endete mit der Militärintervention im Jahr 1971, die die Errichtung einer neuen Ordnung zum Ziel hatte. Am Arbeiterwiderstand beteiligten sich auch die revolutionären Studenten, die mit den protestierenden und streikenden Arbeitern zusammen auf die Straße gingen und mit ihnen den Widerstand organisierten.⁶¹ Trotz all dieser Entwicklungen konnten die revolutionären Studenten die wichtige Bedeutung und die Rolle der Arbeiterklasse nicht nachvollziehen, auf die schon von der TIP (Arbeiterpartei) hingewiesen wurde.

Auf dem fünften Kongress der TDGF im September 1970 übernahm die Çayan-Gruppe die Führung. Sie gab kurz darauf eine Deklaration bekannt, in der Kritik an der Belli-Gruppe geübt wurde, die nicht mehr auf leninistischer Linie stünde und im Grunde opportunistisch und reformistisch sei. Dies kann als ein Versuch verstanden werden, den Einfluss und die Wirkung von Mihri Belli auf die Studenten zu entschärfen und ihn dadurch auszuschalten. Der Prozess der Abkopplung der revolutionären Studenten von der Belli-Gruppe vollzog sich damit endgültig.⁶² Sie machten sich auf dem fünften Kongress den bewaffneten Volkskampf zu Eigen, der vom Land aus in die Städte ausgedehnt werden sollte. Die Bauernschaft gewann plötzlich an Bedeutung und sie wurde sogar als eine revolutionäre Hauptkraft definiert. Die Dörfer wurden als ein Ort angesehen, wo die staatliche Aufsicht am schwächsten sei. Die TDGF schlug damit einen radikalen Kurswechsel ein, der vorwiegend von chinesischen, vietnamesischen und lateinamerikanischen Kampfformen und Revolutionskonzepten beeinflusst war.⁶³ Gleichzeitig wurde im Januar 1971 in Istanbul die Gründung der THKO⁶⁴ (Die Türkische Volksbefreiungsarmee) deklariert,⁶⁵ die unter der Führung von Deniz Gezmis, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan⁶⁶ stand und die gleiche Richtung wie die Çayan-Gruppe einschlug, die auch bald die Gründung der THKP-C (Die Türkische Volksbefreiungsfront) bekannt gab.⁶⁷ Dadurch ging die Bewegung von der TDGF (Dev-Genç) zu illegalen politischen Parteinformationen über, die ihre Ziele in Anlehnung an die Stadtguerillakonzepte und die bewaffneten Kampfformen verwirklichen wollten. Aufgrund der derzeitigen politischen Situation des Landes sahen sie die Demokratie gefährdet, die mit der immer reaktionärer und undemokratischer werdenden politischen Haltung der Systemkräfte gegenüber der gesellschaftlichen Opposition verbunden war. Sie sahen keine Möglichkeit mehr, in der Legalität ihre politischen Aktivitäten weiterzuführen. Die zunehmenden rechtsradikalen Angriffe auf die Studenten führten zur Errichtung der Verteidigungsmechanismen, die sie schließlich zur Marginalisierung zwangen.

Die Aktionen der neuen Organisationstypen nahmen mit diesen untergrundförmigen Parteigründungen radikalere und gewaltsame Züge in Gestalt von Banküberfällen und Entführungen von Zivilis-

61 Vgl. Yildirim, 1997, S. 401-415.

62 Vgl. Sayilgan, a. a. O., S. 503; Can 1988, S. 60; Yildirim, a. a. O., S. 533, 534.

63 Siehe Besirli 1998, S. 93.

64 Am 4. März 1971 fand die erste Aktion der THKO statt, die Verschleppung von vier amerikanischen Offizieren. Dadurch wurde auch bekannt gegeben, dass der bewaffnete Kampf ein grundlegendes Mittel zur Volksbefreiungsbewegung darstelle und die revolutionären Aktivitäten in die Dörfer getragen werden sollten. Vgl. ebenda, S. 94.

65 Die DÖB-Gruppe war seit 1968 eine unabhängige Organisation, die der TDGF nahe stand und später in die THKO umgewandelt wurde.

66 Diese drei führenden Persönlichkeiten der türkischen 68er Bewegung wurden später hingerichtet.

67 Dadurch entstanden drei wesentliche Gruppierungen (Belli Gruppe – Kivilcimci (TKP) – Deniz Gezmis (THKO) und die Dev-Genç-Gruppe um Mahir Cayan. Vgl. Besirli, a. a. O., S. 92; Lipovsky, a. a. O., S. 119.

68 Diese Aktionen waren völlig unorganisiert, voneinander getrennt geplant und durchgeführt. Die Gruppen in Istanbul und in Ankara bildeten den Kern der sich marginalisierten Bewegungsträger. Die Gruppe um Mahir Çayan, nämlich die THKP-C, erklärte die folgenden Aktionsprinzipien zum Kampfmittel der Bewegung; (1) Dev-Genç ist nicht in der Lage »die Nationaldemokratische Revolution« durchzuführen und das Land braucht eine Organisation oder Partei, die dafür mit der Waffe kämpft. (2) Der Kampf muss von Dörfern zu den Städten ausgeweitet werden, nur in dieser Weise kann die Partei Erfolg haben. (3) Die revolutionäre Hauptkraft ist die Bauernschaft unter der Führung des Proletariats. (4) Der Zentralismus als Organisationsmodell in der Partei und militärische Kriegsmethoden sollen angewendet werden. Vgl. Sayilgan 1972, S.506 ff.

69 Ebenda, S. 507.

70 Vgl. Sayilgan; a. a. O., S. 505.

71 Vgl. Çubukçu 2003, S. 50.

72 Vgl. Laçiner, Ömer: Bir aydınlanma ve aydın hareketi olarak '68 (Die 68er als eine Bewegung der Aufklärung und der Intellektuellen), in: Birikim, Nr. 109, Mai 1998, S. 109.

ten und amerikanischen Soldaten an, um dadurch für geplante Aktionen Geld sowie Waffen und Hilfsgüter zu besorgen.⁶⁸ Die bewaffneten Kampfformen wurden mit Marxismus und Leninismus gerechtfertigt. Obwohl sie sich von Belli und den NDR-Vertretern trennten, standen sie immer noch unter dem Einfluss der theoretischen NDR-Konzepte, die den Antiimperialismus und die Nationale Unabhängigkeit in den Vordergrund stellten. Sie wurden schließlich zur ihrer Handlungsgrundlage erhoben.⁶⁹ Das Verständnis von Revolutionismus, der mit der Radikalität der politischen Handlung gleichgesetzt wurde, sollte zu einem Irrweg führen, der in den Bergen Anatoliens sein Ende fand.

Gegenüber der wachsenden gesellschaftlichen Opposition und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten war die derzeitige Demirel-Regierung nicht in der Lage, die entstehende Krise des Kapitalismus zu überwinden. Die Repression des Staates und die Polarisierung des politischen Klimas bereiteten den Weg für eine militärische Intervention, die am 12. März 1971 stattfand und hauptsächlich gegen die Linke gerichtet war. Viele Gewerkschafter und Linksintellektuelle wurden kurz nach der Intervention festgenommen und die linken Organisationen wurden verboten. Die demokratisch-bürgerlichen Rechte wurden eingeschränkt. Die Hoffnungen der NDR-Bewegung auf eine revolutionär-militärische Intervention offenbarten sich damit als Trugbild.⁷⁰

Folgen und Nachwirkungen der 68er Bewegung

Die sozialen Bewegungen entstehen und gehen in verschiedenen Formen wieder. Die türkische 68er Bewegung endete praktisch mit der militärischen Intervention im März 1971 oder sie verlor doch ihren Charakter schon mit der Entstehung der avantgardistisch-illiberalen, parteiartigen Formierungen, eine soziale Bewegung zu sein. Es muss aber deutlich gemacht werden, warum die Studentenbewegung dazu kam, sich den avantgardistischen Kampfformen und Aktionen zuzuwenden und damit sich in der Marginalisierung und Abkopplung von der Massenbasis aufzulösen.

Die Marginalisierung und Hinwendung zum bewaffneten Kampf um die politische Macht führte zum imaginären Verständnis, dass die Revolution durch bewaffnete und avantgardistische Kampfmethoden durchzuführen sei. Die Studentenbewegung geriet eigentlich schon Ende der 60er Jahre ins Stocken. Seit der Gründung der TDGF konnten die Studenten nachhaltige Verbindungen und Beziehungen mit den Arbeiter- und Bauernbewegungen herstellen, die Ende der 60er Jahre einen Aufschwung erlebten.⁷¹ Da diese Tendenz der Bewegung in den Augen der Systemkräfte gefährlich erschien, ergriffen sie schließlich jedes Mittel zur Zerschlagung und Vernichtung der 68er Bewegung. Die repressive Haltung der Ordnungskräfte bzw. Kontroll- und Vermittlungsinstanzen und die gewalttätigen Angriffe der rechtsradikalen Kommandoeinheiten auf die revolutionären Studenten, die großzügig von der Regierung unterstützt wurden, engten die Bewegungsräume der Trägergruppen ein und zwangen sie zur Abkapselung und Isolierung von der Basis, wodurch die primären Trägergruppen mit einer Situation konfrontiert wurden, in der sie einen Kampf gegen solche Angriffe zu führen hatten.⁷²

In dieser Phase lassen sich Veränderungen bezüglich der Deutungs- und Aktionsstrategien feststellen, die in der Aneignung der bewaffneten Kampfformen zum Ausdruck kamen. Die Handlungsziele waren daran orientiert, durch die Bewaffnung und die elitären Truppenkämpfe die unterdrückten Massen in Bewegung zu setzen und dadurch die intendierten politischen Veränderungen durchzusetzen. Damit scheiterte aber auch der anfängliche Versuch der Vereinigung mit der Arbeiterklasse. Die neuen entstehenden Organisationstypen waren untergrundförmig und zentralistisch aufgebaut, was ursprünglich im Widerspruch zum radikal-sozialistischen Demokratieprinzip der TDGF stand.⁷³ Die Zerstörung dieses Elements erfolgte mit der Gründung der streng zentralistischen Untergrundorganisationen, durch die revolutionäre Studenten als Avantgarde des Volkes die nationaldemokratische Revolution zu machen glaubten. Der Gedanke, durch die Avantgarde mit der Unterstützung des verarmten und unterdrückten Volkes die politische Macht zu übernehmen, war gezwungen zu scheitern, weil die Bewegung selbst auf die Erringung der politischen Macht abzielte und über die eigene Kraft hinaus eine totale Rolle übernahm.

Es ist hier von Bedeutung, zu erwähnen, dass in der Endphase der Bewegung das theoretische Interesse am Marxismus zurückgegangen ist. Es lässt sich eine Interessenverschiebung in Bezug auf die Erschließung der praktischen Handlungskonzepte und der Strategiediskussionen zum Zweck der Verwirklichung von Zielen feststellen.⁷⁴ In diesem Zusammenhang kann konstatiert werden, dass die Bewegung nicht in der Lage war, die Möglichkeiten und Bedingungen zu schaffen, ihre Wirklichkeitsdeutungen und theoretische Produktionen ständig kritisch herzustellen und sich zu erneuern und somit den Entwicklungsprozess der Bewegung bewusster zu gestalten. Das Interesse der Trägergruppen war stark auf die praktischen Kalküle ausgerichtet.⁷⁵

Die totale Fixiertheit der türkischen 68er Bewegung auf das Ziel und die Handlungsstrategien hatte zur Folge, dass die Bewegung die theoretische Tiefe und Schärfe bezüglich ihrer Deutungskraft nicht entfalten konnte. Die alltäglichen Umstände und Wahrnehmungen der Trägergruppen und die Konfrontation mit den reaktionären Gegenströmungen und Kontrollinstanzen verengten die Gedanken- und Handlungswelt der Studenten und führten zur Isolierung. Die allgemeinen Rahmenbedingungen verhinderten bei den Studenten eine reflexive Begegnung und Positionierung gegenüber der Außenwelt. Die Handlungen, die immer mehr emotionalere Züge einnahmen, waren pragmatisch und situativ bedingt. Die Trägergruppen agierten schließlich mithilfe der durch die Bewegung konstruierenden Netzwerke, die sich im Laufe der Bewegung zu einem sozialen und politischen Gefüge verdichteten, das nicht mehr in der Lage war, die Anhänger zu mobilisieren und Ressourcen zu aktivieren. Sie sahen sich genötigt, durch festere Strukturen und radikale Formen ihre Ziele zu erreichen. Nicht zu vergessen sind die Wirkungen der 68er Bewegungen auf die künftigen Linksbewegungen in der Türkei, die sich erneut ab Mitte der 70er Jahre zu entfalten begannen. Die 68er Bewegung übte große Auswirkung auf die türkische linke Bewegung aus, die durch die militärische Intervention drei Jahre lang zum

73 Vgl. Yildirim, a. a. O., S. 379 ff.

74 Vgl. Çulhaoglu, a. a. O., S. 65.

75 Dabei sollen einige Bemerkungen gemacht werden, um auf eine Eigenschaft sozialer Bewegungen hinzuweisen. Soziale Bewegungen sind ein Produkt der menschlichen Handlungen, die durch die Kollektivität und die Bildung sozialer Identitäten gekennzeichnet sind. Obwohl sie ein menschliches Produkt sind, sind sie nicht gänzlich durch menschliche Handlungen zu kontrollieren oder zu bestimmen. Der Entwicklungsprozess sozialer Bewegungen liefert uns zahlreiche Belege, die darauf hindeuten, dass sie von sich aus eine soziale Dynamik auslösen. Wir haben also hier wiederum mit menschlichen Handlungen zu tun, die von außen in die innere Dynamik der Bewegung eingzugreifen und zu beeinflussen versuchen. Die innere und äußere Dynamik sozialer Bewegungen muss deswegen in der Erklärung sozialer Bewegungen in Betracht gezogen werden. Mit der Entwicklung sozialer Bewegungen wird dieser dynamische Prozess komplizierter, der in der Zunahme der Einflussfaktoren zum Ausdruck kommt.

76 Diese Guerillaaktivitäten konnten sich nur achtzehn Monate halten. Die besten Kader der Bewegung gingen in dieser Periode verloren. Deniz Gezmis und seine Genossen wurden im Land durch die Gendarmerie festgenommen und durch das Militärgericht zum Tode verurteilt. Sie wurden schließlich am 6. Mai 1972 hingerichtet. Mahir Cayan und einige THKP-C Mitglieder wurden ebenfalls bei einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie ermordet. Vgl. Murat Belge: »SOL«, in: M. Ali Ağaogullari, Murat Belge (Hrsg.): Geçis Sürecinde Türkiye (Die Türkei im Übergangsprozess), Istanbul 1998, S. 173-174.

Schweigen gebracht wurde. Erst seit 1974 konnten sich erneut verschiedene linke Bewegungen etablieren und ihre Aktivitäten wieder aufnehmen. Die Guerillaaktivitäten⁷⁶ und die Militanz der 68er Bewegung wurden von den späteren Generationen in den 70er Jahren mythisiert und verherrlicht, was bis heute in der türkischen Linke erhalten blieb. Sie haben das Bewusstsein und das Selbstverständnis der linken Bewegungen tief beeinflusst und mitgeprägt, aus deren Reihen es jedoch niemand wagte, die 68er Bewegung und deren Deutungs- und Handlungsorientierungen einer radikalen Kritik zu unterziehen. Die meisten türkischen sozialistischen und marxistischen Organisationen seit den 70er Jahren entstammten selbst diesem studentischen Milieu der 68er Bewegung. Die Illusionen, die durch die NDR-Bewegung entstanden waren, gingen aber endgültig mit der militärischen Intervention und deren Folgen zugrunde. Die in den »revolutionären Kemalismus« gehegten Hoffnungen erwiesen sich nun als Trugbild, das in den Augen von neuen revolutionären Formationen deutlich wurde.

Literatur

- Agaogullari, M. Ali; Belge, Murat (Hrsg.): Geçis Sürecinde Türkiye (Die Türkei im Übergangsprozess), Istanbul 1998
- Ari, Mehmet: Türkiye'de sol milliyetçilik. »Yön hareketi« (Der linke Nationalismus in der Türkei. Die YÖN-Bewegung), in: Birikim, Nr. 67, 1994, S. 25-35.
- Avcıoğlu, Dogan: Türkiye'nin Düzeni. Dün-Bugün-Yarın 2 (Die türkische Ordnung der Türkei), Istanbul 1979.
- Aydınoglu, Ergun: Elestirel bir tarih denemesi. »TÜRK SOLU« (Ein historischer und kritischer Versuch. Die türkische Linke), Istanbul 1992.
- Aydın, Suavi: Milli Demokratik Devrimden Ulusal Sol'a türk solunda özgüncü eğilim (Die originale Tendenz in der türkischen Linken von der Nationaldemokratischen Revolution zur nationalen Linken), in: Toplum ve Bilim, 78/1998, S. 59-89.
- Belge, Murat: »SOL« in: Agaogullari, M. Ali; Belge, Murat (Hrsg.): Geçis Sürecinde Türkiye (Die Türkei im Übergangsprozess), Istanbul 1998, S. 159-188.
- Belge, Murat: Sosyalizm, Türkiye ve Gelecek (Der Sozialismus, die Türkei und die Zukunft), Istanbul, 1989.
- Besirli, Hayati: Hayati: Türkiye'de 1960-71 döneminde gençlik hareketleri (Die Jugendbewegung in der Türkei zwischen 1960-71), Ankara 1988.
- Bican, Mehmet: Devrim için gençlik hareketleri (Die Jugendbewegungen für die Revolution), Ankara 1970.
- Bora, Tanil: 68 ikinci eleme (68 die zweite Selektion), in: Birikim, Nr. 109, Mai 1998, S. 28-36.
- Buhbe, Matthes: Türkei. Politik und Zeitgeschichte, Opladen 1996.
- Can, Celalettin: Bagimsizlik Demokrasi ve Sosyalizm mücadelesinde gençlik (Die Jugend im Kampf für die Unabhängigkeit, Demokratie und den Sozialismus), Istanbul 1988.
- Çubukçu, Aydın.: Bizim 68 (Unser 68), Istanbul 2002.
- Çulhaoglu, Metin: Binyil esiginde marksizm ve türkiye solu (Der Marxismus und die türkische Linke an der Schwelle zum 21. Jahrhundert), Istanbul 2002.
- Dogan, M. Selahattin (Hrsg.): Türkiye. Staat und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1987, S. 101-135.
- François, Etienne u. a. (Hrsg.): 1968 ein europäisches Jahr, Leipzig 1997.
- Geçgüllü, Ali: Yükselisi ve Düşüsü (Der Aufstieg und der Fall), Istanbul 1987.
- Giritli, Ismet: Gençlik Hareketleri ve Ötesi (Die Jugendbewegung und jenseits), Istanbul 1970.
- Karadeniz, Harun: Olayli yillar ve gençlik (Die ereignisvollen Jahre und die Jugend), Istanbul 1979.
- Karpat, Kemal: Türkische Linke, in: Die Linksintellektuellen zwischen den beiden Weltkriegen, München 1967, S. 262-287.
- Karpat, H. Kemal: Social Change and Politics a structural historical Analysis in Turkey, Leiden, 1973.
- Keyder, Çağlar: Türkiye demokrasisinin ekonomi politikası (Die Ökonomiepolitik der türkischen Demokratie), in: Agaogullari, M. Ali; Belge, Murat (Hrsg.): Geçis Sürecinde Türkiye Istanbul 1998, S. 38-75.
- Kislali, Ahmet Taner: Öğrenci Ayaklanmaları (Studentische Aufstände), Ankara 1974.
- Küçük, Yalçın: Aydın Üzerine Tezler 5 (Thesen über die Intellektuellen), 1830-1980, Ankara 1988.
- Laçiner, Ömer: Bir aydinlanma ve aydin hareketi olarak '68 (Die 68er als eine Bewegung der Aufklärung und der Intellektuellen), in: Birikim, Nr. 109, Mai 1998, S. 17-27.
- Landau, M. Jacob: Radical Politics in Turkey, Leiden 1974.
- Lipovsky, P. Igor: The Socialist Movement in Turkey 1960-1980, Leiden 1992.
- Mardin, Serif: Türk Modernleşmesi (Der türkische Modernismus), Makaleler IV, Istanbul 1991.
- Neidhardt Friedhelm; Rucht, Dieter: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilitätsbarkei sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt Nr. 44 1993, S. 305-327.
- Nullmeier, F.; Raschke, J.: Soziale Bewegungen, in: von Bandemer, Stephan; Wewer, Götrik (Hrsg.): Regierungssystem und Regierungslehre. Fragestellungen, Analysekonzepte und For-

- schungsstand eines Kernbereiches der Politikwissenschaft, Opladen 1989, S. 249-172.
- Özak, I. Halit/Dagyeli, Yildirim (Hrsg.): Die Türkei im Umbruch, Frankfurt/M. 1989.
- Özdemir, Hikmet: Siyasal Tarih 1960-1980 (Die politische Geschichte 1960-1980), in: Tunçay, Mete; Kocak, Cemil (Hrsg.): Türkiye Tarihi IV (1908-1980), Istanbul 1994, S. 191-246.
- Rammstedt, Otthein: Soziale Bewegung, Frankfurt/M. 1978.
- Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt/M. 1987.
- Rucht, Dieter: Soziale Bewegungen, in: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2, München 2002, S. 853-856.
- Salah, Mehmet: Entwicklungen und Perspektiven der türkischen Linken, in: Ayres, Ron; Sayilgan, Aclan: Türkiye'de sol hareketler (Die linken Bewegungen in der Türkei), Istanbul 1972.
- Steinbach, Udo: Die Türkei im Umbruch? Tiefgreifende soziale und politische Wandlungen bewirken eine Orientierungskrise, in: Orient, Jg. 20, Nr. 2 1979, S. 42-62.
- Tezcan, Mahmut: Memleketimizin yüksek öğrenim kurumlarında öğrenci hareketleri ve ortaya çıkardığı sorunlar (Die Studentenbewegungen an den Universitäten unseres Landes und deren verursachte Probleme), in: 1968 yılı Öğrenci hareketleri AU Eğitim Fakültesi Eğitim ve Toplum Araştırmaları Enstitüsü, Symposium, Ankara 1969, S. 162-205.
- Yetkin, Çetin: Türkiye'de soldaki bölünmeler 1960-70. Tartışmalar, nedenler çözüm önerileri (Die linken Spaltungen in der Türkei 1960-70. Diskussionen, Ursachen und die Lösungsvorschläge) Ankara 1970.
- Yildirim, Ali: FKF/Dev-Genç Tarihi 1965-71 (Die Geschichte der FKF/Dev-Genç 1965), Ankara 1997.
- Zileli, Gün: 68'in ideolojik kaynakları (Die ideologischen Ursprünge von 68), in: Birikim, Nr. 109, Mai 1998, S. 96-104.

MARIO KESSLER

Zwischen Paria-Existenz und jüdischem Commonwealth

Hannah Arendt über Antisemitismus
und Zionismus¹

Hannah Arendts Ansichten über Antisemitismus und Zionismus sind selbstverständlich von den welterschütternden Umbrüchen, die die Juden in Mitleidenschaft zogen, geprägt; zugleich reflektierte sie diese Umbrüche in einer Weise, die eine teilweise scharfe Kritik ihrer Zeitgenossen hervorrief. Die folgenden Bemerkungen suchen in gebotener Kürze Hannah Arendts Positionen zu drei wichtigen, miteinander verbundenen Aspekten dieser Problematik nachzuzeichnen: zur Ambivalenz jüdischer Existenz in Deutschland und Europa vor Hitler, zum zionistischen Projekt eines jüdischen Staates sowie zum Problemkomplex Antisemitismus/Zionismus in Hannah Arendts Eichmann-Buch.

I.

Mario Kessler – Jg. 1955; Prof. Dr., arbeitet am Zentrum für Zeithistorische Forschung und lehrt an der Universität Potsdam. Gastprofessuren an der University of Massachusetts (Amherst) und der Yeshiva University (New York). Neueste Buchveröffentlichungen: *On Anti-Semitism and Socialism* (2005); *Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung* (2005); *Ossip K. Flechtheim* (2007). Zuletzt in *UTOPIE kreativ: Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland*. Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg zum 30. Januar 1933, Heft 210 (April 2008). Gegenwärtig u. a. Arbeit an einem Buch über remigrierte Kommunismusforscher in der frühen Bundesrepublik.

Hannah Arendt, als Reformjüdin in einer scheinbar assimilierten Familie in Hannover und Königsberg aufgewachsen, wurde in eine Zeit hineingeboren, in der der politische Antisemitismus in Deutschland am Ende schien. Die Antisemitenparteien, noch am Ende des 19. Jahrhunderts im Reichstag lautstark vertreten, waren bis zum Ersten Weltkrieg zu belanglosen Grüppchen geworden. Doch die deutsche Kriegsniederlage 1918 und die revolutionären Umbrüche in Europa gaben dem Antisemitismus, nunmehr in der Verbindung mit Antikommunismus, Antisozialismus und Demokratiefeindschaft, neue Nahrung. »Judenfrage und Antisemitismus«, so Hannah Arendt in den *Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft*, »bis dahin, weltpolitisch gesehen, ziemliche Randerscheinungen, wurden plötzlich zum Katalysator in einem Prozess, der zunächst den Aufstieg der Nazibewegung und die Etablierung der Organisationsstruktur des Dritten Reiches sah, wo jedermann beweisen musste, dass er kein Jude war, dann einen Weltkrieg von unvergleichbarer Grausamkeit und schließlich im Zentrum der westlichen Kultur das Verbrechen eines Völkermords, der in der Geschichte ohne Beispiel ist.«² Hannah Arendt suchte diese Tragödie zu begreifen, was für sie bedeutete, »sich aufmerksam und unvoreingenommen der Wirklichkeit, was immer sie ist oder war, zu stellen und entgegenzustellen.«³

Dieser doppelte Aspekt ihres Denkens – die Wirklichkeit zu analysieren, um sie verändern zu helfen – zeigt sich bereits in dem 1933 im Wesentlichen vollendeten, doch erst ein Vierteljahrhundert später publizierten Buch über Rahel Varnhagen. Darin traf Hannah Arendt erstmals die wichtige Unterscheidung zwischen dem Parvenu und dem Paria als möglicher Existenzform des Außenseiters; den letzte-

1 Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus der Essay-sammlung des Autors: Von

ren Begriff hatte sie von Max Weber entlehnt.⁴ Mit diesen Kategorien suchte sie insbesondere die Möglichkeit jüdischer Selbstbehauptung in der nichtjüdischen Gesellschaft an der Wende zum 19. Jahrhundert zu fassen. Der jüdische Typus des Paria verkörpere »in einer Gesellschaft, welche auf Privilegien, Geburtsstolz, Ständehochmut basiert, das eigentlich Humane, spezifisch Menschliche, in Allgemeinheit Auszeichnende. Die Menschenwürde, die Achtung vor dem menschlichen Angesicht, die der Paria instinktartig entdeckt, ist die einzig natürliche Vorstufe für das gesamte moralische Weltgebäude der Vernunft«, schrieb sie.⁵ Der Parvenu hingegen, die idealtypische Gestalt des angepassten Aufsteigers, »darf keine Rücksicht für ›menschlich Angesicht‹ kennen, weil er sich selbst als eine Art Übermenschen der Tüchtigkeit, als ein besonders gutes und starkes und intelligentes Exemplar, als ein Leitbild seiner armen Pariabrüder einschätzen muss. Der Parvenu bezahlt den Verlust der Pariaeigenschaften damit, dass er endgültig unfähig wird, Allgemeines zu erfassen, Zusammenhänge zu erkennen, sich für anderes als für seine eigene Person zu interessieren.«⁶

Rahel Varnhagen, geborene Levin, habe zwischen beiden Existenzformen gestanden. Sie habe sich, beeinflusst durch ihre jeweiligen Partnerschaften, nacheinander der aufgeklärten, der romantischen und schließlich der reaktionären und antijüdischen Umwelt anschließen wollen. Ihre Ehe mit Karl August Varnhagen von Ense habe sie in Berührung mit jenen antinapoleonischen Kreisen Preußens gebracht, die Franzosen- mit Judenfeindschaft verbanden. Am Ende ihres Lebens sei sie indes zur Erkenntnis gelangt, »dass es für den Parvenu – aber eben auch nur für ihn – gilt, alles Natürliche zu opfern, alle Wahrheit zu verdecken, alle Liebe zu missbrauchen, alle Leidenschaft nicht nur zu unterdrücken, sondern schlimmer, zum Mittel des Aufstiegs zu machen.«⁷ Im Angesicht des Todes habe Rahel Varnhagen dann gesagt: »Was so lange Zeit meines Lebens mir die größte Schmach, das herbste Leid und Unglück war, eine Jüdin geboren zu sein, um keinen Preis möcht' ich das jetzt missen.«⁸ Man könne dem Judentum nicht entfliehen, war Hanna Arendts Botschaft in diesem Buch wie auch zehn Jahre später. 1943 betonte sie im Aufsatz *Wir Flüchtlinge*, die Geschichte habe »beiden den Status von Geächteten aufgezwungen, den Parias wie den Parvenues. Letztere haben sich die tiefe Weisheit von Balzacs Formulierung ›On ne parvient pas deux fois‹ (es gibt kein Gelingen beim zweiten Mal) noch nicht zu eigen gemacht, und deshalb verstehen sie die ungestümen Träume der ersteren nicht und fühlen sich erniedrigt, wenn sie deren Schicksal teilen.« Zum ersten Mal gebe es durch den Massenmord der Nazis »keine separate jüdische Geschichte mehr; sie ist verknüpft mit der Geschichte aller anderen Nationen. Und die Gemeinschaft der europäischen Völker zerbrach, als – und weil – sie den Ausschluss und die Verfolgung seines schwächsten Mitgliedes zuließ.«⁹

Vor der Machtergreifung der antisemitischen Massenbewegungen hätten die Juden noch ihr individuelles Schicksal – das des Parvenus oder des Parias – relativ frei wählen können. Die Entscheidung für die Paria-Existenz »beruhte auf dem Missverständnis, die frohe Botschaft der Emanzipation so ernst zu nehmen, wie sie nie gemeint

Hippokrates zu Hitler. Über Kommunismus, Faschismus und die Totalitarismus-Debatte, die 2008 im Trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist (Berlin) erscheint.

2 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951), München/Zürich 1986, S. 22. Hervorhebungen in den Zitaten hier und weiterhin wie im Originaltext.

3 Ebenda.

4 Vgl. bes. Max Weber: *Das antike Judentum*, Tübingen 1921.

5 Hannah Arendt: *Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik*, München 1959, S. 199.

6 Ebenda.

7 Ebenda, S. 194.

8 Ebenda, S. 15.

9 Hannah Arendt: *Zur Zeit. Politische Essays*, hrsg. von Marie Luise Knott, München 1989, Zitat S. 20 f.

war«, nämlich »als Juden Menschen zu sein«, die sich »als Einzelindividuen, in leidenschaftlicher Opposition zu ihrer jüdischen wie nichtjüdischen Umwelt selbst befreien und in der Einbildungskraft von Kopf und Herz, gleichsam auf eigene Faust, Volksnähe realisierten. Die für diese Leistung erforderliche Überspannung von Leidenschaft und Einbildungskraft ergab den eigentlichen Nährboden jüdischer Genialität, die in den Gipfeln ihrer Produktivität dem jüdischen Volk sein altes Heimatrecht unter den abendländischen Völkern neu bestätigt hat.«¹⁰

10 Hannah Arendt: Die verborgene Tradition, Frankfurt/M. 1976, S. 47.

Natürlich sei eine solche Genialität den Juden nicht *per se* angeboren. Heinrich Heine, der seine Paria-Existenz nicht als Frage einer bloß individuellen Existenz begriffen habe, sei mit seiner Gesellschaftskritik wohl der Einzige unter den deutschen Schriftstellern gewesen, der Lessings Erbschaft angetreten habe. In Franz Kafkas Welt sei hingegen das Leben des Paria unmöglich geworden, weil ihm die Verhältnisse keinerlei Existenzrecht mehr beließen.¹¹ Bernard Lazare, nach Hannah Arendt »eine der größten Figuren, die das französische Judentum hervorgebracht hat«, habe sich bewusst mit dem Zusammenbruch moralischer Werte im imperialistischen Zeitalter auseinandergesetzt, für den die Dreyfus-Affäre stand.¹² Lazare habe den doppelten Aspekt des Kampfes um die Rehabilitierung von Dreyfus begriffen: die Verteidigung republikanischer Prinzipien wie der Selbstachtung der Juden. Als »Revolutionär in seinem eigenen Volke« habe sich Lazare zwar dem neu aufgekommenen Zionismus zunächst angeschlossen, jedoch sich bald wieder davon gelöst, da er »keinen Platz in Herzls im Grunde reaktionärer Bewegung« gefunden habe.¹³ Lazare sah sich vielmehr »nach wirklichen Kampfgefährten um, die er unter allen unterdrückten Gruppen des gegenwärtigen Europa zu finden hoffte. Er wusste, dass der Antisemitismus weder eine isolierte noch eine universelle Erscheinung war und dass die schändliche Komplizenschaft der Mächte in den osteuropäischen Pogromen symptomatisch für noch etwas ganz anderes stand, nämlich für den drohenden Zusammenbruch aller moralischen Werte unter dem Druck der imperialistischen Politik.«¹⁴

11 Vgl. ebenda, S. 52.

12 Dies.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 186.

13 Dies.: The Jew as Pariah. Jewish Identity and Politics in the Modern Age, hrsg. von Ron H. Feldman, New York 1978, S. 171.

14 Ebenda, S. 128.

Im Dezember 1946 von ihrem Lehrer Karl Jaspers brieflich befragt, ob sie als Jüdin noch Deutsche sei, schrieb Arendt, die Heinesche Lösung, beides sein zu wollen, ginge nicht mehr. »Ich möchte so sagen: Politisch werde ich immer nur im Namen der Juden sprechen, sofern ich durch die Umstände gezwungen bin, meine Nationalität anzugeben. (...) Was bleibt, ist die Sprache, und wie wichtig das ist, weiß man wohl erst, wenn man mehr molens als volens andere Sprachen spricht und schreibt. Ist das nicht genug?«¹⁵

15 Hannah Arendt, Karl Jaspers: Briefwechsel 1926-1969, hrsg. von Lotte Köhler und Hans Saner, München/Zürich 1985, S. 106 f. (Brief Arendts an Jaspers vom 17. Dezember 1946).

II.

Hannah Arendts Kritik des politischen Zionismus ging von der Prämisse eines Zusammenlebens von Juden und Arabern in einem gemeinsamen Staat in Palästina aus. 1942 hatte sie sich in New York der kleinen Gruppe »Ihud« (Einheit) angeschlossen. Die von Judah Magnes, dem früheren Rektor der Hebräischen Universität Jerusalem, ins Leben gerufenen Organisation bemühte sich um die Verbreitung dieser Idee. Bereits in den zwanziger Jahren hatte Magnes in Palästina mit der Organisation Brit Shalom (Friedensbund) eine

ähnliche, vorrangig von Intellektuellen getragene Organisation ins Leben gerufen, und damals wie später blieb der binationale Gedanke die Idee einer kleinen Minderheit, trotz der prominenten Sympathisanten, etwa Martin Buber, Hans Kohn und Erich Fromm. Doch setzte sich der Ihud-Kreis und insbesondere Hannah Arendt für den Aufbau einer selbständigen jüdischen Armee ein und kritisierte die zionistische Führung, die »um der ›Realpolitik‹ willen« gerade diesen Gedanken nicht weiter verfolge.¹⁶ Hingegen wurde die Idee von der rechtsgerichteten Revisionistischen Partei unterstützt, deren militärischer Arm, der Irgun,¹⁷ seit 1943 von Menachem Begin geführt wurde. Doch wollten Judah Magnes, Hannah Arendt und ihre Gesinnungsgenossen am allerwenigsten etwas mit diesem Flügel des Zionismus zu tun haben, dem das Ziel eines jüdischen Staates in nur einem Teil Palästinas viel zu gemäßigt erschien. Dabei löste Hannah Arendt nie den Widerspruch auf, wie eine Armee ohne einen Staat überhaupt existieren könne. Ihr Gedanke einer europä-ischen oder Mittelmeer-Föderation, die den Juden Heimatrecht biete, war angesichts der Gleichgültigkeit, mit der vor 1939 das jüdische Flüchtlingsproblem von den verschiedenen Staaten behandelt worden war, kaum realistisch.¹⁸

Verschiedene Autoren haben für Hannah Arendts Verbundenheit mit dem zionistischen Projekt die Tatsache ihrer Tätigkeit für zionistische Organisationen, insbesondere die Jugend-Aliyah, im Pariser Exil angeführt. Tatsache war jedoch, dass für Flüchtlinge wie Arendt der französische Arbeitsmarkt äußerst begrenzt war und eine solche Tätigkeit für sie als einzige Möglichkeit des Broterwerbs in Frage kam. Zwar verband sie mit Kurt Blumenfeld eine enge Freundschaft. »Aber ich war keine Zionistin«, betonte sie 1964. »Man hat auch nicht versucht, mich dazu zu machen. Immerhin war ich in gewissem Sinne davon beeindruckt; nämlich in der Kritik, in der Selbstkritik, die die Zionisten im jüdischen Volk entfaltet haben. Davon war ich beeinflusst, davon war ich beeindruckt, aber politisch hatte ich damit nichts zu tun.«¹⁹

Ihre umfangreichste kritische Analyse des Zionismus schrieb Hannah Arendt 1944. Der Aufsatz erschien zwei Jahre später unter dem Titel *Zionism Reconsidered* in der Zeitschrift *Commentary*. Der Essay war, schrieb sie an Blumenfeld, aus wirklicher Angst um Palästina heraus entstanden.²⁰ Darin sprach sich Arendt für ein jüdisches Commonwealth, ein Gemeinwesen in Palästina aus, das mit einem entsprechenden arabischen Gemeinwesen föderal verbunden sein sollte. Es könne in keinem Fall gegen die Araber errichtet werden. »Sollte aber«, so Arendt, »das jüdische Commonwealth gegen den Willen der Araber und ohne die Unterstützung der Mittelmeervölker proklamiert werden, dann wird nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch politische Unterstützung noch für lange Zeit nötig sein. Das allerdings könnte sich für die Juden dieses Landes als recht schwierig erweisen, die schließlich nicht die Möglichkeit haben, die politischen Geschicke des Nahen Ostens zu lenken. Es könnte sich schließlich als eine Aufgabe erweisen, die das, was sie sich heute vorstellen, und das, was sie morgen zu leisten vermögen, bei weitem übersteigt.«²¹ Doch standen für ein solches föderales Gemeinwesen, wie es Hannah Arendt vorschwebte, auf der jüdischen

16 So in ihrem Aufsatz: *Can the Jewish-Arab Question be Solved?*, in: *Aufbau* vom 17. und 31. Dezember 1943, hier zitiert nach der deutschen Übersetzung in: Hannah Arendt: *Israel, Palästina und der Antisemitismus*. Aufsätze, hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann, Berlin 1991, Zitat S. 109.

17 Irgun Zvai Leumi: Nationale Militärorganisation, auch unter ihrem Akronym Etzel (IZL) bekannt.

18 Vgl. Arendt: *Israel, Palästina*, S. 113 f.

19 Hannah Arendt: *Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache*. Ein Gespräch mit Günter Gaus in der Reihe »Zur Person«, ZDF vom 28. Oktober 1964, in: Adelbert Reif (Hrsg.): *Gespräche mit Hannah Arendt*, München 1976, S. 13 f.

20 Hannah Arendt, Kurt Blumenfeld: »... in keinem Besitz verwurzelt«. Die Korrespondenz, hrsg. von Ingeborg Nordmann und Iris Pilling, Berlin 1995, S. 39 (Brief Arendts an Blumenfeld vom 14. Januar 1946).

21 Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung in: Hannah Arendt: *Die Krise des Zionismus*. Essays und Kommentare 2, hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann, Berlin 1989, S. 59.

Seite nur wenige, auf der arabischen Seite überhaupt keine politischen Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Zionisten, so Arendt, »bestärkten das gefährliche, altüberlieferte und tief sitzende Misstrauen der Juden gegenüber den Nichtjuden.« Ja, so Arendt weiter, sie meinten, auch wenn sie dies nur selten zugaben, »dass ohne Antisemitismus das jüdische Volk in den Ländern der Diaspora nicht überlebt hätte, und dementsprechend waren sie gegen jeden Versuch, den Antisemitismus ein für allemal auszuschalten.«²²

22 Ebenda, S. 34.

Die Zionisten ignorierten auch, wie die künftige Theoretikerin des Totalitarismus 1944 schrieb, die sowjetischen Anstrengungen zur Überwindung des Antisemitismus. »Das, was für jede politische und nationale Bewegung in unserer Zeit an Russland von höchstem Interesse ist – nämlich die völlig neue und erfolgreiche Lösung von Nationalitätengegensätzen und die neue Form der Organisation verschiedener Völker auf der Grundlage nationaler Gleichheit –, ist von Freunden und Feinden gleichermaßen übergangen worden.«²³

23 Ebenda, S. 36.

Hannah Arendt dachte niemals daran, nach Palästina, geschweige denn ins spätere Israel zu übersiedeln. Noch 1961, während sie vom Eichmann-Prozess in Jerusalem berichtete, schrieb sie an Karl Jaspers in keineswegs untypischer Diktion: »Mein erster Eindruck: Oben die Richter, bestes deutsches Judentum. Darunter die Staatsanwaltschaft, Galizianer, aber immerhin noch Europäer. Alles organisiert von einer Polizei, die mir unheimlich ist, nur hebräisch spricht und arabisch aussieht; manche ausgesprochen brutale Typen darunter. Die gehorchen jedem Befehl. Und vor den Türen der orientalische Mob, als sei man in Istanbul oder einem andern halbasiatischen Land. Dazwischen, sehr prominent in Jerusalem, die Peies- und Kaftan-Juden, die allen vernünftigen Leuten hier das Leben unmöglich machen.«²⁴ Wahrscheinlich wusste Hannah Arendt nicht, dass zur Bewachung Eichmanns ausschließlich Polizisten ausgewählt wurden, die keine Familienangehörigen im Holocaust verloren hatten. Diese Entscheidung war getroffen worden, um Eichmann vor möglichen Racheakten zu schützen. Unter den Israelis europäischer Herkunft gab es aber nur sehr wenige, die dafür in Frage kamen, so dass die Wachmannschaft aus orientalischen Juden bestand.²⁵

24 Hannah Arendt, Karl Jaspers: Briefwechsel 1926-1969, S. 472 (Brief Arendts an Jaspers vom 13. April 1961).

25 So Avner Less: Eichmanns Vernehmungsoffizier, im Nachwort zu: Jochen von Lang (Hrsg.): Das Eichmann-Protokoll, Wien 1991, S. 274.

In ihrem Essay über Walter Benjamin schrieb Hannah Arendt, »dass die Unlösbarkeit der Judenfrage (seiner) Generation nur darin bestand, dass sie deutsch sprachen und schrieben und ihre ›Produktionsanstalt‹ in Europa, in Benjamins Fall in ›Berlin W.‹ oder auch Paris lag, worüber er nicht die mindesten Illusionen hegte. Entscheidender war, dass sie ins Judentum nicht zurück wollen konnten; aber nicht weil sie an Fortschritt und damit an ein automatisches Verschwinden des Judenhasses glaubten oder weil sie zu ›assimiliert‹, dem Judentum der Herkunft zu entfremdet gewesen wären, sondern weil ihnen alle Traditionen und Kulturen gleich fragwürdig geworden waren. Und das gleiche gilt für die von den Zionisten vorgeschlagene ›Rückkehr‹ ins jüdische Volk; sie hätten alle sagen können, was Kafka gelegentlich über seine eigene Zugehörigkeit zum jüdischen Volk gesagt hat: ›Mein Volk, vorausgesetzt, dass ich eins habe.«²⁶

26 Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, hrsg. von Ursula Ludz, München/Zürich 1989, S. 227 f. Das Kafka-Zitat aus Franz Kafka: Briefe 1902-1924, hrsg. von Max Brod, Frankfurt/M. 1958, S. 183.

»Jedermann weiß«, schrieb Hannah Arendt im Totalitarismus-Buch, »dass Entstehen und Anwachsen des modernen Antisemitismus mit dem Prozess der jüdischen Assimilation, der Säkularisierung und dem Absterben der alten religiösen und geistigen Gehalte des Judentums, koinzidiert. Betrachtet man diesen Prozess von einem jüdischen Standpunkt, so bedeutet er, dass große Teile des Volkes durch eine innere Auflösung bedroht waren. In dieser Situation gerieten diejenigen, welche dieser Prozess mit Sorge erfüllte, auf die merkwürdige Idee, dass man sich vielleicht des Judenhasses zum Zwecke einer gleichsam zwangsweisen Konservierung des Volkes bedienen könne. Je »ewiger« der Antisemitismus, desto sicherer die »ewige« Existenz des jüdischen Volkes.« Gerade darin habe der Denkfehler des Zionismus gelegen: Die Behauptung, der Antisemitismus halte die Juden zusammen und garantiere ihre Fortexistenz als Volk, sei durch Hitler auf das Grausamste widerlegt. »Der Antisemitismus ist genau das, was er zu sein vorgibt: eine tödliche Gefahr für Juden und nichts sonst.«²⁷

Der europäische Faschismus finde seine Entsprechung im politischen Programm der Herut-(Freiheits-)Partei um Menachem Begin, schrieb Hannah Arendt in einem Brief, den die *New York Times* am 4. Dezember 1948 abdruckte. Das Dokument, das unter anderem von Albert Einstein und Sidney Hook unterzeichnet war, setzte sich in äußerst scharfer Form mit den Zielen Begins auseinander und erinnerte an den Terror der Begin-Gruppe gegen Briten und Araber. In ihren Erklärungen sei »die Rede von Freiheit, Demokratie und Antimperialismus, während sie bis vor kurzem noch öffentlich die Doktrin des faschistischen Staates gepredigt haben. Durch ihre Taten verrät diese terroristische Partei ihren wahren Charakter; anhand ihrer vergangenen Praxis können wir beurteilen, was künftig von ihr zu erwarten ist.«²⁸ Die Ermordung von 240 arabischen Männern, Frauen und Kindern in Deir Yassin, einem arabischen Dorf, gehe auf ihr Schuldkonto. Auch hätten »die Leute von der Freiheitspartei« keinerlei Anteil am wirtschaftlichen Aufbau Palästinas gehabt. »Sie haben kein Land urbar gemacht, keine Siedlungen gebaut und nur die jüdischen Verteidigungsbemühungen beeinträchtigt.«²⁹

III.

Im Frühjahr 1961 fuhr Hannah Arendt nach Jerusalem, das sie erstmals 1935 besucht hatte. Dort beobachtete sie den Eichmann-Prozess und schrieb für die Zeitschrift *New Yorker* die Artikelserie, die als Buch für jene berühmte Kontroverse sorgte, in deren Ergebnis Hannah Arendts Name weit über wissenschaftlich interessierte Kreise hinaus bekannt wurde.

Im diesem Rahmen können weder der Inhalt des Buches *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, noch die sich daran entzündenden Auseinandersetzungen *in extenso* referiert werden. Zu fragen ist hier vielmehr: Trug Hannah Arendts Zeugenschaft des Eichmann-Prozesses zu einer Neuinterpretation ihrer Ansichten über Antisemitismus und Zionismus bei?

Die planmäßige und industriell betriebene Ausrottung der Juden war für Hannah Arendt ein Verbrechen neuen Typs, das in der Geschichte ohne Beispiel war. »Das war wirklich, als ob der Abgrund

27 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 31 f.

28 Hannah Arendt: Der Besuch Menachem Begins und die Ziele seiner politischen Bewegung, in: Dies.: Israel, Palästina, S. 117 f.

29 Ebenda, S. 119.

sich öffnet«, sagte sie 1964 zu Günter Gaus. »Weil man die Vorstellung gehabt hat, alles andere hätte irgendwie noch einmal gutgemacht werden können, wie in der Politik ja alles irgendwie einmal wiedergutmacht werden kann. Dies nicht. Dies hätte nie geschehen dürfen. Und damit meine ich nicht die Zahl der Opfer. Ich meine die Fabrikation der Leichen (...).«³⁰

30 Hannah Arendt:
Was bleibt?, S. 24.

Welche Art des Verbrechers war jener Eichmann, der für ein solches Tun benötigt wurde? Hier erlebte Hannah Arendt im Prozess eine große Überraschung, aus der der Untertitel, ja der gesamte Tenor ihres Buches erwachsen. Sie schrieb: »Außer einer ganz ungewöhnlichen Beflissenheit, alles zu tun, was seinem Fortkommen dienlich sein konnte, hatte er überhaupt keine Motive; und auch diese Beflissenheit war an sich keineswegs kriminell, er hätte bestimmt niemals seinen Vorgesetzten umgebracht, um an dessen Stelle zu rücken. Er hatte sich nur, um in der Alltagssprache zu bleiben, *niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte*. (...) Es war gewissermaßen schiere Gedankenlosigkeit – etwas, was mit Dummheit keineswegs identisch ist –, die ihn dafür prädisponierte, zu einem der größten Verbrecher jener Zeit zu werden. Und wenn dies ›banal‹ ist und sogar komisch, wenn man ihm nämlich beim besten Willen keine teuflisch-dämonische Tiefe abgewinnen kann, so ist es darum doch noch lange nicht alltäglich. (...) Dass eine solche Realitätsferne und Gedankenlosigkeit in einem mehr Unheil anrichten können als alle die dem Menschen vielleicht innewohnenden bösen Triebe zusammengenommen, das war in der Tat die Lektion, die man in Jerusalem lernen konnte.«³¹

31 Hannah Arendt:
Eichmann in Jerusalem.
Ein Bericht von der Banalität
des Bösen (1964), Neuausgabe
München/Zürich 1986,
S. 15 f.

Die Abwesenheit eines ideologischen Motivs in Eichmanns Tun, von der Hannah Arendt schrieb, war ein Kritikpunkt am Buch. Arendt habe Eichmann auf das Sträflichste unterschätzt und überhaupt die Tatsachen verharmlost. »Zweifellos war Eichmann banal«, so der britische Historiker Hugh Trevor-Roper. »Aber war er *nur* banal? Die Beweisführung (im Prozess) zeigt deutlich genug, dass er es nicht war. Er war brutal und unbarmherzig. Möglicherweise hat er den Befehl zur Endlösung nur hingenommen, weil er keine Wahl hatte, aber am Ende, als der Befehl zurückgezogen wurde, machte er weiter. Objektive Tatsachen (die Liquidation der ungarischen Juden 1944), andere Zeugenaussagen, Eichmann selbst (solange er vor Gericht stand) – alles bestätigt diesen Tatbestand. Er ist auch psychologisch nicht unmöglich. Tüchtigkeit und pervertierter Eifer können einen banalen Menschen in eine Machtstellung bringen, aber eine Machtstellung hat ihre eigenen Auswirkungen auf den Charakter. Hannah Arendt will dies nicht wahrhaben. Sie hat sich über den Charakter Eichmanns ihr Urteil gebildet, und wenn objektive Tatsachen diesen widersprechen, dann wehe diesen Tatsachen. Die Vernichtung der ungarischen Juden wird in ihrer Darstellung abgeschwächt. Nazi-Zeugen werden als Feinde zurückgewiesen, die einen Sündenbock suchen. Nicht-Nazi-Zeugen werden als schlechte Charakterbeurteiler zurückgewiesen, ebenfalls geneigt, ›Klischeeurteile‹ zu fällen. Eichmann selbst wird, wenn er gegen sich Zeugnis ablegt, als ›Aufschneider‹ zurückgewiesen, der ›pure Prahlerei‹ von sich gibt, die – wie seine Entschuldigungen – nicht ernst zu nehmen sei.«³²

32 Hugh Trevor-Roper:
Wie unschuldig war Eichmann?, in: Friedrich August
Krummacker (Hrsg.): Die
Kontroverse. Hannah
Arendt, Eichmann und die
Juden, München 1964,
S. 186 f.

Eichmann »machte sich ganz klein vor Hauptmann Less (seinem Vernehmer) und seinem Magnetophon«, so Manès Sperber. »Er sei

nur ein Werkzeug gewesen, weniger noch: ein leicht ersetzbares Rädchen in einer gewaltigen Maschine. Er dachte, dass er den israelischen Offizier hinters Licht führte, indem er die Sachverhalte verdunkelte und mit einer Geschicklichkeit verfälschte, die ihn selbst tief beeindruckte.«³³ Hannah Arendt habe jedoch Eichmann seine Rolle geglaubt, die er vor dem Jerusalemer Gericht zu spielen gedachte.

»Ein von Ressentiments genährter, griesgrämiger Antizionismus«, so Sperber weiter, habe Hannah Arendt zu der unhaltbaren Feststellung inspiriert, »dass das europäische Judentum schließlich zwei Arten von Feinden ausgesetzt war: den Nazibehörden und den jüdischen Ämtern.« Dies bezog sich auf die Rolle der zionistischen Funktionäre, die über Einwanderungszertifikate nach Palästina verfügten und bei deren Verteilung sie wiederum Zionisten bevorzugten.

Die Hauptkritik richtete sich gegen Hannah Arendts Urteil über das Verhalten der Juden unter der Nazierrschaft. »Sie stellt die doch – wahrlich nicht freiwillige – Beziehung der Juden zu den nationalsozialistischen Machthabern unter den Begriff der Kooperation«, schrieb Hans Tramer.³⁴ Ganz besonders falsch habe Hannah Arendt die Notlage der Judenräte in den von den Nazis eroberten Gebieten beurteilt: Parallel zur Errichtung von Quisling-Regimes in den besetzten Ländern, so Arendt, setzten die Nazis jüdische Zentralbehörden, eben die Judenräte, ein. »Doch während die Mitglieder der Quisling-Kabinette für gewöhnlich aus bisherigen Oppositionsparteien genommen wurden, waren die Mitglieder der Judenräte in der Regel die anerkannten jüdischen Führer des Landes, in deren Hände die Nazis eine enorme Macht legten, die Macht über Leben und Tod – so lange, bis sie selbst auch deportiert wurden, immerhin gewöhnlich ›nur‹ nach Theresienstadt oder Bergen-Belsen, wenn sie aus Mitteleuropa kamen, jedoch nach Auschwitz, wenn es sich um Ostjuden handelte. Diese Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte.«³⁵

»In Amsterdam wie in Warschau, in Berlin wie in Budapest«, fuhr Hannah Arendt fort, »konnten sich die Nazis darauf verlassen, dass jüdische Funktionäre Personal- und Vermögenslisten ausfertigten, die Kosten für Deportation und Vernichtung bei den zu Deportierenden aufbringen, frei gewordene Wohnungen im Auge behalten und Polizeikräfte zur Verfügung stellen würden, um die Juden ergreifen und auf die Züge bringen zu helfen – bis zum bitteren Ende, der Übergabe des jüdischen Gemeindebesitzes zwecks ordnungsgemäßer Konfiskation.«³⁶ Tatsachenbeweise, wie sie etwa Hans Günther Adlers Buch über Theresienstadt enthalte, seien vom Jerusalemer Gericht unterschlagen worden.³⁷

Die große Mehrheit der Judenräte habe aber keine Verfügungsgewalt über jüdisches Eigentum gehabt, hielt Jacob Robinson Hannah Arendt entgegen. »Ganz bestimmt bestritten sie nicht die Kosten von Transport und Vernichtung. Den Judenräten wurden keine Informationen gegeben über die Züge und die Zahl der Personen, die benötigt wurden, um sie zu füllen. Die zu Deportierenden wurden nicht immer nach Namenslisten ausgewählt. In Warschau und Lwow zum Beispiel wurde die Auswahl nach Straßen vorgenommen; an anderen Orten durch eine Versammlung auf dem Marktplatz, ohne den Gebrauch von

33 Manès Sperber: Churban oder die unfaßbare Gewißheit, ebenda, S. 18.

34 Hans Tramer: Ein tragisches Fehlurteil, ebenda, S. 164.

35 Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 153.

36 Ebenda, S. 154.

37 Vgl. Hans Günther Adler: Theresienstadt 1941-1945, Tübingen 1955.

38 Jacob Robinson:
Jüdische »Kooperation«, in:
Krummacher, Die Kontro-
verse, S. 225 f.

39 Golo Mann: Der ver-
drehte Eichmann, ebenda,
S. 194.

40 Gershom Scholem:
Brief an Hannah Arendt:
(23. Juni 1963), ebenda,
S. 208 f.

41 Der Antwortbrief vom
20. Juli 1963 ist abgedruckt
in: Hannah Arendt: Nach
Auschwitz. Essays und
Kommentare 1, hrsg. von
Eike Geisel und Klaus Bitter-
mann, Berlin 1989, Zitat
S. 73.

42 Ebenda, S. 75.

43 Arendt: Eichmann
in Jerusalem, S. 158 f.

Listen. Wenn Listen von Namen zusammengestellt wurden, so geschah dies im allgemeinen nicht durch die Judenräte. Die zur Deportation bestimmten Menschen wurden von der Gestapo, nicht von den Judenräten, verhaftet. Auch hatten die Judenräte in der Regel keine Gewalt über die jüdische Polizei.« Weiterhin waren sie nur in den seltensten Fällen Mitglieder von jüdischen Organisationen aus der Vorkriegszeit. »Dr. Arendts Hauptquelle für die Beurteilung der jüdischen ›Kooperation‹ scheint Eichmann selbst zu sein«, so Robinson, dessen Kritik von zahlreichen Rezensenten wiederholt wurde.³⁸ Einen anderen Aspekt hob Golo Mann hervor: Indem Hannah Arendt den Offizieren der Revolte vom 20. Juli 1944 lediglich eigennützige Motive unterstellte – sie hätten die Substanz des Nazi-Staates erhalten wollen und die ermordeten Juden seien ihnen gleichgültig gewesen – habe sie »die empörendsten Verleumdungen (geäußert), die je über diese Bewegung verbreitet wurden.«³⁹

Nicht nur die Gegner und Opfer Hitlers allgemein, sondern insbesondere die Juden seien von Hannah Arendt in einer herzlosen Weise geschildert worden, hielt ihr ihr alter Freund Gershom Scholem entgegen. Es ermangele, schrieb Scholem, Hannah Arendt der Liebe zum jüdischen Volk. Ihr Stil der Auseinandersetzung sei »auf unvorstellbare Weise« der Sache unangemessen. »Wer von uns kann heute sagen, welche Entschlüsse jene ›Ältesten‹ der Juden, oder wie man sie nennen will, unter den damaligen Umständen hätten fassen müssen?« Dem Buch und besonders den Passagen über die Judenräte fehle die klare Unterscheidung zwischen Verfolgern und Opfern.⁴⁰

»Sie haben vollkommen recht, dass ich eine solche Liebe (zum jüdischen Volk) nicht habe«, schrieb Hannah Arendt in ihrer Antwort an Scholem, »und dies aus zwei Gründen: Erstens habe ich nie in meinem Leben irgendein ›Volk‹ oder Kollektiv geliebt, weder das deutsche, noch das französische, noch das amerikanische, noch etwa die Arbeiterklasse oder was es sonst noch so gibt. Ich liebe in der Tat nur meine Freunde und bin zu aller anderen Liebe völlig unfähig. Zweitens aber wäre mir diese Liebe zu den Juden, da ich selbst jüdisch bin, suspekt. Ich liebe nicht mich selbst und nicht dasjenige, wovon ich weiß, dass es irgendwie zu meiner Substanz gehört.«⁴¹ Es habe für die Judenräte keine Möglichkeit zum Widerstand gegeben, wohl aber gab es »die Möglichkeit, *nichts zu tun*.«⁴²

Nicht weniger stieß Hannah Arendts Kritik an der Prozessführung auf Widerspruch. Dies betraf besonders ihre Behauptung, Kontakte zwischen dem jüdischen und dem nichtjüdischen Widerstand seien während der Prozessverhandlung unter den Tisch gekehrt worden, da diese Kontakte kaum von den Zionisten unterhalten worden seien. »Vermutlich wollte (Staatsanwalt) Herr Hausner (oder Premierminister Ben-Gurion) demonstrieren, dass aller Widerstand gegen die Nazis von Zionisten ausgegangen sei, als ob die Zionisten als einzige unter den Juden wüssten, dass es (...) aller Mühe wert ist, die Ehre zu retten, wenn schon das Leben verloren ist«, so Arendt.⁴³ Dies zeigt den Kern ihrer Kritik am Zionismus: Dessen Anhänger beanspruchten, für die Juden in ihrer Gesamtheit zu sprechen. Hannah Arendt aber hatte diesen Anspruch nie geteilt, und nach dem Eichmann-Prozess wies sie ihn stärker zurück als je zuvor. Walter Laqueurs Urteil, wonach Hannah Arendt »die Juden als Gruppe« nie gemocht habe, ist wohl zu

scharf, doch hat er recht, wenn er schreibt, Arendts Interesse am Zionismus galt eher den Gedanken ihres Freundes Kurt Blumenfeld, denn der zionistischen Sache als solcher.⁴⁴

Davon konnte ihre Interpretation des so genannten »Endlösungs«-Antisemitismus der Nazis nicht unbeeinflusst bleiben. Das Gericht in Jerusalem, so Arendt, habe nicht verstanden, »dass das größte Verbrechen, mit dem es konfrontiert war, die physische Ausrottung des jüdischen Volkes, ein Verbrechen gegen die Menschheit war, und dass nur die Wahl der Opfer, nicht aber die Natur des Verbrechens aus der langen Geschichte von Judenhass und Antisemitismus abgeleitet werden konnten.«⁴⁵ Damit aber stellte sie das grundlegende Verständnis jüdischer Geschichte, wie es sich im Zionismus und im Staat Israel herausgebildet hatte, in Frage. Denn für den Zionismus besonders der israelischen Führungsschicht jener Jahre war die Errichtung des jüdischen Staates in erster Linie ein Erfolg im Kampf gegen den andauernden Judenhass, der in der Ausrottungspolitik der Nazis seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Hannah Arendt wurde hingegen während des Eichmann-Prozesses in Israel in ihrer 1950 geäußerten Auffassung bestärkt. Damals hatte sie in ihrem Aufsatz *Die vollendete Sinnlosigkeit* betont: »Weder das Schicksal der europäischen Judenheit, noch die Errichtung von Tötungsfabriken kann vollständig mit dem Hinweis auf den Antisemitismus erklärt werden. Beides liegt jenseits antisemitischer Gedankengänge und jenseits der politischen, sozialen und ökonomischen Motive, die hinter der Propaganda antisemitischer Bewegungen stehen. Der Antisemitismus hat nur den Boden dafür bereitet, die Ausrottung ganzer Völker mit dem jüdischen Volk zu beginnen. (...) Denn die Wahrheit war, dass im Unterschied zu allen anderen antijüdischen Maßnahmen, die einen gewissen Sinn machten und ihren Urheber irgendwie zu nutzen schienen, die Gaskammern niemandem nutzten. (...) Doch die Dienststelle Himmlers gab einen Erlass nach dem anderen heraus, in welchem die Militärkommandeure wie auch die Funktionäre in der Parteihierarchie darauf hingewiesen wurden, dass weder ökonomische noch militärische Erwägungen das Vernichtungsprogramm beeinträchtigen dürften.«⁴⁶

Das oberste Ziel totalitärer Herrschaft ist die totale Beherrschung des Menschen, fuhr Hannah Arendt fort. Die Mechanisierung der Vernichtung aller Menschen, so diese nicht in die totalitäre Welt hineinpassten, könne, wie im Falle des Nazismus, von rassistischen Prämissen her erfolgen, sei aber nicht immer und überall darauf beschränkt. Die Herrschafts- und Vernichtungsmaschine des totalitären Staates bedürfe nur auf ihrer untersten Ebene den Typ des sadistischen SA-Schlägers. Die Dienst tuenden Männer der höheren Kategorie waren hingegen, so Arendt schon 1950, nach landläufigen Begriffen oft »völlig normal« – nach welchen Kriterien sie auch ausgewählt wurden, Sadismus oder sonstige äußere Grausamkeit gehörten nicht dazu.⁴⁷ Zwischen ihnen und den antisemitischen Judenhassern und Judenschlägern der Vergangenheit lagen Welten. Doch mussten sie, wie Eichmann, die Prämisse des totalitären Regimes verinnerlicht haben, dass die Gleichwertigkeit der Menschen zugunsten der Unterscheidung zwischen lebenswerten und lebensunwerten Existenzen aufgehoben sei.

44 Walter Laqueur: *The Arendt Cult. Hannah Arendt as Political Commentator*, in: Steven E. Aschheim (Hrsg.): *Hannah Arendt in Jerusalem, Berkeley etc.* 2001, S. 57 f.

45 Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, S. 318.

46 Hier zit. nach Arendt: *Israel, Palästina*, S. 81 f.

47 Ebenda, S. 85.

ALFRED LOESDAU

Politisch denken und historisch sehen

Hannah Arendts Verhältnis zu linken Intellektuellen

Hannah Arendt ist den Historikern, die in der DDR tätig waren, nicht unbekannt. Jedoch ihr Name tauchte fast ausschließlich in der Auseinandersetzung mit ihrer Totalitarismusauffassung auf, die kurzweg auf eine so genannte Totalitarismuskonzeption verengt wurde. Damit war sie eine *persona non grata*. Zudem war es nicht möglich, sie in die seinerzeit üblichen Strömungen etwa der *bürgerlichen Historiographie* einzuordnen. Als Schülerin von Heidegger und Jaspers, zweier – wie es im 1982 in der DDR erschienenen »Philosophenlexikon« hieß – »spätbürgerlicher« Philosophen war sie mit deren Existenzphilosophie, das hieß im damaligen Sprachgebrauch mit einer irrationalistischen Strömung der imperialistischen Philosophie, belastet.

Kritik gab es aber auch von Historikern, Philosophen, Politikwissenschaftlern außerhalb der DDR – die ihr vor allem vorwarfen, die sozialistische totale Herrschaft zuungunsten der national-sozialistischen Diktatur vernachlässigt zu haben. Es wurde auch nicht zur Kenntnis genommen, dass sie die DDR nach Stalins Tod nicht mehr als totalitär klassifizierte. Diese Unterlassungen sind selbst heute noch anzutreffen.

Es gehört offenbar zu den Altlasten der DDR, dass eine gründliche Beschäftigung mit den Theorien der Hannah Arendt nicht erfolgte. Gewisse Korrekturen dieser Ignoranz gab es erst seit der Wende. Sie wurden und werden jedoch dadurch erschwert, weil ausgesprochen konservative Kräfte Hannah Arendt ausschließlich für sich zu reklamieren versuchen.

Hannah Arendt war »unabhängig«, d. h. sie hat sich zeitlebens nonkonformistisch verhalten. Ihre Devise war: »Sozialer Nonkonformismus ist das *sine qua non* großer intellektueller Leistungen.«¹ Und bei anderer Gelegenheit: »Was allein uns wirklich helfen kann, meine ich, ist ›réfléchir‹, Nachdenken. Und denken heißt stets kritisch denken. Und kritisch denken bedeutet stets dagegen sein.«² Hannah Arendt musste immer wieder erfahren, dass Ideologien wissenschaftliche Erkenntnis nachhaltig verhindern können.³ Elisabeth Young-Bruehl, eine ihrer Biografinnen, verwies darauf: »Stets eine kontroverse Denkerin, eine Einzelgängerin, die sich von akademischen Schulen, politischen Parteien und ideologischen Programmen fernhielt, erreichte Hannah Arendt ein immer größer werdendes Publikum.«⁴

Insofern ist es kein einfaches Unterfangen, die Persönlichkeit Hannah Arendt zu bestimmen: Das Instrument zur Artikulierung ihrer Erkenntnisse war die deutsche Sprache, war sie doch in Deutschland geboren und aufgewachsen – aber sie verstand sich eigentlich nicht als

Alfred Loesdau – Jg. 1932, Historiker, Prof. Dr. sc. phil., Forschungsschwerpunkt: Geschichte der Historiographie der USA nach 1945. Veröffentlichungen zu historiographischen Problemen, zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Freien Stadt Danzig, zur Berlin-Geschichte und über die Entwicklung des Kleingartenwesens. Mitglied u. a. der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien, des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums Berlin e. V., des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

1 Vortrag an der Rand School, 1948, Library of Congress.

2 Fernsehgespräch mit Roger Errera, in: Hannah Arendt: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk, hrsg. von Ursula

Deutsche. Sie wusste, dass man aus dem Judentum nicht herauskommt – war aber keine Zionistin (abgesehen von ihrem Wirken in zionistischen Organisationen im Zweiten Weltkrieg). Für diese Position ist ihre Biografie der Rahel Varnhagen äußerst aufschlussreich. Wie diese bekannte sie sich stets als Jüdin und handelte nach dem Prinzip: »Wenn man als Jude angegriffen wird, muss man sich als Jude verteidigen.« Sie kam wissenschaftlich aus der deutschen Philosophie und hat wichtige gesellschaftliche Probleme des Denkens, des Wollens und des Handelns vermittelt – hat sich jedoch nicht als Philosophin betrachtet. In einem Brief an den Philosophen Karl Jaspers im Jahre 1945 schrieb sie: »Seitdem ich in Amerika bin, also seit 1941, bin ich eine Art freier Schriftsteller geworden, irgendetwas zwischen einem Historiker und einem politischen Publizisten.«⁵ Sie behandelte eine Vielzahl historischer Themen – hatte aber Vorbehalte gegenüber der professionellen Historiographie und teilte nicht deren dominierende Methodologie. Sie verstand sich als Wissenschaftlerin der ›politischen Theorie‹, aber – so Kurt Sontheimer – »Hanna Arendts politisches Denken ist eigenwillig und originell; es lässt sich in die überkommenen Schemata Politischer Theorie schwer einordnen.«⁶

Hanna Arendt war weder sozialistisch noch liberal – sie fühlte sich unabhängig und agierte wider manche vom *mainstream* gesetzte Norm. Noch einmal Sontheimer: »Auch in den die öffentlich-politische Debatte bestimmenden Kategorien, von Rechts oder Links ist Arendt nicht unterzubringen«. »Und ›Denken ohne Geländer‹, das ist es in der Tat, was ich zu tun versuche« – so heißt es bei ihr in einer Diskussion.⁷

Für den heutigen Zugang linker Kräfte zu den politischen Theorien der Hannah Arendt dürfte es dienlich sein, einen Blick auf das Verhältnis Hannah Arendts zu linken Intellektuellen zu werfen. Ich gebrauche hier den Intellektuellen-Begriff im üblichen Sinne, wobei ich mir bewusst bin, dass Hannah Arendt diesen Begriff in abfälliger Weise benutzte.⁸ Die Frage nach dem Verhältnis von Hannah Arendt zu linken Intellektuellen weist zwei Ebenen auf: ihr Umgang mit den wissenschaftlichen und geistigen Leistungen linker Intellektueller – hierzu gehören in erster Linie die Auffassungen der Rosa Luxemburg – und zum anderen ihr direktes persönliches Umfeld, wozu ich einiges sagen möchte.

Dieses Verhältnis Hannah Arendts zu linken Intellektuellen ist durch bestimmte Grundpositionen charakterisiert:

Hannah Arendt befasste sich nicht nur irgendwann und irgendwie mit den Erkenntnissen linker Intellektueller, sondern sie lebte und wirkte in deren Umkreis.

Hannah Arendt hat bei aller Kritik bestimmter Auffassungen linker Intellektueller – eine Kritik, die stets sachlich und begründet war – immer deren wissenschaftliche bzw. künstlerische Leistung respektiert und gewürdigt. Dabei ist von ihr auch deren Anteil an ihrer eigenen wissenschaftlichen und politischen Erkenntnis hervorgehoben worden. Das Verhältnis Hannah Arendts zu linken Intellektuellen schloss nicht selten ein persönliches Engagement für sie mit ein.

Im Einzelnen sei auf folgendes verwiesen: Hanna Arendt hatte ein positives und produktives Verhältnis zu linken Intellektuellen und hier nicht zuletzt zu Kommunisten. Ihr erster Ehemann, *Günther Stern*,

Ludz, München 1998, S. 123.

3 Vgl. Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt/M. 1996, S. 243.

4 Ebenda, S. 12.

5 Brief an Karl Jaspers (1945), in: Hannah Arendt: Ich will verstehen, S. 136.

6 Kurt Sontheimer, in: Hannah Arendt: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hrsg. von Ursula Ludz, München 1993, Vorwort, S. 4.

7 Hannah Arendt: Ich will verstehen, a. a. O., S. 110.

8 Vgl. Eberhard Fromm: www.der-deutsche-intellektuelle.de (Biografie)

war linksorientiert und sein Bekanntenkreis bestand aus Intellektuellen, die mit der kommunistischen Partei verbunden waren. Wenn gleich Hannah Arendt zur Zeit ihrer Ehe mit Stern ihren eigenen – vornehmlich zionistischen – Bekanntenkreis hatte, so brachte Stern jedoch seine Frau mit Persönlichkeiten wie Arnold Zweig und Bertolt Brecht zusammen. Im Jahre 1933 hat Hannah Arendt in Berlin Widerstand geleistet, indem sie in ihrer Wohnung verfolgte Kommunisten beherbergte.

Heinrich Blücher, den sie im Jahre 1936 in der Emigration in Frankreich kennen lernte, ein revolutionärer Kämpfer aus Berlin, Teilnehmer an der Novemberrevolution und Mitglied zunächst des Spartakusbundes dann der Kommunistischen Partei Deutschlands und schließlich der KPO, ein enger Freund Heinrich Brandlers, wurde – obwohl seinerzeit kein professioneller Akademiker – einer ihrer Lehrer und dann als ihr Ehemann erster Partner in der wissenschaftlichen Arbeit. Sie hat Blüchers Verdienst dahingehend gewürdigt, indem sie einschätzte, »dass ich dank meines Mannes politisch denken und historisch sehen gelernt habe.«⁹ Blücher prägte »ihre sowohl kritische als auch konstruktive Sichtweise, ihr Verständnis von Widerstand und Revolution und ihre Theorie des Republikanismus«¹⁰ – so Elisabeth Young-Bruehl. Hannah Arendt widmete ihm ihr Werk »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«.

In diesem Zusammenhang ist höchst aufschlussreich, was Hannah Arendt über das Verhältnis von Rosa Luxemburg zu Leo Jogiches schrieb: »Obwohl Jogiches selber ›so gut wie nichts geschrieben hatte‹, blieb er ›nichtsdestoweniger Leib und Seele‹ ihrer Publikationen (...) Wir werden niemals wissen, wie viel von Rosa Luxemburgs politischen Ideen von Jogiches stammte; in einer Ehe ist es nicht immer einfach, die Gedanken der einzelnen Partner auseinanderzuhalten.«¹¹ Dies dürfte auch auf ihre Ehe mit Heinrich Blücher zutreffen haben.

Ein freundschaftliches Verhältnis hatte Hannah Arendt auch mit dem Literaturkritiker *Walter Benjamin*, dem engsten Freund Blüchers aus den Tagen der Novemberrevolution, ein engagierter Marxist. Seine letzten Arbeiten hatte er Hannah Arendt anvertraut. Sie sollte ihre Publikation in den USA veranlassen. Unter ihnen war die Schrift »Über den Begriff der Geschichte«, die den historischen Materialismus zum Gegenstand hat. Hannah Arendt bemerkte sowohl bei Benjamin als auch bei Brecht, dass beide den historischen Materialismus, so wie ihn Marx verstanden hatte, auf dessen Lehre vom gesellschaftlichen Überbau konzentrierten, wenn nicht gar reduzierten. Diese Kongruenz im marxistischen Denken war zweifelsohne ein wesentliches Element der engen Freundschaft von Benjamin und Brecht. Und diese Schwergewichtsverlagerung auf das Geistige ist durchaus nicht negativ zu sehen.

Ich möchte lediglich auf eine These Benjamins verweisen, die uns vielleicht heute etwas zu sagen hat. Er schrieb: »Der Klassenkampf, der einem Historiker, der an Marx geschult ist, immer vor Augen steht, ist ein Kampf um die rohen und materiellen Dinge. Ohne die es keine feinen und spirituellen gibt. Trotzdem sind diese letztern im Klassenkampf anders zugegen denn als die Vorstellung einer Beute, die an den Sieger fällt. Sie sind als Zuversicht, als Mut, als Humor, als

9 Zit. nach Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt, a. a. O., S. 187.

10 Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt, a. a. O., S. 188.

11 Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, München-Zürich 2001, S. 58.

List, als Unentwegtheit in diesem Kampf lebendig und sie wirken in die Ferne der Zeit zurück. Sie werden immer von neuem jeden Sieg, der den Herrschenden zugefallen ist, jemals in Frage stellen. Wie Blumen ihr Haupt nach der Sonne wenden, so strebt im Treibhaus des Historismus kraft eines Heliotropismus geheimer Art, das Gewesene der Sonne sich zuzuwenden, die am Himmel der Geschichte im Aufgehen ist. Auf diese unscheinbarste von allen Veränderungen muss sich der historische Materialist versuchen.«¹²

Hannah Arendt hat seine Arbeit »Über den Begriff der Geschichte« mit in die USA genommen, sich für ihre Publikation eingesetzt und sich dabei mit Adorno angelegt, der ihr das Recht, für Benjamin zu sprechen und zu wirken, streitig machte.

Durch die politische Position Blüchers, Benjamins, Brechts und anderer Gefährten sah sich Hannah Arendt veranlasst, sich mit der Entwicklung der Kommunistischen Partei zu befassen. Als Blücher in der Emigration die Partei verlassen hatte, bemühte sie sich darum, zu definieren, was unter einem »ehemaligen Kommunisten« zu verstehen ist – im Unterschied zu den »Exkommunisten« der Zeit nach 1945. Während letztere zumeist keine Probleme damit hatten, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, konnte und wollte Blücher als »ehemaliger Kommunist« das nicht. Er reihte sich auch nicht in die Schar jener ein, die nunmehr die Bekämpfung des Kommunismus auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Hannah Arendt analysierte die Beweggründe dieser »Ehemaligen« und verwies für die dreißiger Jahre auf folgende Faktoren:

- auf die Abschaffung der innerparteilichen Demokratie;
- auf die Beseitigung der Selbständigkeit nationaler Kommunistischer Parteien;
- auf die totale Unterwerfung unter die Befehle Moskaus.

Wörtlich fügte sie hinzu: »Die Moskauer Prozesse, in vieler Hinsicht der Wendepunkt dieser ganzen Geschichte, waren das Ende vom Lied.«¹³

Wie verhielt sich Hannah Arendt nun gegenüber jenen linken Intellektuellen, die nicht zu einer derartigen Einsicht gelangt waren? »Schließlich lässt sich das sehr fragwürdige Verhalten von Dichtung und Politik (...) an dem Fall eines wirklichen Dichters exemplifizieren« – so Hannah Arendt einleitend in ihrem Essay über *Bertolt Brecht* in dem Band »Menschen in finsternen Zeiten«.¹⁴ Hannah Arendt und Bertolt Brecht waren sich mehrmals begegnet. Manches über Brecht hat sie auch von Walter Benjamin erfahren. Brecht und Benjamin waren, wie gesagt, eng befreundet.

Für Hannah Arendt war das Hauptkriterium für die Bewertung einer hervorragenden Persönlichkeit deren wissenschaftliche bzw. künstlerische Leistung. Wörtlich: »Der einzige Maßstab, nach dem auch das persönliche Verhalten des Dichters zu beurteilen ist, ist seine Dichtung.«¹⁵ Dabei fand das politische Verhalten eine durchaus kritische Beurteilung, die jedoch – wie im Falle Brechts – der Bewertung seiner Leistung untergeordnet war. Dominanz erfuhr die Beurteilung des politischen Verhaltens erst, wenn dieses das künstlerische Schaffen negativ beeinflusste oder gar zu dessen Sterilität führte. So hat das politische Verhalten Brechts in den zwanziger Jahren (in Berlin) oder in den dreißiger und vierziger Jahren (in der Emigration) keinen Abbruch sei-

12 Arendt und Benjamin, Texte, Briefe, Dokumente, hrsg. von Detlev Schöttker und Erdmut Wizisla, Frankfurt/M. 2006, S. 103.

13 Zit. nach Elisabeth Young-Bruehl: a. a. O., S. 209.

14 Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, S. 238 f.

15 Ebenda, S.243.

nes dichterischen Schaffens zur Folge gehabt. »Gerächt hat sich an ihm als Dichter nur eins: die Niederlassung in Ostberlin, wo er gezwungen war, tagtäglich mitanzusehen, was es nun wirklich heißt, wenn ein Volk unter eine kommunistische Diktatur stalinistischer Prägung gerät.

Entscheidend war, dass er nun, in Ostdeutschland angekommen, die poetische Distanz verlor, die er sich auch in den Jahren, in denen er noch ohne alle Zweifel der kommunistischen Sache ergeben war, hatte leisten können.«¹⁶

16 Ebenda, S. 246 f.

Nichtsdestoweniger hat Hannah Arendt nie ihre Hochachtung vor Bertolt Brecht aufgegeben. Sie hat sein Schaffen gewürdigt, seine Schwächen kritisiert und sich so letztlich das Gesamtbild einer Persönlichkeit mit all ihren Widersprüchen verschafft. Abgesehen davon, dass ein derartiges Herangehen für die Beurteilung vieler Wissenschaftler und Künstler, die in der DDR produktiv war, vorbildlich wäre, bleibt für uns eine andere Frage.

Hannah Arendt hat sich in ihrer politisch-theoretischen Arbeit mit den Auffassungen nicht weniger bedeutender linker Intellektueller befasst – so besonders auch mit dem Werk Rosa Luxemburgs. Hannah Arendt lebte im Umkreis linker Intellektueller, die sie beeinflussten und auf deren Schaffen sie wiederum Einfluss hatte – so beispielsweise der Literaturkritiker Walter Benjamin. Hannah Arendt hat detaillierte Analysen hervorragender linker Intellektueller verfasst – so über Bertolt Brecht. Warum sehen Linke heutzutage vornehmlich ihre Beziehungen zu Heidegger, Jaspers und Husserl? Warum überlassen sie das breite Feld fruchtbarer politiktheoretischer Arbeit der Hannah Arendt dem Dunstkreis angeblicher Bewahrer und Hüter ihres Schaffens, die jedoch ihre Arbeit letztlich für erkonservative, vorrangig antikommunistische Zwecke deuten?

Diesem Missbrauch sollte energisch entgegengetreten werden. Hannah Arendt hat – bei allem Nonkonformismus – ein wissenschaftliches Erbe hinterlassen, das von der Linken zügiger und vorurteilsfreier für die geistige Auseinandersetzung erschlossen werden sollte. So ist für Historiker beispielsweise ihre Revolutionsauffassung höchst anregend. Hannah Arendt hat keine abstrakten politiktheoretischen Untersuchungen angestellt, sondern ist konkret historisch herangegangen. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Revolution und Krieg, der Vergleich von amerikanischer und französischer Revolution, der Kontext zwischen Amerika und Europa, die Einbeziehung der russischen Revolution – hier findet sich ein breites Feld konstruktiver Analyse historischer Ereignisse, das für die Erarbeitung tragfähiger Perspektiven höchst nützlich ist.

Die Basis ihrer Untersuchungen bildet die amerikanische Revolution. Hier setzt bereits ihre Kritik an der Bewältigung des revolutionären Erbes in der Geschichte der USA ein. Die Welt würde die historischen Geschehnisse kaum kennen. Die Einheimischen haben sie vergessen.¹⁷ Wörtlich: »Dieser Gedächtnisschwund und ein mit ihm Hand in Hand gehender katastrophaler Mangel an Urteilskraft haben sich überall gezeigt, wo die Vereinigten Staaten in irgendeiner Berührung mit revolutionären Regierungen gerieten – in Russland, in China und in Kuba.«¹⁸

17 Siehe Hanna Arendt: *Über die Revolution*, München-Zürich 1994, S. 279.

18 Ebenda.

Als Vertreterin der politischen Theorie ist sie dann aber auch nicht umhin gekommen, hinsichtlich der Regierungspolitik der USA ent-

sprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. So schrieb sie: »Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von keinem Motiv wirkungsvoller beeinflussen lassen als von dieser Revolutionsangst, deren einziges Ergebnis die vielfachen und verzweifelten Versuche sind, überall den Status quo zu stabilisieren, was im Grunde kaum je etwas anderes heißen konnte, als die Macht und das Prestige Amerikas zugunsten überalterter und korrupter Regierungen, Gegenstand des Hasses und der Verachtung ihrer eigenen Bürger, in die Waagschale zu werfen.«¹⁹

Anlässlich der Zweihundertjahrfeier der Amerikanischen Revolution im Jahre 1976 hielt sie eine viel beachtete Rede, in der sie angesichts des Watergate-Skandals und des Vietnam-Krieges dazu aufrief, sich an die Wurzeln der Republik zu erinnern und sich auf die Gründungsväter der USA zu berufen.²⁰

Nicht zuletzt dürfte auch das von ihr hoch bewertete Kriterium für eine Revolution – ein historischer Neubeginn – für jüngste Diskussionen im Zusammenhang mit der Wende in der DDR wichtig sein. Neubeginn unterschied sie grundsätzlich von einer »Erneuerung des Uralten«. Wörtlich schrieb sie, dass »Revolutionen prinzipiell etwas anderes sind als erfolgreiche Aufstände, dass man nicht jeden Staatsstreich zu einer Revolution auffrisieren darf und dass nicht einmal jeder Bürgerkrieg bereits eine Revolution genannt zu werden verdient«.²¹

Ein zweites wesentliches Kriterium für eine Revolution ist für sie die Freiheit. Auch hier steht bei ihr statt eines Schlagworts, das für all und jedes verwendet werden kann, ein wissenschaftlich begründeter, historischer Freiheitsbegriff. In ihrem Buch »Über die Revolution« schrieb sie: »da wir innerhalb der freien Teile der Welt nachgerade der Meinung sind, dass für die Beurteilung politischer Verfassungen und Gemeinwesen weder Gerechtigkeit noch Größe, sondern einzig und allein das Kriterium der Freiheit den Ausschlag gibt, hängt nicht nur unser Verständnis des Phänomens der Revolution, sondern die Präzision und Tiefe unseres politischen Freiheitsbegriffs, der zweifellos revolutionären Ursprungs ist, und damit überhaupt das Ausmaß unseres politischen Selbstverständnisses davon ab, wieweit wir bereit und fähig sind, dieses Zusammenfallen von Anfang und Freiheit zu akzeptieren und zu artikulieren«.²² Also: Diese Begriffsgeschichte wäre erst aufzuarbeiten, bevor man Hannah Arendt ausschließlich konservatives Gedankengut unterstellt.

Und für Wissenschaftler, die links stehen, sollte es üblich werden, dieses »Zusammenfallen« zu akzeptieren und zu artikulieren. Für Hannah Arendt gab es keine allgemeingültige, monolithische Bewertung historischer Ereignisse, die von Manchem heute gern gefordert wird. Sie hat darauf verwiesen, dass es außer den von der Geschichtswissenschaft interpretierten Geschehnissen immer noch diverse Möglichkeiten historischer Entwicklung gab, die nicht außer Acht gelassen werden sollten. Für Hannah Arendt waren die Ereignisse, von denen die Geschichte handelt und die der Gegenstand der Geschichtswissenschaften sind, nur das Ende eines verborgenen Anfangs, der enthüllt werden muss.²³

19 Ebenda.

20 Vgl. Alois Prinz: *Beruf Philosophin oder Die Liebe zur Welt*, Weinheim-Basel, 2006, S. 305 f.

21 Ebenda, S. 41.

22 Ebenda, S. 34.

23 Vgl. Hannah Arendt: *Denktagebuch 1950 bis 1973*, Bd. 1, München-Zürich 2002, Heft XV: April 1953 bis Mai 1953.

ERHARD SCHERNER

Die Fronten gingen durcheinander ...

Ein Interview zu den Auskünften Ludwig
Kroeber-Keneths aus Kronberg über seine
und Alfred Kurellas Reise 1919 nach Sowjetrußland

Ludwig Kröber-Keneth (1899-1980) reiste 1919 aus dem München der bayerischen Räterepublik nach Sowjetrußland, nach Moskau – an der Seite Alfred Kurellas (1895-1975). Von 1975 bis 1980 leitete ich das Alfred-Kurella-Archiv der Akademie der Künste der DDR. Herr Ludwig Kroeber-Keneth entsprach meiner Bitte, ihn aufsuchen zu dürfen, um ihn zu Alfred Kurella und ihrer gemeinsamen Reise nach Räterußland 1919 zu befragen. Mit seinem Einverständnis wurde das Gespräch mit Tonband aufgezeichnet, was die Dokumentation des Textes ermöglichte

Meine Skrupel, den renommierten Psychologen und Unternehmensberater zu dem weit zurückliegenden, von ihm als Jugendirrtum verbuchten Abenteuer, zu interviewen, waren nicht gering.

Für das angebahnte Treffen hatte ich neben Alfred Kurellas Buch »Unterwegs zu Lenin« (1967) und die in Berliner Bibliotheken erreichbaren Schriften Kroeber-Keneths zur Kenntnis genommen, hatte ebenfalls in Leipzigs Deutscher Bücherei die aufschlußreiche autobiographische Schrift »Fetzen aus meinen Tagebüchern« (1976) gelesen. Vorbereitend hatte ich auch ein Gespräch mit dem Regisseur des DEFA-Films »Unterwegs zu Lenin« nach dem gleichnamigen Buch Alfred Kurellas. Günter Reisch übergab mir Szenenfotos, so von Drehplätzen in der Sowjetunion, um sie Herrn Kroeber zu zeigen. Meine Überlegung war: keine Zeit verlieren – der letzte Zeuge, der über die legendäre Reise zu W. I. Lenin Auskunft zu geben vermochte, ist betagt. Womöglich ist er souverän und unabhängig, vielleicht sogar interessiert, die Anfragen »aus Ostdeutschland« zu beantworten. Damals keine Selbstverständlichkeit, als die Bundesrepublik im »Deutschen Herbst« durch die Anschläge der RAF in Atem gehalten wurde. Die Entführung und Ermordung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Martin Schleyer, lag erst kurze Zeit zurück. Und doch stand die Reise unter einem guten Stern. Der Bitte um einen Gesprächstermin folgte prompt Kroeber-Keneths Einladung in seinen Wohnsitz in Kronberg-Schönberg, Am Eichbühl 5. Das Gespräch fand am 10. und 11. Januar 1978 statt.

Von der Akademie mit dem Notwendigen (Visum, Tagegeld) ausgestattet, traf ich in Frankfurt am Main auf Frau Tilla Kroeber und ihren Gatten, Ludwig Kroeber, der es sich nicht nehmen ließ, seinen fremden Gast abzuholen. Trotz seiner fast 80 Jahre ein hellwacher, ansehnlicher, wiewohl schon etwas leidender Mann. Frau Kroeber, sichtlich jünger als ihr Gatte, bleibt mir als kleine, freundliche, sehr

Erhard Scherner – Jg. 1929, Dr. phil., Germanist, Autor, Lyriker; lebt in Schöneiche bei Berlin. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Junger Etrusker erteilt Unterricht«. Eine Erinnerung an Alfred Kurella (1895-1975), Heft 201/202 (Juli/August 2007).

agile Dame in Erinnerung (und als waghalsige Fahrerin ihres Mercedes). Der Einladung der Familie, erst einmal Frankfurts Goethehaus zu besichtigen, folgte ich gern. Dann ging es zu der vergleichsweise bescheidenen Villa der Kroebers in Kronberg und wenig später zu einem kleinen Auto-Ausflug. Im Tal war schon ein Hauch Frühling, in den Bergen flimmerte Schnee. Zu meiner Verwunderung offerierte mir der Hausherr aus einem im Flur stehenden Schirmständer Spazierstock oder Wanderstab zur Auswahl, zog, als ich zögerte, den erstbesten heraus und, klick!, seine Hand umspannte den Griff einer Stahlklinge. Sichtlich genoß er meine Überraschung, faßte nun ebenso einen zweiten der unverfänglich aussehenden Wanderstöcke. Der gebrechliche ältere Herr wurde plötzlich zum Haudegen.

Bei wem war ich da zu Gast?

Bei dem, der im November 1918 mit einem bayrischen Eliteregiment von der Westfront abgezogen wurde, um zu helfen, in München die Revolution zu ersticken – und der dort noch am Tage der Ankunft in den Soldatenrat gewählt wurde.

Bei dem, den sich Alfred Kurella, der vier Jahre Ältere, auswählte, um mit ihm von der KPD-Zentrale in Berlin über Königsberg, grüne Grenzen zweier baltischer Länder kreuzend, Nachrichten zu den Bolschewiken in Moskau zu bringen.

Bei dem, der als internationalistischer Wachsoldat Dienst im Kreml aufnimmt und von W. I. Lenin als womöglich Kundiger für bayrische Angelegenheiten, aber auch zum nächtlichen Plausch herbeikommandiert wird (wo sonst trifft man einen deutschen Revolutionär aus München, der kein Wort von Marx gelesen hat).

Bei dem, der auf Moskaus Rotem Platz, in Ermangelung eines *echten* Delegierten aus Bayern, nach der Ansprache Lenins am 1. Mai 1919 unter dem Parteinamen Keneth »im Namen der Bayrischen Räterepublik« die Maifeier begrüßt (die »Izvestija« berichtete) – Nikolai I. Bucharin als Übersetzer.

Bei dem, der, von Lenin mit Begleitbrief versehen, sich auf Leo Trotzki's Panzerzug vor Petrograd meldet und in dessen Dienste tritt.

Bei dem, der bei der Rückkehr nach Deutschland in Riga nur knapp der standrechtlichen Erschießung entgeht, am 8. August 1919 wieder in München eintrifft, bald aber auf zwei Jahre hinter bayrischen Gittern weggeschlossen wird. »Schutzhaft« ohne Anklage und Prozeß, um den Vetter nicht zu kompromittieren: den rechtslastigen Diktator im Freistaat, Gustav Ritter von Kahr, der Bayern, vorbildhaft für das übrige Reich, als »Ordnungszelle im Staat« betrachtet.

Ja, bei dem, der im Gefängnis Psychologie studiert und später große Konzernchefs berät, so den Zigarettenkönig Philip F. Reemtsma (1893-1959), den Flugzeugkonstrukteur und Unternehmer Professor Willy Messerschmitt (1898-1978).

Bei diesem Mann, erwartungsvoll, war ich nun Gast.

Die Gespräche waren freimütig, längere Zeit ohne Tonband. Während des Interviews bat Kroeber-Keneth manchmal, das Band abzustellen. Ein einsamer Mensch wollte sich aussprechen. Er schilderte sein ungeselliges Kronberg, in dem man sich in seinem Haus vor Einbrechern barrikadiert und hofft, nicht überfallen zu werden. »Gut ist, stets Licht im Haus zu brennen, besonders wenn man fort-

geht.« Das kannte ich von zu Haus nicht, noch nicht. Er sprach von seinen sportlichen Ambitionen wie von Begegnungen bei einem Besuch in Israel, das sich atomar rüste.

Er erläuterte auch seine Arbeit als Unternehmensberater, die er inzwischen auf eigene Rechnung von Haus aus betreibt. Zwischenherin schrillte das Telefon: Teils erlebte ich, wie er seine Vermittlung herausragender Industriekader organisiert – den Firmen, die eine bestimmte Leitungsfunktion besetzen möchten, sei's Manager, sei's Chefingenieur, entlockt er (durch gezielte Nachfrage) telefonisch Details, wen sie *wirklich* brauchten. Entsprechend verfasste er die Annonce, die Ungeeignete, Glücksritter usw. von vornherein abzuwehren suche. Die ausgefeilte Offerte plaziert er selber für einen bestimmten Tag, eine bestimmte Seite und genaue Stelle, z. B. in der *FAZ*, in entsprechender Aufmachung und Größe, versteht sich. Ich erlebte, sie begleitend, wie die Ehefrau dem telefonisch durchgesagten Text wenige Stunden später mit ihrem Wagen bis nach Frankfurt hinterher fuhr, um noch an der Maschine in der Druckerei die Details zu beaufsichtigen. Das sei schon ungewöhnlich, aber die Redaktion (und der Setzer) hätten sich daran gewöhnt. Er bekomme, sagte Kroeber, trotz eingebauter »Abschreckung« meist über hundert Bewerbungsschreiben. Routine (die Art der Selbstdarstellung, Schrift etc.) ermögliche es ihm, das Gros der Ungeeigneten bei rascher Durchsicht auszulesen. Mit 10 bis 20 Briefen befasse er sich genauer. Bis zu fünf Kandidaten lade er zum persönlichen Gespräch. Mit den aussichtsreichen Zwei fahre er zum Firmensitz und mache seinen Vorschlag. Für den dann Eingestellten – dafür werde er gelöhnt.

Während wir über Alfred Kurella und die junge Sowjetunion sprachen, niemand habe ihn solches bislang gefragt, gewann ich den Eindruck, daß ihn Jugenderinnerung überwältigt. »Es ist gut, daß Sie gekommen sind«, sagte Kroeber-Keneth.

Zum historischen Hintergrund. Kleine Chronik

In der Novemberrevolution, die bereits am *7./8. November 1918* zur Abdankung des ersten Fürstenhauses im deutschen Reichsgebiet, des bayrischen, führte, sind beide, Alfred Kurella, Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend in München und der jüngere Ludwig Kroeber, involviert.

Am *20. März 1919* begeben sich der in Brieg geborene, im Rheinischen aufgewachsene Alfred Kurella und der Münchener, aus Donau-Wöhrst stammende Ludwig Kroeber, begleitet von einem russischen Ingenieur (als Dolmetscher), auf den Weg nach Moskau, wo sie nach genau einem Monat am *20. April* im Kreml eintreffen. So entgehen sie den aktuellen Münchener Ereignissen, die sie aber, plötzlich fragte Kenner der bayrischen Szene, auf andere Weise wieder einholen.

Am *7./8. November 1918* ruft Kurt Eisner (USPD) in Bayern die Republik aus und verkündet den Freien Volksstaat Bayern. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat wählt ihn zum Ministerpräsidenten Bayerns.

12. November 1918: Unterzeichnung des Waffenstillstands mit der Entente, der das Ende des Weltkriegs bedeutet.

Am 12. Januar 1919 muß die USPD bei der Wahl zu einem verfassungsgebenden Landtag gegenüber der SPD eine empfindliche Niederlage hinnehmen. KPD und Anarchisten boykottierten die Wahl.

Kurz vor seiner geplanten Rücktrittserklärung wird Kurt Eisner am 21. Februar 1919 von dem rechtsextremen Anton Graf von Arco auf Valley, auf offener Straße ermordet.

17. März 1919: Johannes Hoffmann (SPD) wird vom bayrischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Streit um »Räterepublik oder Parlamentarismus« verschärft sich.

21./22. März 1919: Die Nachricht von der Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik in Ungarn unter Béla Kun gibt der Rätebewegung in Bayern neuen Auftrieb.

7.-13. April 1919: »Erste Münchner Räterepublik« (von der KPD negiert und als »Scheinräterepublik« bezeichnet) unter Führung eines von linken Intellektuellen und Anarchisten dominierten »Zentralrats«. Prägend beteiligt sind Schriftsteller wie der Pazifist Ernst Toller (USPD), die parteilosen Anarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam. Das Kabinett Hoffmann flieht aus München nach Bamberg. Die USPD tritt aus der Regierungskoalition aus.

13. April 1919: Ein mit Billigung der »Bamberger Regierung« angezettelter Putschversuch von Militärs gegen die Räterepublik wird von Rotgardisten unter Rudolf Eglhofer niedergeschlagen. Kommunisten setzen den Zentralrat ab und übertragen die Regierung einem »Vollzugsrat« unter Eugen Leviné und Max Levien. Gustav Landauer und Ernst Toller erkennen den Vollzugsrat an und beteiligen sich zunächst an der von den Kommunisten dominierten »zweiten Räterepublik«.

16. April 1919: Gustav Landauer, enttäuscht von der Ablehnung seines Kulturprogramms, zieht sich von der Räteregierung zurück. Einheiten der »Roten Armee« unter Ernst Toller schlagen die in Dachau stehenden Freikorpsverbände und zwingen sie zunächst zum Rückzug.

17. April 1919: Angefordert von der Regierung Hoffmann, der »Bamberger Regierung«, verfügt Reichswehrminister Gustav Noske den Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München.

25. April 1919: Die »Bamberger Regierung« verhängt über München das Standrecht.

27. April 1919: Nach Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten um Eugen Leviné und anderen linken Revolutionären um Ernst Toller (u. a. darüber, ob man mit der Regierung Hoffmann Verhandlungen aufnehmen solle) tritt der Aktionsausschuß unter Leviné zurück und wird provisorisch unter Toller neu konstituiert. Die »Bamberger Regierung« verweigert sich ernsthaften Verhandlungen und verlangt die bedingungslose Kapitulation.

28. April 1919: Neuwahl eines Aktionsausschusses ohne Kommunisten und ohne Ernst Toller.

30. April 1919: In den Vororten Münchens kommt es zu grausamen Massakern der Freikorps an Angehörigen der »Roten Armee« und unbeteiligten Zivilisten. Rotgardisten töten daraufhin zehn im Münchner Luitpold-Gymnasium gefangen gehaltene Geiseln, vor allem Mitglieder der rechtsextremistischen »Thule-Gesellschaft«.

1. Mai 1919: Gustav Landauer wird von Freikorps verhaftet und tags darauf auf dem Transport ins Gefängnis von München-Stadelheim von Soldaten mißhandelt und ermordet.

Am 5. August 1919 kehrt Ludwig Kroeber-Keneth aus Sowjetrußland nach München zurück.

Erst am 1. Dezember 1919 wird der Kriegszustand über München aufgehoben. Inzwischen wurden die meisten führenden Mitglieder der Münchner Räterepublik von Standgerichten nach Hochverratsprozessen zu langen Haftstrafen verurteilt, so Ernst Toller zu fünf Jahren, Erich Mühsam zu fünfzehn Jahren Zuchthaus (nach fünf Jahren amnestiert). Rudolf Eglhofer wurde am 3. Mai 1919 standrechtlich erschossen, Eugen Leviné zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet. Max Levien gelingt die Flucht, ebenso Ret Marut (B. Traven), Mitglied der Pressekommission des Zentralrates. Über 2 000 (darunter auch vermeintliche) Anhänger der Räterepublik wurden erschossen oder zu Haftstrafen verurteilt. Graf Arco, der ursprünglich zum Tode verurteilte Mörder Kurt Eisners, wird zu einer Haftstrafe begnadigt und 1924 aus dem Gefängnis entlassen.

Das Gespräch und die Nachfragen haben zwei Bücher zur Grundlage: Alfred Kurella: Unterwegs zu Lenin, Verlag Neues Leben Berlin 1967 und Ludwig Kroeber-Keneth: Fetzen aus meinen Tagebüchern, Frankfurt/M. 1976.

Der Text folgt der Tonbandaufnahme. Die Fragen sind kursiv gesetzt.

Mit Ludwig Kroeber-Keneth im Gespräch

Es ist Dienstag, der 10. Januar 1978, wir sitzen im Wohnzimmer von Herrn Kroeber-Keneth in Kronberg. Herr Kröber-Keneth, Sie haben einmal sehr amüsan darüber geschrieben, es komme stets auf die richtige Fragestellung an ... Eigentlich wollte ich Sie einfach bitten zu erzählen. Vielleicht bietet es sich an, drei Bereiche im Auge zu behalten:

- die Münchener Ereignisse von 1918/19, erste Begegnungen mit Alfred Kurella, die Entstehung der Spartacus-Jugend in München, die Träume von damals;

- die Delegation nach Moskau und der gefährvolle Weg dorthin;

- als junger Bayer bei Lenin im werdenden Sowjetrußland und wie Sie dabei Alfred Kurella erinnern, auch jene Arbeitsteilung: Sie mußten sprechen – er durfte singen.

Aber ich bin sicher, alles was Sie zu berichten wünschen, auch scheinbar geringfügige Details, werden von Interesse sein.

Eben haben Sie einige Abzeichen der Roten Armee vor sich ausgebreitet, auch einen roten Stern mit Hammer und Sichel, mit goldenem Rand eingefast ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es ist ein Offiziersabzeichen. Und jenes andere ist das Soldatenabzeichen. Und das hier ist eine der frühesten, eine der bescheidensten Auszeichnungen, die die Rote Armee zu vergeben hatte. Ursprünglich war sie darauf ausgerichtet, keinerlei Rangabzeichen zu dulden, was sich aber sehr rasch unter dem Einfluß von Trotzki in Petrograd verändert hat.

Für mich mit das stärkste Erlebnis von Petrograd – Sie können das selbstverständlich gerne löschen – ist die Begegnung mit Trotzki. Und wenn Sie erlauben, lese ich Ihnen kurz meine Tagesbuchaufzeichnung über diese Begegnung vor: Sie ist datiert vom 14. 6. 1919 und lautet: »zum 1. mal Trotzky gesehen, der heute nacht gekommen ist (das heißt nach Petrograd) und mit Sinowjew bei uns oben ist (das ist im ›Astoria‹). am abend in einem feinen zweispänner, ›des allerheiligsten Synods‹ zum Zug Trotzky's, aber leider (ihn)

nicht mehr (an)getroffen. Abends sehe ich ihn in seinem gelben gummimantel, mit schirmmütze aus dem astoria gehen. er ist mittelgroß mit langem fast schwarzen haar, spitzbart. Das gesicht hat etwas gespannt nervöses hauptsächlich wohl durch den etwas unheimlichen blick.«¹

Ich habe die Tagebücher zerrissen, aber dieses Blatt habe ich mir aufgehoben. Für mich als Psychologen

... , *der Sie damals nicht waren, noch daran dachten, es zu werden ...*

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vollkommen richtig! Die Front um Petrograd war vollkommen eingedrückt – die Weißen standen bei Gatschina, beinahe bis in die Vororte, etwa 20 bis 25 Kilometer vor Petrograd – und wich zurück. Der Zug von Trotzki war ein primitives Wunder, mit Flakgeschützen auf offenem Plattenwagen von zwar primitiver, aber glänzend organisierter Art. Der Kraft dieses Mannes mit einigen wenigen Mitarbeitern ist es gelungen, die bereits weichende eingedrückte Front wieder hinauszuschieben und Petrograd zu entlasten. Das ist eine historische Tatsache, ganz gleichgültig, wie man sich sonst zu dieser Persönlichkeit stellen mag.

Das galt als Hauptfront damals?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das war die Hauptfront. Im Süden stand Denikin. Hier im Norden standen die Weißen vor Gatschina.

Gehörten Sie zu diesem Panzerzug?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich bin allein hinaufgefahren und später zu ihm gestoßen. Und dort beginnt meine, ich möchte sagen, schicksalhafte Bekanntschaft mit Trotzki, der mich als Übersetzer schätzte und von mir seine Schriften übersetzt wünschte. Was ich Ihnen jetzt hier zeige, ist wahrscheinlich eine bibliophile Kostbarkeit: »Trotzki über Lenin, Material für einen Biographen«, erschienen 1924 im Neuen Deutschen Verlag in Berlin, ein Verlag Münzenbergs, »Übersetzt von Keneth«. Ich vermute, daß dieses Buch überhaupt nie zur Auslieferung gelangte, denn mit diesem Buch beginnt Trotzki's Kampfansage gegen Stalin. Sie wissen ja, 1924 ist Lenin gestorben, und das hier ist die vorweggenommene Kampfansage an die sich neu formierenden Fronten.

Wie waren Sie auf das Pseudonym Keneth gekommen? War das Ihr Parteiname?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das war mein Parteiname. Die Geschichte ist drollig. Einer der stellvertretenden Volkskommissare von Tschitscherin², Karachan³, hat ihn mir angehängt. Er war Armenier, mit einem wunderschönen Bart. Man hat mir einen sowjetischen Paß ausgestellt, um meine Rückreise zu decken, und man sagte mir, da müßte ich auch einen anderen Namen tragen.

Er klingt englisch.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Keneth heißt eigentlich nur »Kenn nicht«.

Sowas wie »Kann nit verstan«, ja?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau. Ich sollte auch einen Vornamen bekommen und habe mich Hans genannt. So heiße ich in dem längst verschollenen Ausweis: Gans Kenet. Das heißt einfach: »Hans Kenn-ihn-nicht«.

Und der hat Ihnen so gefallen ...

1 In Rechtschreibung und Zeichensetzung nach dem Original. Mündlich vorgelegene Ergänzungen Kroebers stehen in Klammern.

2 Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin (1872-1936), Sohn eines Gutsbesitzers. 1905 Mitglied der SDAPR, schloß sich nach Rückkehr aus der Emigration den Bolschewiki an. 1918-1930 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten.

3 Lewon Michailowitsch Karachan aus Tbilissi (1889 geboren, 1937 erschossen), seit 1917 im diplomatischen Dienst (auch Sekretär der Verhandlungsdelegation in Brest-Litowsk).

LUDWIG KROEBER-KENETH: ..., daß ich ihn an meinen Namen angehängt habe. Jetzt komme ich nicht mehr von ihm weg, schon aus dem einfachen Grund, daß ich wie mein Vater Ludwig heiße. Mein Vater war seinerzeit ein bekannter Pharmakologe und Botaniker. Viele seiner Schriften sind Standardlehrbücher geworden. So gab es fatale Verwechslungen, weil wir beide Ludwig Kroeber hießen. So ist Keneth ein Unterscheidungsname.

In Leipzigs Deutscher Bücherei sah ich in der Kartei beide Ludwig Kroebers und fand es gut, daß einer davon zusätzlich Keneth heißt.

In Ihrer autobiographischen Schrift schildern Sie, wie Sie, fast durch Zufall, in die Novemberrevolution von 1918 geraten sind. Die Szene, wo Sie, vor dem Tisch des Soldatenrats nach einem Entlassungsstempel anstehend, zum Stempler werden, ist eines Schelmenromans würdig.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Eine Groteske.

Filmstoff oder Roman-Vorwurf, wie ein Mensch in etwas hineingerät. Aber so ganz zufällig war es wohl auch wieder nicht, denke ich an Ihre Familientradition: Adolf Kroeber, Ihr Großvater, beteiligte sich sechszehnjährig am Badenser Aufstand von 1849 wie der junge Friedrich Engels, der Adjutant Willichs. Und Sie, immerhin, hatten im März 1918 mit zerbrochener Brille eine Absatzbewegung von der Front hinter sich ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte bei meiner Rückkehr nach München im November 1918 durchaus nicht die Absicht, aktiv in die Revolution einzusteigen. Ich bin in sie hineingeschlittert. Aber richtig ist, was Sie sagen: In der Familie gab es eine rebellische Tradition seit dem Jahre 1848. Als Psychologe spreche ich überhaupt nicht von Zufall, sondern von der »Beziehung des Bezüglichen«. Das spielte hier fraglos mit, oder, wie es Hegel sagt: »Der Zufall ist die Summe der uns nicht bekannten Ursachen«. Ich kann nur sagen, ich bin nicht mit Absicht in diesen Fürstensalon des Münchener Bahnhofs gegangen, wo die Abfertigung der Heimkehrer erfolgte. Hier bin ich tatsächlich hineingerutscht. Ich wollte nur einen Entlassungsschein haben.

Drinnen das Büro wollte wegen Erschöpfung der Beteiligten schließen, und Sie verlangten mit dem Ruf »Aufmachen, sonst schmeißen wir eine Handgranate hinein« die Fortsetzung ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: der Entlassungszeremonie.

Dann sind Sie durch die Tischreihe gekrochen, haben einen völlig entkräfteten Mann zur Seite gezogen und ersetzt, um ihr eigenes Formular auszufüllen und abzusegnen. Und haben nun weitermachen müssen. Wie lange haben Sie diesen Tag abgeüßt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vom späten Vormittag an. Am späten Nachmittag fand die Wahl zum Bayrischen Arbeiter- und Soldatenrat statt.

Hunderte oder mehr hatten Sie kennen gelernt – Sie hatten den wohlthätigen Stempel verabreicht ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau.

Was hatten Sie dabei mit dem jeweiligen Soldaten zu verhandeln?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Belanglose Dinge: Truppenteil – wohin der Betreffende heimfahren wolle usw. Gegen Abend zu wurde

ambulant die Wahl zum Bayrischen Arbeiter- und Soldatenrat durchgeführt. Und da deutete man einfach auf mich. Das war das Bequemste.

»Den haben wir gesehen!«

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Abends war ich gewählt, war Mitglied des Soldatenrats, ohne etwas anderes getan zu haben, als Stempel auf Entlassungspapiere zu drücken und ein wenig Büroorganisation gemacht zu haben – eine Spezialität von mir –, wodurch es etwas flotter ging ... Ich habe dort nur wenige Sitzungen mitgemacht. Mein Rededuell mit Gustav Landauer im Gebäude des Landtags habe ich in meinen Aufzeichnungen beschrieben.⁴

Haben Sie einmal nach dem Protokoll dieser Rätetagung geforscht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ich weiß auch nicht, ob eins geführt wurde. Sehr formell war man damals noch nicht. Es war ein ziemlich wilder und ungefügiger Haufe.

Für Sie tat sich in Ihrer Entwicklung eine neue Dimension auf, als Sie zu jenen ersten stießen, die in München die Spartacus-Jugend bildeten. Wie kamen Sie zu dieser Gruppe?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich gehörte seit 1910 dem Wandervogel e.V. an. Es gab mannigfache Beziehungen zwischen Jugendbewegung und Spartacus-Jugend. Ich bin kein besonderer Anhänger oder Lobredner der bürgerlichen Jugendbewegung. Es gibt eine glatte Leitlinie von der bürgerlichen Jugendbewegung zum Hitlerismus ...

... über die Bündische ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Über die Bündische Jugend. Nur ein ganz kleiner Teil, unter Führung von Kurella und im Gefolge, weit im Gefolge von mir, ging zur linken Seite.

*Sich scharf abgrenzend von Blüher?*⁵

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Eines Tages fand ich mich im überfüllten Saal des Deutschen Theaters in München in einer Gründungsversammlung der Spartacus-Jugend, etwa Januar, Februar 1919, oder aber im Dezember 1918, ich weiß es nicht mehr.

Unlängst habe ich mein handschriftliches Manuskript voller jugendlicher Torheiten gefunden. Der Satz darin ist mir erinnerlich, wo ich als Vertreter der bürgerlichen Jugend der Arbeiterjugend zurief: »Euch hat man unterdrückt – uns hat man geistig kastriert«. Das war der Coup. Ich hatte großen Beifall, der mir sehr geschadet hat, denn er hat mich zu bleiben bewegt. Ich glaube, ich hatte die Mitgliedsnummer 6 der Parteijugend.

Ist Ihnen damals in der Münchener Gruppe der Spartacus-Jugend ein Otto Braun⁶ bekannt geworden?

Irgendwie ist mir der Name bekannt. Ich müßte ihn zwangsläufig kennen.

Und wie waren die Jugendzusammenkünfte?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für Geselligkeit war überhaupt keine Zeit da. Ich kann mich auch nicht erinnern, ob dort gesungen wurde. Es war eine brodelnde, und es war eine un gute Zeit. Hier muß ich etwas sehr Heikles anschnitten: Die Führer der Münchener Räterepublik waren, wie wir in Bayern sagen, »Zuagroaste«, die keinen echten Kontakt zur Bevölkerung hatten. Es waren ausschließlich

4 Zu Landauers Antrag, die Soldatenräte sollten entsprechend der Würde und der Idee der Revolution, künftig unbewaffnet zu den Tagungen kommen, stellte Ludwig Kroeber den Gegenantrag: »Sämtliche Räteabgeordnete sollten verpflichtet sein, mit Waffen zur Sitzung zu kommen, nur das entspreche der Revolution.« Siehe Ludwig Kroeber-Keneth: Fetzen aus meinen Tagebüchern, Frankfurt/M. 1976, S. 55/56.

5 Hans Blüher (1888-1955), Schriftsteller, Philosoph (Ursprünglich preußischer Monarchist). Bietet mit seinem Buch »Wandervogel« (1912) die erste Geschichte dieser Bewegung. Mit seinen Schriften »Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft« (Bd. 1, 1917; Bd. 2, 1919), »Werke und Tage« (1920; 1953) u. a. einflußreicher Theoretiker und Stichwortgeber in der bürgerlichen Jugendbewegung.

6 Otto Braun (1900-1974), in Ismaning b. München geboren, im Dezember 1918 Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, aktiver Teilnehmer an der Bayrischen Räterepublik. Wegen Hochverrats 1926 angeklagt, 1928 aus dem Zuchthaus befreit, Emigration in die Sowjetunion, 1932 Absolvent der Frunse-Militärakademie, 1932-39 militärischer Berater beim Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern in China und beim ZK der KP Chinas, unter dem Namen Li De Teilnahme am »Langen Marsch« der chinesischen »Roten Armee«; in der DDR, nach Rückkehr aus der Emigration, Redakteur, Schriftsteller und Übersetzer.

7 Felix Fechenbach, Sekretär Eisners. 1929-1933 Redakteur des sozialdemokratischen »Volksblattes«. 1933 Opfer eines faschistischen Mordanschlags.

8 Siehe Gustav Regler: Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Köln/Berlin (West) 1958, S. 103/04.

9 Eugen Leviné (geb. am 9. Mai 1883 in St. Petersburg; ermordet am 5. Juni 1919 in München), Sohn einer Großkaufmannsfamilie mit glänzender Universitätsausbildung in Heidelberg und Berlin, beteiligte sich als Mitglied der Sozialrevolutionären Partei an der russischen Revolution von 1904/05. Nach zaristischer Verfolgung wieder in Deutschland. Beteiligt an Antikriegspropaganda vor 1914; über USPD, Spartakusbund zum Gründungskongreß der KPD; übernimmt am 15. März 1919 die »Münchener Rote Fahne«. Unter seiner Leitung wenden sich die bayrischen Kommunisten gegen die Ausrufung der »bayrischen Schein-Räterepublik« (7.-13. April 1919). Geht nach Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik (13. April-3. Mai 1919) in die Illegalität. Nach seiner Ergreifung (Haft in München-Stadelheim) verurteilt ihn ein Münchner Sondergericht zum Tode, das unter Ägide der Regierung Hoffmann (SPD) vollstreckt wird.

10 Dr. Max Levien war Mitbegründer der Ortsgruppe des Spartakusbundes und der KPD in München, auch Mitglied der Regierung der kommunistischen Räterepublik.

Landfremde – Eisner, Fechenbach⁷, Toller, Landauer. Der einzige Einheimische in der revolutionären Bewegung war der Leiter oder Kommandeur der Roten Garde, Eglhofer, ein Kieler Matrose und mit ein treibender Keil.

Später habe ich auch Lenin gesagt, daß diese Revolution bestimmt zum Scheitern verurteilt sei, denn die ganze Spitze habe keinerlei echten Kontakt mit der Masse. Die führende Kraft in der Bayrischen Revolution waren die Arbeiter der nach München-Schwabing verlagerten Kruppwerke in Milbertshofen. Das war eigentlich der revolutionäre Kern Münchens.

In München sind Sie Alfred Kurella das erste Mal begegnet. In welchem Umkreis? Wie sah er aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich habe ihn auffallend blond, blaß, mit scharf geschnittenem Profil in Erinnerung. Ebenso erinnerlich ist mir sein anfänglicher Sprachfehler, der häufig dazu geführt hat, daß ich das Wort nehmen mußte.

Diesen Sprachfehler hat Alfred Kurella immer erst überwinden müssen, ehe er dann doch, auch vor vielen Menschen, das Wort nahm, so in München auf dem Stachus, wo er zur Bildung von Räten aufgerufen hat, wie Gustav Regler bezeugt.⁸

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella war politisch der Berufene – ich war in die Revolution hineingeschlittert.

Er hatte darüber zu befinden, schreibt Kurella in seiner Schrift »Unterwegs zu Lenin«, ob bei den Demonstrationen der KP München die Kanonen mitgeführt werden oder nicht. (...) Er war gut vier Jahre älter als Sie, machte das was für Sie aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. In dem Alter ist das ein enormer Abstand. Eigentlich wurde damals relativ wenig demonstriert. Ich erinnere mich einer sehr großen Demonstration unter Leitung von Kurt Eisner. Aber ich habe keine Kanone gesehen. Man war auch viel zu hungrig oder zu müd, solch ein Vehikel mitzuschleppen. Das schließt überhaupt nicht aus, daß er darüber zu befinden hatte.

Sagen Sie bitte, wie kam ein Münchener zu dieser Delegation nach Sowjetrußland?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Den stärksten Eindruck hat mir Leviné⁹ gemacht, Max Levien¹⁰ gar keinen – ihn hielt ich für einen großen Hansnarren. Leviné, eine starke, eindrucksvolle, sehr ernsthafte Persönlichkeit hat sich in Deutschland voll für den Spartakusbund eingesetzt. In Rußland war er nicht so geschätzt, weil er, soviel ich weiß, aus dem sozialrevolutionären Flügel herüberkam.

Hatte Leviné in jener Zeit in München eine bestimmte Funktion?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Funktionen liefen durcheinander. Man konnte nicht sagen, wer heute eine Funktion hatte, hatte sie morgen noch. Ein Ressort hatte er nicht. Der Einzige, der sich ein Ressort erkämpft hatte, war wohl Toller.

Wurde er als Kommunist angesehen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das wußte niemand. Er war, was wir in Schwabing einen »aufmüpfigen Schönredner« nennen.

Ein Dichter – und eigentlich kein Revolutionär. Nein. Nein.

Eugen Leviné hat mit Ihnen gesprochen und sie nach Berlin entsandt. Wollte er Sie schützen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Nein. Am 21. Februar wurde Eisner auf offener Straße erschossen. Ich kam ganz zufällig eine Viertelstunde später an dieser Stelle vorüber, sah noch die große Blutlache und die ersten Blumen in der Blutlache schwimmen, ging dann zum Soldatenrat hinüber, der in der nächsten Nähe lag. Die Ermordung Eisners durch den jungen Arco-Valley, der übrigens noch lebt, war ohnehin ein tragischer Irrtum. Denn Eisner trug in seiner Tasche das Redemanuskript für seine Demission als Ministerpräsident. Mit dem Tode Eisners war die Bahn frei für die damalige äußerste Linke, die kommunistische. Die erste Räterepublik zog herauf. Sie hatte ein Vorspiel, deren Träger oder Darsteller wohl USPD-Leute waren. Das ging ineinander über.

Ich hatte zu dieser Münchener Räterepublik gar keine Lust und gar kein Vertrauen, was ich später Lenin so und so oft gesagt habe, weil die gesamte führende Gruppe, Eglhofer ausgenommen, Leute waren, die keine Berührung mit der Basis hatten, weder mit der Arbeiterschaft, noch mit den Bauern, die sowieso nicht revolutionär waren. Ich habe gern die Gelegenheit genutzt, dem anbrechenden Wirrwar zu entgehen.

Wie erlebten Sie Alfred Kurella während dieser turbulenten Ereignisse? Oder sind Sie erst durch den Auftrag näher miteinander bekannt geworden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir kannten uns selbstverständlich.

Wußten Sie, daß Alfred Kurella nach seinem Abitur im Frühjahr 1914 in Bonn einige Zeit, mindestens bis zum Kriegsausbruch, eine Malerausbildung an der Kunstgewerbeschule in München hatte?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wenn Sie es jetzt so sagen, erinnere ich mich. Jedenfalls hat Kurella hervorragende Bleistiftskizzen gemacht. Von denen hatte ich lange Zeit welche – aber ich finde sie nicht mehr. Es waren Gelegenheitsskizzen ...

... von Menschen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mehr von Landschaften, kleine Schaustücke, Bleistiftzeichnungen. Was ich in Erinnerung habe war gegenständlich: solid handwerklich-gegenständlich.

Dieser Auftrag (gemeint ist die Rußlandreise, E. S.) machte uns näher bekannt.

Hier muß ich einschalten, daß in Moskau geplant war, der Gründung der Kommunistischen Internationale eine Kommunistische Jugendinternationale¹¹ nachzuschieben, um den Einfluß auf die jüngere Generation zu sichern. Delegierter der Kommunistischen Partei Deutschlands (zur Gründung der KI, E. S.) war Hugo Eberlein¹², wohl der erste Deutsche überhaupt, der drüben war.

Von München nach Berlin kamen Sie von einer unruhigen Situation in die nächste. In Berlin gab es Straßenkämpfe. Die KPD war verboten. Wo gingen Sie hin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Den Treffpunkt weiß ich nicht mehr. Die Besprechung mit Paul Levi¹³ fand merkwürdigerweise in einem obskuren Café statt. Levi war damals der Generalsekretär.

War er allein?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube ja. Bei dieser tragisch-komischen Begegnung sagte uns Paul Levi zum Abschied: »Wenn die Delegierten der Bayerischen Räteregierung nicht rechtzeitig nach

11 Die Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) erfolgte 1919 in Berlin.

12 Hugo Eberlein (1887-1941), Mitbegründer der KPD. Unter dem Decknamen Max Albert vertrat er die KPD auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale (KI) 1919 und war einer der Vorsitzenden des Kongresses.

13 Paul Levi (1883-1930), ursprünglich Sozialdemokrat, Rechtsanwalt, der im Februar 1914 Rosa Luxemburg verteidigte; Mitwirkung in der »Zimmerwalder Linken« in der Schweiz; Mitbegründer der KPD, seit Frühjahr 1919 ihr Vorsitzender. Ab 1922 SPD.

Moskau kommen, dann müßt Ihr die Bayrische Räterepublik vertreten.« Die »echten« Delegierten sind nie gekommen, weil die Räteregierung am 2. Mai gestürzt wurde.

Ahnten Sie, was mit dieser Reise nach Moskau bezweckt war?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich nehme an, Kurella hatte ein Mandat bei sich als Beauftragter der Münchener Spartacus-Jugend. Ob hier Vorverhandlungen geführt wurden? – Ich möchte es annehmen. Ich war hier nur »Mitläufer«, der einen gewissen Anhang hatte als Münchener. Das mag dazu beigetragen haben, in diese Rolle zu kommen: der einzige Bayer in der wortführenden Schicht.

Gern vergewissere ich mich, Herr Kroeber: War tatsächlich bereits damals in München von einer geplanten Gründung einer »Jugend-Internationale« die Rede? Sind Sie sicher?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube sicher zu sein. Aber das alles war 1919 – und wir haben jetzt 1978. Also würde ich Erinnerungstäuschung für durchaus möglich halten.

Wie waren Sie ausgerüstet für die weite Fahrt? Was trugen Sie?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir trugen unsere keineswegs brandneuen Uniformen vom Militär und, wie aus der Wandervogelzeit gewohnt, Rucksäcke.

Alfred Kurella schreibt von deutschen Zeitungen der verschiedenen Parteien, die sie mit sich führten, damit sich die Moskauer Adressaten ein eigenes Bild von der verworrenen Situation in Deutschland machen könnten.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, es waren schwere Packen von Zeitungen, die wir eine Zeitlang mitschleppten, aber irgendwie gingen sie dann unterwegs flöten ...

Jede Nachricht von dieser Reise ist kostbar. Bitte achten Sie kein Detail, dessen Sie sich erinnern, für zu gering.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich muß offen sagen, für mich war diese Reise in der Erinnerung mehr oder weniger ausgelöscht. Den Bericht Alfred Kurellas, den ich erst vor wenigen Wochen zu Gesicht bekommen habe, möchte ich unterschreiben. Er deckt sich mit meinen schattenhaften Erinnerungen. Ich habe keinen Zweifel an seiner Richtigkeit. Ich weiß noch, wir fuhren gelegentlich auch auf Pferdewagen. Die Einzigsten, auf die man sich verlassen konnte, waren die Juden im »Ansiedlungsgebiet«¹⁴, die als Händler und Fuhrleute sowieso in dieser Gegend die Transporte besorgten. Wenn ein Jude sagte, um neun holen wir euch ab, dann war er um neun Uhr da.

Ihrer Autobiographie war zu entnehmen, daß auf dem Wege nach Moskau eine große Organisation spürbar war, eine Kette, die das Trio von Station zu Station weiterreichte. Wie sah das denn aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Eigentlich sah man sie nicht. Wir begegneten plötzlich Leuten, die uns unterwegs ansprachen: Sie wollen doch dort und dort hin (...)? Dort wiederum traf man auf jemanden, der ungefähr die gleiche Frage stellte. Die Organisation als solche wurde mir nicht sichtbar – ich glaube auch, daß Kurella sie nicht gesehen hat. Sie bestand eben, zog sich durch die aufgewählten Gebiete Ostpreußens und Litauens.

Wie war er denn auf dem Marsch? Hatten Sie Streit, oder war man sehr einig miteinander?

14 Russisch: »tscherta osedlosti«.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir waren eigentlich nie einig. Die Differenzen waren wohl wesensartig. Kurella war wohl Mitteldeutscher¹⁵, und ich war eben Bayer. Wir lagen häufig auf verschiedenen Wellenlängen. Selbstverständlich war Kurella der Überlegene, eindeutig.

Woran denken Sie da?

LUDWIG KROEBER-KENETH: In der Führung der überlegene Kopf. Auch der bessere Kartenleser, zum Beispiel.

Sie besaßen Landkarten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir hatten welche, bekamen aber unterwegs auch primitive Wegekarten zugesteckt.

Sind Sie unterwegs auf Punkte gestoßen, wo Sie sich in großer Gefahr glaubten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mehrfach, ja. Mehrfach piffen Kugeln ziemlich scharf über uns hinweg, und wir haben uns auf den Boden geworfen. Wir wateten knietief und tiefer noch durch sumpfiges Gewässer. Aber für mich ist diese Zeit viel stärker ausgelöscht als für Kurella. Ich vermute, daß er sich in Moskau Aufzeichnungen gemacht hat, sonst wäre es fast nicht denkbar.

Sie waren sich jedenfalls immer bewußt, daß Sie viel riskieren.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. Die Fronten gingen durcheinander. Es gab sowohl nationalistische wie kommunistische Letten, zwischendurch Reste zurückströmender Freischärler. Es war ja alles da.

Und mit allen hatten Sie Begegnungen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir haben Begegnungen tunlichst vermieden. Aber man hat sich gestreift. Wir gingen ja in die »falsche« Richtung, nämlich nach Osten, während die uns Begegnenden mehr in den Westen wollten. Also waren wir durchaus verdächtig.

Gab es unterwegs auch Auseinandersetzungen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir waren nicht bewaffnet. Das wäre bei dieser Unterlegenheit hoffnungslos und nur eine zusätzliche Gefährdung gewesen.

Schildern Sie doch bitte, wie Sie, Ihrem Ziel nahe, der Roten Armee zum ersten Mal begegneten.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Plötzlich waren wir von Soldaten der Roten Armee umgeben. Es muß an einer Hauptstraße gewesen sein. Ich kann mich erinnern, daß dort ein roh gezimmertes, mit verdorrten Tannenzweigen geschmücktes Tor stand. Es muß dort schon eine Art feststehender Grenze bestanden haben. Eine Grenzpostenstelle ohne Schlagbaum, auf dem Lattentor eine Art Willkommensgruß. Ich muß hier etwas erzählen, was vielleicht den Überschwang dieser Jahre charakterisiert. Ich weiß, daß ich, als wir diese Grenze überschritten hatten und die Verhandlungen mit den beiden anderen liefen, in den Wald ging und den Boden küßte. Das klingt heute merkwürdig, aber es war damals der Rote Osten, die große Hoffnung.

In Ihrem Buch berichten Sie, daß Sie ziemlich abgerissen ankamen. Ihre alten Soldatenkleidungsstücke hatten sehr gelitten. Jetzt also wurden Sie, als erste Maßnahme des Roten Ostens, erst einmal neu uniformiert.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Man hat uns irgendwelche alten Klammotten, von denen ich vermute, daß sie aus einem Lazarett stamm-

15 Eine irrtümliche Annahme Kroebers. Kurella stammt aus dem oberschlesischen Brieg (heute das polnische Brzeg), verbrachte wesentliche Jugendjahre im Rheinländischen (Bonn).

ten, verpaßt, besser als das Zeug, mit dem wir durch die Sümpfe geschlichen sind.

Waren Sie nun richtig eingetünchte Rotarmisten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es waren »gymnastjorka«, große Stiefel, »schinelj«, Schirmmütze und so weiter, die einfachen Bestandteile der damaligen Uniform. Man wollte uns nicht lange im Grenzgebiet behalten und beförderte uns rasch weiter nach Osten.

Sie hatten sich also legitimiert.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Wobei ich vermute, daß Kurella die gewichtigeren Propuski hatte, »bumashki«.

Und Ihr dritter Mann, der russische Adlige?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Der kam mit.

Und wurde auch eingekleidet?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich vermute, ja.

Ein guter Geselle auf dem Weg?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich habe mich mit ihm besser als mit Kurella verstanden.

Sagen Sie doch bitte noch etwas über Ihren dritten Mann.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich weiß furchtbar wenig über ihn. Es war ein vollbärtiger Russe, der meines Wissens in Leipzig lebte, etwa Mitte oder Ende dreißig Jahre alt, der fließendes Deutsch und fließendes Russisch sprach.

Der einzige von Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte Anfangsgründe im Russischen. Ob Kurella sie hatte, weiß ich nicht. Ich hatte Russischstunden.

Das war ungewöhnlich.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Bei einem russisch-deutschen Studenten hatte ich vielleicht 10, 12 russische Stunden genommen, als Soldatenratsmitglied. Ich war allein, und es hat mich nicht sehr beansprucht.

Was hat Sie bewogen, den Russen mit auf die Reise zu nehmen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das weiß ich nicht, das war Kurellas Idee.

Aber er wurde als nicht ganz dazugehörig empfunden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, genau. Soviel ich weiß, hat Kurella sich von ihm in Moskau rasch getrennt. Ich habe ihn jedenfalls nicht mehr gesehen. Weiter hinten führen wir dann mit einem Zug.

Was änderte sich, als Sie angekommen waren?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war ein enormes Triumphgefühl. Moskau war von einem mythischen Glanz umgeben, den man sich heute kaum mehr vorstellen kann.

Wir landeten ziemlich ohne Verzug im Kreml. Von Kurella weiß ich dann sehr wenig, denn unsere Wege trennten sich bald. Anfangs, noch im Kreml, waren wir im *Kavalerski Korpus* untergebracht. Wir hatten, ohne es beschwören zu wollen, zwei ineinandergehende Zimmer. Er ist dann in die Stadt gezogen – ich glaube, in das Hotel »Lux« –, während ich im Kreml sitzen blieb, mit der Aufgabe, die aus München eintreffenden Nachrichten nach Möglichkeit auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und vor allem die Persönlichkeiten, die dort erwähnt wurden, zu schildern.

Kurella ist ziemlich rasch in den Süden gegangen. Die Schlüsselperson dafür war offenbar Manuilski¹⁶, der ukrainische Parteivorsit-

16 Dimitri Sacharowitsch Manuilski (1883-1959), über Jahrzehnte, ab 1924, in verschiedenen Leitungsgremien der Komintern.

zende, der uns beiden gewogen war, um nicht zu sagen, der ein wenig einen Narren an uns gefressen hatte. Er hatte auch mich eingeladen, ich konnte aber nicht, weil ich in dieser Nachrichtenstelle gelandet war.

Warum ist Ihnen diese Aufgabe zugefallen? Als dem besser mit München vertrauten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau. Außerdem verfolgte Kurella ein ganz bestimmtes politisches Ziel. Er arbeitete bereits intensiv in der Stadt. Einfachheitshalber war er im Hotel untergebracht und war mir verschwunden. Er war in der Jugendbewegung aufgegangen. Ich blieb »oben«. Der Grund war, daß ich München unvergleichlich besser kannte als Kurella: Der eine meiner Großväter war Bürgermeister von München, der andere Leibarzt des Prinzregenten – wir sind eine ausgesprochen alteingesessene Münchener Familie.

Nachforschungen haben ergeben, daß Alfred Kurella zweimal als Besucher Lenins eingetragen ist. Wie war das bei Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: In der Regel bin ich dabei niemandem begegnet. Zum Teil bin ich einfach von einem Unteroffizier der Kremlwache geholt und hingeführt worden in das – glaube ich – Senatsgebäude.

Lenins Sekretärin hat sich eine Notiz gemacht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war zum Teil gar keine Sekretärin da. Manchmal war es spät abends, ich erinnere mich an den einen oder anderen Transport zu ihm, wo ich in all den Sälen – dem »Saal der Volkskommissare«, dem »Uhrensaal« usw. – überhaupt keinem Menschen begegnet bin, außer einem Posten wiederum am Gebäude, aber keinem politischen oder Büromitarbeiter.

Kennen Sie den kleinen Thronsaal im alten Teil des Kreml? Ein gotischer, buntbemalter, niedriger Saal mit einem Riesenthron? Durch den lief ich immer, wenn ich rübergerufen wurde zu Lenin. Das war eine Abkürzung – sonst mußte man über den Kremlhof gehen, an der »zar kolokol« und der »zar puschka«¹⁷ vorbei. Wenn's eilig war, liefen der »Gusar«¹⁸ und ich durch den alten Kremlteil aus der Zeit des Iwan Grosny. Ungeheuer eindrucksvoll. Dort scheint das Hofgericht getagt zu haben. Der »Gusar« war immer böse, wenn ich mich auf den Thron setzte.

17 »zar kolokol« und »zar puschka« – überdimensionale Schaustücke innerhalb des Kremls: Glocke und Kanone.

Da war wohl das Bewußtsein wach, wir müssen alles unverfälscht für die Museumsbesucher der Zukunft bewahren, während Sie als unbedarfter Bayer...

18 Russische Schreibweise von Husar.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, ich setzte mich einfach drauf, vielleicht häufiger als vormals der Zar.

Sprach der »Gusar« deutsch?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ein paar Brocken. Aber um die Zeit sprach ich schon ganz ordentlich Russisch. Wenn man jung ist, faßt man enorm rasch auf.

Wie oft wurden Sie zu Wladimir Iljitsch gerufen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vielleicht sechs oder sieben Mal. Später war ich noch ein, zwei Mal bei ihm, als ich von Petrograd zurückkam.

Hier ist für Sie noch die Anthologie »Smoking braucht man nicht«, mit Alfred Kurellas Bericht vom Mai 1919 und dem Hinweis auf Ihre damalige Ansprache ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: (L. K. in dem Buche blättern) Paquet kannte ich natürlich. Neben ihm bin ich während einer Moskauer Demonstration marschiert. Da waren Paquet, Kurella und ich in einer Reihe. Und der französische Kommunist Guilbeaux, der in Frankreich zum Tode verurteilt war.

Wann war das?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vielleicht war es der 1. Mai 1919 oder extra noch eine Parade.

Hatten Sie Gespräche mit Guilbeaux?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, viele. Er gehörte zu unserm engsten Kreis. Auch Heinrich Vogeler kannte ich gut. Sein Sohn Jan hieß, als er geboren wurde, Kroeber. Ich habe Sonja geheiratet, wie sie schwanger war, damit sie deutsche Staatsbürgerin würde. Ich habe ihren Vater, Julian Marchlewski, heiß geliebt. Bucharin und Marchlewski waren die beiden, die mir menschlich am nächsten standen.

(Ludwig Kroeber zeigt ein Zettelchen, 10,4 x 7 Zentimeter groß, mit dem Lenin Kroeber-Keneth an den Kriegskommissar des Moskauer Rayons, I. T. Smilga verweist, durchweg handschriftlich, wobei der Lateinschrift die kyrillische Entsprechung folgt, dann aber, variierend Lenin nur lateinisch und Kreber – für Kroeber – nur kyrillisch geschrieben steht. Verliest sodann):

»Srietienski bulevard 6 (Lenin) Smilga (Kreber)«

Lenin hatte mir angeboten, ihn Iljitsch zu nennen – also sagte ich: »Genosse Iljitsch, wenn Sie schon schreiben, schreiben Sie doch bitte ihren Namen dazu.« So hat er seinen Namen deutsch geschrieben. Mir wäre russisch lieber gewesen. Es dürfte einer der ganz wenigen Autographen sein, wo Lenin seinen Namen deutsch geschrieben hat. Und er sagte, er würde bei Smilga anläuten. Und so ist es auch geschehen. Es ging um die Meldung (Entsendung E. S.) nach Petrograd. Deshalb für Smilga. Ich habe zweimal bei Smilga vorgesprochen: als ich, auf Lenins Geheiß, Ersatz für meine gestohlene Taschenuhr erhielt. Und als ich nach Petrograd an die Front wollte.

Was machte I. T. Smilga damals?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Smilga war Kriegskommissar des Moskauer Rayons.

Woher stammt das alte vergilbte Lenin-Foto?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hab es mir von drüben mitgebracht.

Wie haben Sie diese Dinge, das wertvolle Autograph, über die Zeiten gerettet.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich vermute, daß sie in meinem Elternhaus in Neuhaus bei Schliersee verborgen waren.

Bitte erzählen Sie von Lenin. Haben Sie die Fragen beantworten können, die er an Sie richtete?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Fragen, die Lenin an mich gestellt hat, waren einfacher Art. Sie bezogen sich auf den Ätherverkehr, der bei mir einlief.

In Form von Papierstreifen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Alles, was im Äther war. Von mir aus war es ein dauernder Fluß, beinahe täglich. Kommentare gingen hinüber zu Lenin, wenn mir etwas eingefallen ist. Ich bekam eine

Art Kasten hingesezt mit den Funksprüchen, die waren offen oder bereits entschlüsselt.

War es eine schwere Arbeit, etwas Vernünftiges zu den Nachrichten zu sagen? Sie waren doch vollkommen unbefangen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Unbefangen war ich insofern nicht, als ich nicht an den Erfolg der Münchener Räterepublik glaubte. Es kamen Nachrichten von dreierlei Art an: von der Bayrischen Räterepublik selbst, die hochtrabend ihre Erfolge schilderte; von der geflüchteten bayrischen Regierung Hoffmann, die in Bamberg saß; es kamen Nachrichten von der bereits bedrängten ungarischen Räteregierung unter Béla Kun. Unglücklicherweise sprechen alle drei Quellen etwa übereinstimmend von den großen Erfolgen der Münchener Räterepublik. Wenn drei so unterschiedliche Informanten etwa das gleiche sagen, sollte man annehmen, es müsse wohl stimmen. In Wirklichkeit verfolgten alle drei mit ihren Falschnachrichten unterschiedliche Zwecke: Die Regierung Hoffmann wünschte die Reichsexekutive durch die Reichswehr, die Bayern wollten sich mit dem Erreichten rühmen, die Regierung Béla Kun wünschte sich gute Nachricht von der Flankensicherung in Bayern.

Und der Empfänger in Moskau rechnete mit der Weltrevolution.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das brachte mich in eine schwierige Situation, weil ich an die Münchener Räterepublik nicht glaubte. Nicht, weil ich ein großer politischer Prophet gewesen wäre, sondern weil ich die Hauptdarsteller kannte, von denen ich nichts hielt.

Ja, ich denke an Ihre Schilderung Ernst Tollers, den Sie angesichts unausweichlicher revolutionärer Entscheidungen im geblühten Schlafrock auf dem Sofa liegend fanden, Oscar Wildes Buch »Die Fehler des Menschen unter der Sozialisierung« lesend.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Diese Schilderung hat Eindruck auf Lenin gemacht. »Dummheiten, Dummheiten!« hat er dazu gesagt. Solche stories wollte er von mir haben. Die konnte ich ihm liefern. Hätte er Analysen von mir gefordert, wäre ich überfordert gewesen. Nun hat er München sehr gern gehabt ...

Er war ja auch zwischen Herbst 1900 und Frühling 1902 viele Monate dort ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, er hat einfach auch auf Schilderungen von München gewartet.

Sie meinen: über das politisch Zweckmäßige hinaus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wesentlich hinaus. Das Politische spielte in diesen Unterhaltungen natürlich eine Rolle ...

Er nahm sich Zeit für das architektonische und kulturelle München? War es in seiner Erinnerung?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Absolut. Aber er hat mir auch von den Schwierigkeiten erzählt, mit vielen Büchern umzuziehen. Sowas hat ihn sehr verdrossen. Das waren bescheidene Gespräche, aber ich möchte annehmen, daß es für ihn eine Art Erholung war, mit einem unbedarften Jungen zu sprechen.

Offenbar sprachen zwei Dinge für Sie: ein Münchener, ein wirklicher Bayer zu sein, und Ihre jugenhafte Spontaneität.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das möchte ich annehmen.

Sie hatten damals noch keine Zeile von Marx gelesen – oder überreiben Sie?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Damals hatte ich keine Zeile gelesen. Marx habe ich dann im Gefängnis sehr ausführlich gelesen. Ich habe ja zwei Jahre gesessen. Da hat man Zeit.

Und da wollte Lenin etwas nachholen mit Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, nein, absolut nicht. Er nahm mich so hin wie ich war. Was Lenin interessierte, das waren Kommentare zu den Münchener Persönlichkeiten, die im Vordergrund standen. Wenn er Toller gelesen hat, dann wollte er schriftlich oder mündlich – das war ganz unterschiedlich – einen Kommentar zu Toller haben. Dann habe ich gesagt: »ein jüdischer Literat« – denn judenfreundlich war Lenin nicht, nicht wahr?

Mit dem kleinbürgerlich-nationalistischen »Bund« hatte er immer wieder Streit, das ist sicher, aber ein »Rasse«-Denken war Lenin fremd.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, sicher. (...) Dazu kam, daß Lenin und ich eine philologische Ader hatten. Wir tauschten unsere Ansichten über die Herkunft ungezählter deutscher Lehnwörter in der russischen Sprache aus, die ein Teil der Kulturgeschichte, auch ein Teil der russischen Wirtschaftsgeschichte sind. Wir gingen beide davon aus, daß diese Worte Einbringsel durch Peter den Großen sind; aber es stellte sich heraus, daß zweifellos auch noch frühere Worteinsprengsel wie »komnata«, »gost« usw., die mindestens ins 16. Jahrhundert zurückreichen, in großer Zahl vorhanden sind. Das hat Lenin im Gespräch Spaß gemacht. Die ganz alte Garde, die Zimmerwaldgarde, hatte merkwürdigerweise schulmeisterliche Züge.¹⁹

Lenin ist Sohn eines Schulinspektors ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Diese ganzen Leute, wie Bucharin, hatten schulmeisterliche Züge. Das hängt vielleicht mit dem rabbinischen Zug des Marxismus zusammen. Sie alle hatten philologische Interessen, was zum Teil auch damit zusammenhing, daß sie Russen waren, Deutsch aber können mußten, um die marxistischen Schriften lesen zu können. Dann hatten sie in der Regel Französisch als Gesellschaftssprache gehabt, und durch diese mindestens Dreisprachigkeit kam ein etwas philologischer Zug in diese alte Garde um Zimmerwald.

Hochgebildete Leute.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. Grundgescheit war Radek, liebenswert Bucharin; Sinowjew, würde ich sagen, etwas ein Schwatzkopf, Trotzki und Tschitscherin grundgescheit, und ebenso Karachan, sein Stellvertreter, der mir die sowjetische Staatsbürgerschaft ausgestellt hat.

Und dann hat Lenin bemerkt, daß Sie krank geworden sind.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, er hat gemerkt, daß er keine Berichte (aus Bayern, E. S.) mehr bekam. Ich vermute, er hat den »Gusar« danach gefragt. Seine eigentliche Bezeichnung war »Offizier«, aber erstere war ihm lieber. Und beauftragte ihn, einmal nachzusehen. Da standen die Eßschalen unberührt, die er täglich brachte, drang dann ein in die großen mönchartigen Zellen an der vorderen Kremelfront, und fand mich in einem traumaartigen Fieberzustand. Es war das Moskwa-Fieber, eine damals weit verbreitete, offenbar typhöse Erkrankung, die im wesentlichen Zugereiste betraf. Es kann sein, daß sie mit unzulänglicher Trinkwasseraufbereitung zusam-

19 L. Kroeber-Keneth, ...
»Fetzen ...«, a. a. O., S. 61.

menhing. Sie äußerte sich in Durchfall oder in typhusartiger Form. Ich habe sie massiv bekommen, ich bin magenanfällig. Ich bin also im Kremllazarett aufgewacht, das dem »kavalerski korpus« (Kavaliersflügel) im wesentlichen gegenüber lag. Niemand wollte mir sagen, wie ich dort reingekommen bin. Dort wurden die Leute aus dem ZK behandelt.

Na, Sie waren schließlich Mitarbeiter.

LUDWIG KROEBER-KENETH: So fein war ich auch wieder nicht, daß ich in dieses noble Lazarett kommen mußte. Niemand wollte mir sagen, wie ich da hineingekommen bin, bis mir eine Krankenschwester sagte: »Das hat Iljitsch besorgt.« Mehr weiß ich nicht.

Wie war Ihr Status? Waren Sie zu der Zeit Offizier? Die Uniform trugen Sie wie alle anderen. (...) Waren Sie nicht selber »Gusar«?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das wechselte so. Teils war man nichts, zum Teil war ich Kommissar der Internationalen Brigade.

Was war das genau?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ein zusammengelaufener Haufen junger Leute – Deutsche, Tschechen, hauptsächlich wohl Slawen, Polen, Balten – der in Petrograd stationiert war, eine Einheit der Roten Armee.

Mit unterschiedlichen Sprachgepflogenheiten – wie kann man da kämpfen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das notwendigste Russisch haben sie inzwischen gekonnt.

Und Sie galten als Spezialist, auch als Militärspezialist?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, das war man dort rasch.

Immerhin hatten Sie Weltkriegserfahrung ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: ... als Unteroffizier!

Die Köchin mußte regieren – da mußte der Unteroffizier ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: ... die Brigade anführen.

Was war eine Brigade?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Im deutschen Heer bestand eine Brigade aus zwei Regimentern. Das hier war ein zusammengelaufener Haufen aus, ich schätze sieben- bis achthundert Menschen.

Das entsprach ja Lenins Meinung: Revolution muß man mit denen machen, die man hat.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Ja.

Und wie kamen Sie zur Reiterei?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ach Gott, sportlich wie ich damals war, konnte ich mich auf dem Pferd halten. Aber ich verabscheue Pferde. »Das Pferd ist ein wildes Tier – und trachtet dem Reiter nach dem Leben«, heißt ein Spruch. Sie haben treue Augen und sonst nichts.

Die Weißen waren eben sehr nahe. Und alles, was irgendwie transportfähig war, mußte sich auf die Pferde setzen – und ihnen nach! Und da deren Pferde besser gefüttert waren als die unseren, sind sie schnell wieder weggekommen. Das nennt man dann einen Sieg – *pobeda*.²⁰

Auf Ihrem Weg nach Hause entgehen Sie Mitte Juli 1919 in Riga mit knapper Not der Erschießung durch die Weißen, um wenig später der Reaktion in Bayern in die Hände zu fallen. Welche Aufgabe hatten Sie für ihre Rückkehr nach Deutschland.

20 Hier sitz' ich auf Rasen/
mit Veilchen bekränzt;
hier will ich auch trinken,/
bis lächelnd am Himmel mir
Hesperus glänzt!
Zum Schenktisch erwähl'
ich/das duftende Grün,
und Amor zum Schenken;/
ein Posten wie dieser, der
schickt sich für ihn.
Das menschliche Leben/
eilt schneller dahin
als Räder am Wagen./
Wer weiß, ob ich morgen
am Leben noch bin?
Vom Weibe geboren,/
wir alle sind Staub;
der früher, der später,/
wir werden einst alle des
Sensenmanns Raub.
Und deckt mich des Grabes
/unendliche Nacht;
was hilft's, daß ein Arzt mich
/mit köstlichen Salben zur
Mumie macht?
Ach lieber, solange es/
auf Erden noch geht,
bekränzt mich mit Rosen
/und gebt mir ein Mädchen,
die's Küssen versteht!
Ich will mich noch laben/
am Wein und am Kuß:
bevor ich hinunter/
zum traurigen Reigen der
Schattenwelt muß.
Lied um 1790. Worte:
Klamer Eberhard Karl
Schmidt (1746-1824).

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich bekam den Auftrag, in München die Kommunistische Partei Deutschlands wieder aufzubauen, harmlos, harmlos, harmlos.

Von wem bekamen Sie den Auftrag?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Von Sinowjew. Alle Dummheiten kamen von Sinowjew. Es war eine vollkommene Verkennung der revolutionären Situation.

Wieso wieder aufzubauen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Sie war ja verboten. Am 2. Mai wurde München von den weißen Garden eingenommen. Das hat ungefähr sechshundert Tote auf der roten Seite gekostet, eine ganze Menge. – Ich bin an meinem 20. Geburtstag in München angekommen (5. August 1919, E. S.). Mit ein paar Adressen, die ich zuvor in Berlin von Paul Levi erhalten hatte, oder, ich weiß nicht, war es Ruth Fischer? Die Ruth Fischer war ein ganz großes Mistviech. (...) Ich bekam also ein paar Münchener Adressen, wo ich wieder anklopfen konnte. Das war gerade, als die Geiselmörder exekutiert wurden – jene, die die, ich glaube sechzehn Leute von der Thule-Gesellschaft als Geiseln an der Mauer des Luitpold-Gymnasiums erschossen hatten. Man sieht die Einschüsse heute noch. Die Thule-Gesellschaft war eine deutsch-tümelnde reaktionäre Gesellschaft, die in jeder »Geschichte der Münchener Räterepublik« eine Rolle spielt. Hier begann der tragische Umschwung. Die Münchener Räterepublik genoss eine gewisse Popularität, die nach der Erschießung – es waren auch ein paar Frauenzimmer dabei, brutal an die Wand gestellt – verloren ging. Natürlich waren es Reaktionäre, das ist gar keine Frage.

Die Konterrevolution danach war, wie so oft in der Geschichte, wesentlich schlimmer.

LUDWIG KROEBER-KENETH: (...) war viel schlimmer, ja. Aber darum hat die Münchener Bevölkerung keinerlei Widerstand gegen die anrückenden weißen Garden geleistet. Diese Geiselmörder, sechs, acht, zehn – etwa in der Größenordnung – wurden nun am Münchener Ostfriedhof bestattet, und ich Idiot habe als illegaler Leiter der Kommunistischen Partei dort die Grabrede gehalten. Es war mir klar, daß unter den wenigen Zuhörern die Hälfte Kriminalpolizei war. Aber nun spricht mein schriftstellerischer Schwachsinn mit: Ich habe mir eine Zeitung gekauft und hab vergessen, daß ich illegal bin. Und hab auf der Straßenbahn Zeitung gelesen. Am Sendlinger Tor – ich weiß noch die beiden Bäume, wo's geschah – legt sich mir eine Hand auf die Schulter: »Folgen Sie uns. Kriminalpolizei!« Und da bin ich in die Ettstraße eingeliefert worden und hab dort zunächst einen sehr ruhigen Karfreitag 1920²¹ verbracht.

Nun hatte ich außerdem das Pech, daß mein Vetter, Ritter von Kahr, Staatskommissar, praktisch der Staatspräsident von Bayern war. Und der Staatsanwalt hatte ihm mitgeteilt: »Ich muß sechs Jahre Zuchthaus gegen Ihren Vetter beantragen.« – Das war ihm sehr unangenehm. Daraufhin wurde die »Lex Kroeber« geschaffen, das nach dem Krieg abgeschaffte Schutzhaftgesetz wieder eingesetzt – damit der Vetter des Staatspräsidenten nicht ins Zuchthaus wandert.

Eine echte Vetternwirtschaft.

21 In dem Buch »Fetzen ...«, a. a. O., S. 100 ist angegeben, daß L. Kroeber-Keneth vom 15. November 1919 bis August 1921 Staatsgefangener des Freistaates Bayern war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das kann man sagen. So hat mich meine Leidenschaft für Zeitungen dorthin gerissen. Ich hatte völlig vergessen, daß ich Kommunist und illegal bin. Das ist der beste Beleg, daß ich nicht wirklich politisch bin.

Ja, Sie behaupten das in Ihrem Buch, aber beweisen konnten Sie es keinesfalls.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wollte sagen: Ich bin politisch denkend. Ich bin kein politischer Täter. Im Gegensatz zu Kurella, der immerhin *tätig* war. Ich bin kein politischer Täter, wohl aber politisch interessiert, im Sinn der Geschichte.

Haben Ihre Eltern Sie im Gefängnis unterstützt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Meine Eltern waren nicht beglückt mit mir. Während meiner bayrischen Haftzeit haben sie sich sehr gekümmert und gesorgt, aber wir hatten wenig echten Kontakt miteinander.

Sie kamen zu den Besuchszeiten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Natürlich. Nun war ich ja zum Teil auch außerhalb Münchens inhaftiert, so in Landsberg, wo Hitler später sein Buch »Mein Kampf« geschrieben hat. Ich war jedenfalls im Krankenflügel von Landsberg.

Und was brachte die Mutter mit?

LUDWIG KROEBER-KENETH: 1920/21 – das waren ausgesprochene Notzeiten. (...) Als ich im Gefängnis war, wollte sich das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands für mich verwenden, daß die ewige Verlängerung der Schutzhaft, die alle drei Monate erfolgte, endlich aufhören sollte. Aber da soll sich, wie ich hörte, Kurella in dem Sinne dagegen ausgesprochen haben, daß er, Kroeber-Keneth, uns im Gefängnis nützlicher sei als wenn er draußen wäre. So ist es mir berichtet worden.

Ich hätte ja Zweifel an solchem Bericht, nicht allein, weil Alfred Kurella überhaupt nicht im Lande war und wohl damit nicht befaßt.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich kann's nicht sagen. Es wurde mir nur so gesagt.

Von Lenin schreiben Sie, daß er faszinierend war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Lenin hatte die Gabe der Faszination in einem ganz ungewöhnlichen Sinn auch über seine Zeitgenossen hinaus.

H. G. Wells hielt Lenin, der ihm die Zukunftspläne Sowjetrußlands, besonders die geplante Elektrifizierung des ganzen Landes erläuterte, für einen Phantasten und Träumer.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Also Ahnungsvermögen gehört sicherlich mit zur Faszination. Ob er ein eigenpersönlicher Denker war – ich möchte es dahingestellt sein lassen, ich wage das Urteil nicht. Daß er eine weltbewegende Persönlichkeit war, das ist sicher.

Für die Rückkehr nach Bayern bekamen Sie einen Brief mit?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Einen Brief von Lenin – nein. Eine Beauftragung, von ihm angeregt, die jemand im Zentralkomitee unterschrieben hat.

Sie berichten von einem Detail: Sie hatten von Lenin die Kenntnis und nutzten sie entsprechend, wie man rohe Milch als Geheimitinte verwendet. Ich weiß, Lenin hat es in der Illegalität so gehalten – aber wie kam das zu Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das hat er mir erzählt. Ich besitze einen dieser Briefe, die ich vor dem Ausbruch aus Günzburg geschrieben habe. Den mußte man mit dem Bügeleisen behandeln, damit die Schrift wieder sichtbar wurde – und das beruht auf einem Hinweis von Lenin.

Wie kam er dazu?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Manchmal hatte er Lust zu erzählen. Er hat mir auch erzählt, woher sein Name kommt, was damals merkwürdigerweise auch Leute seiner Umgebung nicht genau wußten: »der Mann von der Lena her«, der von der Lena kommende Mann. Er hatte manchmal Lust zu plaudern – er hatte keine Gesprächspartner mehr, er war für seine alten Zimmerwalder Genossen zum Monument geworden.

Und da kam der Jüngling aus Bayern ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Und da hatte er Lust, in Erinnerungen zu graben, sein Deutsch zu projizieren und zu reproduzieren, er bekam Lust zu sprechen. Wenn ich nicht so jung und dumm gewesen wäre, hätte ich jedes dieser Gespräche nachträglich aufzeichnen müssen, obwohl sie nichts enthielten, was irgendwie den Weltgang betraf. – Nein, es waren persönliche Erinnerungen, an seinen Hauswirt in München ...

Was sagte er von ihm?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Daß er ein Ekel war!

Und trotzdem blieb er?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, er mußte umziehen, und es gab dann Ärger mit den vielen Büchern. (...) Aber, wie gesagt, ich habe diese kleinen stories erlebt und nie aufgeschrieben. Das bedaure ich heute sehr.

Haben Sie ihn mit der Katz gesehen? Er mochte eine Katz.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, ich habe nie bei ihm eine Katze gesehen.

Sie werden verstehen, viele Menschen beneiden Sie natürlich. Sie halten Lenin für einen ganz Großen dieser Welt, Alfred Kurella selbstverständlich, ich ebenso. »Unterwegs zu Kurella« – meine Fahrt zu Ihnen – das ist schon spannend. Aber unvergleichlich ist »Unterwegs zu Lenin«.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Allein schon dieser Titel, nicht wahr? Also der Titel ist glänzend gemacht. Und auch die Erzählung ist blendend. Es ist natürlich ein Titel ex posteriori, denn ich glaube, wir hatten für unseren Brief einen anderen Adressaten.

Swerdlow! Und als Sie in Moskau eintrafen, war Jakow M. Swerdlow grad gestorben.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ach, daher meine Zweifel, denn unser Adressat war nicht Uljanow.

Und dann kamen die bayrischen Ereignisse, und alles kam in Fluß. Es war interessant, daß Sie erklären, Ihnen habe die Geschichte am nächsten gelegen, jedenfalls näher als die Psychologie.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Viel näher. Die Psychologie ist der Versuch, aus der Unfähigkeit, mit Menschen etwas anzufangen, einen leidlich gewinnträchtigen Job zu machen.

Ich war in der festen Absicht zu Ihnen gefahren, nicht mit Ihnen zu streiten, aber wenn Sie Ihre Zweifel anmelden, daß die bürgerliche

Revolution von 1848 durchweg gescheitert und die Novemberrevolution von 1918 siegreich gewesen sein soll, so kann ich Ihnen ohnehin nur zustimmen.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die 48er Revolution wurde zwar militärisch niedergeschlagen, sie brachte aber das Großbürgertum an die Macht. Die Revolution von 1918 ist im Grunde eine verlorene. Die Aushängeschilder hatten sich geändert, aber es blieb beim Alten. *Hier ist ein Bild aus der frühen Komsomol-Zeit. Ist Ihnen jemand davon bekannt?*

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wer steht da hinter Kurella?
Wir wissen es nicht ... Sie erkennen keinen weiteren?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es kommt mir so vor, als ob ich die alle kennen würde. Ich kann keinen benennen und habe das merkwürdige Gefühl, daß ich sie alle kenne.

In Leipzigs Deutscher Bücherei hatte ich nur flüchtig Gelegenheit, Ihr nach einem chassidischen Lied geschriebenes Gedicht vom Glück zu lesen. Es hat mir auf Anhieb gefallen:

Massel
*weit hinten in Polen
am Ufer des Dnjester
liegt sich es Dörfel
im Dreck*

*Warm ist der Ofen
der Tisch ist gericht
fehlt nur a bissel
a bissel a Licht.*

*Iber dem Ufer
beten die Jidden
nach Osten gebickt
um a bissel, a bissel
a Glick.*

Es schien mir so treffend die Atmosphäre einzufangen, die Sie damals auf Ihrem langen Wege kennengelernt haben mögen und von der man ein wenig durch Scholem Alechem weiß.«

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, es hat die Atmosphäre des Chassidischen. Aus diesem Chassidentum kommen die berühmten russischen Geiger wie Oistrach, Menuhin und wie sie alle heißen. Und zwar wird beim Schabbes gefiedelt, gesungen und getanzt. Dort ist die hohe Musikalität zu Hause.

Vielbödig und sehr interessant fand ich auch Ihr:

Narrenlied
*Ich bin der lust'ge Rat
der großen Herrn.
Die möchten bitter sich beschwern
tät ihnen mein verdorrter Mund
die ungeschminkte Wahrheit kund.*

*So lass' ich meine Schellen klirren
so lass' ich meine Peitsche schwirren
so hörn sie's gern
die großen Herrn.*

Wann wurde es denn geschrieben?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vor 20 Jahren.

So festgelegt, wie es in Ihrem Buche als Vorspruch zitiert wird, ist es gar nicht ...²²

22 L. Kroeber-Keneth,
»Fetzen ...«, a. a. O., S.75.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, nein. Es bezieht sich letztenendes auf die beiden Chefs, die ich am liebsten mochte. Das eine ist Philipp Reemtsma, der die Zigarette geschaffen hat, das andere ist der Professor Messerschmitt, der das Flugzeug geschaffen hat. Das waren die beiden Chefs, die mir nahestanden sind.

(Tilla Kroeber: Echt große Leute!)

Und wissen Sie, ich hab's eigentlich heute satt. Ich mag dieses Bourgeoisiegesindel nicht mehr. Und ich mag aber auch die sowjetischen Kleinbürger nicht, die sowjetischen Oberbuchhalter nicht.

Es ist Zeit, daß man geht. Ich hab mein Soll erfüllt. Es ist gut, daß Sie gekommen sind. Es dauert nicht mehr lang.

(11. Januar 1978) Ihr Kronberg ist ein hübsch gelegenes Städtchen, mit überschaubarer Einwohnerzahl. Herrschen hier strenge Konventionen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Man weiß zu genau voneinander Bescheid. Es lohnt hier nicht anzugeben. Große Toiletten sind hier nicht üblich.

Keine Neureichen?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es sind Normalbesitzer, Geschäftsleute und so weiter, Ärzte. Was an wirklich reichen Leuten da ist – wir gehören nicht dazu – das sind Altreiche, die zwei Inflationen überstanden haben, die seit Generationen ihre Häuser hier haben und höchstens Besorgnis haben, wie man heute noch Dienstkräfte bekommt.

Und Sie sind gern hier?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Manchmal denke ich, ich gehöre eigentlich nach München, aber mit den Jahren ist man dort wohl etwas fremd geworden.

Schreiben Sie, Herr Kroeber, heutzutage auch ab und an noch ein Gedicht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war eine Zeitlang, wo ich gern Verse geschrieben habe. Dann war diese Ader plötzlich versiegt. Ich glaube, ich habe vor zehn Jahren aufgehört. Ich wäre heute nicht mehr in der Lage, einen echt empfundenen Vers zu schreiben – reimen kann man immer.

Gern möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie um ein paar zusätzliche Auskünfte zu den besprochenen zu bitten – vielleicht erst einmal nach dem Jahr 1913, das als Jahrhundertfeier bereits chauvinistisch genutzt wurde, in dem es aber auch das große Jugendtreffen auf dem Hohen Meißner gab.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Als 14jähriger habe ich daran teilgenommen, aber Erinnerungen eines 14jährigen wären so unreif und

so unfertig, daß sie nicht aufzeichnungsreif wären. Ich weiß nur, daß Wyneken eine Rede gehalten hat – dem sind wir weit aus dem Weg gegangen. Ich war mit der Wandervogelgruppe aus München gekommen und war einer der jüngsten Teilnehmer. 1908/09 war ich in den Wandervogel e.V. München eingetreten.

Seit ich von Alfred Kurella und seinem Freundeskreis weiß, interessiert mich das Phänomen von Jugendfreundschaften, die Tatsache, daß sie, Jahrzehnte überdauernd und über Schranken hinweg, ein weiterwirkender Stimulus bleiben. (...) Nun ist es schon möglich, daß Alfred Kurella sich geärgert hat, als Sie ihm 1954 anlässlich der Übersendung seines Buches »Ich lebe in Moskau« antworteten: »Wunschgemäß übersende ich Dir mein letztes Buch: »Menschenführung – Menschenkunde«. Es zeigt, wo ich stehe. Dein Buch über Moskau kenne ich. Es zeigt, wo Du stehengeblieben bist.«²³ Eigentlich ist das eine Auszeichnung.

LUDWIG KROEBER-KENETH: In gewissem Sinne: ja!

1976 schreiben Sie über Ihren Reisegenossen von 1919: »Ich habe kaum je einen begabteren Menschen erlebt als Kurella: Zeichner, Bänkelsänger, Lautenspieler. Politisch unvergleichlich begabter als ich (...).«²⁴

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella hatte unendlich faszinierende Züge. Er war eine faszinierende Persönlichkeit, nur er war auch eine schillernde Persönlichkeit in seiner Jugend. Es tritt ja mit der Zeit auch eine Altersverholzung ein, die aber auch zu einer stärkeren Gradlinigkeit führt.

Eigentlich ist deutlich geworden, warum man Sie Zwei zusammenge-spannt hat. Alfred Kurellas Bericht ist zu entnehmen, daß er aus mehreren Gründen München verlassen mußte und daß er bereits vor Ihnen in Berlin war und Sie ausgewählt hat, als er den Reiseauftrag erhielt. Was hat Sie gereizt, zuzusagen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wollte aus München fort, wo die Räterepublik heraufzog, die meines Erachtens keine Basis hatte und in die ich im Grunde nicht verwickelt werden wollte.

Nun schreibt Alfred Kurella, im Unterschied zu Ihrer Darstellung – die Erinnerungen von Ihnen beiden sind ja unabhängig voneinander geschrieben worden ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, völlig unabhängig voneinander ...

... daß er in Berlin bei der Zentrale der damals verbotenen KPD für die Reise von einem Genossen Pfeiffer instruiert wurde.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Also ich bin mit Paul Levi zusammengetroffen. Das ist ganz sicher. Ich habe ihn erst in Berlin, und zwar in einem Café kennengelernt, das spricht dafür, daß die Zentrale geschlossen war. Es war der Gastraum eines altmodischen, nicht modernen Cafés.

In welchem Stadtteil?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich schätze Charlottenburg, aber es wäre gelogen, wenn ich es beschwören würde. Ich erinnere mich an eine komische Episode: Er sprach etwas laut von den russischen Genossen. Und ich sagte: »Pst, Pst! Wir sind in einem öffentlichen Lokal!«

Sie, der Junge, belehrten den Vorsitzenden?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, aber er sagte darauf: »Und Sie haben gerade von Lenin gesprochen!«

23 Brief L. Kroeber-Keneths an A. Kurella am 1. 10. 1954.

24 L. Kroeber-Keneth: »Fetzen ...«, a. a. O., S. 6.

Was auch nicht richtig war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ein belangloses Intermezzo, nicht wahr. Und haften geblieben ist mir der Schlußsatz: »Wenn die Vertreter der Münchener Räterepublik nicht rechtzeitig nach Moskau kommen, müßt Ihr sie vertreten.«

Und es ist möglich, daß Alfred Kurella als Leiter der Delegation an diesem Gespräch teilnahm.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es ist durchaus denkbar. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß er dabei war. Aber ich entsinne mich seiner nicht. Sein Reisebericht jedenfalls ist so präzise, daß er entweder ein phänomenales Gedächtnis besaß, oder unmittelbar nachher in Moskau ein Tagebuch geführt hat. Jedenfalls bezweifle ich seinen Reisebericht nach keiner Richtung. Vergessen Sie auch nicht, daß Kurella seine Sache ein Leben lang verfolgt hat. Drum sind seine Erinnerungen auch füllig und sind immer präsent geblieben, während sich für mich ganz andere Welten dazwischengeschoben haben.

Ja, gewiß. Sagen Sie bitte, wie viele Tage waren Sie, aus München kommend, noch in Berlin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube, wir waren in erheblicher Eile. Ich muß sagen, keinesfalls länger als an drei Tage.

Einen Monat dauerte die Reise?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das dürfte stimmen.

Gern möchte ich Sie noch einmal an diesen ungewöhnlichen 1. Mai 1919 erinnern ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wurde von einem Mann der Kremliche aus dem Kavalerski Korpus an das Spasski-Tor geholt. Dort wartete ein kleiner Musikzug mit Pfeifen, und ich wurde mit den Ehren eines Delegierten zur Tribüne gebracht. Ich stand, während Lenin sprach, an der linken Seite der hölzernen Rednertribüne, die einem Schafott ähnlich sah. Nach der kurzen Ansprache von Lenin, meiner Erinnerung nach als zweiter, wurde ich auf die Bühne gehievt und hatte die Räterepublik zu begrüßen. Was ich gestern schon erwähnte, ich hatte angedeutet: »Wenn die Bayrische Räterepublik heute schon niedergeworfen sein sollte, so wird sie doch ein Fanal auf dem Weg zur Weltrevolution sein.« Und in der Übersetzung hat Bucharin diesen Satz weggelassen.

Gab es für die Ansprachen irgendwelche akustische Verstärkung?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Meiner Erinnerung nach: nein.

War von Ihrem Platz aus Lenins Rede zu hören?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, natürlich. Ich stand unmittelbar daneben, drei, vier Stufen unterhalb seines Podests.

Lenin sprach frei?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich kann mich nicht erinnern, daß er einen Zettel in der Hand gehabt hätte.

Zog derweil der Demonstrationzug vorüber?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Menge unten stand, meiner Erinnerung nach.

Hatten Sie Ihren Text notiert?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte einen kurzen Zettel, den ich auch Bucharin schon gegeben hatte. Den Auftrag zu der kleinen Ansprache habe ich, wie ich meine, erst am Vortag erhalten. Es war

nicht so aufregend. Zugespitzt war mein Zweifel am Bestand der Bayrischen Räterepublik.

Und nun lernten Sie viele neue Freunde kennen. (...) Lasar Schatzkin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, ganz dunkel erinnere ich mich. Er gehörte zum engeren Kreis. Im Kreml war ich sehr isoliert, ich erinnere mich nicht, dort einen Besucher gehabt zu haben. Das eine oder andere Mal war ich in der Stadt bei Bucharin und Marchlewski, die im Hotel wohnten. Ich glaube, Bucharin wohnte im Metropol.

Sagen Sie bitte auch etwas über Ihre zweite Reise in die Sowjetunion 1923. Alfred Kurella haben Sie nicht mehr getroffen, aber vielleicht andere Freunde von 1919?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella – nein. Bucharin habe ich noch etliche Male gesehen, auch Marchlewski, aber nur flüchtig.

Und Ihre Pro-forma-Braut?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube nicht, daß sie in Moskau war. Sie dürfte mit Vogeler auf dem Barkenhof gelebt haben. Ich kann es nicht beschwören. Die zweite Reise war eine Verkettung von Zufällen. Ich schrieb damals für den Berliner Börsen-Courier, ein links-liberales ostfreundliches Blatt, nicht zu verwechseln mit der scharf rechts gerichteten Deutschen Zeitung. Der Besitzer war ein Kommerzienrat Goldschmidt, der mir wohlgesonnen war. Ich schrieb Theaterkritiken und hatte aber noch Beziehungen zur russischen Botschaft, vor allem zu Krestinski, dem Botschafter. Auch zur Botschafterin in Schweden, Kollontai, sie war besuchsweise in München, waren Beziehungen. Krestinski fragte mich ganz unerwartet bei einem großen Botschaftsempfang Unter den Linden, ob ich nicht wieder nach Moskau wolle. Offenbar wollte man dort ein Gremium von dem Osten wohlgesinnten Korrespondenten schaffen. »Doyen« war Paul Schäffer vom Berliner Tageblatt, die einwandfrei überragende Gestalt, dann gab es einen Nicolaus Bassachess von einer großen Wiener Zeitung, ich glaube, der Wiener »Presse«, ein sehr fähiger Mann. Man wollte ein »corps diplomatique de la presse« schaffen. Rapallo war schon gelaufen, und da wünschte man drüben eine Presseunterstützung. Man hatte meine offenbar ganz flüssig geschriebenen Theaterberichte gelesen. (...) Ich mochte Moskau. Die ganze Entwicklung hat mich interessiert. Also habe ich das Visumangebot gerne angenommen. Ich bin zum Kommerzienrat Goldschmidt gegangen, der freudig auf den Vorschlag einging, denn einen Korrespondenten in Moskau zu haben, war für eine deutsche Zeitung ungewöhnlich und war ein Gewinn. Wenn ich mich recht erinnere, wurde ich in Moskau in einer großen aufgeteilten, ehemals großbürgerlichen Wohnung etabliert. Damals wurde in Moskau nackt gebadet.

Das wurde später viel strenger.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Viel pröder. Männlein und Weiblein badeten damals nackt. Im Gegenteil: Es galt als unanständig, etwas anzuhaben. Ich weiß nicht, ich hatte ein Boot gemietet, das gab's damals sogar, und hatte eine Art Shorts an, und man rief mir zu, ob ich was zu verbergen hätte ...

Fidus hätte seine Freude gehabt!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Ja.

Wie lange blieben Sie in Moskau?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich würde sagen, daß ich ein gutes halbes Jahr in Moskau geblieben bin. Ich weiß nicht, ob in meinem Buch etwas darüber steht. Meine Tagebücher habe ich weggeworfen.

Wie haben Sie das nur machen können?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für meine »Fetzen...« habe ich sie exzerpiert. Die beruhen noch auf den Tagebüchern. Wenn die Tagebücher aussetzen, setzt mein Gedächtnis aus. Nur einige markante Blätter habe ich behalten. Ich werfe alles weg, was ich nicht unbedingt brauche. Ich will mich vom Papierballast entlasten.

Sagen Sie bitte, weshalb erhielten Sie, der Neuling, den Auftrag, kommissarischer Pressechef der Deutschen Botschaft zu werden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Der echte Presseattaché war nach Berlin abberufen worden, wobei ich nie erfahren habe, ob aus dienstlichen Gründen, krankheitshalber oder ob er in Ungnade gefallen war. Das Grüppchen von fünf, sechs deutschen Journalisten wurde von der Botschaft aufgefordert, einen kommissarischen Pressesprecher zu stellen. Das war das sicherste Mittel, sich zwischen alle vorhandenen Stühle zu setzen, um dann abberufen zu werden, wenn der echte aus Berlin kam. So traf das Schicksal mich als den Jüngsten und Unbedarftesten.

Ich wurde also in die Deutsche Botschaft zu Generalkonsul Grabowski gerufen, der mir ausgesprochen ungnädig gesonnen war, wiewohl ich ihn sehr bewunderte. Früher war er Generalkonsul in Kiew gewesen. Durch den kam ich dann mit einiger Mühe zu Botschafter Brockdorff-Rantzau. Das war ein berühmt-berüchtigter Nachtarbeiter, und das hat ihn mit Tschitscherin verbunden, der auch ein ausgesprochener Nachtarbeiter war. Ich bin auch mitten in der Nacht von Brockdorff-Rantzau empfangen worden. Er war zunächst durchaus voreingenommen, war mir dann später aber freundschaftlich zugetan. Diese Tätigkeit schloß nach kurzer Zeit ein, weil die Stelle definitiv anders besetzt wurde. Ich wurde in Gnaden entlassen.

Das war ohne Gehalt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war ein Ehrenamt.

Es bedeutete nicht unbedingt, an den Beratungen des Leitungsgremiums der Botschaft teilzunehmen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Nein. Damals war Botschaftsrat G. Hilger, ich glaube, er lebt noch irgendwo, die Seele der Botschaft. Den inneren Betrieb hat Grabowski geleitet. Brockdorff-Rantzau schwebte irgendwie über den Wassern und hielt vor allem den Kontakt mit Tschitscherin.

Wie würden Sie heute das politische Credo dieses Führungsgremiums der damaligen Deutschen Botschaft einschätzen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Sie waren in erster Linie Gegner des Versailler Vertrages. Das einte sie. Da war ihnen jedes Mittel recht.

Zwischen Brockdorff-Rantzau und Tschitscherin bestanden freundschaftliche Beziehungen. Grabowski hatte wohl unterirdische Beziehungen zum russischen Nachrichtendienst: Die tauschten wohl untereinander Nachrichten aus. Und Hilger war ein gewandter Routediplomat. Was sie vereint hat, waren die Ablehnung und der Kampf gegen den Versailler Vertrag.

Haben Sie sich in Moskau auch im kulturellen Bereich umgetan?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, besonders im Theater. Ich hatte mit Meyerhold eine Begegnung. Mit Kandinski bin ich ein paarmal zusammengetroffen. Kandinski wollte gern, daß ich zwei seiner Bilder nach Berlin mitnehme: eins sollte sein Kunsthändler, Flechtheim, bekommen, das andere sollte ich behalten. Heute wäre ich ungefähr Millionär. (...) Aber ich habe das nicht gemacht, da ich nichts von seiner Kunst halte. Ich bin der Ansicht, daß Kandinskis expressionistische Malerei einfach daher kommt, daß er nicht zeichnen kann.

Hier ähneln Sie Alfred Kurella, der ähnlich böse Gedanken gegenüber diversen Ismen hatte ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hielt das ganze für einen Rückfall in die russische Lackmalerei. Ich bin dann nicht mehr hingegangen zu Kandinski und bereue natürlich, daß ich die zwei Bilder nicht mitgenommen habe. (...) Ich reiste damals fein mit Diplomatenpaß.

Mit der Berichterstattung nach den abendlichen Theaterbesuchen war ich nicht ausgelastet. Eine deutsch-russische Handelsgesellschaft Wostwag (»West-Ost-Europäische Warenaustauschgesellschaft«) ist an mich herangetreten, die einen Sitz in Berlin, in der Victoria-Straße hatte. Sie hat mir das Leben in Moskau möglich gemacht, denn in Deutschland war Inflation und das Salär war sofort davongeflossen. Ich wurde als Dolmetscher gebraucht, habe Übersetzungen gemacht, Schriftwechsel geführt, Besuche gemacht, nicht als Großkaufmann, sondern immer im Auftrag. Hauptsächlich wurden Pelze gehandelt. So sehr groß waren damals die Handelsgeschäfte mit Deutschland gar nicht. Ich erinnere mich vor allem an Pelzgeschäfte. Auch aus einem persönlichen Grund: Ich kaufte mir einen Pelz aus Zibetkatze, der vor allem den Nachteil hatte, daß er, wenn es warm wurde, entsetzlich stank.

Für sich selber kauften Sie den?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für mich, ausnahmsweise. Sehr häufig waren die Felle, die aus der Wolgagegend kamen, schlecht gerbt. Es fehlte da wohl noch an Chemikalien. Und da gab es eben auch mit der Wostwag Verdruß, weil die damaligen russischen Waren zum Teil den deutschen Ansprüchen nicht genügten.

Vor allem aber haben Sie für Ihre Zeitung Artikel geschrieben und Interviews gemacht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mit Krassin, Volkskommissar für Außenhandel, hatte ich ein Interview, und ich muß auch den Präsidenten der Gosbank, Scheinmann, erwähnen, der uns Pressevertretern die Goldbarren zeigte. Meine Tätigkeiten, das waren Interviews, abends Theater und zwischendurch Vermittlungsgespräche für die Wostwag. Das war das zweite Bein, auf dem ich in Moskau stand. Als dann der damalige Leiter der Wostwag abberufen wurde, ihm waren verschwenderische Geschäftsgebaren vorgeworfen worden, womit man seinerzeit alles und jedes begründen konnte, hörte diese Geldquelle auf.

Ich kam dann zurück nach Berlin, schrieb weiter für den »Börsen-Courier«, und der alte Kommerzienrat Goldschmidt empfing mich: »Schön haben Sie geschrieben, fleißig haben Sie geschrieben. Brav haben wir alles gedruckt. A Journalist wern Sie nie!« – »Aber Herr Kommerzienrat«, sagte ich, »wenn ich schön geschrieben hab und

Sie brav alles gedruckt haben, wieso werde ich dann kein Journalist?« Darauf sagte er: »Wissen's, Sie haben genauer recherchiert als die anderen und weniger Fehler gemacht als die anderen – aber Sie waren immer 24 Stunden später.«

Das war für mich eine außerordentliche Lehre: Journalismus verlangt den Tagesschriftsteller – das bin ich nicht. Ich bin Fachschriftsteller. Ich schreibe auch heute noch in Zeitungen, wie Sie wissen, in der *Frankfurter Allgemeinen* und in der *Welt* – ich bin wohl der einzige, der in beiden Zeitungen schreibt – aber ich weiß, daß ich im Sinne der flotten, cleveren Tagesberichterstattung kein Journalist bin.

Haben Sie Ihre alten Artikel später noch einmal nachgeblättert?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ich lese nie noch mal, was ich geschrieben habe, es sei denn, ich muß etwas Bestimmtes nachschlagen. Was geschrieben ist, fällt von mir ab.

Vielleicht haben wir in etwa den Kreis ausgesritten, der auszusprechen war. Ich möchte Sie nur herzlich bitten, dasjenige, was morgen, übermorgen, in einer Woche und später zum Thema aus Ihrer Erinnerung hervortauchen sollte, freundlicher Weise zu notieren und nachzutragen.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber gern.

Ich danke herzlich für die so freundlich und geduldig gegebenen Auskünfte. Ich danke Ihnen und Ihrer Gattin für die gastliche Aufnahme.

Nachbemerkung

Die Vorahnung Kroeber-Keneths, sein Soll erfüllt zu haben, hatte nicht getrogen. Sein weiteres Buch, »Macchiavelli und wir« (Stuttgart 1980), übersandt von Frau Tilla Kroeber, war schon die Gabe eines Toten.

Dankbar und mit Respekt sehe ich nach 30 Jahren die Aufzeichnung des Gesprächs durch – die aufrichtig und erstaunlich konzentriert vorgetragenen Erinnerungen Ludwig Kroeber-Keneths. Mögen sie Widersprüche, auch Fehleinschätzungen aufweisen, bleiben sie doch Zeugnis für außerordentliche Menschen, den Berichtenden eingeschlossen, und für eine verschollene Zeit.

MARKO FERST

Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende

Rasant gewinnt der Klimawandel an Fahrt und bereitet den großen Klimaumbuch vor. Ungewöhnlich starke Regenfälle prasseln in Deutschland heute doppelt so häufig nieder wie vor 100 Jahren. Waren die braunen Elbfluten im Sommer 2002, die viele Dörfer und Städte verwüsteten nur ein kleines Vorspiel? Zeigen der Rekordsommer 2003 und der nicht vorhandene Winter Anfang 2007 erst den harmlosen Beginn eines globalen Umschwungs im Klimagefüge an? Treten schwere Stürme wie Kyrill immer häufiger auf? Wenn weite Teile von Afrika verwüsten, hält niemand die gigantischen Flüchtlingsströme auf. Ungebremste globale Klimaveränderungen würden große Teile der Bevölkerung ins soziale Nichts stürzen und zwischen Arm und Reich in ungekanntem Ausmaß polarisieren, mit entsprechendem Konfliktpotential. Infolge von Zersiedlung, Entwaldung und anderen ökologischen Schäden erreicht der Klimawandel eine völlig neue Größenordnung.

Immerhin rechnen 62 Prozent der Menschen in Deutschland damit, dass die Probleme die durch die Klimaveränderungen auf uns zukommen, auch im eigenen Land nicht zu bewältigen sein werden, so die Studie *Umweltbewusstsein in Deutschland 2006*. Auf den internationalen Konferenzen, die eine Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen erreichen wollen, klaffen die erklärten Ziele und die real notwendigen Maßnahmen sehr weit auseinander. In Bali konnte kein rettender Pfad abgesteckt werden. Die Menschheit hat 20 Jahre weitgehend verschenkt. Weitere Jahre werden im Kampf um Minimalien verstreichen. Jedes verschenkte Jahr engt den Handlungsspielraum weiter ein. 10 bis 15 Länder sind dabei zum verschwenderischen Lebensstil des Nordens aufzuschließen. Das EU-Europa der 27 wird die Ziele des Kyotoprotokolls nicht erreichen. Acht Prozent Minderung an CO₂-Ausstoß sind bisher nicht einmal im Ansatz erkennbar. In den USA wuchsen die Emissionen zwischen 1990 und 2006 um mehr als 20 Prozent.

Rücksichtslos überrennen wir die ökologischen Demarkationslinien für die Freiheit einer Geldvermehrung ins schier Unendliche und ein Anspruchsdenken, das global nicht verallgemeinerbar ist. Jeder Deutsche entlässt im Schnitt rund zwölf Tonnen der verschiedenen Klimagase pro Jahr. Wir sitzen mit den hochentwickelten Industriegesellschaften in einer Wohlstandsfalle, der geschaffene Reichtum steht auf tönernen Füßen. Unser Beharren, an diesem Weg festzuhalten, wird uns sehr wahrscheinlich Kopf und Kragen kosten. Wir sollten erkennen: Unsere Generation ist mit aller Konsequenz dafür verantwort-

Marko Ferst – Jg. 1970; gelernter Tischler, studierte bis 2004 Politische Wissenschaften an der FU Berlin, besuchte 1990 bis 1997 die Vorlesungsreihe »Sozialökologie« von Rudolf Bahro an der Humboldt-Universität zu Berlin, gründete 1994 die Ökologische Plattform bei der Linken (PDS) mit, veröffentlichte 2002 »Erich Fromm als Vordenker« (mit Rainer Funk und Burkhard Bierhoff) und »Wege zur ökologischen Zeitenwende« (mit Franz Alt und Rudolf Bahro), erschienen sind außerdem die Gedichtbände »Umstellt. Sich umstellen« und 2007 »Republik der Falschspieler«, erhielt 2006 den deutsch-polnischen Literaturpreis für Gedichte. Autorenwebseite: www.umweltdebatte.de

lich, ob es eine lebenswerte Zukunft geben wird. Bestsellerautoren, die uns nahelegen, es wird schon alles nicht so schlimm – die die Wissenschaft habe sich geirrt und die Fakten bewiesen, dass die Ökologen spinnen – werden sich spätestens, wenn die biosphärische Gesamtabrechnung kommt, für die Menge an bösartiger Schönfärberei rechtfertigen müssen. Trotz vieler weißer Flecken – die Datenlage ist beängstigend dicht.

Mit täglich mehr als 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid, die wir in die Atmosphäre schicken, revolutionieren wir das Klima. Mindestens ein Drittel davon nehmen derzeit die Ozeane auf. Steigt die Erdtemperatur in Folge der Klimaerwärmung, sinkt ihre Aufnahmefähigkeit. Die Frage ist, ab wann die Ozeane sogar CO₂ abgeben könnten. Einstweilen verzögern die Ozeane die Treibhauswirkung an Land um Jahrzehnte, weil sie große Mengen an Wärme und CO₂ aufnehmen. Dieser Effekt täuscht uns über das bereits angehäuften Destabilisierungspotential hinweg.

In den Ozeanen selbst werden bei zuviel aufgenommenem Kohlendioxid die Nahrungsketten zerschnitten. Die Versauerung des Wassers könnte Korallen, bestimmte Planktonarten und andere Organismen mit kalkhaltigen Schalen am stärksten treffen. Am Ende der maritimen Nahrungskette steht nicht zuletzt der Mensch. Wird langfristig Grönland wieder Grünland und bricht das Westantarktische Schelfeis auf, stiege der Meeresspiegel um rund 13 Meter. Auch in der Eemwarmzeit vor 125 000 Jahren lag der Meeresspiegel um rund sechs Meter höher bei einer Durchschnittstemperatur, die nur um zwei Grad höher war als die der jetzigen Warmzeit.

Aerosole und Rußpartikel, die durch die heutigen Industriegesellschaften ausgestoßen werden und die nicht zuletzt vom Verbrennen des Regenwalds herrühren, verringern die Lichteinstrahlung auf unserem Planeten. Die BBC-Dokumentation *Schwarze Sonne* zeigt, dass dieser Effekt viel stärker dem Treibhauseffekt entgegen wirkt als bisher angenommen. Da diese Partikel nur kurze Zeit in der Atmosphäre verbleiben, reicht eine Weltwirtschaftskrise aus, aber auch eine erfolgreiche Politik der Luftreinhaltung, diesen Schutzeffekt zu vermindern. Zwei bis drei Grad, so James Lovelock, werden bei der globalen Temperatur im Schnitt weggedimmt – Tendenz abnehmend. Das ist nebenbei bemerkt die Hälfte der Differenz in der Temperaturänderung zwischen der letzten Eiszeit und dem Niveau vor der Industrialisierung. Für die nächste Jahrhundertwende würde sich eine Erhöhung der globalen Temperatur im Schnitt um acht bis zehn Grad ergeben, also deutlich mehr als bisher prognostiziert. Freilich muss man berücksichtigen, welche neuen Erkenntnisse gerade auf diesem Gebiet hinzukommen und dementsprechend auch die Prognosen präzisieren.

Nicht weniger brisant ist die Freisetzung von Methaneis, wie es sich unter anderen an den Festlandsockeln der Antarktis in gigantischen Mengen findet. So wird für in der Barentssee gefrorene Hydrate eine Instabilität bereits bei einer Erhöhung der gemittelten Wassertemperatur um ein Grad befürchtet. Wird Methan in immer größerem Umfang freigesetzt, kommt es zu einem »Supertreibhauseffekt«. Allein im Dauerfrostboden schlummern 400 Milliarden Tonnen Methan. Schiefe Häuser und kaputte Straßen kündigen den langsamen Rückzug des Permafrost an. Immer mehr beunruhigende Untersuchungser-

gebnisse zeigen, in diesen Gebieten steigt die Temperatur überproportional. Die Menge an Methan, die an den Festlandssockeln der Ozeane eingefroren ist, beträgt im Minimum geschätzte 10 Billionen Tonnen, beim Maximum wären zwei Nullen hinzuzufügen. Endstation wäre ein Wüstenplanet.

Das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) erwartet für das Ende dieses Jahrhunderts einen Anstieg der Durchschnittstemperatur von bis zu sechs Grad. Die Berichte des IPCC werden jedoch durch die Politik gefiltert. Man muss also damit rechnen, einiges entwickelt sich dramatischer als es dort dargestellt wird. Ferner dürften die oben benannten Effekte noch gar nicht einkalkuliert sein. Sie sind nicht einfach hinzuzuaddieren, sie kulminieren, schaukeln sich auf. Völlig unprognostizierbar ist, wie die verschiedenen nichtlinearen Effekte aufeinander einwirken. So ist es zum Beispiel möglich, dass es in der zweiten Jahrhunderthälfte auch zu einer drastischen Abkühlung begrenzt auf den nordatlantischen Raum um fünf bis zehn Grad kommt, weil der warme Nordatlantikstrom durch Veränderungen im Klimasystem versiegen könnte.

Befürchtet wird auch das Auftreten extrem starker und häufigerer El Niños. Sie richten an der südamerikanischen Westküste große Schäden durch massiven Regen an und führen in Australien zu extrem trockenen Wetter. Die Auswirkungen sind bis Indien und Ostafrika zu registrieren und fordern viele Opfer. Wir sind dabei, dass in den letzten 10 000 Jahren ungewöhnlich stabile Wettergeschehen auf der Erde aus den Angeln zu reißen. Es könnte sich ein neues Klimasystem verfestigen, bei dem häufige extreme Veränderungen die Norm sind. Für die jetzige Zivilisation würden solche Umschwünge, schnell das endgültige Ende besiegen. Das 21. Jahrhundert muss zu einer Epoche intelligenter, kulturvoller Selbstbegrenzung werden, eine Abkehr von unserer materialistischen Hochstapelei bringen, wenn wir die natürlichen Gleichgewichte unseres Planeten nicht völlig sprengen wollen.

Erforderlich ist eine international gerechte Nutzung des Umweltraums. Jeder Amerikaner benötigt 9,7 Hektar Umweltraum, der EU-Bürger kommt auf 4,7 und ein Inder auf 0,7 Hektar. Diese höchst ungleiche (Über)Nutzung muss gestoppt werden. Es geht nicht an, dass für Viehfutter oder Tankfüllungen hierzulande, Regenwald im tropischen Gürtel vernichtet wird, beziehungsweise Menschen durch ungleiche Landverteilung hungern müssen. Ein zukunftsfähiges Gesellschaftssystem erfordert nicht nur, den expansionistischen Schub der Zivilisation zu beenden, sondern braucht auch eine ökologische Ethik, eine Wertewende, die zu einer Perspektive führt, die über den gesellschaftlich sanktionierten Egoismus hinausreicht.

In der Geschichte der Evolution gab es fünf große Massensterben. Im Falle der Permkatastrophe brauchte die Tier- und Pflanzenwelt 100 Millionen Jahre, um sich von dieser Katastrophe zu erholen. Wir sind gerade dabei, die sechste kosmische Vernichtungssorgie zu veranstalten. In immer kürzeren Abständen verdoppelt sich die Bevölkerungszahl auf der Erde, trotzdem sich die Wachstumsraten inzwischen leicht verlangsamt haben. Vor der 10-Milliardenmarke wird das Bevölkerungswachstum kaum zum Erliegen kommen.

Dies sind nur die dramatischsten Warnzeichen, wie wir die irdischen Belastungsgrenzen überrennen. Innerhalb weniger Generatio-

95 Prozent der österreichischen Gletscher sind auf dem Rückzug. In der Arktis ist der Schwund der Eisflächen den Berechnungen der Forschung um 30 Jahre voraus. Ein liches Vorspiel. Anderswo auf dem Globus wird schon um die nackte Existenz gekämpft, etwa wenn der nächste El Niño die Ernte völlig vernichtet und der Hunger Einzug hält.

Die Wüsten dehnen sich jährlich um mehr als 20 000 Hektar aus. 86 Millionen Tonnen fruchtbarer Boden gehen durch Erosion verloren. In den letzten 15 Jahren verschwand eine Regenwaldfläche, die dreimal so groß ist wie Deutschland. Jeden Tag werden ca. 55 000 Hektar Tropenwald abgeholzt, rund 300 bis 400 Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Bald werden wir die Hälfte aller gegenwärtig bekannten Arten ausgerottet haben.

In ungefähr acht Minuten schickt uns die Sonne soviel Energie auf die Erde, wie wir in einem Jahr verbrauchen. Würden wir sämtliche Energie, die wir unbedingt benötigen, dezentral über Solartechnik, Wasserkraft, Windkraft und aus Biomasse gewinnen, hätten wir schon ein gutes Stück Zukunft gesichert. Wir werden aber auch die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, auf einen Bruchteil zu reduzieren haben. Schmidt-Bleek spricht von einem Faktor zehn. Jeder Deutsche verbraucht rund 70 Tonnen Natur im Jahr, dabei ist Wasser und Luft noch nicht mal berücksichtigt. Aber es lässt sich nicht mit geringem Wohlstandsniveau begründen, warum in Japan dagegen der Einzelne mit nur 40 Tonnen auskommt, gleichwohl auch dies weit von ökologischen Erfordernissen entfernt liegt.

Selbst wenn man innerhalb weniger Jahre den Ausstoß global halbieren könnte und nicht bis 2050 darauf wartet, würde sich der Klimawandel fortsetzen, weil jedes Jahr Milliarden Tonnen zur bereits angesammelten Menge hinzukommen. Wir packen also nach wie vor auf die schon vorhandenen Altlasten riesige CO₂-Pakete zusätzlich oben auf. Das kann gar nicht gut gehen.

nen werden die nicht erneuerbaren Rohstoffe aufgebraucht, die in Jahrmillionen entstanden. Etwa beim Erdöl haben wir die Spitzenförderung inzwischen wahrscheinlich bereits erreicht. Danach sinkt das Angebot unter die ständig steigende Nachfrage. Das führt zu einer Dauer-Ölkrise mit immer neuen Preisgipfeln und großen sozialen Verwerfungen.

Zwischen Ursache und Wirkung sozialökologischer Destabilisierung liegen häufig lange Zeiträume. Ziehen sich die verschiedenen Konfliktpotentiale zu einem unlösbaren Knoten zusammen, lässt sich das zerstörerische Potential nicht mehr abwenden, auch wenn die auslösenden Gründe längst beseitigt sind. Ohne einen Quantensprung in der Politik ist eine globalökologische Rettung völlig aussichtslos. Dabei könnten die ersten Schritte in wenigen Jahren getan sein.

In Deutschland werden 2008 bereits rund 14 Prozent des Stroms aus Wind, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik etc. gewonnen. Über 30 Länder übernahmen modifiziert das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz, darunter auch China. Auf der Ebene der Vereinten Nationen sollte eine internationale Agentur für erneuerbare Energien aufgebaut werden. Nützlich wäre auch eine Bank für erneuerbare Energien einzurichten.

Studien weisen darauf hin, die viel zitierte Zwei-Grad-Grenze, die man nicht überschreiten dürfe, wird mit Sicherheit gebrochen, weil die Klimasysteme mit starker Verzögerung reagieren und der Betrag faktisch längst gebucht ist. Der Punkt, von dem es keine Rückkehr mehr gibt, ist überschritten. Kohlendioxid bleibt zirka 100 Jahre in der Stratosphäre klimaaktiv. Der Klimaforscher Mojib Latif spricht nicht umsonst in seinen Büchern immer wieder davon, dass wir eine Wirtschaftsweise anstreben müssen, die frei von Kohlendioxidemissionen ist. Damit steht unsere gesamte technische Infrastruktur, unser bisheriges Wirtschaftsvolumen zur Debatte. Es reicht nicht aus, in die bisherige unökologische Industriestruktur ein Stockwerk Umwelttechnologie hineinzumontieren. Zu meinen, bis 2050 die Emissionen global zu halbieren reiche aus, ist ein fataler Irrtum. Schon dazu müssten freilich die Industrieländer fast 90 Prozent Reduktion beisteuern, wenn man den weniger industrialisierten Ländern Entwicklungsspielraum geben möchte.

Die ökologische Weltkrise wird durch nichts zu stoppen sein, wenn nur lange genug abgewartet worden ist. Wenn es zu spät ist, dann wird es nicht mehr ausreichen, unsere Industriegrundlast um eine Zehnerpotenz zurückzunehmen. Nur wenn wir die Tragweite der historischen Aufgabe begreifen und dementsprechend konsequent politisch handeln, haben wir überhaupt eine geringe Chance, eine finale Krise abzuwenden.

Warnende Stimmen gab es in den vergangenen Jahren mehr als genug. Wortmeldungen von Carl Amery, Rudolf Bahro, Michael Succow, Herbert Gruhl, Friedrich Schmidt-Bleek, Saral Sakar und anderen wurden von der politischen Klasse gern überhört. Die Grünen fochten ihre ökologischen Ziele auf der verteilungspolitischen Ebene aus und versuchen nicht mehr eine Umkehr der Prioritäten zu erreichen. Damit sind sie weitgehend an die systemischen Trägheitskräfte verloren gegangen.

Egal ob der Bundeskanzler gerade von der SPD oder CDU/CSU gestellt wird: Die Unterschiede sind marginal. Sicher, die CDU/CSU braucht noch einen Atom-GAU mehr zum Umdenken. Aber hinter dem herkömmlichen Politikbetrieb, der einfach weitermacht, wie bisher, braut sich längst eine menschliche Tragödie zusammen. Im Staatstheater stellt sich organisierte Verantwortungslosigkeit zur Schau, Reformprozesse bleiben im Anziehungsbereich der alten Ordnung. Eine »grüne Perestroika« ist nicht in Sicht. Vormalis Schröder und jetzt Merkel stehen für das Weiterso, für den Abstieg in eine totalitäre Perspektive, die durch ihre Politik langfristig mitverbürgt ist. Es ist unbestritten, dass die Kanzlerin Merkel dem Klimaschutz auf dem internationalen Parkett mehr Bedeutung verliehen hat. Doch innerhalb der eigenen Grenzen diktiert nach wie vor die Autolobby den Gesetzgebungsprozess und Kohlekraftwerke scheinen der CDU/SPD-Koalition klimapolitisch tolerierbar. Die Kluft zwischen Wort und Tat ist offensichtlich.

Wir brauchen heute an den verschiedensten Orten Menschen, die sich aus den vorgegebenen Strukturen lösen und eine universale Verantwortlichkeit für eine Politik der ökologischen Zeitenwende, für einen ethisch-geistigen Paradigmenwechsel befördern. Es kommt zunächst besonders auf die Minderheit von einem Prozent im Lande an, die mit aller Konsequenz den Weg hin zu einer ökologischen Ordnung vorbereitet. Dazu gehört ein Netzwerk von Menschen, eine ökologische Emanzipationsbewegung, eine Volksbewegung wie sie sich im Herbst 1989 in der DDR manifestierte. Jedoch diesmal geht es um das Ganze. Scheitern heißt, wir stürzen in ein dunkles barbarisches Jahrtausend ab. Weltumspannende Konflikte könnten uns erwarten, ebenso repressive Regimes.

Der erforderliche ökologisch-soziale Strukturwandel müsste umfassender sein als alle vorhergehenden Umwälzungen und Reformen in der Menschheitsgeschichte. Der Wohlstand von drei, vier Generationen wird immer wahrscheinlicher mit Jahrhunderten Siechtum und Elend bezahlt werden müssen. Am Ende könnten Opferzahlen stehen, die selbst das Grauen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts in den Schatten stellen. Angesichts dieser Lage steht die Frage nach Alternativen dringender als je zuvor auf der Tagesordnung. Wir alle müssen uns fragen, wie könnte eine bestandsfähige Zukunftszivilisation in wenigen Jahrzehnten aussehen? Doch derzeit befassen sich ungefähr 1 500 wissenschaftliche Institute in unserem Land mit der Vergangenheit. Nur verschwindend wenige Institute erforschen Pfade in eine sozial-ökologische Zukunft. Warum sind wir so rückwärtsgerichtet? Nötig wäre eine umfassende Zukunftsforschung, die Formen und Strukturen eines zukunftsfähigen Kultursystems aufzeigt und wie wir dort hin gelangen könnten.

Die eigentliche Chance für eine Politik der ökologischen Rettung erwächst aus dem geistigen Niveau der Gesellschaften. Jede sozialpsychologische Erneuerung beginnt im Menschen, dort wird der Boden bereitet für eine Alternative, für einen neuen Kulturentwurf. Die ökologische Zeitenwende sollte eingebettet in einen seelisch-geistigen Wandel sein. Der Übergang vom fortschrittssüchtigen Wohlstandsstaat zur in sich ruhenden Wohl-Seins-Gesellschaft ist nötig. Wir brauchen ein ökologisches Kultursystem, das auf Herz und Geist ge-

Die Ökologen verschiedener Richtungen, auch solche mit verschiedenen Parteibüchern, müssen in Deutschland, ebenso in anderen Ländern wie international sich gegenseitig die Bälle zuspielen. Wir brauchen eine Allianz gegen den Selbstmordkurs, einen Prozess des Umdenkens und Umhandelns, bei dem die Protagonisten des Wirtschaftswachstums auf eine Position des passiven Widerstands zurückgedrängt werden. Der geistige Stahlbeton der Weiter-so-Fraktion in der Gesellschaft muss aufgebrochen werden. Das Volk und die Vordenker müssen mehr und tiefgründiger ins Gespräch kommen, es wird auszuloten sein, wo die verschiedenen Reformansätze ihre Stärken und Schwächen haben.

Mit einer globalisierten Wettbewerbsökonomie, die auf permanentem Wachstum fußt und einen Pol auf Kosten des anderen entwickelt, wird die Todesspirale nicht aufzuhalten sein. Die Wirtschaft der Industrieländer wird radikal schrumpfen müssen. Mit einer vollständigen solaren Energiewende und einem Faktor vier in der Energieeffizienz allein ist ökologische Rettung nicht zu erreichen.

baut ist. Die Werte des Mensch-Werdens sollten über denen der Habgier angesiedelt sein. Materieller Reichtum und Wohlstandssucht können nicht den Gipfel menschlichen Daseins darstellen. Die Aufrichtigkeit sozialer Beziehungen, der Weg des Herzens ist die unmittelbarste Quelle für die Heilung unserer kranken Gesellschaft.

Wir werden uns verabschieden müssen von jenem Irrglauben, der totale Markt könne alle unsere Probleme lösen, die Menschen müssten nur noch richtig dafür fit gemacht werden. Die ökonomische Globalisierung bedeutet zumindest tendenziell eine rapide Beschleunigung unserer zerstörerischen Potentiale. Dies zeigt sich zum Beispiel weltweit in der dramatischen Zunahme von Auto- und Flugverkehr, gleichwohl Wohlstandsverluste auch gegenteilige Wirkungen zeitigen.

Ganz generell wird zu fragen sein, ob wir nicht eine Wirtschaftsverfassung bräuchten jenseits von pseudosozialistischem Staatsmonopolismus und gesellschaftlich institutionalisierter Habsucht. Wir sehen, es entwickelten sich seit dem Fall der östlichen Systeme Ordnungen, die weit extremer als unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz, sich gegen die vitalen Interessen der jeweiligen Bevölkerung stellen. Die sozialen und ökologischen Güter werden durch die herrschenden Plutokratien ausgeplündert, soweit die Gesetzgebung in der Praxis dem nicht Schranken setzt.

Ökologisch wirtschaften heißt auf die Potentiale der Regionen zu setzen. Wozu brauchen wir Rindfleisch aus Argentinien oder Zwiebeln aus Neuseeland? Müssen Hemden um Knöpfe anzunähen von Deutschland nach Portugal und zurück geschafft werden? Mit dreistelligen Dollarbeträgen an Steuerbefreiungen für Flug- und Schiffsverkehr wird der globale Handel jedes Jahr weltweit subventioniert und damit der regionale und ökologisch verträglichere Handel ausgetrocknet.

Solange man in Deutschland 70 Prozent der Steuern auf Arbeit und nur fünf Prozent auf Energie erhebt, werden Arbeitsplätze gestrichen und nicht Energie und Ressourcen gespart. Nötig wäre also auch ein ökologischer Umbau des gesamten Steuersystems. Verschwendung muss auf allen Stufen der Herstellung, im Handel, dem Transport und dem Konsum bestraft werden. Abfälle werden zu echten Wertstoffen, Reparaturdienstleistungen rechnen sich wieder. Lohn- und Mehrwertsteuern und viele andere Steuern könnten innerhalb eines Jahrzehnts durch Steuern auf Energie- und Rohstoffverbrauch fast vollständig abgelöst werden. Um die soziale Balance deutlich zu verbessern, wäre es sinnvoll, Lohnsteuern für besonders hohe Einkommen zu erhalten und Unternehmensgewinne substanziell an das Gemeinwohl zu binden.

Durch Ressourcensteuern würde der einzelne Beschäftigte mehr in seiner Lohntüte behalten, der Faktor Arbeit würde preiswerter. Öffentlicher Verkehr könnte ebenso verbilligt werden. Drastisch beschnitten werden müssten Subventionen für konventionelle Wirtschaftsaktivitäten. Nur Unternehmen, die rundum ökologisch produzieren wollen, würden noch Förderungen erhalten können. Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden. Sinnvoll wäre zudem eine modifizierte Mehrwertsteuer. Für die unbedingt notwendigen sozialen Grundbedürfnisse könnte sie völlig wegfallen. Für zahlreiche Produkte bliebe alles wie bisher,

während für klimaschädliche Luxusprodukte um 30 Prozent zu entrichten wären. Konkret: Die Bahnfahrt zur Arbeit bliebe unbesteuert, während die Flugreise oder die Mercedes S-Klasse höher als heute belastet würden.

Des weiteren haben wir über unsere demokratischen Ordnungen nachzudenken. Bisher ist der Mensch kaum über oligarchische Strukturen hinausgekommen. Künftig müsste es regelmäßig zu vielen wichtigen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung Volksabstimmungen geben, die in erster Linie durch die Betroffenen selbst eingeleitet werden. Notwendig ist eine auf die Erfordernisse ökologischer Selbstbegrenzung hin neu ausgearbeitete Verfassung. Ein einzelner Artikel 20a zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Grundgesetz wird den Erfordernissen für eine zukunftsfähige Staatstätigkeit kaum gerecht werden, wenn unzählige andere Bestimmungen eine expansionistische Wirtschaftstätigkeit als förderungswürdig anerkennen.

Es gibt viele politische Instrumente – vom Erneuerbaren Energien-gesetz, über ordnungspolitische Vorgaben – mit denen man die Gesellschaft in neue Bahnen lenken kann. Ob eine sozialökologische Volksbewegung bis 2025, oder wann auch immer, einen neuen Kurs erzwingt, hängt davon ab, ob sich im Laufe der Zeit dafür die geistigen Potentiale herausbilden. Der Problemdruck wird sich ganz zweifellos mehr und mehr aufbauen.

Eingerichtet werden könnte ein Ökologisches Oberhaus (eine Idee, die von Rudolf Bahro in *Logik der Rettung* erstmals vorgestellte wurde), das demokratisch gewählt die langfristigen politischen Perspektiven festlegte und dem Bundestag und dem Bundesrat gegenüber weisungsbefugt beziehungsweise übergeordnet wäre. Es repräsentierte quasi das Mensch-Natur-Verhältnis und würde gegenüber den anarchischen Partialinteressen der Gesellschaft Maßnahmen ökologischer Begrenzung durchzusetzen haben. Es wäre der institutionelle Ausdruck dessen, dass die Ökonomie und die soziale Ausstattung Untersysteme des Naturhaushalts sind und Marktgesetze sich nicht gegen Naturgesetze zum Schaden der zukünftigen Generationen durchsetzen dürfen. Ins Ökologische Oberhaus würden keine Parteien gewählt, sondern es sollte sich über eine Personenwahl konstituieren. Für die Bewerber/innen wird unter anderem mit Hilfe eigenständiger Arbeiten nachzuweisen sein, dass sie für das Amt qualifiziert sind. Eine Kommission würde dann mit Beteiligung der Öffentlichkeit entscheiden, ob der Kandidatur im Vorfeld der Wahlen stattgegeben wird.

An immer mehr Orten in Deutschland testen Menschen Formen ökologisch-alternativen Lebens, freilich eine Minderheit. Wir sollten ökoalternative Lebensorte fördern und insbesondere darauf hinwirken, deren Startbedingungen zu verbessern. Menschen, die sich auf den Weg machen wollen zu einem ökologischen Lebensstil, schneller als dies die übrige Gesellschaft vermag, müssten dafür den erforderlichen Freiraum erhalten. Über einen öffentlichen Beschäftigungssektor könnte man alternativ-ökologische Methoden regionalen Wirtschaftens unterstützen, zumindest für einen begrenzten Zeitraum als Anschubfinanzierung, gleichwohl es hier nicht darum gehen kann, mit der bisherigen überdrehten Marktgeschwindigkeit mitzuhalten.

Darüber hinaus ließen sich langfristige Kredite ohne Zinsen für den Start in ganzheitliche neue Lebenszusammenhänge zur Verfügung

Ein grundlegender Kurswechsel ist am Ende jedoch nur möglich, wenn es gelingt den spekulativen »Casino-Kapitalismus«, der sich weitgehend von realwirtschaftlichen Prozessen abgekoppelt hat, durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu überwinden.

stellen. Solche ökologischen Lebensplätze vermögen aus sich selbst heraus viele Hinweise auf alternative Lebensstile und neue Formen des Zusammenlebens zu geben, die teilweise auch für die gesamte Gesellschaft bedenkenswert sind. In jedem Fall würden sie aber eine Bereicherung unseres Erfahrungsschatzes darstellen. Überdies wird auch die Zeit für internationale Experimente kommen. Vorstellbar ist, dass eine ganze Region in weniger entwickelten Ländern, komplett vernetzt einen ökologischen Kulturentwurf aufzubauen versucht, das als Lernprojekt global nutzbar ist. Das könnte in internationaler Kooperation geschehen. Nichts anderes steckt etwa hinter dem Ökopia in der Südsee, das Dirk C. Fleck in seinem fiktiven Reiseroman *Das Tahiti-Projekt* vorstellt.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Das bedeutet zum Beispiel, Wälder sind so anzulegen, dass sie extremem Klimastress widerstehen können. In alpinen Regionen müssen durch Gletscherseen, Murengänge etc. gefährdete Orte umgesiedelt werden. An Nord- und Ostsee sind Schutzmaßnahmen dem steigenden Meeresspiegel anzupassen. Die Landwirtschaft sollte sich auf zunehmende Trockenperioden und Starkregen vorbereiten und ihre Anbaumethoden grundlegend umgestalten. Wir brauchen regenerierte Landschaften, die eine starke Kühlfunktion wahrnehmen können und zugleich Bodenerosion verhindern. Trinkwasserreservoirs sind zu schonen und für künftige Generationen zu bewahren. Sollten sich Szenarien für einen erheblich beschleunigten Klimawandel bestätigen, ist die gesamte Infrastruktur unserer Gesellschaften schnell und grundlegend zu verändern.

Vielleicht wird es zu einem Nachfolgeabkommen des ersten Kyoto-Protokolls kommen, das über die bisherigen Reduktionsabsichten hinausweist. Die jetzigen Koordinaten dieser Verhandlungen sind nicht geeignet, uns aus der Todesspirale herauszusteuern. Es wäre wichtiger eine Allianz der Vorreiter zu etablieren, die viel schneller die Klimabelastung ihrer Länder abrüsten. Wir können noch unzählige weitere kraftlose Umwelt- und Klimakonferenzen abhalten, wenn die Absichten das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen, bleiben sie sinnlos. Die wirkliche Dimension der ökologischen Weltkrise ist jedoch noch weitgehend unklar! Es muss erst noch begonnen werden, sie zu ermessen. Noch ist sie nicht einmal begriffen! Wir sind dabei diese ganze Zivilisation zu verlieren.

Zwischen 2000 und 2007 erhöhten sich die globalen CO₂-Emissionen um rund 20 Prozent. Setzt sich dieser Weg fort, wird vermutlich nur noch in Sibirien, Kanada und Alaska auf aufgetauten Arealen eine kleine Restzivilisation übrig bleiben. Wegen Übernutzung der Gebiete durch zu viele Menschen ist auch hier eine schwerwiegende Schädigung vorauszusehen, so dass die Übriggebliebenen in vorzivilisatorische Zeiten zurückfallen werden. Zuvor werden gigantische Flüchtlingsströme über die Kontinente ziehen, doch die Situation wird für sie oft aussichtslos sein. Ich teile James Lovelocks Einschätzung, dass von der heutigen Menschheit womöglich nur eine halbe bis eine Milliarde Menschen übrig bliebe. Diese Richtung wird das Ganze nehmen.

Literatur

- Rudolf Bahro: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik, Stuttgart/Wien 1987.
 Friedrich Schmidt Bleck: Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen, Frankfurt/M. 2007.
 Jared Diamond: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt/M. 2005.
 Tim Flannery: Wir Wettermacher. Wie die Menschen das Klima verändern und was das für unser Leben auf der Erde bedeutet, Frankfurt/M. 2006.
 Dirk C. Fleck: GO! Die Ökodiktatur, o. O. 1994.
 Ulrich Grober: Ausstieg in die Zukunft. Eine Reise zu den Ökosiedlungen, Energiewerkstätten und Denkfabriken, Berlin 1998.
 Robert Havemann: Morgen, Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, Frankfurt/M., 1980.
 Elisabeth Kolbert: Vor uns die Sintflut. Depeschen von der Klimafront, Berlin 2006.
 James Lovelock: Gaia's Rache. Warum sich die Erde wehrt, Berlin 2007 (seine AKW-Einschätzung ist freilich inakzeptabel).
 Wolfgang Pomrehn: Heiße Zeiten. Wie der Klimawandel gestoppt werden kann, Köln 2007.
 Stefan Rahmstorf, Hans Joachim Schnellhuber: Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie, München 2006.
 Hermann Scheer: Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien, München 2005.

HUBERT FETZER

Klimawandel und Sozialismus

Niemand kann es mehr ernsthaft bestreiten: Der gegenwärtig zu beobachtende Klimawandel ist wesentlich das Ergebnis menschlicher Aktivitäten. Die Kernaussagen des Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) aus dem Jahr 2007 machen dies überaus deutlich: Die globalen anthropogenen Treibhausgasemissionen sind im Zeitraum von 1970 bis 2004 um 70 Prozent, die CO₂-Emissionen sogar um 80 Prozent gestiegen, wobei sich die Zunahme in den letzten zehn Jahren beschleunigt hat. Die globale Treibhausgas-Konzentration hat seit dem Jahr 1750 deutlich zugenommen und übersteigt heute bei weitem die Werte aus dem vorindustriellen Zeitalter. Die Folge dieses Zustands ist die globale Erwärmung, deren Konsequenzen bereits heute spürbar sind.¹

Der Klimawandel ist im wesentlichen das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise

Der Extrakt der Analysen führender Klimaforscher der Welt lautet: Der gegenwärtig sich vollziehende Klimawandel ist vor allem das Produkt menschlicher Aktivitäten seit Beginn der Industrialisierung. Die Ersetzung von Holz durch die massenhafte Nutzung von Kohle, später Öl und Erdgas als energetische Grundlage für die Industrie führte zum sprunghaften Anstieg der CO₂-Emissionen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft bewirkte eine drastische Erhöhung der Methan- und Lachgasemissionen. Maschinelle Produktion und Landwirtschaft gehen jedoch eine verhängnisvolle Symbiose ein. »Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft, und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.«² Es ist die kapitalistische Produktion, die den industriellen Prozess entwickelt, »indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter«³.

Die Untergrabung der menschlichen Arbeitskraft durch die kapitalistische Produktion weist viele Facetten auf. Sie reichen von der Erschöpfung der Lebenskraft jener Arbeiter, die der technische Fortschritt im Arbeitsprozess belässt, bis zur Herausbildung einer industriellen Reservearmee, die in dem Maße zunimmt, wie das Kapital wächst. Mit der Armee der Arbeitslosen wächst zugleich der offizielle

Hubert Fetzer – Jg. 1932; Dr. phil., Diplomphilosoph; arbeitete von 1956 bis 1971 in der Braunkohlenindustrie und von 1972 bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Der Autor widmet diesen Aufsatz dem Andenken an Klaus-Dieter Wüstneck. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus, Heft 210 (April 2008).
hubert.fetzer@t-online.de

1 Intergovernmental Panel on Climate Change: Fourth Assessment Report. Summary for Policymakers, S. 5 ff., www.ipcc.ch.

2 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 821.

3 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 530.

4 Ebenda, S. 674.

Pauperismus. Diese Tendenz bezeichnete Karl Marx als »*das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*«⁴.

Auf der anderen Seite zerstört die kapitalistische Produktion die Natur, indem sie einen wachsenden Anteil des landwirtschaftlich genutzten Bodens unfruchtbar macht und erodieren lässt, indem sie die Luft verpestet und das Wasser verunreinigt, indem sie immer mehr Wälder vernichtet und einen radikalen Artenschwund bewirkt. Der bisherige Höhepunkt kapitalistischer Naturzerstörung ist mit der Aufheizung der Atmosphäre und dem dadurch verursachten Klimawandel erreicht. Dieses Phänomen unterscheidet sich von anderen Prozessen der Naturzerstörung dadurch, dass der Klimawandel sich nicht lokal begrenzt vollzieht, sondern unseren gesamten Planeten erfasst. Mehr noch, der Klimawandel lässt sich nicht wie die Bodenverschlechterung oder die Wasserverunreinigung rückgängig machen, die emittierten Treibhausgase werden in der Atmosphäre akkumuliert und verbleiben dort über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren.

Aus der globalen und zeitlich lang anhaltenden Treibhausgaskonzentration ergeben sich gravierende Folgen für die menschliche Entwicklung. So sind nicht nur eine Stadt, ein Land oder ein Kontinent betroffen, sondern alle Erdbewohner. Die Zeitspanne zwischen Ursache und Wirkung ist nicht ein Jahr oder ein Jahrzehnt, sondern ein Jahrhundert. Wir erleben heute die Folgen der Treibhausgasemissionen, die die Generationen unserer Väter und Großväter verursachten, während die Treibhausgase, die wir jetzt in die Atmosphäre schicken, dort mindestens bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts verbleiben und somit nicht nur unseren Enkeln, sondern auch unseren Urenkeln zu schaffen machen werden.

Die Menschheit ist daher doppelt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert: zum einen mit den Folgen, die gegenwärtig und in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich auftreten werden, weil sie das Resultat der bereits in der Vergangenheit produzierten Emissionen sind und zum zweiten – in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – mit den Folgen jener Emissionen, die heute und in den nächsten Jahren noch produziert werden.

Von der gegenwärtigen Gefährdung der menschlichen Entwicklung sind die Ärmsten der Welt – das sind rund eine Milliarde Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen – zuerst und am stärksten betroffen. Sie leben vorwiegend in städtischen Slums und in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer des Südens, die von Dürren, Unwettern und Überflutungen besonders betroffen sind. Zudem sind diese Menschen durch Mangelernährung und unzureichenden Zugang zur Gesundheitsversorgung besonders anfällig. Die zukünftige Gefährdung der menschlichen Gesellschaft betrifft jedoch nicht nur die Ärmsten der Welt, sondern alle Menschen. Wenn es in den nächsten Jahren nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen radikal zu reduzieren, ergibt sich die reale Gefahr des beschleunigten Auseinanderbrechens der großen Eisschilde der Erde, der Erwärmung der Ozeane und des Zusammenbruchs der Ökosysteme der großen Regenwälder. Dadurch könnten Prozesse in Gang gesetzt werden, die die menschliche und physische Geografie unseres Planeten umformen würden.

Die Menschheit steht somit gegenwärtig vor der wichtigsten Entscheidung ihrer jüngeren Geschichte: Entweder geht sie den bisherigen Weg weiter, der unweigerlich in einer ökologischen Katastrophe enden wird, oder sie schlägt einen neuen Weg ein, der mit einer rechtzeitigen Begrenzung des Klimawandels das Schlimmste für die Menschheit noch abwenden kann.

Der Begrenzung des Klimawandels stehen das Profitstreben und der Konkurrenzkampf der Bourgeoisie entgegen

Für die Entscheidung der Menschen, ihre gegenwärtige Produktions- und Lebensweise beizubehalten oder zu verändern, wird von den Klimaforschern ein exakter, naturwissenschaftlich belegter Handlungsrahmen gesetzt. So besteht wachsender Konsens, dass ein Temperaturanstieg um zwei Grad Celsius die kritische Schwelle bildet, ab der es zu gefährlichen Klimaänderungen kommen könnte. Um diese Schwelle nicht zu überschreiten, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahre 2050 gegenüber dem Stand 1990 im Durchschnitt um 50 Prozent reduziert werden, in den Industriestaaten um mindestens 80 Prozent, in den Entwicklungsländern um 20 Prozent. Es bleiben höchstens zehn Jahre Zeit, um den Übergang zu Energiesystemen mit geringem CO₂-Ausstoß einzuleiten.⁵

Der Verwirklichung dieser Zielstellung stehen die bornierten Klasseninteressen der Bourgeoisie auf mehrfache Weise entgegen. Die erste Hürde ergibt sich aus dem Zwang zur Profitmacherei, dem jeder Kapitalist bei Strafe seines Untergangs unterworfen ist. Das zeigt sich sehr deutlich in den Wirtschaftszweigen Strom- und Wärmeenergieerzeugung sowie Verkehr, aus denen zusammen gegenwärtig 38 Prozent aller Treibhausgasemissionen stammen.⁶ Die Energiekonzerne ziehen riesige Profite aus der Nutzung fossiler Energieträger. So hat der Branchenprimus ExxonMobil 2006 mit 39,5 Milliarden Dollar den höchsten Unternehmensgewinn in der US-Geschichte erwirtschaftet.

Der in der kapitalistischen Wirtschaft beispiellosen Kapitalakkumulation durch die fossile Energiewirtschaft sind zukünftig zwei Grenzen gesetzt. Die erste Grenze ist fließend und wird durch die regenerative Energiewirtschaft gezogen, die mit Einspeisungen in Stromnetze begonnen hat, aber noch keine ernsthafte Konkurrenz für die fossile Energiewirtschaft darstellt. Die zweite Grenze ist absolut und ergibt sich aus dem Verschwinden von Kohle-, Gas- oder Ölvorkommen, die wirtschaftlich förderbar sind. Darauf bereiten sich die großen Energiekonzerne bereits langfristig vor, indem sie in wachsendem Maße in Forschung, Entwicklung und Produktion besonders auf dem Gebiet der Photovoltaik investieren. Die durch die Konkurrenz und das Verschwinden der Lagerstätten entstehenden Grenzen werden jedoch erst in der Mitte dieses Jahrhunderts für die Energiekonzerne voll wirksam. Der Klimawandel dagegen ist ein Fakt, der durch seine bloße Existenz keine begrenzende Wirkung auf die Profitmacherei ausüben kann, wenn man davon absieht, dass durch Veränderungen des Wasserhaushalts der Erde Förderbedingungen für fossile Energieträger beeinträchtigt werden können.

Würden sich die Energiekonzerne an der Senkung der Treibhausgasemissionen entsprechend den Vorgaben von Klimaforschern beteiligen, bedeutete dies eine radikale Abkehr von fossilen Energieträgern

5 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Bonn 2007, S. 30, 34 und 60.

6 Vgl. World Resources Institute: Climate Analysis Indicators Tool (CAIT) Version 5.0, Washington, DC 2008, <http://cait.wri.org>.

und die beschleunigte Umstellung auf regenerative Energieträger. Im Ergebnis würde die Profite jedoch sofort massiv sinken. Die Energiekonzerne müssten also auf Profite verzichten, die ihnen bei der fortgesetzten Förderung von fossilen Energieträgern zufließen würden. Darüber hinaus müssten sofort enorme Mittel für den Umbau der Produktionsstruktur aufgebracht werden, die die Gewinne weiter schmälern. Teilnahme an den Bestrebungen zur Begrenzung des Klimawandels wäre somit für die Energiekonzerne gleichbedeutend mit einer Begrenzung ihrer Profite, ohne Not, das heißt ohne ökonomischen Zwang.

Tatsächlich sind die Energiekonzerne – unbeeindruckt vom Klimawandel – bestrebt, die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, indem sie die Öffentlichkeit mit Schlagwörtern wie »Clean Coal« und »Biosprit – die grüne Alternative« zu täuschen versuchen.⁷

Das bornierte Klasseninteresse der Bourgeoisie erzeugt noch eine zweite Hürde für die Klimaschutzpolitik. Bürgerliche Gruppeninteressen stehen sich nämlich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen und in internationalen Organisationen gegenüber. Das zeigt sich insbesondere bei den Auseinandersetzungen um den Interessenausgleich zwischen den Industrieländern als den Hauptverursachern des Klimawandels und den Entwicklungsländern als den Hauptleidtragenden. Die Statistiken der Klimaforscher zeichnen ein eindeutiges Bild: Die Industrieländer sind die größten Emittenten von Treibhausgasen. Von jeweils zehn Tonnen CO₂-Emissionen seit dem Jahre 1840 gehen sieben auf ihr Konto, wobei fast drei allein auf die USA zurückgehen. Betrachtet man die aktuellen Emissionen, so konzentrieren sie sich auf eine kleine Gruppe von Ländern, zu denen neben den G8-Staaten auch China, Indien, Indonesien und Brasilien – letztere auf Grund der Brandrodung ihrer Wälder – zählen. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Teilung der Welt, in der die reichen Länder mit nur 15 Prozent der Weltbevölkerung 45 Prozent der CO₂-Emissionen verursachen, während auf die Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen zwar ein Drittel der Weltbevölkerung, aber lediglich sieben Prozent der Emissionen entfallen.⁸

Betrachtet man die klimatischen Auswirkungen der Treibhausgasemissionen auf die Menschen, so ist das Bild genau umgekehrt. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen mit lokalen Effekten, die in den Entwicklungsländern des Südens weitaus stärker auftreten als in den Industrieländern des Nordens. Die hauptsächlichsten Wirkungen sind: Geringere landwirtschaftliche Produktivität, erhöhte Unsicherheit in Bezug auf Wasserverfügbarkeit, verstärktes Auftreten von Überschwemmungen in Küstengebieten und von extremen Wetterereignissen, Zusammenbruch von Ökosystemen, erhöhte Gesundheitsrisiken. Von Klimakatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Unwettern war im Jahresdurchschnitt des Zeitraums von 2000 bis 2004 jeder 19. Einwohner von Entwicklungsländern betroffen, während diesen Wirkungen in den OECD-Ländern nur einer von 1 500 Menschen ausgesetzt war.⁹

Wir sind also mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels gegenwärtig noch am wenigsten von seinen Wirkungen spüren, während die Ent-

7 Vgl. Gabriela von Goerne: Das »CO₂-freie Kraftwerk«: Der untaugliche Versuch, Kohle grün zu waschen, in: Solarzeitalter 2/2006, S. 11-14; The False Promise of Biofuels, September 2007, www.ifg.org/pdf/biofuels.pdf.

8 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, a. a. O., S. 51 f.

9 Vgl. Ebenda, S. 92.

wicklungsländer, die am geringsten zu seiner Entstehung beigetragen haben, heute schon am stärksten unter seinen Folgen leiden. Die Konsequenz muss lauten: Die Industriestaaten müssen ihre Emissionen weitaus stärker zu reduzieren als die Entwicklungsländer, und es muss ein Lastenausgleich erfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer im Durchschnitt nur etwa ein Fünftel des Einkommens eines Einwohners der OECD-Staaten beträgt.

Allerdings sind die Industriestaaten dieser Verantwortung bisher nicht gerecht geworden. Der Stand bei der Erreichung der Zielvorgabe des Kyoto-Protokolls, die Treibhausgasemissionen bis 2010 gegenüber 1990 um fünf Prozent zu vermindern, ist enttäuschend. Die Emissionen sind im Weltmaßstab nicht geringer geworden, sondern gestiegen, wobei die durchschnittliche jährliche Zunahme der globalen CO₂-Emissionen in diesem Jahrzehnt mit bisher 3,1 Prozent doppelt so hoch ist wie in den 1990er Jahren.¹⁰ Die EU hatte sich zu einer Emissionsminderung von acht Prozent verpflichtet und wird nach den Prognosen bis 2010 weniger als ein Prozent erreichen. Die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, weisen eine Steigerung ihrer Emissionen um 16 Prozent gegenüber 1990 auf. Die Emissionen Japans lagen 2005 acht Prozent über dem Niveau von 1990 bei einer Reduktionsverpflichtung von sechs Prozent. Diese Angaben, die beliebig fortgesetzt werden könnten¹¹, zeigen bei erheblichen Unterschieden in der Umsetzung der Vereinbarung in einzelnen Ländern einen äußerst beunruhigenden Trend, der sich auch in bezug auf den Stand bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern manifestiert – »zu wenig, zu spät, zu fragmentiert«¹².

Die Ursachen für diesen alarmierenden Zustand liegen darin, dass die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern in einem System kapitalistischer weltwirtschaftlicher Beziehungen agieren, das mit Hilfe von Weltbank und Internationalem Währungsfonds geschaffen wurde. Dieses stürzt die Entwicklungsländer in riesige Schulden, degradiert sie zu Rohstofflieferanten und zwingt sie letztlich in eine neokoloniale Abhängigkeit. Es ist eine Illusion, darauf zu hoffen, dass die Industrieländer angesichts des Klimawandels diese ihre Wirtschaftsordnung aufgeben und »gerechte« Beziehungen zu den Entwicklungsländern aufbauen.

Eine weitere nicht unwesentliche Ursache für die unbefriedigende Bilanz der Klimaschutzpolitik ist die Konkurrenz zwischen den Industriestaaten. So lehnt George W. Bush jede Festlegung zur Verminderung der Treibhausgasemissionen in den USA mit dem Argument ab, dass damit die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Wirtschaft gefährdet würde. Erinnert sei auch an den erbitterten Streit zwischen europäischen Regierungen nach der Ankündigung der EU-Kommission, die Schadstoffnormen für Autos zu verschärfen.

Zu den ökonomischen Hürden für eine weltweit wirksame Klimaschutzpolitik kommt eine politische hinzu: die Diskrepanz zwischen dem langen Zyklus der Klimaveränderung und dem kurzen Zyklus der Politik, der durch die Dauer von Wahlperioden bestimmt wird. Es ist von Politikern kaum zu erwarten, dass sie die gegenwärtig notwendigen hohen Klimaschutzinvestitionen auf den Weg bringen, die erst

10 Vgl. Frances C. Moore: Carbon Dioxide Emissions Accelerating Rapidly, 9. April 2008, www.earth-policy.org/Indicators/CO2/2008.htm.

11 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, a. a. O., S. 67.

12 Ebenda, S. 229.

in Jahrzehnten positive Wirkungen zeitigen werden, aber jetzt erst einmal auf der Ausgabenseite verbucht werden müssen – und die sich zudem schlecht zum Wahlgeschenk eignen.

Insgesamt baut sich ein solch dichter und hoher Wald ökonomischer und politischer Hürden gegen eine wirksame Klimapolitik auf, so dass das Zustandekommen einer weltumspannenden Aktionsgemeinschaft zur Begrenzung des Klimawandels in der nächsten Dekade ziemlich unwahrscheinlich ist. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Bourgeoisie der reichen Länder des Nordens erst dann zu einem Handeln bereit sein wird, das ihrer weltweiten Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels entspricht, wenn auch die Küsten ihrer Länder durch den Anstieg des Meeresspiegels ernsthaft bedroht sein werden. Dann wird es aber zu spät sein, um eine ökologische Katastrophe für die gesamte Menschheit noch verhindern zu können.

Der Klimawandel fordert die sozialistische Bewegung heraus, sich dem Verhältnis Mensch – Natur neu zu stellen

Der Klimawandel als globales Phänomen mit weitreichenden Folgen für die menschliche Entwicklung kann von der sozialistischen Bewegung nicht als ein Faktor unter anderen behandelt werden, sondern hat strategiebildenden Charakter, nicht nur in den gegenwärtig unmittelbar betroffenen Ländern und Regionen, sondern der ganzen Welt. Es geht dabei sowohl darum, das Gesellschaftsverständnis der Sozialisten zu hinterfragen, als auch darum, auf die neuen Herausforderungen durch den Klimawandel politisch alternativ zu reagieren.

Die allgemeine Frage, die sich aus dem Fakt des Klimawandels ergibt, lautet: Wie halten es die Sozialisten mit der Natur? Diese Frage ist nicht neu. In seiner *Kritik des Gothaer Programms* wandte sich Karl Marx gegen eine Gesellschaftsauffassung, die die Natur außen vor lässt, und formulierte sein Verständnis von Gesellschaft als dialektisches Verhältnis von Mensch und Natur anhand des die Gesellschaft konstituierenden Produktionsprozesses von Gebrauchswerten: »Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die *Quelle* der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.«¹³ Marx konkretisierte diese Gesellschaftsauffassung in seiner Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die, wie oben dargelegt, die Beziehung von menschlicher Arbeitskraft und äußerer Natur entwickelt, indem sie diese zugleich zerstört. Seine Aufmerksamkeit war dabei vor allem auf die Beziehungen der Menschen zueinander gerichtet und dies aus zwei Gründen: Zum einen stellte sich Karl Marx die gigantische Aufgabe, dem Verhältnis von Kapital und Arbeit, von Kapitalist und Arbeiter auf den Grund gehen zu wollen. Zum anderen hatte die kapitalistische Naturzerstörung erst begonnen und war abgesehen von der Auszehrung des Ackerbodens noch ohne großen Einfluss auf die kapitalistische Produktion. Marx verlor jedoch nie die Rolle der Natur für den Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Auge.¹⁴

Die sozialistische Bewegung nach Marx wurde immer wieder mit den Ungeheuern aus dem Inneren des kapitalistischen Molochs konfrontiert, vor allem mit zwei Weltkriegen und dem Faschismus, so dass die wachsende Naturzerstörung zunächst wenig Beachtung fand.

13 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 15.

14 Vgl. Michael Löwy: Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, in: UTOPIE kreativ, Heft 174 (April 2005), S. 306-315.

Der Klimawandel rückt nun jedoch schlagartig die Rolle der Natur für die Gesellschaftsentwicklung in das Blickfeld der sozialistischen Bewegung und stellt insofern eine Zäsur für das theoretische Denken dar, als klar wird, dass die Natur nicht nur schlechthin an der Produktion des sachlichen Reichtums der Gesellschaft beteiligt ist, sondern in wachsendem Maße auch destruktiv auf letztere zurückwirken kann.

In diesem Sinne entwickelt sich eine Rückbesinnung auf das Marx'sche Erbe¹⁵, das das sozialistische Denken in zweierlei Hinsicht voranbringen kann. Zum einen hilft es, das Wesen des sozialistischen Transformationsprozesses zu verstehen, zum anderen liefert es Grundlagen für die Formulierung sozialistischer Zielvorstellungen. Dies sei an der Gegenüberstellung der Marx'schen Auffassung von der kapitalistischen Produktionsweise und seiner Vision einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus demonstriert.

Für Marx initiiert die kapitalistische Gesellschaft, wie oben dargelegt wurde, einen Prozess der Schaffung immer größeren sachlichen Reichtums durch die Untergrabung seiner Quellen – der menschlichen Arbeitskraft und der äußeren Natur. Eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ist für Marx »die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen«, »die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur«¹⁶.

In diesem Sinne besteht der sozialistische Transformationsprozess darin, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen sowohl die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen als auch die Zerstörung der Natur durch den Menschen überwunden sind. *Der Mensch kann nicht frei sein, ohne dass der Naturzerstörung Einhalt geboten wird. Die Naturzerstörung hört nicht auf, solange der Mensch unfrei ist.* Diese Dialektik muss Bestandteil jeglichen sozialistischen Gesellschaftsentwurfs sein. Die Konkretisierung sozialistischer Zielvorstellungen ist nicht nur programmatisch wichtig, sondern hilft auch, die Dialektik des sozialistischen Transformationsprozesses besser zu verstehen – wie am Beispiel der Transformation der energetischen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise gezeigt werden kann.

Der Übergang vom atomar-fossilen zu einem nachhaltigen Energiesystem hat zwei grundlegende Aspekte. Zum einen geht es um die Veränderung der Beziehungen der Menschen zueinander im Prozess der Energieerzeugung, also der Produktionsverhältnisse in der Energiewirtschaft. Das heißt konkret: Es geht um die Brechung der Macht der Energiekonzerne. Diese grundlegende Herausforderung wird von der internationalen sozialistischen Bewegung in wachsendem Maße in das Zentrum ihres Handelns gerückt, wie die Nationalisierung der Energieressourcen in Lateinamerika¹⁷ oder die Anstrengungen der Linken in Deutschland zur Entmachtung der Stromkonzerne¹⁸ zeigen. Zum anderen geht es um die Veränderung der Beziehungen der Menschen zur Natur im Energiesektor, also zu den »energetischen« Produktivkräften. Das heißt konkret: An die Stelle der fossilen Energieträger, deren Nutzung die Hauptquelle für eine mögliche ökologische Katastrophe in Folge des Klimawandels ist, wird die Nutzung nachhaltiger Energieträger treten müssen, wodurch diese Katastrophe noch

15 Vgl. John Bellamy Foster: *Marx's Ecology. Materialism and Nature*, New York 2001.

16 Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*, in: MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 536 und 538.

17 Vgl. Nikolas Kozloff: Hugo Chávez. *Oil, Politics, and the Challenge to the United States*, New York 2006.

18 Vgl. Ursula Schönbberger: *Konzentration im Energiesektor*, Berlin 2008, <http://dokumente.linksfraktion.net/pdffdownloads/7765265516.pdf>

aufgehalten oder zumindest begrenzt werden kann, wenn dieser Wechsel rechtzeitig vollzogen wird. Die Herausforderung für die sozialistische Bewegung besteht darin, sich nicht nur zu nachhaltiger Energie zu bekennen, sondern in Auseinandersetzung mit den Verteidigern des fossilen Energieregimes dafür einzutreten, dass der Vormarsch regenerativer Energie vor allem aus Sonnenstrahlung und Wind nicht gebremst, sondern mit allen Mitteln gefördert wird.

Ein aktuelles Feld der Auseinandersetzung ist die Nutzung von Biomasse, deren Perspektive als Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung, nicht in der Treibstoffproduktion liegt, die eine der Hauptursachen für die Brandrodung der tropischen Wälder und die Trockenlegung der großen Moorflächen solcher Länder wie Brasilien, Malaysia und Indonesien darstellt. Die Vernichtung von Wäldern und Mooren ist für nahezu ein Fünftel der gegenwärtigen Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich.

Die Zurückdrängung der Macht der Energiekonzerne und die Durchsetzung eines nachhaltigen Energiesystems sind die beiden Seiten des energetischen Transformationsprozesses, die sich gegenseitig durchdringen. Je mehr Strom dezentrale Anbieter von Solar-, Bio- und Windenergie für ihren Eigenbedarf produzieren und in die Netze der Stromkonzerne einspeisen, desto kleiner wird deren ökonomische Machtbasis. Je mehr Kraftwerke von den Kommunen übernommen werden, desto größer sind die Chancen für Erzeuger von regenerativer Energie, an die Stromkunden heranzukommen.

Im Ergebnis des energetischen Transformationsprozesses verschwindet das atomar-fossile Energiesystem und damit die energetische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Wie sich die Schaffung eines nachhaltigen Energiesystems auf den Fortgang des sozialistischen Transformationsprozesses auswirken wird, kann nicht vorausgesagt werden. Auf der einen Seite darf als durchaus wahrscheinlich angenommen werden, »dass das nachhaltige Energiesystem eine solche Produktions- und Lebensweise ermöglicht, die die Natur erhält, nicht zu Ressourcenkriegen drängt, und jedem Menschen Zugang zu Energie und damit zu einem besseren Leben eröffnet. Das heißt: die dem nachhaltigen Energiesystem gemäße Gesellschaftsordnung ist nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus.«¹⁹ Auf der anderen Seite muss damit gerechnet werden, dass der Übergang vom fossilen zu einem nachhaltigen Energiesystem unter Bedingungen erfolgen wird, die von den gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels immer stärker bis hin zu einer ökologischen Katastrophe geprägt sein werden. Die Menschheit ist damit in einer Deutlichkeit wie nie zuvor mit der Alternative konfrontiert: »Konkrete, reale und dauerhafte Fortschritte einer Transformation hin zum Sozialismus oder immer neue und schlimmere Rückfälle in die Barbarei.«²⁰

19 Hubert Fetzer: Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus, UTOPIE kreativ, Heft 210 (April 2008), S. 360.

20 Dieter Klein, Michael Brie: Elementare Fragen neu bedenken, in: Standpunkte 2/2007, S. 6.

DETLEF KANNAPIN

Im Garten der Beliebigkeit.

Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie

Das, was einmal Philosophie hieß, wird heute seinen eigentlichen Bestimmungen nicht mehr gerecht, und ich kann mich nur schwer des Verdikts erwehren, hier wären geheime Mächte am Werk, die genau diesen Zustand wollten, den wir heute haben. Ich versuche, dialektischer Materialist genug zu sein, um mich solcher Versuchungen zu erwehren, denn hier soll die wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt werden. Tatsächlich allerdings spiegelt der Zustand des philosophischen Denkens der Gegenwart diese selbst so gerade heraus, weil offenbar die ungleichmäßige Entwicklung von Basis und Überbau nicht länger gilt, sondern ihre Identität. Der Eintritt des Menschen in seine selbst verschuldete Barbarei im Zeitalter der Hochtechnologie wird begleitet von der vorgeblich philosophischen Begründung, daß das, was ist, gut, richtig und unantastbar sei. Genau in diesem Moment hätte normalerweise die Stunde wirklicher Philosophie zu schlagen.

Detlef Kannapin – Jg. 1969, Historiker; Dissertation zum Nationalsozialismus im Film der Nachkriegszeit; zahlreiche Veröffentlichungen im DEFAJahrbuch, in Sammelbänden, in *Jungle World*, Berliner Debatte, Das Blättchen etc. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die internationale Ideologie. Anmerkungen zu Hardt/Negri »Multitude«, Heft 174 (April 2005).

Gegenwärtige Bestandsaufnahme

Wer sind wir? Was wollen wir? Wo kommen wir her? Was können wir wissen? Wo wollen wir hin? Das sind die Fragen der Philosophie, oder besser: das waren sie. Philosophie ist eigentlich nur als Weltentwurf zu denken, als Versuch, dem menschlichen Leben einen rationalen Sinn zu verleihen. 1951 widmete Theodor W. Adorno seinem Freund Max Horkheimer die Aphorismensammlung »Minima Moralia« mit dem Eingangsspruch, daß die Suche nach dem richtigen Leben nicht mehr der Gegenstand der Philosophie wäre, weswegen sie als traurige Wissenschaft in die Geschichte eingehen würde.¹ Traurig ist zu wenig. Philosophie ist mittlerweile Farce, weil sie sich nicht mehr die Mühe macht, nach Auswegen aus dem Dilemma von Ausbeutung und Unterdrückung inmitten möglichen gesellschaftlichen Reichtums zu suchen. Der letzte große Gesamtheitsphilosoph scheint in dieser aufklärerischen Hinsicht Ernst Bloch gewesen zu sein, als er in seinem Spätwerk »Experimentum Mundi« das Programm der Philosophie für die Zukunft folgendermaßen umriß: »Die systematischen Kategorien aber von historisch-ideologischen Trübungen der Statik zu befreien, dazu dient die ideologische Durchsicht ihres Entstehens, also des bisherigen geschichtlichen Ablaufs, des bisherigen gesellschaftlichen Aufbaus, der bisherigen moralisch-religiösen Wertungen, der jeweils überlieferten Schichten, Sphärenordnungen innerhalb des philosophischen Systems selber. Man denke gegen die fortwirkende Gewohnheit hierarchischen

1 Vgl. Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt/M. 1951, 1994 (22. Aufl.), S. 7.

Denkens nur an die keineswegs gelösten, im Gegenteil höchst offenen Stellungsprobleme von Werden und Ruhe, von Sittlichem, Ästhetischem, Religiösem (auch minus Aberglauben) im Verhältnis zueinander, an das Stellungsproblem der Natur, gar nach der menschlichen Geschichte, mindestens um sie herum. Gewiß also, sperrende Überbleibsel aus bisheriger Herrundknechtzeit müssen notiert werden, gerade weil wir erst in einer Übergangszeit leben, noch in einer solchen leben. Doch freilich ist damit das Ganze an überkommener Nebelei, gar Schönfärberei von Ideologie noch nicht erschöpft; denn indem ein anderes Maß als das des Geschäfts bewußt geworden ist, kann Ideologie von diesem marxistischen Maß her bereits durchschaut und ebenso ganz anders parteiisch wider ihre bloß vernebelnde Funktion in unseren Dienst gestellt werden.»²

Denken gegen die fortwirkende Gewohnheit hierarchischen Denkens? Offene Stellungsprobleme von Natur und Gesellschaft? Übergangszeit? Sind das nicht altbackene Thesen eines Zurückgebliebenen? Das Problem der Philosophie in der Jetztzeit besteht gerade darin, daß ihr institutionalisierter Arm das genau so sieht. Hierarchisches Denken, selbstbefangen, wird nicht reflektiert. Natur und Gesellschaft werden durch die Technik ausgesöhnt, nicht durch Moral. Am angeblichen »Ende der Geschichte« ist das Gerede von einer Übergangszeit schlechthin anachronistisch. Zu diesem Behufe wurden sämtliche theoretischen und methodischen Kategorien des systematischen Denkens mit Mißtrauen belegt: theoretische Kohärenz, methodische Konsequenz, Spekulation und Metaphysik, schließlich und vor allem der gesetzmäßige Ablauf der Geschichte vom Niederen zum Höheren.

Oder um es plastischer zu formulieren, der Vorzug der Reaktion vor dem Fortschritt ist der Gegenwartsphilosophie so deutlich eingeschrieben, daß es schwer fällt, sie in irgendeiner Form zu verteidigen. Der rastlose Umgang mit neuen, bahnbrechenden Dekonstruktivismen, Kontingenzen, Kognitionen, Parallelismen und Differentialen hat aus der Philosophie in den letzten vier Jahrzehnten wirklich das gemacht, was der Alltagsverstand von ihr hält: Geseiere. Dabei ist der Verlust der Systematik wirklich zu beklagen, denn er verhindert die Einordnung des Unübersichtlichen, worauf es heute ankäme. Hans Heinz Holz formuliert das eindeutig: *»Der Verfall der klassischen Metaphysik in der Philosophie nach Hegel erweist sich als ein Verzicht auf die weltanschaulich organisierende Kraft der Philosophie, als ein Verzicht auf eine mit dem Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit auftretende Orientierung des Menschen in der Welt und damit auf den Entwurf von gesellschaftlichen Zielen und Perspektiven. Der Irrationalismus lebensphilosophischer Prägung ist der gemeinsame Nenner für ebenso zahlreiche wie beliebige private Sinnentwürfe, und die Varianten positivistischer Denkweise in ihrer Beschränkung auf wissenschaftstheoretische und erkenntnistheoretische Probleme münden in einen Pluralismus, dessen konsequente Zuspitzung im »erkenntnistheoretischen Anarchismus« Paul Feyerabends zur Konkursklärung jeder auf Wahrheit gerichteten philosophischen Theoriebildung führt. Feyerabends Proklamation »anything goes« ist der extreme Gegenpol zu Hegels Feststellung, die Philosophie habe »die Wahrheit zu ihrem Gegenstande.«³ Die*

2 Vgl. Ernst Bloch: Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis (1975), Frankfurt/M. 1985, S. 24/25.

3 Vgl. Hans Heinz Holz: Weltentwurf und Reflexion. Versuch einer Grundlegung der Dialektik, Stuttgart-Weimar 2005, S. 46. Wobei Feyerabend höchstens der Aufhänger gewesen sein dürfte, denn sein Buch ist eher spaßig und für die Zerstörung des philosophischen Diskurses von recht geringer Bedeutung. Das liegt daran, daß bei ihm der Fokus auf den Naturwissenschaften liegt und der »fröhliche Anarchismus« der Theorie eigentlich funktionären des Gegebenen wie Luhmann, Marquard und Strauss zur bedeutenderen Unehre gereichen müßte. Zum Hauptakteur des »anything goes« avanciert jedoch die zeitgenössische französische Philosophie. Dazu später mehr.

Wahrheit zu ihrem Gegenstande hat die Philosophie nun tatsächlich nicht mehr. Sie weigert sich, Fragen des menschlichen Zusammenlebens auf ihre Agenda zu setzen. Sie sucht stattdessen nach Ausreden. Drei Thesen illustrieren dies:

a) Die Philosophie der Gegenwart hat ihren Ordnungscharakter verloren; sie ist nicht länger eine Generalwissenschaft oder die Wissenschaft von den Wissenschaften.

b) Der Verzicht der Philosophie auf den Fortschrittsaspekt macht sie in der jetzigen Form überflüssig und überantwortet den philosophischen Begründungszusammenhang der menschlichen Existenz allein auf Machbarkeitskriterien innerhalb von Systemen, Ordnungen und Rubriken.

c) Die akademische Philosophie reduziert sich selbst auf Philosophiegeschichte, weil ihr der Maßstab fehlt, über die bürgerliche Seinswelt hinauszudenken.

Solche Thesen bedürfen der Begründung und des Beweises.

Zur Begrifflichkeit

Krise, Zerfall und Spätimperialismus erscheinen als Begriffe hoffnungsloser Rückständigkeit. Sie entspringen dem dialektischen Materialismus, der instinktiv weiß, daß die Waffen der Bourgeoisie stumpf sind und der Kommunismus unter dem Fundament der Paläste des Kapitals bereits an dessen Aufhebung arbeitet. Aber gerade dieser himmelschreiende Optimismus der Emanzipation führt angesichts der drückenden Relevanz der Realität ins Abseits. Wer glaubt denn, daß wir im Spätimperialismus leben, in dem die Krise und der Zerfall des philosophischen Denkens die Hauptursache der allgemeinen grassierenden Ratlosigkeit sind? Ist nicht die Ratlosigkeit selbst der abzufeiernde Dauerzustand, damit man nicht mehr mit Fragen belästigt wird wie: Haben wir ein Recht auf moralische Empörung? Wollen wir wirklich politisch korrekt sein, wollen wir Frauenrechte, Kinderfreundlichkeit, eine intakte Umwelt? Ist es essentialistisch, Ausbeutung als Gesellschaftsproblem vor der überholten Rolle des Parlamentarismus zu thematisieren? Wer soweit ist, braucht nicht weiter zu denken; er hat verloren, denn jedes Ding hat seine zwei oder mehrere Seiten (»Multikausalität«!), und die eine gegen die andere aufzurechnen, hat immer den Tod des Rechte einklagenden Subjekts zur Folge.

Also Spätimperialismus: Der Begriff ist *so* nicht überliefert. Wir verdanken zumindest seine Bedeutung Peter Hacks, der in einer Polemik gegen einen Wirtschaftswissenschaftler nachrechnete, daß die Frist des Imperialismus im Wesentlichen seit dem Jahre 2000 um ist. Und zwar aus Gründen, die nur zu klar sind: »*seine Eisenbahnen, die gegen die Autobahnbrücken donnern, seine Transatlantikflugzeuge, die neben ihrer Startbahn aus der Luft fallen, seine Autos, die die Fabrikto verlassen, um in die Reparaturwerkstätten gerollt zu werden. Seine Marsautomaten erreichen den Mars nicht. Seine Telegramme benötigen mehr Zeit als seine Briefe. Weltzeitungen schämen sich nicht mehr bei Druckfehlern. In seiner Wurst befindet sich kein Fleisch, in seinen Marmeladen ist keine Himbeere. Das Essen ist so schlecht, daß sich heute schon sagen läßt, der deutsche Mittelstand habe nichts zu essen.*«⁴ Spätimperialismus ist eine Art negati-

4 Vgl. Peter Hacks: Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage, in: Ders.: Die Maßgaben der Kunst I. Hacks Werke, Dreizehnter Band, Berlin 2003, S. 540-553, hier S.541 und S. 552.

ver Imperialismus: Besetzen des Landes, des Ortes, der Umgebung – kaputtmachen der ursprünglichen Struktur – nichts Produktives an seine Stelle setzen – abwarten, was die UNO sagt. Spätimperialismus ist somit die letzte Stufe innerhalb der bürgerlichen Ordnung. Die spätimperialistische Philosophie ist ihr systematischer Ausdruck. Es ist berechtigt, sie so zu benennen, denn sie legitimiert einen zunehmend zerstörerischen Weltzustand als letzte Antwort des Geistes und kann dabei nur Rückgriffe auf Althergebrachtes anbieten (hier minus Sozialismus). Bleiben die Krise und der Zerfall des philosophischen Denkens, denn sie entsprechen augenfällig den herrschenden Zeitläuften. Georg Lukács hat bereits 1946/47 auf die Krise der bürgerlichen Philosophie im Angesicht der Niederlage des deutschen Faschismus hingewiesen: »So ist die Entfernung zwischen der Wirklichkeit und den die Oberflächenerscheinungen widerspiegelnden Gedanken so groß, daß jede Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung sich vor dem Denken als unerwarteter, klaffender Abgrund auftut, sich als Krise, als eine unaufhörliche Kette von Krisen manifestiert.«⁵

Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie heißen demnach hier, daß eine sinnvolle Struktur dessen, was früher gutes Leben hieß, verteuft wird. Heißt, der Glaube an die rationale Vernunft wird verworfen, weil er sich selber nichts mehr eingestehen darf. Heißt, die unaufhörliche Kette von Krisen als das zu besingen, was angesagt ist: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich nicht weiter denken kann, als über den Horizont meiner subjektiven Existenz hinaus. Und derlei mehr...

Zweifellos handelt es sich bei all diesen Begriffen um teleologische Termini, und es ist bestimmt unschwer zu erkennen, daß gerade die Zielorientierung in den Geisteswissenschaften als verrufen gebrandmarkt worden ist, gibt sie doch vor, mehr zu wissen, als den gegenwärtigen Tatsachen entnommen werden kann. Und gerade deshalb: Wo den Philosophen zu Barbarismen wie Angriffskriegen, einer Legitimation von Folter, der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung und einer für das 21. Jahrhundert nur unheimlich zu nennenden Retheologisierung des Denkens nichts Kritisches mehr einfällt, da kann man nur sagen, daß dann ihre eigene Legitimation genauso verteidigungsunwert ist, wie die der Gesellschaft überhaupt.⁶ Das Gegenargument hierzu muß lauten: Wer spekulativ über den herrschenden Ist-Zustand nicht hinauszudenken vermag, der verteidigt, bewußt oder unbewußt, den status quo, der normalerweise, philosophisch gedacht, immer zu verändern wäre.

Internationale Tendenzen

Im Allgemeinen muß der Übergang zur spätimperialistischen Philosophie mit der Ausrufung des sogenannten postmodernen Denkens assoziiert werden. Ist es schon schwierig, definitorische Kriterien für den Begriff Moderne zu konstituieren (Was ist sie? Wann begann sie? Wann hörte sie auf? Wie ist sie zu beschreiben?), so gilt das erst recht für die Postmoderne, die als kleinsten gemeinsamen Nenner vielleicht den hat, alle Gewißheiten in Frage zu stellen, die von der Aufklärung stammen. Bereits dieser Tatbestand ist als rückschrittlich zu bezeichnen und hat viel vom Geschmack der Scholastik.⁷

5 Vgl. Georg Lukács: Die Krise der bürgerlichen Philosophie (1946/47), in: Ders.: Existenzialismus oder Marxismus?, Berlin 1951, S. 7-32, hier S. 10.

6 Das Problem der Retheologisierung des Denkens im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution harret einer gesonderten Abhandlung. Hier soll vorerst der Verweis genügen, daß die gegenwärtige Tendenz darauf angelegt ist, »den inneren Zusammenhang von idealistischer Beantwortung der Grundfrage der Philosophie, Struktur der Weltanschauungskonzeption, irrationalistischer Methodologie und dem in diesen reproduzierten und normierten Verhalten gegenüber der gesellschaftlichen Realität« zu verstetigen. Daß das Problem nicht neu ist und damit erst recht auf eine allgemeine Überwindung drängt, zeigt die Quelle des Zitats. Vgl. Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, S. 11.

7 Vgl. dazu den Kommentar von Terry Eagleton: Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay (1996), Stuttgart-Weimar 1997.

Man sollte aber von solchen unsystematischen Periodisierungen die Finger lassen. Sie erklären nichts und sorgen dafür, daß Behauptungen als Realität angenommen werden. So ist es zum Beispiel falsch anzunehmen, daß die Postmoderne das philosophische Denken erst seit den 1980er Jahren beeinflußt hätte, falsch, daß ihre Zeit schon wieder vorbei sei, und auch falsch, daß Baudrillard oder Lyotard ihre Urheber gewesen wären (wiewohl die französische Philosophie bei der Entstehung dieser Denkrichtung eine entscheidende Rolle spielt). Das Ganze reicht tiefer und weiter. Es gibt einen elementaren materiellen Grund für die Positionierung einer voraufklärerischen Philosophie im Zeitalter ihrer eigentlichen Realisation, wie es auch einen weiteren Grund dafür gibt, daß sie heute als non plus ultra des Denkens gilt. Als geistiger Indikator für die zunehmende Desorganisation des Verwaltungskapitalismus seit dem Eintritt des Kapitals in seine eigene Selbstbespiegelung entsteht der Postmodernismus genau dann, als die Erosion des Wohlfahrtsstaates westeuropäischer und nordamerikanischer Prägung erstmals handgreiflich wird. Die frühesten Anzeichen dafür gibt es schon in den 1960er Jahren, ab da vollziehen sich die Bedenken am und schließlich die Destruktion des Projekts der Aufklärung. Das Denkproblem hat seine klassische (»identische«) soziale Dimension: Wo die Produktion des Kapitals perspektivisch mit immer weniger Fachkräften realisiert werden kann, bedarf es auch immer weniger eines Wissens über die Produktionszusammenhänge, in welcher Form auch sonst. Ist, darüber hinaus, der Zweifel daran, daß es möglicherweise nützlich wäre, religiöse Toleranz zu üben, Frauen als Menschen zu akzeptieren, Bürgerrechte mit den Verfassungsrechten in Übereinstimmung zu bringen und unwürdige Lebensumstände zu verändern, als »Groß-erzählung«, »Metaphysik«, »Spekulation« und »unterwürfiger Totalitarismus« einmal denunziert und damit in der Welt, wird es ganz schwer, wenn nicht unmöglich, diesen Zerstörungswahn jeglicher Systematik umzukehren und aufzuheben. Denn der Rubikon wird genau in dem Moment überschritten, wo er sich ausgetrocknet zeigt: Wenn die Suche nach objektiver Wahrheit generell zum Scheitern verurteilt ist, dann muß mit der Suche gar nicht erst begonnen werden, denn wir sind subjektiv in die Welt geworfen worden, und jeder darf seine Meinung als eigene Wahrheit, die gilt, artikulieren. Was zu zeigen war, freilich ohne einen selbständigen Gedanken.

Auslöser der Krise und des Zerfalls der spätimperialistischen Philosophie ist Frankreich. Das ist zunächst erstaunlich, schließlich hat Frankreich mit seiner bürgerlichen Revolution überhaupt erst dafür gesorgt, daß der Feudalismus politisch abtreten mußte und wir im bis dato besseren Zeitalter des Individualismus angelangt sind. Erstaunlich auch, weil der wichtigste vorrevolutionäre Dialektiker Rousseau und der wichtigste politisch wirksame Literat Balzac in ihrer Zeit mit ihrem Denken weit voraus waren. Ist es nun so, daß der französische Dekonstruktivismus, der die ganze Welt zu erfassen im Begriff zu sein scheint, vielleicht nichts weiter als der Ausdruck dessen ist, womit wir es in der Krise und dem Zerfall des philosophischen Denkens überhaupt zu tun haben, nämlich mit der Vorwegnahme des Vorscheins einer wiedererlangten und wieder genesenen Vernunft? Ich kann nicht daran glauben, denn die Zusammen-

führung von Einzelkenntnissen zu einer neuen philosophischen Totalität war nie das Ziel des Dekonstruktivismus.

Wir müssen davon ausgehen, daß die zeitgenössische *französische Philosophie* den Daseinsgrund und die Wesensmitte der heutigen Ratlosigkeit im philosophischen Denken darstellt. Drei Beispiele, ein frühes, ein mittleres und ein spätes, sollen das beweisen.

Michel Foucault gilt bis heute für sich selbst als tief emanzipatorisch begreifende Zeitgenossen als *der* Philosoph der Machtkritik, der mit seinen Studien zur Biopolitik, zum Diskurs und zur Disziplinargesellschaft die Auswüchse der herrschaftlichen Ignoranz bis ins Kleinste sezierte. Unterschlagen wird dabei in der Regel, daß Foucault definitiv angelastet werden muß, den Machtbegriff diversifiziert und damit unkenntlich gemacht zu haben. Eine Mikrophysik der Macht untergräbt die genaue Benennung der systematischen Konfliktlinien von Machtkalkülen und Machtrelevanzen in der kapitalistischen Gesellschaft. Eines seiner Erstlingswerke gibt Aufschluß, Foucaults Geschichte des Wahnsinns. Darin heißt es programmatisch einleitend: »*Es handelt sich nicht um eine Geschichte der Erkenntnis, sondern der rudimentären Bewegungen einer Erfahrung. Es ist nicht die Geschichte der Psychiatrie, sondern des Wahnsinns selbst in seinen Aufwallungen vor jedem Erfasstwerden durch die Gelehrsamkeit. Man müßte also mit aufmerksamem Ohr sich jenem Geraune der Welt zuneigen und versuchen, so viele der Bilder, die nie in der Poesie ihren Niederschlag gefunden haben, so viele Phantasmen wahrzunehmen, die nie die Farben des Wachzustandes erlangt haben.*«⁸ Zweifelsfrei erkennt auch Foucault die Unmöglichkeit dieses Vorhabens in praxi, aber theoretisch und methodologisch sind alle seine Arbeiten dem Prinzip gefolgt, Erfahrungen vor Erkenntnisse zu stellen und das Geraune als Quelle für den Beweis zu nehmen, daß es hierarchische Machtverhältnisse zwar gibt, eine »horizontale« Machtverteilung jedoch die viel schlimmere Unterdrückung darstellt, wo also die häusliche Gewalt zwischen Eheleuten dieselbe Qualität hat wie die strukturelle Gewalt der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt, obwohl letztere ursächlich der ersten vorgeordnet ist. Diese philosophische Irritation hat seither Schule gemacht.

Gilles Deleuze, als Co-Autor mit Felix Guattari Urheber einer gut tausend Seiten starken Abhandlung über »Kapitalismus und Schizophrenie«, ist unser mittleres Beispiel aus einer Zeit, als die dekonstruktivistische Postmoderne ihren atemberaubenden Höhenflug in der akademischen Welt genoß, in Deutschland nicht zufällig Anfang der 1990er Jahre. Wir nehmen auch hier ein philosophisch eher unbekanntes oder kaum erhebliches Dokument, den Anfang des zweiten Bandes der Filmtheorie von Deleuze, die sich bei näherem Hinsehen insgesamt höchstens als rein subjektive Bergson-Interpretation lesen läßt⁹ und wenig von dem beinhaltet, was sie verspricht, nämlich die Entschlüsselung filmischer Wahrnehmungsprozesse voranzutreiben. Die filmtheoretischen Implikationen des folgenden Zitats sind für uns hier unerheblich, wesentlich ist der erkenntnistheoretische Zugang zum Abbildrealismus oder besser: zum Ausdrucksrealismus. Deleuze beginnt ebenso programmatisch wie Foucault: »*Gegenüber denen, die den italienischen Neorealismus durch*

8 Vgl. Michel Foucault: *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft* (1961), Frankfurt/M. 1973, 1995 (11. Aufl.), S. 13.

9 Nebenbei: Georg Lukács hat Bergson in einem seiner frühen politischen Aufsätze kaum zufällig *den* Philosophen des Syndikalismus seiner Zeit genannt. Vgl. Georg Lukács: *Taktik und Ethik* (1919), in: Ders.: *Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I 1918-1920*, Darmstadt und Neuwied 1975, S. 43-84, hier S. 69.

seinen sozialen Inhalt definierten (was man mit entschiedenem Recht tun sollte – D. K.), *berief sich Bazin* (französischer Filmkritiker der Ontologie – D. K.) *auf die Notwendigkeit formal-ästhetischer Kriterien. Er führte dabei an, daß es sich um eine neue Realitätsform handele, die man sich dispersiv, elliptisch, richtungslos oder schwankend* (ballante) *zu denken habe und die durch Blöcke mit betont schwachen Verbindungen und fließenden Ereignissen charakterisiert ist. Das Reale werde nicht mehr repräsentiert oder reproduziert, sondern ›gemeint‹. Statt ein bereits dechiffriertes Reales zu repräsentieren, meine der Neorealismus ein zu dechiffrierendes und stets zweideutiges Reales; aus diesem Grunde trete die Plansequenz zunehmend an die Stelle der Montage von Repräsentationen.*¹⁰ Wir vernachlässigen an dieser Stelle sowohl die Redundanz der Wiederholung als auch die filmtheoretische Fahrlässigkeit im Inhalt der Aussage, sondern fragen einzig nach der erkenntnistheoretischen Bewandnis. Und diese lautet: Es gibt nach Deleuze keine durchstrukturierten, klaren Herrschaftsverhältnisse, es gibt nur noch Dispersionen, Schwankungen, schwache Verbindungen, die innerhalb der Philosophie auf nichts anderes hinauslaufen, als Systematik zu negieren und in der Realität nur noch Formgebundenes zu sehen. Marx hätte geantwortet, daß der Hautausschlag so positiv wäre wie die Haut, aber das dürfte heute abtropfen. Denn die Art und Weise, mit der hier elementare Erkenntnisse von 250 Jahren Aufklärung in den Orkus gewandert sind, ist bezeichnend. Die Richtungslosigkeit der Philosophie entspricht der Richtungslosigkeit der Gesellschaft.

So auch und gerade beim Lehrmeister des Dekonstruktivismus, Jacques Derrida. Dessen letzte Arbeit war eine Antwort an Kritiker zu seinem Buch »Marx' Gespenster« und versuchte, den ganzen Karl Marx in eine politische Philosophie als Ontologie hineinzu-zwängen (was an sich vielleicht in Ordnung wäre, wenn nicht die sprachwissenschaftliche Deduktion Derridas dem Kern der Marx-schen Philosophie so deutlich zuwider liefe). Ich referiere erneut, indem ich zitiere: »*Ohne hier jene Bewegung rekonstruieren zu wollen*, (gemeint ist die Geschichte des Marxismus als Erbe der Aufklärung – D. K.) *erlaube ich mir, daran zu erinnern, was zu einer bestimmten Zeit einerseits ›die Möglichkeit (...) und die Phänomenalität des Politischen‹ oder auch ›was die Bestimmung des Politischen ermöglicht‹ und andererseits die Möglichkeit einer ›Lehre vom Spuk‹ (hantologie) miteinander verknüpfte, und zwar an der Stelle, wo ein Diskurs (ich sage nicht, eine Wissenschaft) über das Gespenstische ›(...) irreduzibel auf all das (bleibt), was durch sie (die Lehre vom Spuk) erst möglich wird: die Ontologie, die Theologie, die positive oder negative Onto-Theologie‹. Das bezieht sich auch, bevor wir noch von der ›marxistischen Philosophie‹ sprechen, auf jene ›Philosophie‹, deren Grenze Marx meines Erachtens niemals thematisieren konnte.*«¹¹

Ich habe, der doppelte Einwand wird bestimmt zwingend angebracht, zwei elementare Fehler begangen. Nämlich erstens, das Zitat bezieht sich auf das Vorgängerbuch, und zweitens, die Stelle ist aus dem Zusammenhang gerissen. Aber, versteht einer Derrida? Ist nicht der Sinn der Dekonstruktion der, das angeblich Verständliche zu

10 Vgl. Gilles Deleuze: Das Zeit-Bild. Kino 2 (1985), Frankfurt/M. 1991, S. 11.

11 Vgl. Jacques Derrida: Marx & Sons (2002), Frankfurt/M. 2004, S. 25/26.

verkomplizieren und damit dem Wesen der Kompliziertheit des Denkens ein Stück näher zu kommen? Ist es nicht gar so, wie Derrida sich selber dünkt, daß der Dekonstruktivismus die radikalisierte Variante des Marxismus darstellt?¹² Das kann man alles getrost vergessen. Derrida hat nicht mehr gemacht, als die philosophische Sprachbildung zum Wesen der Philosophie selbst zu erheben, und er hat damit dem Kern der Philosophie den Todesstoß versetzt. Spuk und Irreduzibilität (Unzerlegbarkeit) als vollkommen abgehobene Begriffe erscheinen vor jeder Besprechung der »marxistischen Philosophie« (die in »Marx & Sons« auch gar nicht mehr aufgenommen wird) und sollen als Zentrum des philosophischen Sinns gelten, wiewohl sie höchstens weit entfernte und gänzlich abgeleitete Termini sind, die, wenn überhaupt, eine Relevanz erst dann entfalten würden, wenn sie materialistisch gefüttert werden könnten. Ein hoffnungsloses Unterfangen. Marx konnte »diese« Grenze der Philosophie niemals thematisieren, weil sie für die Enthüllung der Widersprüche des Kapitals ohne Belang war.

An dieser Stelle läßt sich eine Zusammenfassung der zeitgenössischen *französischen Philosophie* anbringen, die stellvertretend durchaus für einen allgemeinen Trend stehen kann. Sie stammt von der niederländischen Netzkommune »agentur bilwet« und führt die wesentlichen Kriterien aus, die dafür gesorgt haben, daß die heutige Philosophie tatsächlich nur noch als Phrasendreschmaschine wahrgenommen wird. Man höre ganzheitlich zu: »Irrtum an zwei Fronten: Man kann den falschen Standpunkt zum richtigen Gegenstand einnehmen oder das falsche Thema am Schopf packen und darüber die richtige Theorie aufstellen. Nach der Pose des Losers in der Popkultur sehen wir heute die Einsicht vom Scheitern in der Theorie aufkommen. Derrida bekennt: »Ich lag mit meiner Grammatologie daneben.« Ebenso wie Lacan, der zugibt, daß das Unbewußte doch nicht sprachlich strukturiert ist. Schade für eine ganze Generation Doktoranden. Man wartet nun auf eine Studie über Nietzsches völlige Fehlschläge: Die ewige Wiederkehr ist gar nicht möglich! Der Übermensch ist nur ein Bastard. Lediglich von Marx wird ex cathedra gesagt, daß er sich irrte. (...) Das Zeitalter des Drauflosdenkens bricht nunmehr an. Totale Falsifikation schmälert nicht den möglichen Wert der lügendestraften Theorie. Im Grunde genommen beschäftigt sich das Denken nicht mit der Frage, wie die Welt zusammengesetzt ist, sondern wie sie sich organisiert, wenn man sie auf eine bestimmte Weise betrachtet.

Im heutigen Denkklima herrscht ein skeptischer Diskurskonsum: kann man etwas damit anfangen, stellt es etwas dar, geht es um etwas, kann man etwas Praktisches damit tun, sind Bilder drin, ist es einfach zu lesen, ist es nicht zu kompliziert, bringt es etwas, verkauft es sich einigermaßen, kommt es ein bißchen überzeugend rüber, ist das alles wirklich wahr, kann man damit Punkte gewinnen? Das Problem von Foucaults Diskursidee ist, daß sie nicht entzwei gehen kann (das behauptet zumindest der Klappentext). Der Diskurs kann zwar schwächer werden, abschweifen, radikale Wendungen nehmen, sich über das gesamte Feld der Wirklichkeit ausbreiten, bis zu den intimsten Stellen vordringen, unterdrückt werden, an die Macht kommen oder eine Gegenmacht bilden, aber er kann nicht

12 Vgl. Terry Eagleton: *After Theory* (2003), London 2004, S. 35.

13 Vgl. *agentur bilwet: elektronische einsamkeit. was kommt, wenn der spaß aufhört?*, Köln 1997, S. 27/28.

14 Zur Ehrenrettung der Franzosen: Die gibt es dort auch noch (Badiou, Balibar, Rancière), und sie sind alle durch die Schule von Louis Althusser gegangen, wie übrigens sogar Foucault, der das später verleugnete. Vgl. Slavoj Žižek: *Die Tücke des Subjekts* (1999), Frankfurt/M. 2001, S. 231-236. Dominant ist aber weiterhin die andere Richtung.

15 Das wird mittlerweile auch in neueren Abhandlungen über solche, dem Kapitalismus wesensinhärente komplizierte gesellschaftliche Prozesse, die der Spätimperialismus verdrängt, als bahnbrechend angesehen. Vgl. z. B. Axel Honneth: *Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie*, Frankfurt/M. 2005, S. 41.

von einem Lügendetektor entlarvt werden. Es kommt stets mehr von derselben Wahrheit heraus. Der Diskurs wird im allgemeinen nicht öffentlich verhandelt, funktioniert aber hinterlistig hinter den Kulissen. Wird der Mediendiskurs je scheitern, völlig im Nebel stehen, so daß jeder auf der Stelle beschließt, etwas Vernünftigeres zu tun? Davon kann man wohl ausgehen.¹³

Dieser hellsichtigen Analyse zum Trotz bin ich mir nicht sicher, ob wir bald etwas Vernünftigeres tun, als der dekonstruktivistischen Diskursphraseologie hinterherzulaufen. Tatsächlich ist es in gewissen Kreisen auf der einen Seite weiterhin äußerst schick, dem Geschwafel der Postmodernen zu folgen. Auf der anderen Seite ist es nicht ausgemacht, daß wir überhaupt noch entscheiden können, was das Vernünftigere wirklich ist. So sollte man lieber vorerst vorsichtig festhalten, sich das eigenständige Denken nicht abzugewöhnen.

Im Gegensatz zu Frankreich ist in der *angloamerikanischen Philosophie* die Bezugnahme auf Postmoderne und Dekonstruktivismus nicht so weit verbreitet. Zwar gibt es auch hier ihre Protagonisten (wie MacIntyre oder Taylor und/oder die Verbrämung des Vertrauensverlusts in die Sinnhaftigkeit des Ganzheitsdenkens unter dem Signum des »Kommunitarismus«), aber insgesamt gesehen war der englischsprachige Philosophieraum gegenüber postmodernen Angriffen relativ immun. Dies erstaunt bei genauem Hinsehen allerdings kaum. Denn abgesehen von den wenigen versprengten Einzelkämpfern in den Nischen des akademischen Marxismus (Anderson, Eagleton, Jameson, Postone)¹⁴, die von vornherein mißtrauisch gegenüber jeglichem Machbarkeitsdenken waren und sind, beherrscht die angloamerikanische Philosophietradition eigentlich nur ein einziger Gedanke: »Wenn etwas möglich ist, dann wird es getan.«, oder mit anderen Worten: »Wenn Du auf eine Grenze stößt, dann überschreite sie.« Nicht umsonst steht diese Borderlineideologie am Beginn der kapitalistischen Erfolgsgeschichte der repressiven Landnahme im 17. und 18. Jahrhundert. Seitdem haben die meisten englischsprachigen Länder nichts anderes gekannt als den Kapitalismus, und deshalb stoßen paradoxerweise ihre Vorstellungen vom Sein auf der Erde an die klassische bürgerliche Grenze, daß es außerhalb des Kapitalismus nur noch Gott geben kann und nichts sonst. Hier war es im Prinzip nicht vonnöten, die Aufklärung durch massive Verzweiflung zu absorbieren. In gewissem Sinne ist deshalb die angloamerikanische Philosophie so herzerfrischend offen und so hoffnungslos auf sich selbst bezogen, weil sie weder Großerzählungen noch romantische Flausen noch sprachliche Zerwürfnisse befürchten muß. Das heißt im Klartext: Seit der schottischen Moralphilosophie, die sich ernstlich darüber Gedanken machte, wie man die Auswüchse des Kapitalismus einhegen, nicht jedoch das von vornherein defekte System beseitigen könnte, beherrscht die Diskussion hier der Pragmatismus, dessen führender Vertreter im 20. Jahrhundert Dewey war, der bis heute von vielen Linksliberalen wegen seiner pragmatischen Klarheit bewundert wird. Diese Klarheit beruht auf der simplen Vorstellung, daß alle Erkenntnis durch die subjektive persönliche Erfahrung gefiltert wird und somit eine außerhalb der Individualität stehende objektive Position zur Welt dem Menschen nicht möglich ist.¹⁵ Man könnte auch sagen, von hier

aus generiert sich die Einstellung, daß der von einer Entlassung Betroffene zunächst einmal die Schuld bei sich selber sucht, anstatt zu fragen, warum es Entlassungen überhaupt geben muß. So argumentiert beispielsweise Walzer, daß der Intellektuelle, der die Welt kritisiert, Teil dieser Welt sein muß und es ihm nicht ansteht, etwas Utopisches zu fordern, weil dies gegen die Machbarkeitsregeln des Pragmatismus verstößt. Das Verfahren ist natürlich zu durchsichtig, um es ernst zu nehmen. Ich will indes auf etwas anderes aufmerksam machen.

In der angloamerikanischen Philosophie gilt man in der Regel bereits als »links«, wenn man Meinungen vertritt, die nicht aus dem *State Department* oder der *Downing Street No. 10* kommen. Nur so ist zu verstehen, wie manche ganz gewöhnliche Kathedergelehrte zu Ikonen einer angeblichen Veränderung werden können. Richard Rorty ist dafür ein treffendes Beispiel. Hatte er zunächst (unnötigerweise) den Postmodernediskurs mitgetragen, so verlegte er sich in seinen Spätschriften auf die Ausmessung des Wahrheitsproblems. Für ihn begann unter anderen Vorzeichen die Auseinandersetzung um die Weltfragen mit der veränderten Lage nach der selbst initiierten Zerstörung des Staatssozialismus, die offenbar eher die Linksliberalen in der westlichen Hemisphäre in eine Identitätskrise stürzte als die zwangsläufig Daheimgebliebenen. Rorty hat 1990 unter dem Eindruck der umwälzenden Ereignisse in Osteuropa einen Aufsatz mit dem Titel »Das Ende des Leninismus, Havel und die soziale Hoffnung« veröffentlicht und ihn mindestens bis 1998 bzw. 2000 und 2003 gelten lassen, weil er des öfteren nachgedruckt wurde.¹⁶ Interessant ist hier die Verschiebung der Maßgaben für linke Philosophieentwürfe. Rorty schreibt: »*Die Ereignisse des Jahres 1989 haben diejenigen, die nach wie vor am Marxismus festhalten wollten, davon überzeugt, daß wir ein Verfahren brauchen, um unsere Zeit in Gedanken zu fassen, und einen Plan, um die Zukunft besser zu gestalten als die Gegenwart, ohne dabei auf den Kapitalismus, die bürgerlichen Lebensformen, die bürgerliche Ideologie und die Arbeiterklasse Bezug zu nehmen. Wir müssen das verschwommene Ziel des Marxismus ebenso aufgeben, wie Marx und Dewey das verschwommene Ziel Hegels fallenließen. Wir können den Ausdruck ›Kapitalismus‹ nicht mehr so verwenden, daß damit sowohl ›die Marktwirtschaft‹ als auch ›die Ursache aller heutigen Ungerechtigkeiten‹ gemeint sind. Wir können nicht mehr die Mehrdeutigkeit dulden, aufgrund deren (derer? – D. K.) der Kapitalismus zum einen als Möglichkeit zur Finanzierung der industriellen Produktion und zum anderen als der Große Bösewicht erscheint, der an den meisten Formen unseres heutigen Elends schuld ist. Ebenso wenig können wir den Ausdruck ›bürgerliche Ideologie‹ so verwenden, daß er soviel wie ›für marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaften geeignete Überzeugungen‹ bedeutet und gleichzeitig soviel wie ›alles an unserer Sprache und unseren Denkgewohnheiten, dessen Ersetzung zu einer leichteren Verwirklichung menschlichen Glücks und menschlicher Freiheit führen würde‹. Und genauso ausgeschlossen ist es, den Ausdruck ›Arbeiterklasse‹ so zu verwenden, daß damit sowohl ›diejenigen, die in marktwirtschaftlichen Gesellschaften das wenigste Geld und am wenigsten Sicherheit bekommen‹, gemeint sind als*

16 Vgl. Richard Rorty: *Wahrheit und Fortschritt* (1998), Frankfurt/M. 2003 (2. Aufl.), S. 329-351.

17 Vgl. ebenda, S. 337.

auch »diejenigen, die das wahre Wesen des Menschen verkörpern.«¹⁷

Kann man angesichts der offenen Tatsachen unserer Zeit beredter kapitulieren? Wohl kaum. Rorty empfiehlt uns eine terminologische und sachliche Zurückhaltung, die umgedreht an Karl Kautskys Zentrismus erinnert, auf daß wir vorerst den Kapitalismus reformieren sollten, weil für uns der Sozialismus qua historischer Notwendigkeit sowieso sicher (laut Rorty: unerreichbar) ist. Es dürfte wahrscheinlich sein, daß der künftige Sozialismus nicht »Sozialismus« heißen wird, weil die Verbrechen des historischen Staatssozialismus zu groß waren. Aber deswegen muß man doch nicht ohne Not staubverbunden abschwören und sich damit bescheiden, ein wenig Reformismus zu üben. Rorty ist in dieser Hinsicht der typische Kleinbürger, der im Angesicht einer neuen Lage das Handtuch wirft, weil ihm der Haken abhanden gekommen ist, an dem man das Handtuch getrost aufhängen könnte. Die Ideologie Rortys manifestiert sich anschaulich da, wo er die Arbeiterklasse, die er nicht kennt, denunziert und mutmaßt, die bürgerliche Ideologie sei eben nicht die für den Kapitalismus geeignete Überzeugungsform und folglich auch nicht überwindbar.¹⁸

18 Er hat überdies vergessen, daß die Anlässe für die Umwälzungen der Jahre 1989 folgende tatsächlich zu großen Teilen hausgemacht waren. Der Reformbedarf des Staatssozialismus wurde genutzt, um das ganze System abzuschaffen. Für die DDR: »Kein Arbeiter, kein Bauer und kein Wirtschaftsleiter beteiligte sich an der Abschaffung des SED-Staats, freilich eine größere Anzahl von Amtsinhabern von der SED.« Vgl. Peter Hacks: Zur Romantik (2000), in: Ders.: Die Maßgaben der Kunst III. Hacks Werke, 15. Band, Berlin 2003, S. 5-107, hier S. 84. Welche philosophischen Konsequenzen das haben könnte, werden wir noch sehen.

19 Vgl. Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion (2005), Frankfurt/M. 2007, S. 151-155.

20 Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 281/282.

Wie die Ausgestaltung dieser Variante des Pragmatismus in der politischen Philosophie aussieht, demonstriert Chantal Mouffe in einer aktuellen Arbeit über Politik im 21. Jahrhundert. Ausgehend von der von ihr handzahn abgeschwächten Logik des »Freund-Feind-Schemas« in der Politik nach Carl Schmitt kritisiert Mouffe zurecht die postpolitische Logik des behaupteten Verschwindens einer »Rechts-Links-Konstellation« im politischen Geschäft, um daraufhin aber schlicht zu behaupten, das Heil der Demokratie liege im Pluralismus, und wenn dies beachtet würde, dann käme man politisch, selbst weltpolitisch, schon zurecht.¹⁹ Hier liegt eine demonstrative pragmatische Mißachtung des »postpolitischen« Phänomens vor. Das Problem ist doch nicht, daß eine Macht oder eine Nation ohne Gegner dasteht, sondern daß die öffentliche Aushandlung sozialer Probleme, gemeinhin Politik genannt, inzwischen auf reines Verwaltungshandeln reduziert worden ist und daß damit vor allem essentielle Interessen von Ausgestoßenen, die sonst niemals gehört werden würden, sozusagen auf dem Verwaltungswege neutralisiert werden.²⁰ Die pragmatische Lösung müßte diese Tendenz eigentlich gutheißen. Sie vernebelt aber aus den Heiligkeitsgründen, die nur zu klar sind, weil Freiheit und Demokratie die politischen Wesensbedingungen des Kapitals zwingend darstellen, den falschen Weg, den sie in Wirklichkeit befürwortet und vorantreibt. *Angloamerikanische Philosophie* ist somit deswegen spätimperialistische Philosophie reinsten Wassers, weil sie einerseits symbolisch die Zulassung von Lenins »Staat und Revolution« als Lektüre im Pentagon gestattet und andererseits auch aus der letzten Hunger- oder Klimakatastrophe ableiten würde, daß genmanipulierte Nahrung oder die künstliche Zurichtung des Wetters der Menschheit schon weiterhelfen werden.

Dekonstruktivismus und Pragmatismus haben durch den hohen Stand von Studierenden aus aller Welt in den westlichen Ländern auch andere Regionen erreicht und nicht selten präformiert. Zwei-

felsfrei gilt das Augenmerk für den Westen durch die aufgebauschte »Bedrohung« »des Islams« momentan der arabischen Welt. Und tatsächlich ist dabei der afrikanische Marxist Samir Amin einer der wenigen Denker des Trikonts, der die angeblich veraltete Dependenztheorie hochgehalten und sich damit sowohl dem westatlantischen Konformismus als auch der fragwürdigen religiösen Weihe von Schriftgelehrten jeder Couleur zur Wehr gesetzt hat. Vieles spricht im übrigen dafür, daß Christentum und Islam dieselbe Münze werfen und sich am Schluß darüber wundern, daß Avers und Revers zwei verschiedene Dinge sind. Aber darum geht es nicht. Leider hat die Philosophie in *Rußland, China und der Vernachlässigten Welt* nicht mehr den Stellenwert, den sie einmal hatte, oder es kommt in Europa von den womöglich neuen Ideen nichts an. Ich muß mich hier an das Rudimentäre halten, was die Berichterstattung hergibt.

Rußland hatte nach der Abschwörung vom dialektischen und historischen Materialismus zunächst die Geschichte zwischen 1917 und 1991 aus seinem kollektiven Gedächtnis zu verbannen versucht, um unterdessen dazu überzugehen, die Zeit der Sowjetunion wieder als das zu sehen, was sie war: die einzige Phase in seiner modernen Geschichte, in der das Wort aus Eurasien galt.²¹ Seit einigen Jahren gibt es eine brüchige Allianz zwischen Rußland und China, die naturgemäß vor allem den USA, aber auch Westeuropa Kopfzerbrechen bereiten könnte. Allerdings entspricht, nach allen Informationen, die hier vorliegen, der philosophische Stand keineswegs dem Machtgebaren der Staatswesen, oder andersherum: man versucht, den eigenen autoritären Kapitalismus schönzureden, was wohl kaum mit den ursprünglichen geistigen Traditionen und Intentionen in Übereinstimmung zu bringen ist. Aus China sickert fast gar nichts durch, obwohl die Staatsführung an den ursprünglichen revolutionären Zielen festhält, und in Rußland herrscht, philosophisch gesehen, absolute Konfusion.²²

Die Ausbeutung der vernachlässigten Erdteile des Trikonts durch die hochentwickelte kapitalistische Welt hingegen war noch bis in die 1990er Jahre Thema erregter Debatten, in denen sich Überlegungen von Fanon, Galeano, Chomsky oder Ziegler zu einem Konglomerat vereinigten, das aussagte, die Entwicklungsländer seien als Opfer der kapitalistischen Expansion prädestiniert, für die Schwachen der Welt zu sprechen. In der Tat würde ich immer noch der Aussage einer Marokkanerin über ihre desolante soziale Lage mehr trauen als dem Seelenleiden von Woody Allen oder Juliette Binoche. Jedoch, und damit schließt sich der Kreis, hat die Unterwanderung der Sozialtheorie durch Dekonstruktivismus und Pragmatismus auch in Asien, Afrika und Lateinamerika dafür gesorgt, daß die wichtigsten Probleme des menschlichen Zusammenlebens durch Marginalien eines individualistischen Egoismus verdrängt wurden. Nicht nur, daß die ehemals marxistisch inspirierten »Cultural Studies« (Raymond Williams würde im Grab rotieren) von einem manischen Kult zur berühmten »Ausdifferenzierung« als »Postcolonial Studies« soweit diversifiziert wurden, daß zwischen »Black-Atlantic-Studies«, »Queer-Politics« und »South-East-Asia-Studies« der Wald vor lauter Bäumen nicht mehr gesehen wird. Nein, die möglicher-

21 Vgl. dazu z. B. Franz Jung: *Asien als Träger der Weltrevolution* (1919), in: Ders.: *Nach Russland! Schriften zur russischen Revolution*. Werke 5, Hamburg 1991, S. 7-10.

22 Zum Verständnis Chinas vgl. Giovanni Arrighi: *Auf revolutionärer Basis. Soziale Ursprünge des ökonomischen Aufstiegs Chinas*, in: *Junge Welt* vom 18. März 2008, S. 10/11; zur philosophischen Lage in Rußland vgl. Günter Mayer, Wolfgang Küttler: *Postsowjetische Marxisten in Russland*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 201/202, S. 740-763.

weise fruchtbringenden Einzelerkenntnisse dieser Studienrichtungen werden von den Vertreterinnen und Vertretern ihres Fachs auch noch mit Demutsgesten versehen, wonach sie sich dafür entschuldigen, daß sie ausgebeutet wurden und werden. Wir reden dabei hier von denen, die als Mitglieder der herrschenden Kasten, Clans und Familien die Gelegenheit hatten, ein teures Studium in den reichen Ländern zu absolvieren, dann zurückkamen und behaupteten, sie hätten die Lippen des »Ein-für-allemal-Weisen« geküßt. Nur so ist erklärbar, warum vormals emanzipatorische Denker der außerwestlichen Welt wie Ahmad, Bhabha, Sen oder Spivak sich so offenbaren müssen, als würden sie dem Schah, Suharto und Pinochet noch nachträglich die Absolution für ihre Politik geben müssen. Derrida zitiert das genüßlich, indem er fragt, ob Spivak nicht vielleicht der Meinung sei, sie hätte »ihren« Marx gepachtet, also ein Besitzstandsdenken angewandt, das sonst nur im Westen üblich wäre?²³ Damit hat die Falle zugeschnappt. *Rußland, China und die Vernachlässigte Welt* kommen sich und der Emanzipation nicht näher, wenn sie das nachbeten, was Solschenizyns im Westen geborgte Vorstellungen mit denen der US-amerikanischen Präsidentialregentschaft gemein haben.

23 Vgl. Derrida: Marx & Sons, a. a. O., S. 31.

Deutsche Tendenzen

Ein deutscher Philosophieprofessor hat deutschen Philosophiestudenten vor geraumer Zeit medienwirksam anempfohlen, die Heimat zu verlassen und in die USA zu gehen, wenn sie Philosophie auf der Höhe der Zeit studieren wollen. In Deutschland ginge das nicht mehr, nur in den USA sei Philosophie noch das, was das Wort einmal umschrieb. Wie kann er das gemeint haben? Es ist für den Professor sicher nicht das Ziel gewesen, daß die Studierenden nun zum Beispiel bei Fredric Jameson Schlange stehen und danach fragen würden, warum ein wesentlicher Strang des Zeitgeistes historische Erinnerung durch reine Nostalgie ersetzt und welche Funktion diese Steuerung des Gedächtnisses für die Begradigung und Befriedung des kapitalistischen Systems hat.²⁴ Er ist wohl eher davon überzeugt, daß die US-amerikanischen Philosophen viel flexibler auf neue Situationen reagieren und auch ab und zu Tabus brechen, was in der deutschen Gesellschaft mit dem Hauch der verkrampten »political correctness« (die übrigens aus den USA kommt) undenkbar wäre. Das kann im Land der eingebildeten Mission soweit gehen, daß irgendwelche Sozialwissenschaftler kaum widersprochen die »These« aufstellen, daß Schwarze deswegen schneller rennen als Weiße, weil sie viel öfter ums Überleben kämpfen müßten. Unser Professor liegt trotz dieser menschenverachtenden Blütenbildung, was nun Deutschland betrifft, dennoch nicht ganz falsch. Und Tabus werden hier auch gebrochen.

24 Vgl. Fredric Jameson: Postmodernism, or, the Cultural Logic of Late Capitalism, Durham 1991, 1995 (6. Heft), S. 279-296.

Grundsätzlich läßt sich von der *deutschen akademischen Philosophie* sagen, daß sie ihrer Verantwortung in Traditionspflege und inhaltlicher Ausrichtung nicht gerecht wird. Worüber müßte man sich alles auseinandersetzen, welche Potentiale des Denkens der letzten Jahrhunderte liegen brach? Philosophie wird hierzulande auf Philosophiegeschichte reduziert. Es wird ja noch nicht einmal Kant verstanden, und wenn er zitiert wird, dann nur aus Gründen, um die

Linie Hegel-Marx abzuwürgen. Kant gilt im Elfenbeinturm weniger als Strategie der Aufklärung, sondern eher als derjenige, der vor den teleologischen Spitzfindigkeiten der Utopie gewarnt hat. Georg Lukács hat diesen Trend zu gegebener Zeit erkannt: »Die Kantsche Philosophie hat im 19. Jahrhundert in typischer Form die Theorie von der synthetischen Entstehung der jeweiligen konkreten Gegenständigkeit im Gegensatz zur Bewußtseinsjenseitigkeit und darum Unerkennbarkeit des abstrakten Dinges an sich vertreten, wo bei ersterer das erkennende Subjekt die jeweilige konkrete Synthese vollzieht, freilich in einer ihm gesetzmäßig vorgeschriebenen Weise. Da die Abwendung von der Marxschen Ontologie zuerst und lange Zeit hindurch vorwiegend unter kantianischem Einfluß vollzogen wurde, ist es nützlich, auf diesen ausschließenden Gegensatz kurz hinzuweisen, da er, trotz vielfachen Änderungen in den bürgerlichen Weltanschauungen, seine Aktualität noch immer nicht ganz verloren hat.«²⁵ Es ist nicht nur nützlich, darauf hinzuweisen, sondern notwendig. Und die Aktualität für die Abhaltung von offenem Denken hat gerade der arme Kant immer wieder und heute verstärkt zu spüren bekommen, denn kein Name wird öfter im Munde geführt als seiner, so mißverstanden und verraten wie sonst niemand. Man erwartet ja fast gar nicht mehr, daß Hegel gelesen, geschweige denn verstanden wird. Nein, der Gott der Philosophie in Deutschland ist ein anderer: Heidegger. Dazu gäbe es an sich viel zu sagen, und man könnte zu dieser Person noch retrospektiv angebliche Antipoden der kritischen Philosophie versöhnend wieder zusammenführen, nutzten jene doch in der Ablehnung Heideggers im Abstand von gut fünfzehn Jahren dasselbe Hegel-Zitat.²⁶ Jedoch ist Heidegger an sich hier nicht das Thema. Es geht eher um die beiden Klein-Heideggers der deutschen Gegenwartsphilosophie. Für sie, wie für viele philosophisch Interessierte, wird der folgende sachliche und personelle Zusammenhang womöglich überraschend erscheinen, vielleicht jedoch auch nicht. Jedenfalls spielt sich die traurige Veranstaltung, mit der in Deutschland Philosophie simuliert wird, zwischen diesen beiden Polen des Denkens ab. »Rechts« ist der Posten des Heidegger-Erbens von Peter Sloterdijk besetzt, »links« von Robert Kurz.

Wie ist das zu begründen? Bekanntlich wurde Martin Heidegger nach der Veröffentlichung seines Hauptwerkes »Sein und Zeit« im Jahre 1927 berühmt. Die Hauptaussage dieses Buches besteht darin, daß der Mensch in die Welt »geworfen« wird und mit diesen Weltumständen »im Dasein« nun umgehen muß. Das wird lang und breit ausgewalzt mit dem Ergebnis, daß die Faszination des Buches offenbar daher rührt, wie ausführlich um diesen einzigen Gedanken (der zudem bereits damals nicht neu war) gekreist wird. Ein zweiter Band zur gleichen Problematik scheiterte, wahrscheinlich, weil nicht mehr genügend deskriptive Ausschmückungsutensilien zur Verfügung standen.²⁷ Heideggers Philosophie könnte man als »Philosophie des Unausweichlichen« bezeichnen: Die Welt ist nicht veränderbar, und wenn der Philosoph mit seinem Bauernfreund auf der Alm schweigend in die Landschaft blickt, dann weiß er instinktiv, daß er Recht hat. Und genauso gerieren sich bei allen Unterschieden seine Jünger in der Jetztzeit, Sloterdijk und Kurz.

25 Vgl. Georg Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx, Darmstadt und Neuwied 1972, S. 33.

26 Bei Georg Lukács steht: »Heideggers Selbstverteidigung gegen den Irrationalismus steht also auf tönernen Füßen. Mit Recht spricht Hegel in methodologisch ähnlich gelagerten Stellen von einer ›erhabenen Hohlheit‹ und von einer ›reinen und eklen Höhe‹ der Abstraktion.« Vgl. Georg Lukács: Anhang: Heidegger redivivus (1947), in: Ders.: Existenzialismus oder Marxismus?, a. a. O., S. 161-183, hier S. 163. Bei Theodor W. Adorno steht: »Gesprochen wird wie aus einer Tiefe, die geschändet würde als der Gehalt, der sie doch wieder sein und der sich aussprechen möchte. Heideggers Abwehrtechnik des sich Entziehens in Ewigkeit hat zum Schauplatz jene ›reinen und eklen Höhe‹, von der Hegel in der Polemik wider Reinhold handelt; wie dieser kann auch Heidegger in rituellen Präliminarien zum ›Schritt in den Tempel‹ nicht sich genug tun; nur daß kaum einer mehr wagt, der Katze die Schelle anzuhängen.« Vgl. Theodor W. Adorno: Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie, Frankfurt/M. 1964, 1992 (13. Aufl.), S. 79.

27 Die philosophie-immanente Begründung, die Zizek dafür anführt, warum »Sein und Zeit« unvollendet blieb, teile ich nicht, weil ich meine, daß in Heideggers Denken von Anfang keine »Leerstelle« vorhanden war, die noch zu füllen gewesen wäre. Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 34.

Beide sehen die Globalisierung (ein Wortungetüm mit dreifacher semantischer Multiplikation) als unausweichlich an. Beide glauben daran, daß es sich bei der Durchsetzung des Kapitalismus im Weltmaßstab um einen unumkehrbaren Prozeß handelt. Beide vertreten den Standpunkt, daß die Rolle des Individuums unter der Herrschaft des Kapitals unbedeutend ist. Beide sind der Meinung, daß wir in einer Epoche leben, in der die Geschichte still steht. Und beide vertrauen auf die »invisible hand of the market« bei der Lösung von Weltproblemen, hier freilich unter umgekehrten Vorzeichen. Bei Sloterdijk entsteht globale Langeweile, bei Kurz kommt es (ebenefalls »unausweichlich«) zum Zusammenbruch des warenproduzierenden Systems.²⁸

28 Vgl. Peter Sloterdijk: Im Weltinnenraum des Kapitals. Für eine philosophische Theorie der Globalisierung, Frankfurt/M. 2005, S. 270/271 (mit direkten Bezügen zu Heidegger); Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin 2005, S. 220-298.

Wie immer marketingtechnisch hellwach, ist Sloterdijk, zumindest in der Diktion, auf den Zug der Kritik am Kapitalismus aufgesprungen und hat den Begriff des Kapitals auch für sich als Forschungsobjekt in Anspruch genommen. Allerdings ist seine Weltinnenraummetapher ähnlich nichtssagend wie Heideggers »Man«, da sie nur das illustrieren will, was sowieso offensichtlich ist. Zu diesem Zweck muß Sloterdijk ahistorisch argumentieren und versteigt sich dabei zu folgender Denunziation: »Man kann der Einsicht in den nachgeschichtlichen Charakter des Weltsystems im Global Age mühelos ausweichen, indem man weiterhin, wie in der Zukunft (der Historiker – D. K.) üblich, jede Sequenz von Ereignissen im Makro- wie im Mikrobereich als Geschichte bezeichnet. Dank dieser terminologischen Festsetzung läßt sich jeder Gegenstand ›historisch nehmen‹ – in der großen Geschichtsnacht kommt es auf eine graue Kuh mehr oder weniger nicht an. Nichts von all dem, was zwischen Himmel und Erde einen Unterschied macht, vermag so den unermüdeten Historikern zu entgehen. Was wo auch immer vorkommt, schreiben sie als geschichtliches Material zurecht, überzeugt wie sie sind vom Sinn und Nutzen ihres Tuns für das Wohl der Allgemeinheit.«²⁹

29 Vgl. Sloterdijk: Im Weltinnenraum des Kapitals, a. a. O., S. 260.

Man hat es ihm offenbar nicht gesagt, daß der Kapitalismus historisch entstanden ist und also so auch wieder vergehen wird. Man hat ihm nicht gesagt, daß Marx und Engels nur eine Wissenschaft anerkannten, die der Geschichte. Ist Sloterdijk nun Heidegger oder nicht vielmehr Henry Ford, der gesagt haben soll, Geschichte sei »Quatsch«?³⁰ Wie dem auch sei, in die Fußstapfen seiner Idole tritt Sloterdijk exakt in dem Moment, wo in ihm alle Dämme der Toleranz brechen und er Tacheles redet. Ist das noch Philosophie? Sloterdijk: »Das Hauptgewicht der aktuellen exploitation (Ausbeutung – D. K.) ist auf die Nutztiere übergegangen, für welche Dank der Industrialisierung der Landwirtschaft die Ära ihrer massenhaften Erzeugung und Verwertung angebrochen ist. Bei diesem Thema sagen Zahlen mehr als sentimentale Argumente: Nach dem Tiererschutzbericht der Bundesregierung von 2003 wurden im Jahr 2002 in Deutschland nahezu 400 Millionen Hühner geschlachtet, dazu 31 Millionen Puten und annähernd 14 Millionen Enten; an großen Säugetieren wurden 44,3 Millionen Schweine, 4,3 Millionen Rinder und 2,1 Millionen Schafe und Ziegen ihrer finalen Verwertung zugeführt. Analoge Zahlen sind für die meisten Marktgesellschaften anzusetzen, wobei zu den Angaben der nationalen Statistiken enorme Mengen an Importen hinzugerechnet werden müssen. Die tierischen

30 Vgl. Terry Eagleton: Ästhetik. Die Geschichte ihrer Ideologie (1990), Stuttgart-Weimar 1994, S. 388.

Proteine bilden den größten legalen Drogenmarkt. Die Monstrosität der Zahlen übersteigt jede affektive Bewertung – auch die Analogien zu den kämpferischen Holocausten der Nationalsozialisten, der Bolschewisten und der Maoisten schöpfen die abgründigen Routinen bei der Erzeugung und Verwertung von animalischem Leben nicht aus (wobei wir uns zu den moralischen und metaphysischen Implikationen des Vergleichs zwischen menschlichen und tierischen Exterminismen großen Stils an dieser Stelle nicht äußern).«³¹ Wenn wir das alles, vorsichtig gesprochen, als Polemik abtun würden, was wäre dann der rationale Kern einer solchen Auffassung? Der rationale Kern besteht aus meiner Sicht schlicht darin, daß der Herr nicht mehr weiter weiß und deshalb die Totalitarismuskonzeption auf die Tierwelt angewandt wissen will, wobei er natürlich »zu den moralischen und metaphysischen Implikationen (die gibt's also noch) des Vergleichs« nicht Stellung nimmt. Die Sache hat genau hier ihre philosophisch bedeutende Matrix erreicht. Wer so spricht, den interessiert doch das Subjekt-Objekt-Problem nicht mehr. Hat er etwas zu sagen zu den verhungerten Kindern im Sudan? Hat er etwas zu sagen zur gesellschaftlichen Mißachtung der Frauen in der Welt? Fällt ihm etwas zur Folter in den USA, in Albanien, der Ukraine oder Südafrika ein? Denkt der Philosoph der Tierwelt an den Artenschutz? Ich fürchte, daß Sloterdijk das alles ernst meint, was zwingend dazu führen muß, daß wir doch in die USA auswandern sollten, denn ein schlaffer Professor mit wenigstens rudimentären Kenntnissen in der antiken Philosophie ist immer noch besser als so ein Zeitgeistpionier, der aus Gründen der Aufmerksamkeit das Kapital herausschlagen will, das er aus seiner sozialen Lage niemals erreichen würde. Was sind übrigens »kämpferische Holocauste«? Die Antwort wäre ebenso tödlich wie die Fahrlässigkeit Sloterdijks verantwortungslos ist.

Da ist Robert Kurz natürlich aus anderem Holz geschnitzt. Er mert zwar geistiges Eigentum wie weiland das Heideggerianertum, aber er steht auf der »richtigen« Seite, denn er prophezeit seit mindestens zwanzig Jahren den Untergang des Kapitalismus. Ihm müßte jedoch aufgefallen sein, daß die Realität spätestens bis zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen anders aussieht als in seinen Büchern. Bemerkenswert ist auch, daß Kurz zwar starke 800 Seiten lang einen »Abgesang auf die Marktwirtschaft« zelebriert, diese ihm aber den Gefallen des Abtritts nicht tut, so daß sein Werk offenbar nur unverständlich in den Bücherregalen steht.³² Aus diesem Grund setzt der Meister der Wiederholung als »Rufer in der Wüste« unermüdlich neu an und erklärt und erklärt..., warum das Kapital am Ende ist. Seine Situation ist komfortabel: Entweder der Zusammenbruch tritt ein, dann hatte Kurz recht und es schon immer gesagt. Oder der Zusammenbruch tritt nicht ein, dann kann aber das theoretische Gerüst richtig sein, und das fatale Ende ist nur herausgeschoben.

Gerechterweise muß bemerkt werden, daß Kurz in zweierlei Hinsicht nicht falsch liegt. Erstens dort nicht, wo es ihm treffend gelingt, die deutsche Szene der Pseudo-Linken in den Salons und Bars der Berliner Republik ihrer Heuchelei zu überführen.³³ Und zweitens dabei, daß er, marxistisch konsequent, ständig betont, daß das Kapital insofern an seiner eigenen Aufhebung arbeitet, weil es durch die

31 Vgl. Sloterdijk: *Im Weltinnenraum des Kapitals*, a. a. O., S. 360/361.

32 Vgl. Robert Kurz: *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt/M. 1999.

33 Vgl. Robert Kurz: *Die Welt als Wille und Design. Postmoderne, Lifestyle-Linker und die Ästhetisierung der Krise*, Berlin 1999.

34 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., z. B. S. 60.

35 Den letzten großen Versuch, den Staat aus emanzipatorischer Perspektive analytisch zu begreifen, machte Nicos Poulantzas 1977. Vgl. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (1977), Hamburg 2002. Seine Epigonen dieses Jahrhunderts sind zwar begeistert, bleiben aber originäre Antworten zur Problematik des Staates in seiner jetzigen Form weithin schuldig. Vgl. Lars Brettbauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, Ingo Stütze (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg 2006. Ich fürchte, das wird sich noch einmal rächen.

36 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., S. 394-411.

37 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., S. 350.

Freisetzung von Arbeitskräften und die nicht beabsichtigte Wiedereingliederung dieser Freigesetzten in den Arbeitsmarkt sich seiner Wertgrundlage beraubt, der lebendigen Arbeit.³⁴

An dieser Stelle müßte die theoretische Auseinandersetzung allerdings erst beginnen und nicht wie bei Kurz als Endpunkt der Debatte erscheinen. Denn offensichtlich hat das Kapital immer wieder Auswege aus den selbst vertrackten Krisen gefunden, und dann hätte sich die philosophische Aufmerksamkeit auf eine andere Instanz zu richten, nämlich auf den Staat, der dem Kapital stets helfend zur Seite springt und der die sich auftürmenden Kosten der Spekulation und Standortverlagerung vergesellschaftet. Im Staat liegt der eigentliche Schlüssel zur Entzauberung des Kapitals. Und gerade hier bestehen die größten denkerischen und analytischen Defizite der Gegenwartsphilosophie, weil nicht gesehen wird oder nicht gesehen werden will, daß der Staat wie in einer Kristallkugel alle Probleme bündelt und kanalisiert, mit denen wir es heute zu tun haben.³⁵ Auch Kurz lehnt als gläubiger Nationalökonom den Primat der Politik als »Illusion« ab und verfällt damit in jenen Zustand, den er selbst zu kritisieren beabsichtigt, in den Zustand einer verkürzten kleinbürgerlichen Kapitalismuskritik.³⁶

Ein ausführliches letztes Beispiel soll abschließend zeigen, warum Robert Kurz zum einen den »linken« Flügel der Heidegger-Tradition vertritt und wieso er zum anderen durchaus ein Pendant zu Sloterdijk darstellt. Wir hören ihn selbst: *»Es ist nun keineswegs eine denunziatorische, sondern eine historisch-analytische Feststellung, die gemeinsame Verankerung dieser gegensätzlichen Positionen (gemeint sind im Kurzschen Universum die Kritik an der Lohnarbeit sowie die Kritik am arbeitsfreien Einkommen – D. K.) in der modernen bürgerlichen Arbeitsontologie (mitzudenken ist dabei stets das geschlechtliche Abspaltungsverhältnis) nachzuweisen. Die Bedingung der Möglichkeit für diese weitergehende Kritik bildet die objektive Krise dieser Arbeitsontologie in der dritten industriellen Revolution. Dabei geht es nicht um eine ahistorische Kritik des Arbeiterbewegungsmarxismus, sondern darum, daß dessen Position unter den neuen Bedingungen von Entsubstantialisierung und Globalisierung des Kapitals unhaltbar geworden ist, wovon das Erlöschen der klassischen Arbeiterbewegung unübersehbar Zeugnis ablegt. Das Resultat ist aber eben keineswegs von selbst die Transformation der Kapitalismuskritik zum neuen Paradigma einer Kritik der sich selbst ad absurdum führenden Fetischkonstitution der »abstrakten Arbeit«, sondern im Gegenteil jener allgemeine Rückfall auf die Positionen der verkürzten, kleinbürgerlichen Kapitalismuskritik, modifiziert durch die Prozesse der postmodernen Individualisierung und der Mutation des Finanzkapitals zum zirkulativen Investment.«³⁷* Und so geht das seiten- und kapitelweise eintönig weiter, bis dem Leser entnervt der Kopf brummt. Ich könnte nun noch eine längere Abhandlung darüber schreiben, warum Kurz doch eine »ahistorische Kritik« am Marxismus abgeliefert hat, aber darauf käme es hier nicht weiter an. Man braucht eigentlich nur die Wortfassungen und den hohen Ton der Selbstgerechtigkeit wirken zu lassen, um zu erkennen, warum sich manche Philosophen für Götter halten. Sie meinen, etwas entdeckt zu haben, daß weder jemals vor ihnen noch

auch in späteren Äonen so erfaßt werden wird, wie von ihnen. Die Sprache, die Adorno zurecht Jargon nannte, verdeckt die innere Hohlheit des Inhalts, die Komplexität der Satzkonstruktionen verschleiert das Fehlen klarer Gedanken und die Sucht nach Aufmerksamkeit untergräbt manch richtige Beobachtung. Sloterdijk und Kurz können sich guten Gewissens als Schüler Heideggers positionieren.

Der deutschen Philosophie wird das nicht weiterhelfen. Sie versagt ja größtenteils auch dort, wo die brennenden Probleme unserer Gesellschaft nahezu nackt auf dem Tisch liegen. In die Randzonen der Ästhetik abgeschoben, verkümmert die nötige Diskussion um Begriffe wie Entfremdung, Totalität und Fetischismus in der Schmutzecke der Regression, und solange sie aus diesem Käfig nicht befreit wird, wandeln wir weiter entspannt in die Barbarei.³⁸ Es ist bezeichnend, daß der institutionelle Philosophiebetrieb viele der doch vorhandenen »Ansätze«, die kritisch gemeint sind, durch den langen Weg ins exekutive Nirwana unschädlich macht.

Indikatoren des Machbaren

Trotz solch niederschmetternder Urteile ist es jedoch beileibe nicht so, als gäbe es keine Philosophen mehr, die sich den Schlüsselfragen der Gegenwart zuwenden würden. Es gibt sie in der Tat, und diejenigen drei, die jetzt in den Mittelpunkt der Betrachtung kommen, sind allesamt Universalgelehrte. Ihre nationalen Wurzeln und ihre Ausbildung stammen aber nur zu ganz geringen Teilen aus den oben genannten Philosophieapparaten Frankreichs, Großbritanniens, den USA oder Deutschlands, obwohl alle ihren Rousseau, ihren Hegel und ihren Marx genau kennen. Es handelt sich um Giorgio Agamben, Slavoj Žižek und Boris Groys.

Agamben wurde nach der schnellen Veröffentlichung der ersten Beiträge zu seinem »Homo sacer«-Projekt von Feuilleton und Rezeption schon als der neue »Meisterdenker« gefeiert. Mit diesem Etikett, das vorher besonders gern die deutsche Literaturbesprechung an Leute heftete, die nur schwerlich im Ernst als seriöse Philosophen betrachtet werden können, schien die vernichtende Beurteilung schon getroffen worden zu sein und die Vermutung nahezu liegen, daß da wieder jemand bejubelt wird, der das Gegebene philosophisch verbrämt. Das Grundkorsett Agambens, ausgearbeitet im Buch über die Souveränität der Macht, ist in dieser Hinsicht wirklich fatal, denn es nimmt Foucaults Begriff der Biopolitik zum Anlaß, um mit einem Rundumschlag die Geschichte des menschlichen Leids über den Leisten der Selbstkontrolle und Selbstverstümmelung zu ziehen.³⁹ Auch der dritte Teil von »Homo sacer« über Auschwitz, der danach erschien, ergeht sich stellenweise seitenlang in linguistic turns, Selbstaffektionen und Pseudonymbestimmungen, die geeignet gewesen wären, dem Stigma des »Meisterdenkers« im Sinne der Medien zu entsprechen.⁴⁰ Aber offenbar erzeugt der Gegenstand, über den Agamben reflektiert, auch andere Einsichten. Zum Beispiel ist es in der Forschung über die Vernichtung der europäischen Juden durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg alles andere als Konsens, den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus gerade auf der Ebene des Völkermordes an den Juden

38 Vgl. z. B. Rahel Jaeggi: Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems, Frankfurt/M. 2005; Dieter Thomä: Totalität und Mitleid. Richard Wagner, Sergej Eisenstein und unsere ethisch-ästhetische Moderne, Frankfurt/M. 2006; Christoph Hesse: Filmform und Fetisch, Bielefeld 2006.

39 Vgl. Giorgio Agamben: Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben (1995), Frankfurt/M. 2002, 2006 (6. Aufl.), besonders S. 127-198.

40 Vgl. Giorgio Agamben: Was von Auschwitz bleibt. Das Archiv und der Zeuge (Homo sacer III) (1998), Frankfurt/M. 2003, ab S. 94.

zu betonen, ist doch landauf landab immer die Sinnlosigkeit des Tötens in den Vernichtungslagern hervorgehoben worden. Hier setzt Agamben zwei wichtige Kontrapunkte. Zum einen stellt er heraus: »Zu sagen, Auschwitz sei ›unsagbar‹ oder ›unbegreiflich‹, heißt also so viel wie euphemisieren, heißt, es schweigend anzubeten, wie man es einem Gott gegenüber tut; heißt also, was auch immer die Absichten jedes einzelnen sein mögen, zu seinem Ruhm beizutragen.«⁴¹ Und zum anderen teilt er mit, warum Auschwitz ohne Frage in die Logik der kapitalistischen Verwertung paßt. Das Produktionsprinzip wurde nämlich perfektioniert angewandt. Agamben: »In Auschwitz starb man nicht, es wurden Leichen produziert. Leichen ohne Tod, Nicht-Menschen, deren Umkommen zum Serienprodukt entwürdigt wurde. Und eben diese Erniedrigung des Todes bedeutet, einer möglichen und verbreiteten Interpretation zufolge, das spezifische Verbrechen von Auschwitz, den wahren Namen seines Schreckens.«⁴² Man sollte sich also immer vor Augen halten, daß die Schmach der Menschheit namens Auschwitz aktienbeladen ist.

In seiner bislang stärksten Studie, einer Betrachtung des Ausnahmezustandes in der Geschichte des Parlamentarismus, wird Agamben noch deutlicher. Weit entfernt von der harmlosen Anwendung durch Chantal Mouffe durchdenkt Agamben die Resultate der politischen Formeln von Carl Schmitt viel klarer und muß ihm letztlich darin folgen, daß das moderne Staatswesen vor allem seine repressiven Instrumentarien nutzen muß, wenn es überlebensfähig bleiben will. Das gilt für alle repressiven Herrschaftstechniken, von der Verwaltung über die Rechtsprechung bis hin zum Ausnahmezustand. Er führt aus: »Angesichts der unaufhaltsamen Steigerung dessen, was als ›weltweiter Bürgerkrieg‹ bestimmt worden ist, erweist sich der Ausnahmezustand in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens. Diese Verschiebung von einer ausnahmsweise ergriffenen provisorischen Maßnahme zu einer Technik des Regierens droht die Struktur und den Sinn der traditionellen Unterscheidung der Verfassungsformen radikal zu verändern – und hat es tatsächlich schon merklich getan. Der Ausnahmezustand erweist sich in dieser Hinsicht als eine Schwelle der Unbestimmtheit zwischen Demokratie und Absolutismus.«⁴³ Über das Revolutionäre dieser Aussage und die Konsequenzen für die Perspektiven der repräsentativen Demokratie schweigen die dafür Verantwortlichen. Sie werden wahrscheinlich sowieso bei ihrer genuinen Ratlosigkeit bleiben, wenn sie lesen, was für Agamben lediglich ein offenes Geheimnis ist: »Ja, der Ausnahmezustand hat heute erst seine weltweit größte Ausbreitung erreicht. Der normative Aspekt des Rechts kann so ungestraft entwertet werden, ihm kann widersprochen werden von einer Regierungsgewalt (violenza governamentale), die im Ausland internationales Recht ignoriert, im Inneren einen permanenten Ausnahmezustand schafft und dann vorgibt, immer noch das Recht anzuwenden.«⁴⁴ Da muß erst der Nicht-Marxist Giorgio Agamben kommen, um den vermeintlich emanzipatorisch eingestellten Zeitgenossen Hinweise zur Rolle des Staates in der Gegenwart zu geben. Ist die zunehmende Dominanz des Ausnahmezustandes in der Regierungsführung nicht Grund genug, philosophische Aspekte im gesellschaftlichen Leben wieder zu beleben?

41 Vgl. ebenda, S. 29.

42 Vgl. ebenda, S. 62/63.

43 Vgl. Giorgio Agamben: Ausnahmezustand (Homo sacer II.1) (2003), Frankfurt/M. 2004, S. 9.

44 Vgl. ebenda, S. 102. Wenn man derlei Erkenntnisse in der Politikberatung berücksichtigen würde, dann läge das Ergebnis im Schicksal Alfred Herrhausens.

Agambens Diktum erinnert ziemlich an Marx. Das eine sagen (»Wir führen keinen Krieg.«) und das andere tun (»Wir führen doch Krieg, aber wir meinen das so nicht.«), war im übertragenen Sinne der durchdringende Anlaß für Marx, sich mit den Widersprüchen des Kapitalismus zu befassen. Giorgio Agamben ist auf anderen Wegen in die gleiche Spur geraten und wenn er so weitermacht, dann wird es nichts mit dem Label eines »Meisterdenkers« nach Gnaden des Boulevards.

Da wir hier sofort medias in res bleiben wollen, korrespondiert Slavoj Žižek eindeutig mit Agamben. An einer Stelle in seiner Einleitung der politischen Schriften Lenins zwischen Februar und Oktober 1917, die in Deutschland als eigenständige Monographie veröffentlicht wurde, insistiert Žižek, daß das Hauptproblem der Gegenwart darin besteht, daß man, wenn man wirklich antikapitalistisch werden will (was Agamben wohl nicht will, aber in Balzacscher Tradition immerhin herausfindet, daß so etwas im Erkenntnisprozeß möglich ist), daß man dann deutlich machen muß, »daß die liberale Demokratie a priori, schon ihrem Begriff nach (wie Hegel gesagt hätte) nicht ohne das kapitalistische Privatvermögen überleben kann. Lieferte der Zerfall des Kommunismus im Jahre 1990 nicht die endgültige Bestätigung der ›gewöhnlichsten‹ marxistischen These, daß die tatsächliche wirtschaftliche Grundlage der politischen Demokratie das Privateigentum an Produktionsmitteln ist, d. h. der Kapitalismus mit seinen Klassenunterschieden? Das vorherrschende Interesse nach der Einführung der politischen Demokratie war ›Privatisierung‹, das hektische Bemühen, um jeden Preis neue Eigentümer zu finden, bei denen es sich um die Nachkommen der alten Eigentümer handeln kann, deren Eigentum verstaatlicht wurde, als die Kommunisten die Macht übernahmen, um ehemalige kommunistische Apparatschiks, Mafiosi, wen auch immer, um so die ›Grundlage‹ der Demokratie zu schaffen. Die eigentliche tragische Ironie ist die, daß all dies zu spät stattfindet, nämlich genau in dem Augenblick, in dem das Privateigentum in den ›postindustriellen‹ Gesellschaften der Ersten Welt begann, seine zentrale Regulierungsfunktion einzubüßen.«⁴⁵ Die Liberalen zu spät, Foucault zu spät, Rorty zu spät – lauter Zugverspätungen, und Žižek, der Irre, der besinnungslos an Lacan festhält, obszöne Witze macht, Fäkalsprache unter anderem deshalb für zulässig hält, weil sie dem Menschlichen eignet, und einmal überflüssige Bücher schreibt, weil er wie weiland Kurz perpetuiert, was man vorher schon hätte wissen können, und ein anderes Mal den genialen Streich des erinnerungswürdigen Gedankens heraushebt, der so seit langem nicht mehr gesagt worden ist, der verströmt schon eine gewisse Größe, zumal in Zeiten, in denen Kritik als Unfaßbarkeit gilt.⁴⁶

Žižek geht aber an einer Stelle über Agamben hinaus, wenn er konstatiert, daß der Ausnahmezustand zwar zu einem möglichen Paradigma des Regierens werden kann, wir es jedoch auf dem Feld der allgemeinen Politik und des Politikbegriffes mit einem viel schwerwiegenderen Strukturdefekt zu tun haben, den er »Post-Politik« nennt. Die zunehmende Reduktion des Politischen auf Verwaltungsakte und die Verlagerung der Entscheidungsträger von den Repräsentanten der Parlamente und Versammlungen auf die Ebene selbst-

45 Vgl. Slavoj Žižek: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M. 2002, S. 101.

46 Überflüssig ist m. E. Slavoj Žižek: Parallaxe, Frankfurt/M. 2006, weil es eine Paraphrase auf sein schon zitiertes Buch »Die Tücke des Subjekts« darstellt. Wesentlich ist hingegen Slavoj Žižek: Did Someone Say Totalitarianism? Five Interventions in the (Mis-)Use of a Notion, London 2001, weil hier die Inflation dieses Begriffs auf seine Armseligkeit zurückgestutzt worden ist.

47 Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 273.

ernannter Experten und Lobbyisten ist unter den heutigen Vorzeichen des Mißverhältnisses von globalen Problemen und dem Minimalismus der dazugehörigen »Lösungen« eine gewaltsame Auslöschung politischen Handelns »von oben«. ⁴⁷ Ob dieser Trend für das kapitalistische System gefährlich werden kann, ist nicht ausgemacht. Die Restbestände einer formalen demokratischen Mitsprache sind hierdurch allerdings sehr akut bedroht. Denn daraus folgt laut Zizek ein tendenzieller Ausschluß des qualitativen Sprungs aus einer partikularen politischen Forderung in eine allgemeine politische Forderung, ein Zusammenhang, den schon Lenin immer gebetsmühlenartig wiederholte, wenn er darauf bestand, daß der ökonomische Protest (z. B. für Lohnerhöhungen) in einen politischen Protest (z. B. Rücktritt der Regierung) überführt werden muß, um überhaupt vernünftige Resultate für die subalternen Klassen zu erzielen. Ins 21. Jahrhundert übersetzt heißt das: *»Erinnern wir uns an das gängige Beispiel eines öffentlichen Protestes (Massendemonstrationen, Streiks, Boykotte), der auf ein spezifisches Ziel ausgerichtet, das heißt auf eine spezielle Forderung fokussiert ist (›Schafft die neue Steuer ab!‹, ›Gerechtigkeit für die Inhaftierten!‹, ›Stoppt den Raubbau an der Natur!‹ ...). Eine solche Situation wird politisiert, wenn die partikulare Forderung beginnt, als eine metaphorische Verdichtung des umfassenden Widerstandes gegen die da oben, gegen die, die an der Macht sind, zu funktionieren, so daß der Protest in Wirklichkeit nicht länger allein von dieser speziellen Sachfrage handelt, sondern von der allgemeinen Dimension, die in jenem partikularen Anliegen mitschwingt. (...) Die Post-Politik versucht gerade diese metaphorische Verallgemeinerung partikulärer Forderungen zu verhindern. Post-Politik mobilisiert den ganzen Apparat von Experten, Sozialarbeitern usw., um die Gesamtforderung einer partikularen Gruppe genau auf eben diese Forderung mit ihrem bloß besonderen Inhalt zu reduzieren. Es verwundert deshalb also nicht, daß ein derartiger, alles erstickender Abschluß ›irrationale‹ Gewaltausbrüche hervorruft, weil darin die einzige Möglichkeit gesehen wird, die Dimension jenseits der Besonderheit zum Ausdruck zu bringen.«* ⁴⁸ Wir haben es also mit einem Status der permanenten Kampfansage an das Projekt der öffentlichen Aushandlung sozialer Probleme zu tun, das einmal Politik hieß. Um nichts weniger ist hier die politische Philosophie gefordert.

48 Ebenda, S. 281/282.

In diese Reihe paßt Boris Groys nicht so richtig, da er, wenn ich das korrekt wiedergeben kann, bisher auf dem Gebiet der Kunst- und Medientheorie bemüht war, keine systemkritischen Fehler zu machen. Um so erstaunlicher ist die Tatsache, daß er mit einer Untersuchung zu den philosophischen und ideologischen Grundlagen der Sowjetunion in ein Wespennest gestochen hat – in das Wespennest der Gralshüter des Bürgertums. Gemeint ist eine kleine Schrift, die sich bescheiden als »kommunistisches Postskriptum« ausgibt, in Wirklichkeit aber sowohl aus dem Kanon des Groys'schen Schrifttums ausbricht, als auch offenbar weit über den Denkhorizont der bürgerlichen Interpretation des staatssozialistischen Systems hinausgeht. Im Klartext bedeutet das, daß die philosophische Idee der UdSSR ernstzunehmen ist.

Groys beginnt zwar mit einer semantischen Verwirrung, indem er die sozialistischen Elemente der sowjetischen Gesellschaft auf den

Begriff des Kommunismus in Gänze zurückführt. Er läßt jedoch danach inhaltlich keinen Zweifel daran aufkommen, daß im Sowjet-system ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat: die Macht und ihre Kritik operierten im selben Medium, dem der Sprache, und ökonomische Belange hatten für die Steuerung der Gesellschaft eine Zeit lang keine Rolle mehr gespielt, weswegen man auch nicht sagen kann, daß die Sowjetunion wirtschaftlich gescheitert sei.⁴⁹ Das Argument reicht im übrigen weiter, denn dadurch ist eine bürgerliche Kritik an den Zuständen im Staatssozialismus logisch unmöglich geworden. Wenn ich die Maßstäbe nicht kenne, nach denen alternative soziale Entwicklungen vonstatten gehen, dann kann ich auch nicht mit traditionellen Modellen deren Ergebnisse beurteilen.⁵⁰ Wesentlich für Groys ist, daß der »Zusammenbruch« oder die »Implosion« des Staatssozialismus sehr wenig mit der Aktivität von überlebten und konzeptionslosen Bürgerbewegungen zu tun hat (vgl. Fn. 18). Vielmehr ist die Abschaffung des Staatssozialismus ein konzertiertes Projekt nach Vorstellungen aus dem inneren Kreis der kommunistischen Parteien und Akademien selbst gewesen, weil erkannt wurde, daß die herkömmliche Art des Funktionierens im System an die Grenzen der tatsächlichen Funktionsfähigkeit des Systems schlechthin gestoßen ist. Klassisch hegelianisch sieht das so aus, »da der Kontext des sowjetischen Kommunismus der Kapitalismus war, mußte der nächste Schritt in der Realisierung des Kommunismus der Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus sein.«⁵¹ Die Folge davon ist wirklich konsequent und radikal: »Die eigentliche Zumutung des Sozialismus Stalinscher Prägung (hier terminologisch richtig – D. K.) bestand in seinem Anti-Utopismus, d. h. in der Behauptung, daß in der Sowjetunion die Utopie im Grunde schon realisiert ist. (...) Die nicht weniger paradoxe Metanoia (Sinnesänderung – D. K.) der Re-Privatisierung hat dem Ereignis des Kommunismus endgültig seine historische Form gegeben. Damit ist der Kommunismus in der Tat keine Utopie mehr – seine irdische Inkarnation ist vollendet. Vollendet bedeutet hier: abgeschlossen und somit zu einer Wiederholung freigestellt.«⁵² »Zu einer Wiederholung freigestellt« heißt nichts weniger, als daß dem Ausgang des Menschen aus seiner eigenen verschuldeten Unmündigkeit wieder die Zukunft gehören muß, egal, was die Tarotkartenleser der Gegenwart an Denunziationen bereithalten.

Warum nun aber müssen Agamben, Žižek und Groys nach all dem nichtsdestotrotz als Indikatoren des Machbaren herhalten, wo sie doch nachweislich gegen die Krise und den Zerfall der spätimperialistischen Philosophie ankämpfen? Dafür gibt es vier Gründe. *Erstens* sind sie nicht gefeit vor der Versuchung, der dekonstruktivistischen Dominanz insoweit aufzusitzen, indem sie ihr Platz in der Auseinandersetzung (auch qua Stellung in der akademischen Hierarchie) einräumen (müssen), der anders genutzt eine bessere Verwendung hätte finden können. *Zweitens* beschleicht sie (mit Ausnahme von Groys) das Gespenst der Retheologisierung des Denkens derart, daß sie ihre eigene Radikalität durch den Rückgriff auf die christliche Symbolik abschwächen.⁵³ *Drittens* ist die Form der Wiedergabe ihrer Thesen denkbar schlecht für eine Überführung ins Politische geeignet. Das heißt, die fehlende Systematik des Denkens, die Ab-

49 Vgl. Boris Groys: Das kommunistische Postskriptum, Frankfurt/M. 2006, S. 9.

50 Ein Gedanke, der in anderen Zusammenhängen von Maurice Merleau-Ponty herrührt, der formulierte, daß jede westliche Kritik an der UdSSR, selbst in der Zeit des »Großen Terrors« von 1936 bis 1938, als Kriegshandlung verstanden werden muß, weil List und Gewalt im Stalinismus offiziell, in den westlichen Demokratien aber inoffiziell, geheim und tabuisiert waren, obwohl sie hier in der Praxis zur Tagesordnung gehörten und noch gehören. Vgl. Maurice Merleau-Ponty: Humanismus und Terror (1947) 2, Frankfurt/M. 1966, 1968 (2. Aufl.), S. 90-92.

51 Vgl. Groys: Das kommunistische Postskriptum, a. a. O., S. 80.

52 Vgl. ebenda, S. 95/96.

53 Vgl. dazu z.B. Giorgio Agamben: Profanierungen, Frankfurt/M. 2005 oder Slavoj Žižek: Die politische Suspension des Ethischen, Frankfurt/M. 2005, S. 62-73. Die angekündigte deutsche Übersetzung vom zweiten Band des zweiten Teils von Agambens »Homo sacer«-Projekt suggeriert laut Verlagsankündigung eine weit hin irrationale Ableitung von Wirtschaft und Politik aus dem Monotheismus. Vgl. Giorgio Agamben: Das Reich und die Herrlichkeit. Zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung (Homo sacer II.2), Veröffentlichung geplant Frankfurt/M. Januar 2009. (<http://www.buchhandel.de/> Zugriff: 25. März 2008).

schweifungen und Wendungen verhindern die Brauchbarkeit für die notwendige Kristallisation in einer politischen Dimension, die alle drei Denker wohl einklagen, aber nicht erfüllen. *Viertens* schließlich erzeugen die philosophischen Theoreme stets den Verdacht, daß es Agamben, Žižek und Groys weniger darauf ankommt, politisch einzugreifen, als mit ihren Auffassungen Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dieses zutiefst bürgerliche Verhalten, das selbst Gegenstand theoretischer Betrachtungen geworden ist, illustriert am besten den Zustand des Denkens heute.⁵⁴

54 Vgl. hier im bürgerlichen Sinne Georg Franck: *Mentaler Kapitalismus. Eine politische Ökonomie des Geistes*, München/Wien 2005.

»Der Rest aus der Kanne«

In dem einzigen westdeutschen Film, der sich zu Zeiten des Kalten Krieges halbwegs fair mit der Geschichte der DDR beschäftigte, in der Komödie »Meier« von Peter Timm (1986), sagt einer der Protagonisten an einer Stelle: »Als Arbeiter und Bauer biste doch im Arbeiter- und Bauern-Staat der Rest aus der Kanne.« Er hat vergessen hinzuzufügen, daß man im Kapitalismus als Arbeiter und Bauer inzwischen viel weniger als »der Rest aus der Kanne« ist. Welche philosophischen Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Einerseits die, daß es sich mit der gegenwärtigen Lage so verhält, daß der Gegenstand der Philosophie wieder der sein sollte, den Ausgegrenzten und Ausgestoßenen eine wirksame Stimme zu verleihen. Und andererseits ist die Situation die, daß, einmal mehr, ein hartes Holz einen harten Keil verlangt.

Wirkliche Gegner der Krise und des Zerfalls sind deshalb nur diejenigen, die aus der Abstraktion der Begriffsvirtuosität ausgestiegen sind. Und da bieten sich aus hiesiger Perspektive leider nur zwei Namen an: Guy Debord und Edward Palmer Thompson. Die schrofte Wertigkeit mag erstaunen. Man muß auch nicht alles mittragen, was aus dieser Ecke gekommen ist. Aber die Relektüre der m. E. beiden wichtigsten theoretischen Plädoyers für eine wirkliche Restitution philosophischen Denkens hat gezeigt, daß Debord und Thompson auf verschiedenen Wegen die Gefahr erkannt hatten, die sich aus der »Unkonzentriertheit« und Ungeschichtlichkeit des modernen philosophischen Diskurses zwangsläufig ergeben würde. Debords »Gesellschaft des Spektakels« von 1967 nahm als kompromißlose Hegel-Interpretation sowohl die Abschaffung des Staatssozialismus als auch die Dauerkrise der westlichen Demokratie vorweg.⁵⁵ Bezüglich Thompsons stehen wir heute gegenüber dem Dekonstruktivismus in einer ähnlich fatalen Lage, wie Thompson sie 1978 in seinem »Elend der Theorie« gegenüber dem Strukturalismus empfunden haben muß, nur mit dem Unterschied, daß in der Gegenwart die Bedingungen für eine konstruktive Korrektur des Weges der Philosophie ungleich schwieriger sind.

Ich nenne nur jeweils eine These dieser an sich erkenntnisleitend so weit voneinander entfernt scheinenden Denker, welche allerdings so dermaßen miteinander korrespondieren, wenn es um die Unbestechlichkeit gegenüber der Parteinahme für die Verlassenen der Welt geht. Debord sagt: »Das Spektakel ist das Kapital in einem solchen Grad der Akkumulation, daß es zum Bild wird.«⁵⁶ Hinter diesem einen, scheinbar leicht hingeworfenen Satz, verbirgt sich ein ganzes Denkprogramm. Behauptet wird nämlich, daß sich das Kapi-

55 Debord setzte hierbei die in Frankreich lange dominierende negative Hegel-Lesart von Alexandre Kojève faktisch außer Kraft. Zu Kojève vgl. Perry Anderson: *Zum Ende der Geschichte* (1992), Berlin 1993, S. 57-83.

56 Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels* (1967/1988), Berlin 1996, S. 27.

tal sein eigenes Ebenbild schafft und dadurch »verdoppelt«, was für die beherrschten Klassen zu einer unüberwindlichen Barriere werden kann. Hier das »harte« Kapital der ökonomischen Effizienz um jeden Preis (Geißel Nr. 1), da die spektakuläre Schönfärberei des Kapitals in Bildern der Segnung und Verheißung ohne wirkliche Hoffnung auf Realisation unter den gegebenen Umständen (Geißel Nr. 2).⁵⁷ Es käme darauf an, den Kern der Philosophie auf dieses wesentliche Kriterium auszurichten, weil es tatsächlich erklärt, warum es so schwierig ist, Alternativen des emanzipatorischen Willens in praktikable Handlungsoptionen zu übersetzen.

Wir können die derzeitige Lage der Philosophie auch mit Thompson umschreiben, der in seiner Polemik gegen den Strukturalismus seinerzeit eine Kategorie aus dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels verwendete: Scheiße. Thompsons Attacken zielten zunächst auf die Verwässerung von Sozialwissenschaften und Philosophie durch haltlose Anleihen aus der Statistik, der Geometrie und der Physik. Schließlich kommt eine Passage, die heute noch genauso gilt wie 1978 oder im 19. Jahrhundert. Mit dem Kapitalismus erblüht ein entwickeltes Zeitalter der Schönfärberei: »*Sie quälen uns auf der Folterbank ihrer endlosen Formulierungen bis an die Grenze des Erträglichen. Wir dürfen in keiner anderen Sprache darauf antworten: nur die ihre ist rigoros und annehmbar. Über unseren Köpfen, in den hohen Akademien, disputieren unsere Inquisitoren; ihre Ansichten gehen scharf auseinander, doch sie erkennen gegenseitig ihre Komplexität und Reputation an. Schließlich pressen sie uns einen Widerruf ab: den Widerruf menschlichen Handelns und menschlicher Kreativität, ja sogar des Selbst. Doch während wir uns von ihrer theoretischen Folterbank erheben, sehen wir durch das Fenster, wie draußen der Prozeß der Geschichte weitergeht. »E per si muove!« – »und sie bewegt sich doch!« Wir wissen – denn in einem fernen Teil unserer Persönlichkeit bleiben wir doch vernunftbestimmt –, daß wir irgendwie den Mut aufbringen müssen, unseren Widerruf zu widerrufen.*«⁵⁸ Damit ist das Manifest formuliert, mit der die Probleme des 21. Jahrhunderts philosophisch angepackt werden müßten. Dazu bedarf es einer stringenten Theoriebildung mit der Wiederkehr einer von der Vernunft geleiteten Art und Weise des Denkens. »*We can never be »after theory«*«, schreibt Terry Eagleton, »*in the sense that there can be no reflective human life without it. We can simply run out of particular styles of thinking, as our situation changes. With the launch of a new global narrative of capitalism, along with the so-called war on terror, it may well be that the style of thinking known as postmodernism is now approaching an end.*«⁵⁹ Da kann man nur hoffen.

Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich also nicht deswegen am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt wurde⁶⁰, sondern weil vernachlässigt worden ist, ihre Reputation wiederherzustellen. Es ist höchste Zeit, die Vernunft aus dem Garten der Beliebigkeit abzuholen.

57 Daß der Kapitalismus als »äußerste Phase« in seine spektakuläre eingetreten ist, in der alles unendlich voyeuristisch zur Schau gestellt und dem Gebrauch entzogen wird, meint auch Agamben. Vgl. Agamben: Profanierungen, a. a. O., S. 79/80.

58 Edward Palmer Thompson: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung (1978), Frankfurt/M. 1980, S. 160.

59 Eagleton: After Theory, a. a. O., S. 221.

60 Vgl. Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966, 1992 (7. Aufl.), S. 15.

PETER SCHÄFER

Die Rückkehr des Viktor Agartz

Tagungsbericht

Peter Schäfer – Jg. 1988;
Stipendiat der
Rosa-Luxemburg-Stiftung;
er lebt in Berlin.

Es war ein besonderer Tag, der 13. Dezember 2007. Auf den Tag genau ein halbes Jahrhundert zuvor, am 13. Dezember 1957, verließ mit Viktor Agartz einer der bedeutendsten Politiker der 1950er Jahre den Bundesgerichtshof in Karlsruhe als zwar freier, aber politisch toter Mann, wie es die *Welt* einen Tag danach treffend formulierte. Agartz, der neben Hans Böckler und Kurt Schuhmacher einst wichtigste Funktionär der sozialdemokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit, war in einem Landesverratsprozess wegen »verfassungsverräterischer« Verbindungen zum ostdeutschen Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) angeklagt worden, weil er im Laufe des Jahres 1956 die damals stolze Summe von über 100 000 DM aus Ostberlin angenommen hatte, um die Herausgabe seiner gewerkschaftsoppositionellen Zweiwochenzeitschrift *WISO*, die »Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften«, finanziell abzusichern. Das stempelte ihn während der antikommunistischen Hysterie der Adenauer-Zeit zum so genannten Fellow Traveller der Kommunisten. Dass der Bundesgerichtshof der Staatsanwaltschaft und der veröffentlichten Meinung hierin nicht folgen wollte und Agartz aus Mangel an Beweisen freisprach, konnte diesen nur vorübergehend erleichtern. Die im Vorfeld des Prozesses das ganze Jahr 1957 anhaltende Kampagne gegen den bekennenden Linksozialisten hatte ihn bereits zur persona non grata gestempelt und den westdeutschen Linksozialismus als Zwilingsbruder des Kommunismus denunziert.

Daran erinnerte der Bochumer Historiker und Leo Kofler-Biograf *Christoph Jünke* die über hundert Anwesenden einer Fachtagung, die – schon dies ist ein wissenschaftspolitisches Unikum – das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftseigenen Hans Böckler Stiftung zusammen mit der der neuen Linkspartei nahestehenden Rosa Luxemburg Stiftung organisierte. Beide hier erstmals gemeinsam auftretenden Stiftungen hatten ins Remscheider Werkzeugmuseum eingeladen, um in dessen Geburtsstadt und anlässlich seines 110. Geburtstages (am 15. November 1897) an Agartz zu erinnern sowie um die Frage zu diskutieren, ob seine lohn- und wirtschaftspolitischen Überlegungen auch heute noch Relevanz haben könnten.

Dass eine solche Vergegenwärtigung alles andere als selbstverständlich ist, betonte Jünke in seinem Eröffnungsvortrag über die historische Rolle des Gewerkschafters, Politikers und Wissenschaftlers. Er zeigte auf, wie weitgehend Agartz nicht nur aus dem ohnehin

schwachen kollektiven Gedächtnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sondern mehr noch aus dem der politischen und sozialen Linken verdrängt wurde. Die politischen und ökonomischen Eliten seien dagegen deutlich geschichtsbewusster, wenn sie in politischen Kommentaren zum aktuellen Zeitgeschehen immer wieder auf das vermeintliche Gespenst des alten Klassenkämpfers Viktor Agartz verweisen. Zur Annäherung an den solcherart Verdrängten zog Jünke den provozierenden historischen Vergleich, dass wir es bei Agartz mit einer Art des »Oskar Lafontaine der 1950er Jahre« zu tun hätten. Beide seien in ihrer Zeit führende Politiker des sozialdemokratischen Establishments, die in einer Situation des historischen Umbruchs und Übergangs ihren vermeintlich veralteten Überzeugungen treu blieben und dafür gesellschaftspolitisch ausgegrenzt, beschimpft und diffamiert wurden – nicht zuletzt, weil sie sich für eine erneuerte Linke engagiert hätten. Die Unterschiede zwischen beiden, auch dies machte der Referent deutlich, lägen jenseits des persönlichen Charakters vor allem im unterschiedlichen Charakter des historischen Übergangs selbst. Denn während Lafontaine die Tradition des inzwischen weitgehend ausgehöhlten deutschen Sozialstaates erneuern wolle, habe Agartz diesem aufsteigenden Sozialstaat ausgesprochen skeptisch gegenüber gestanden und wollte »nichts weniger als die radikale, sozialistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung erneuern«.

Nach diesem Einstieg stellte Jünke das in seinen Augen exemplarische Leben eines linken Sozialdemokraten und Sozialisten dar, das wie wenige andere die Wandlungen und das Schicksal der einstmaligen radikalen deutschen Arbeiterbewegung widerspiegelt. Von bleibender Aktualität seien dabei Agartz' Analysen der politischen Ökonomie der deutschen Nachkriegszeit, seine Kritik der Restauration und Ideologiekritik des aufkommenden sozialstaatlichen Konsenskapitalismus, sowie die daraus abgeleitete Gewerkschaftskritik.

Auch der folgende Referent, der Amsterdamer Politikwissenschaftler *Michael Krätke*, betonte die Originalität von Agartz, der sozialistische Überzeugungen und Strategien mit einer fachmännischen Bodenhaftigkeit verbunden habe, die man heute nur noch selten finde. Am Beispiel eines Agartzschen Gesetzentwurfes zur umfassenden wirtschaftspolitischen Neuordnung Deutschlands nach Faschismus und Krieg stellte er ausführlich dessen Vision einer mit demokratischen Methoden organisierten sozialisierten Gemeinwirtschaft vor. Krätke betonte dabei die verblüffenden Ähnlichkeiten zu den heutigen sozialwissenschaftlichen und politisch-theoretischen Diskussionen, die man zumeist unter dem Stichwort eines »neuen Marktsozialismus« oder einer »Sozialisierung des Marktes« kenne. Detailliert zeigte er auf, wie sich Agartz' Konzeptionen von Sozialisierung und Investitionskontrolle mit betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, sowie mit neuen Unternehmens- und Eigentumsformen zu einem neuen System von Selbstverwaltungssozialismus verbinden, das seinen radikal demokratischen Impetus nicht verleugnen könne. »Wir sind Sozialisten, um der Demokratie willen – und umgekehrt« fasste Krätke das Agartzsche Credo zusammen und wandte dies auf heutige Diskussionen an. Wer die Sozialisierung von Institutionen anstrebe, die die Marktwirtschaft heute regulieren (beispielsweise die Industrie- und

Handelskammern), komme um paritätische Organisationsformen ebenso wenig herum wie um die gesellschaftliche Kontrolle des Kredits und eine damit zum Beispiel zusammenhängende umfassende Bankenreform. Zum wirklichen Problem seien die vielfältigen Ideen eines Viktor Agartz, so Krätke, weniger als solche geworden, sondern dadurch, dass man ihren ganzheitlichen Kontext entweder ignorierte oder in der historischen Realität habe fallen lassen. Was passiere, wenn man einzig eine rudimentäre Form von Mitbestimmung durchsetze, nicht jedoch das wirtschaftspolitische Neuordnungskonzept als Ganzes? Dann bleibe eben auch vom Gedanken der Mitbestimmung nur noch wenig und das ganze Mitbestimmungssystem bekomme einen anderen Charakter.

Der ehemalige sozialdemokratische Bundesarbeitsminister *Hans Ehrenberg* nahm danach den historischen, bei Jünke eher sachlich-nüchtern intendierten Vergleichsfaden zwischen Agartz und Lafontaine wieder auf, benutzte ihn jedoch für einen heftigen Angriff auf den für Gewerkschafter seines Erachtens unannehmbaren Lafontaine. An Agartz dagegen sei jedoch auch heute noch anzuknüpfen, vor allem an dessen Ende 1953 aufgestellter Idee einer expansiven Lohnpolitik – über die Ehrenberg in jungen Jahren promoviert hatte. Es sei einfach falsch, so Ehrenberg mit Enthusiasmus, dass Agartz' Versuch, mittels expansiver lohnpolitischer Forderungen die gesamtwirtschaftliche Lohnquote nachhaltig zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern, anderen etwas wegnehme. Da die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerschaft über kein Besitzmonopol verfügten und der Gewinn des Unternehmens durch einen steigenden Anteil der Arbeiter am gesamtgesellschaftlichen Kuchen nicht geschmälert werde, sondern einzig der private Gewinn des Unternehmers, sollten die Gewerkschaften, so Ehrenberg, wie in den 1970er Jahren wieder zu einer aktiven, ja mehr noch, zu einer »positiven Lohnpolitik« als Mittel der Konjunktur- und Strukturpolitik zurückkehren. Schließlich leitete er über zu einem flammenden Plädoyer für die Stärkung der sozialdemokratischen Nachfragepolitik und die Erneuerung des Sozialstaats und verband dies mit »Mahnungen nach Berlin«, ohne sich jedoch zu fragen, ob diese auch hin- hören werden.

Mit ihrer beeindruckenden Darstellung der realen historischen Entwicklung der bundesdeutschen Löhne seit 1951 versuchten dagegen *Reinhard Bispinck* und *Thorsten Schulten* vom WSI die Grenzen einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik aufzuzeigen. In kurzen Phasen, zum Beispiel Ende 1960er und Anfang der 1970er Jahre, habe die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zwar eine umverteilende Lohnpolitik durchsetzen und einen Anstieg der Lohnquote realisieren können. Auf Dauer sei damit jedoch ein steigender Anteil am gesamtgesellschaftlichen Kuchen, eine reale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, nicht verbunden gewesen. Es komme eben – wie Krätke in bezug auf die Mitbestimmung ausgeführt hatte – ganz darauf an, nicht einzelne Aspekte wie die Lohnpolitik (oder die Mitbestimmung) aus dem an sich ganzheitlichen Neuordnungskonzept herauszulösen. Dann verändere sich nämlich auch der Charakter der Einzelaspekte. Das hätte aber auch Agartz selbst bereits gesehen, wie Schulten und Bispinck betonten.

Sie sparten auch nicht mit Hinweisen auf »Missing Links« in den strategischen Überlegungen von Agartz, beispielsweise in bezug auf das Problem der Lohnspreizung, den Zusammenhang von Lohnniveau- und Lohnstrukturpolitik oder hinsichtlich der Frage, welche ergänzende Geld- und Wirtschaftspolitik bei einer expansiven Lohnpolitik notwendig wäre. Doch auch wenn man nicht bruchlos an Agartz' alten Konzeptionen anknüpfen könne, weil sich im neuen Kapitalismus neoliberaler Art und Weise auch die Rahmenbedingungen vielfältig geändert hätten, so hätte auch Agartz selbst immer wieder gerade auf der Einbettung von programmatischen Teilaspekten in eine gesamtgesellschaftliche Strategie gepocht. Hier, in der Betonung nicht zuletzt des politischen Mandats, im Aufwerfen der grundsätzlichen Frage, wozu Gewerkschaftspolitik dienen solle, und in der Einsicht, dass Lohnpolitik immer auch Konjunktur- und wirtschaftliche Rahmenpolitik sei, könne und müsse wieder von Agartz gelernt werden.

Damit war nicht nur ein Anknüpfungspunkt zu den Ausführungen anderer Referenten gegeben, sondern, schlussendlich, auch der rote Faden der abschließenden Podiumsdiskussion, auf der *Herbert Ehrenberg*, der Wirtschaftswissenschaftler *Gustav Horn* von der Hans Böckler Stiftung, *Sabine Reiner* vom Ver.di-Bundesvorstand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie *Hans-Jürgen Urban* vom IG Metall-Bundesvorstand die Diskussion über die Probleme der heutigen Lohn- und Wirtschaftspolitik vertieften. Einig waren sie sich auch hier vor allem in der Erkenntnis, dass jede Form einer neuen lohnpolitischen Offensive nur im Verbund mit einer entsprechenden Wirtschafts- und Finanzpolitik funktionieren könne. Unterschiede betrafen dabei vor allem deren mögliche Reichweite.

So bestätigte der Diskussionsverlauf der Tagung die einleitenden Ausführungen Jünkes, der betont hatte, dass die Aktualität der Auseinandersetzung mit dem Agartzschen Leben und Werk weniger in der Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener These bestehe, sondern darin, dass Agartz' gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Positionen, die auch heute noch im Zentrum der aktuellen Diskussionen stehen, mit einer nur selten anzutreffenden Autorität und Konsequenz formuliert hat.

Die Tagungsbeiträge, das kündigten die Veranstalterinnen und Veranstalter nach einem anregenden und produktiven Tag an, sollen zusammen mit alten Agartz-Texten, herausgegeben von Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten und Peeter Raane, im Juni 2008 im VSA-Verlag erscheinen.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Mit unserer Gesundheit Kasse machen?

Unter dieser Fragestellung hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 19. Januar 2008, also mitten im Hessischen Wahlkampf, nach Marburg eingeladen, um mit Experten aus Politik, Gewerkschaft und Wissenschaft ihr Gegenmodell zum neoliberalen Mainstream im Gesundheitswesen zu diskutieren. Nicht zur Kenntnis genommen durch die örtlichen Medien war die Veranstaltung bei der Bevölkerung durchaus angekommen und wurde rege für Diskussionen und kritische Nachfragen genutzt – wie so häufig in »zentralen Veranstaltungen« der Linken war die Diskussionszeit leider zu knapp bemessen (auch aus eigenen Fehlern könnte man siegen lernen...).

Marburg als Veranstaltungsort war nicht nur aus wahltaktischen Gründen ausgewählt worden, sondern weil damit auch eine Stätte gegeben war, wo sich die Folgen von Privatisierung¹ im Gesundheitswesen vor Ort anschaulich studieren lassen: nach der Fusion der Unikliniken von Marburg und Gießen (beschlossen durch den hessischen Landtag mit der Mehrheit der alleinregierenden CDU Ende 2004) entschied der Hessische Landtag gleich mit die erste Vollprivatisierung einer deutschen Universitätsklinik. Im Oktober 2005 begannen die Verhandlungen mit den Bietern und bereits im Dezember 2005 beschloss die Landesregierung in einer Sondersitzung des Kabinetts, das Angebot der Rhön Klinikum AG anzunehmen. Ab 1. Januar 2006 übernahm diese die volle unternehmerische Verantwortung für das Universitätsklinikum Marburg/Gießen.²

Die Privatisierung eines Universitätsklinikums unterscheidet sich unter anderem dadurch vom Verkauf eines anderen Krankenhauses, dass damit nicht nur die allgemeine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung (Sicherstellungsauftrag der Kommunen) zur Disposition gestellt werden kann, sondern auch Lehre und Forschung. Diese zählen zu den wesentlichen Aufgaben eines Universitätsklinikums im Gegensatz zu einer kommunalen Einrichtung. Entscheidungen über Lehre und Forschung sind zwar zunächst für die Bevölkerung einer Region nicht unmittelbar sichtbar und gravierend, legen jedoch wesentliche Grundlagen für die künftig mögliche Versorgung beziehungsweise deren Defizite. Diese Zusammenhänge standen nicht unmittelbar mit auf der Tagesordnung der oben genannten Veranstaltung, zumindest im Beitrag von *Fabian Rehm* (ver.di) klangen sie jedoch an.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen zwei allgemeinere Aspekte – zum einen die »Transformation des Gesundheitswesens« mit den Schwerpunkten: Kassen als Wettbewerber, der Patient als Kunde,

Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955; Dr. phil. habil., studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, danach Leiterin verschiedener Projekte im Bildungsverein Elbe-Saale (heute Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt) zuletzt in UTOPIE kreativ: »Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus«, Heft 185 (März 2006).

1 »Privatisierung gehört zu den Merkmalen unserer Zeit... (Sie) verschieben das Gleichgewicht mächtig vom öffentlichen zum privaten Sektor. Die Auswirkungen dieser dramatischen Verschiebung bekommen nicht nur die heute Lebenden, sondern auch künftige Ge-

Pflegekräfte und Ärzte als Dienstleister und »Wer bezahlt in Zukunft für die Krankenhäuser?« mit den Schwerpunkten: Neoliberale Pläne und linke Alternativen, Unikliniken in privater Hand – Gefahr für Patienten und Personal sowie kommt das Ende der öffentlichen Davsorge?

In den Begrüßungen von *Pit Metz* (DIE LINKE; Marburg), *Frank Spieth* (gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE) und *Sabine Lösing* (Mitglied des Parteivorstandes) wurde herausgehoben, dass das Ziel der Konferenz nicht lediglich im Beschreiben negativer Symptome liegen kann, sondern vor allem im Aufzeigen von Alternativen und »dem Deutlich-Machen«, für wen eigentlich Politik betrieben wird. Hierzu sei an die Grundsatzposition aus der vorangegangenen, größeren Konferenz der Linkspartei im Deutschen Bundestag »Gesunde Republik Deutschland« erinnert. Dort wurde klar herausgestellt, dass die Erzielung von Gewinn oder Profit kein Anliegen des Gesundheitssystems oder Richtungspunkt von linker Gesundheitspolitik sein kann – weder im Gesamtsystem noch in einzelnen Bereichen. Vielmehr ist das Ziel moderner Gesundheitspolitik (inklusive notwendiger Reformen) im Kontext mit den anderen Politikbereichen Lebensbedingungen und –verhältnissen zu entwickeln, »die krankheitsbedingte Einschränkungen der Lebensqualität und das vorzeitige Sterben von Menschen verhindern und allen die Chance eröffnen, gesund auf die Welt zu kommen, darin möglichst lange und gut zu leben und mit Würde zu sterben«.³

Trotz des Verweises auf die Zielstellung »Alternativen entwickeln« war natürlich zunächst die Beschreibung und die Auseinandersetzung mit den Veränderungen im Gesundheitswesen notwendig, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. *Hans-Ullrich Deppe*⁴ untersuchte dazu den Lieblingsbegriff aller Neoliberalen – den Wettbewerb – und die Auswirkungen einer Sicht- und Arbeitsweise von Krankenkassen als Wettbewerber.

Wettbewerb bedeute »wirtschaftliche Konkurrenz«. Konkurrenz wiederum sei jedoch kein Sachzwang, sondern historisch vermittelt und habe sich erst im 19. Jahrhundert vollständig durchgesetzt. Er verwies dazu auf die anschauliche Beschreibung in Friedrich Engels *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* – diese historischen Überlegungen sowohl zur Entwicklung der Konkurrenz als auch der Krankenkassen⁵ sollen hier ausgespart bleiben. Kern ihrer Vergangenheit war, dass die Kassen als Sachwalter des Solidargedankens aufgetreten sind (Anspruch auf gleiche Leistungen trotz unterschiedlicher Beiträge). Außerdem waren sie als Non-Profit-Organisationen konzipiert, die paritätisch finanziert werden.

Dies alles steht mit der gegenwärtigen Entwicklung zur Disposition. Wenn Kassen sich im Wettbewerb untereinander befinden, bedeutet dies, dass sich einzelne Kassen Vorteile gegenüber anderen schaffen wollen (und es somit Gewinner und Verlierer geben wird). Diese Vorteile einzelner Kassen werden durch die Liberalisierung des Vertragsrechts und die Individualisierung von Versicherungskonditionen möglich. Dadurch verändert sich der Sozialcharakter der Kassen hin zu einem Versicherungsunternehmen. Das Handeln einer Kasse wird dann in Zukunft von der Interessenlage des Unternehmens bestimmt und nicht von den Interessen der Kassenmitglie-

nerationen zu spüren.« (Aus dem Vorwort des Berichtes an den Club of Rome: Grenzen der Privatisierung. Wann ist des Guten zuviel?)

2 Überregionale Berichte zu diesen Vorgängen sind unter anderem erschienen in: Jan Schmmidt: Operation ohne Narkose, in: Die Zeit, Nr. 42, 2005 und Jens Flintrip: Ein neuer Geist hält Einzug, in: Deutsches Ärzteblatt, 104 (2007) 9.

3 Vgl. Gesunde Republik Deutschland, hrsg. von der Fraktion Die Linke im deutschen Bundestag, Berlin, 2006, S. 101.

4 Em. Direktor für Medizinische Soziologie an der Uniklinik Frankfurt/M. und Vorstandsmitglied des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ).

5 Der Referent ging dazu in drei Abschnitten vor:
1. Was waren die Krankenkassen (Erläuterung des Bismarckschen Modells der Krankenversicherung),
2. Was sind die Krankenkassen heute und
3. Was werden sie in Zukunft sein?

der her. Auch das Vorenthalten bestimmter Leistungen kann zur besseren Wettbewerbsposition führen – Versuche dazu sind jetzt schon zu beobachten. Damit werden Kassen zunehmend private Unternehmen, die Risikoselektion betreiben und konsequent betriebswirtschaftlich denken. Dies kann dann auch zu entsprechenden Konsequenzen nach dem europäischen Vertragsrecht führen (z. B. Kollektivverträge wären dann nicht mehr rechtmäßig).

Eine solche Entwicklung muss gestoppt werden, denn die Verhinderung von Krankheit (Prävention) und das Erbringen von Fürsorgeleistungen ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Diese Konsequenzen wurden vom Arzt und Gesundheitswissenschaftler *Jens Holst* weiter ausgeführt. Schwerpunkt seines Beitrages waren die Auswirkungen einer Sichtweise, die den Patienten als Kunden definiert. Die Rede- und Denkweise vom »Gesundheitsmarkt« bestimmte zunehmend das Verständnis vom Gesundheitswesen. Bereits diese Semantik ist jedoch verräterisch – »Patient« bedeutet »leidend« – der betroffene Mensch erwartet Fürsorge und Hilfe. »Kunde« oder »Klient«, von dem neuerdings gesprochen wird, bedeute dagegen »Dienstmann«, »halbfreier Mensch«, »Abhängiger«. »Zumindest in der Wortwahl erweisen sich die BefürwortInnen von mehr Markt im Gesundheitswesen als treffsicher« – so Jens Holst. Im Einzelnen verwies der Referent auf die schon stattfindende Zunahme solcher marktwirtschaftlichen Elemente wie Zuzahlungen im Krankheitsfall und IGeL-Leistungen⁶. Das Motiv für die Einführung dieser, ausschließlich durch die Versicherten zu finanzierenden Leistung, lag eindeutig in der erwarteten Einnahmesteigerung für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und nicht in einer besseren Gesundheitsvorsorge für die betroffenen Menschen. Da hier der Leistungserbringer zugleich der finanzielle Nutznießer ist, besteht ein hohes Risiko fehlerhafter und irreführender Informationen.

Und auch die Zuzahlungen haben nicht zu den gewünschten Effekten (Einnahmesteigerung und Steuerungsfunktion für in Anspruch genommene Leistungen) geführt, sondern vielmehr zur Benachteiligung der armen Bevölkerung. Es sind gerade die einkommensschwachen Menschen, die Arztbesuche verschieben oder vermeiden.⁷ Die Gesundheit des Einzelnen beziehungsweise die Leistungen für Gesundheitsvorsorge sind erheblich von sozialen Faktoren bestimmt. Außerdem kommt es durch die vordergründig kurzfristige Einsparung zu Unterversorgungen mit hohen Folgekosten.

*Hagen Kühn*⁸ beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Folgen einer Sichtweise auf Pflegekräfte und Ärzte als Dienstleister⁹. Unabhängig von deren subjektivem Wissen und Wollen ist die Beziehung von Ärzten und Pflegekräften zu den Patientinnen und Patienten zum Austragungsort ökonomischer und politischer Konflikte geworden. Einerseits lastet auf den Krankenhäusern ein ökonomischer Druck, den diese Institution an ihre Beschäftigten weitergibt. Dieser Druck (Aufforderung, mit möglichst geringen Kosten zu heilen und zu helfen, sowie Loyalitätserwartungen der Einrichtung an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) steht im Widerspruch zu berufsethischen Werten und dem Versorgungs- und Schutzinteresse der Kranken. Der Paradigmenwechsel, der hier stattgefunden hat, könnte durchaus so beschrieben werden: Früher hatten Krankenhäuser ei-

6 IGeL = individuelle Gesundheitsleistungen. Sie sind prinzipiell vom Betroffenen selbst zu bezahlen. Seit 1998 dürfen sie nicht nur Mitgliedern der privaten Krankenkassen sondern auch GKV-Mitgliedern angeboten werden. Sie gehören aus unterschiedlichsten Gründen nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Kassen.

7 Siehe dazu: Hartmut Reiners: Was bewirkt der Wegezoll? und Jens Holst: Zur Kasse, bitte! beide in: Gesundheit und Gesellschaft. AOK-Forum für Politik, Praxis und Wissenschaft, 11 (2008) 1.

8 Mitglied der Forschungsgruppe Publik Health am Wissenschaftszentrum Berlin.

9 Die Auswirkungen von Privatisierung auf weitere Beschäftigungsgruppen im Gesundheitswesen sind leider nicht thematisiert worden.

nen Versorgungsauftrag, heute haben sie einen Profitauftrag. Zielgröße für Planungen und Entscheidungen ist damit nicht mehr die Versorgung der Bevölkerung in einer bestimmten Region, sondern der Gewinn.¹⁰ Dies hat Auswirkungen sowohl auf die Qualität der Behandlung – dazu gibt es in Deutschland derzeit keine Begleitforschung; offensichtlich sei dies auch gar nicht gewünscht, so Hagen Kühn. Es verändert jedoch auch das Selbstverständnis, die Handlungs- und Entscheidungsspielräume des Personals und auch deren Arbeitsmarktsituation (in Folge des Abbaus von 60 000 Pflegekräften im Zeitraum von 1995 bis 2005 waren diese in den Erhebungen nur sehr eingeschränkt auskunftsbereit). Es zeigte sich jedoch, dass sich Pflegekräfte nach wie vor gegenüber ihren Patientinnen und Patienten sowie deren Erwartungen verpflichtet fühlen – diese sind Tätigsein im Interesse des individuellen Patienten, im Konfliktfall müsse die Einrichtung bereit sein, ihre materiellen Interessen hinter die des Patienten zurückzustellen sowie Wahrung des Arztgeheimnisses.

Es wurde zudem der große Druck angesprochen, unter dem die Beschäftigten stehen, wenn sie diesen Werten gemäß weiterhin handeln wollen. Dies führe subjektiv zur Wahrnehmung von verstärkter Arbeitsbelastung (zum Beispiel bei administrativen Aufgaben, obwohl diese teilweise gar nicht zugenommen haben).

*Fabian Rehn*¹¹ untermauerte diese Ausführungen in seinem Beitrag zum Thema »Unikliniken in privater Hand – Gefahr für Patienten und das Personal.«.¹² Er beschrieb zunächst detailliert den Fusionsprozess der Unikliniken Marburg und Gießen – dem »Leuchtturmprojekt« von Roland Koch. Anhand konkreter Zahlen ging der Referent auf den Personalabbau beziehungsweise die Verschiebung von Stellen für examinierte Pflegekräfte hin zu Kräften in einem »zuarbeitenden Bereich« ein. Die Beschäftigten charakterisieren deshalb die Situation schon jetzt (das heißt nach nur zwei Jahren) als *gefährliche Pflege*. Gleichzeitig wurde in diesem Beitrag auch die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit thematisiert. Zum einen, darf laut dem ausgehandeltem Konsortialvertrag »keine Beeinträchtigung der Krankenversorgung durch den Einsatz von Personal in Forschung und Lehre stattfinden« (was in dieser breiten Formulierung den generellen Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Lehre und Forschung behindern kann), vor allem aber ist kritisch (auch für künftige ähnliche Vorhaben) zu bewerten, dass das Universitätsklinikum ein Vetorecht bei Berufungen im klinischen Bereich hat (Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die als nicht genügend gewinnorientiert bekannt sind, können also abgelehnt werden, obwohl sie in bezug auf Lehre und Forschung als exzellent eingestuft wurden). Den Dekanen (das heißt den Verantwortlichen für Forschung und Lehre) dagegen ist ein Stimmrecht in der Geschäftsführung verwehrt. Die Mitbestimmung anderer universitärer Gruppen wurde noch nicht einmal diskutiert.

Diese erheblichen Demokratiedefizite haben mit zu einer breiten Protestbewegung gegen den Verkauf des fusionierten Uniklinikums beigetragen. Der Referent warf deshalb die interessante Frage auf, was eigentlich mit den Angehörigen solcher Protestbewegungen bei erfolglosem Widerstand passiert. Ein Teil resigniert und ergibt sich

10 Wie sich dieser Paradigmenwechsel auf das Selbstverständnis, die Situation und Entscheidungen von Beschäftigten auswirkt, wurde von der Forschungsgruppe Public Health 2004 und 2006 untersucht. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in: Sebastian Klinko: Auswirkungen des DRG-Entgeltsystems auf Arbeitsbedingungen und berufliches Selbstverständnis von Ärzten und die Versorgungsqualität in deutschen Krankenhäusern, in: Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Public Health am Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 2007.

11 Politikwissenschaftler, jetzt Jugendbildungsreferent bei ver.di Frankfurt/M.

12 Siehe auch Fabian Rehn: Krankenhausprivatisierung. Ein Beispiel für die neoliberale Umstrukturierung öffentlicher Dienste, Tectum Verlag, Marburg 2007.

13 Die Bürgerinitiative »Rettet die Klinika« wird ab Sommer 2008 im Internet zu finden sein unter www.rettet-die-klinika.de.

14 Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie an der Uniklinik Frankfurt/M.

den Bedingungen, ein Teil verlässt die Einrichtung, wie aber geht es mit den anderen Kräften weiter (der Protest im Raum Marburg, Gießen speiste sich nicht nur aus den Angehörigen der beiden Kliniken). Wo orientieren sie sich hin, welche neuen Aufgabenfelder suchen sie sich, wem schließen sie sich künftig an? Fragen, die gerade für linke Politikerinnen und Politikern lohnenswert sein könnten.¹³

*Thomas Gerlinger*¹⁴ stellte abschließend in seinem Referat die Frage, ob mit den Privatisierungen im Gesundheitsbereich das Ende der öffentlichen Daseinsvorsorge gekommen sei. Zahlen geben hierzu einen Anhaltspunkt.

Gleichzeitig sind jedoch auch die unterschiedlichen Trends bei der Privatisierung für die Beurteilung ihrer Folgen zu beachten. Waren es in den 1970er und 1980er Jahren vor allem kleine Häuser, mit einem hohen Spezialisierungsgrad, die überwiegend von Ärzten gekauft wurden, sind es heute zunehmend größere Häuser, die in der »normalen Krankenversorgung« aktiv seien und wegen der hohen Renditeerwartungen von Aktiengesellschaften gekauft würden.

Weiterhin zeige sich, dass Ökonomisierung im Gesundheitswesen die beschriebenen Auswirkungen (Entlassungen von Beschäftigten, Tariffucht, Outsourcing, Verdichtung der Arbeit, wie auch Standardisierung, Bedeutungsverlust persönlicher Zuwendung, Gefahr minderer Versorgungsqualität) nicht nur auf private Häuser habe. Die Überformung der Krankenversorgung durch ökonomische Ziele zeigt sich auch bereits in den Häusern öffentlicher Träger (insbesondere durch den Druck der Budgetierung und Einführung der Fallkosten bezogenen Abrechnung). Außerdem gäbe es auch hier Versuche durch Änderungen der Rechtsform, den Einfluss von Landkreisen und Kommunen zurückzudrängen. Auch diese Verhandlungen müssen sehr genau beobachtet und analysiert werden.

Generell ist die Debatte um die Krankenhausplanung aufmerksam zu verfolgen und ein wichtiges Feld linker Politik. Insbesondere die Krankenkassen möchten die Planungskompetenz von den Ländern übernehmen (auf Seiten der Länder zeichne sich durchaus Bereitschaft ab, solche Kompetenzen abzugeben) und zu einer monistischen Finanzierung übergehen. Die Folgen eines Rückzugs der Länder aus der Krankenhausplanung wären zum einen die Gefährdung einer flächendeckenden wohnortnahen Versorgung und die Verschlechterung der Versorgung vor allem in ländlichen Regionen. Der Referent machte deutlich, dass er Krankenkassen unter Wettbewerbsbedingungen nicht für geeignet hält als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge zu agieren. Diese seien ökonomisch rational handelnde Akteure, die Orientierung der Funktionäre an den Erwartungen und Bedürfnissen der Mitglieder verliere immer mehr an Bedeutung.

Parallel dazu geraten Sektoren mit Formen nicht-marktförmiger Steuerung zunehmend durch die europäische Ebene unter Druck. Bekanntlich ist der Gesundheitssektor von der verabschiedeten Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen worden. Derzeit bereitet die europäische Kommission aber zwei weitere Richtlinien vor, die eine Liberalisierung des Gesundheitsmarktes bewirken sollen: Eine Richtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und eine über Gesundheitsdienstleistungen im Binnenmarkt. Da die An-

wendung europäischen Rechts auf die nationalen Gesundheitssysteme zahlreiche derzeit gültige Steuerungsprinzipien in Frage stellt, sollte diesem Aspekt künftig mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. In der Debatte in Marburg wurde er noch kaum aufgegriffen.

Die Diskussion im Plenum konzentrierte sich vor allen Dingen auf das Referat von *Frank Spieth* zum Thema »Neoliberale Pläne und linke Alternativen zur Transformationspolitik«, in dem dieser die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung als die größte Gefahr für das Gesundheitswesen bezeichnete. Schon jetzt könne der Sicherstellungsauftrag im ländlichen Raum nicht mehr erfüllt werden. Doch nicht nur hier, generell seien die Patientinnen und Patienten die ersten Verlierer dieser Entwicklung – wer heute krank wird, muss Praxisgebühren, Arzneimittelzuzahlungen und Krankenhausgebühren bezahlen können. Und wem das Geld fehlt, der muss verzichten. Insofern sei die Sicherstellung des notwendigen Versicherungsschutzes für alle Bürgerinnen und Bürger (unabhängig auch von ihrem Aufenthaltsstatus) eine erstrangige Aufgabe. Solidarische Bürgerversicherung sei die Antwort der Linken. Dieses Modell wurde auch von verschiedenen Experten durchgerechnet und würde mit einer Abgabe von zehn Prozent der jeweiligen Einnahmen (aber eben aller Einnahmen und nicht nur auf Lohn und Gehalt) funktionieren – läge damit auch noch unter den jetzigen gestiegenen Beitragssätzen der Krankenkassen.

Die wohnortnahe hausärztliche Versorgung ist ein weiterer wichtiger Punkt. Polikliniken (möglichst in öffentlicher Hand) können dazu einen schnellen und effektiven Beitrag leisten. Der Fortbestand der Krankenhäuser dagegen fordere mehr Planung und weniger Wettbewerb. Die Länder müssen ihren Verpflichtungen (und ihrem Wählerauftrag) nachkommen und den Investitionsstau aufheben. Die duale Finanzierung sei beizubehalten.

Und auch der »Dauerbrenner« Positivliste blieb nicht unerwähnt, nur mit dieser und einer wirksamen politischen Einflussnahme auf die Pharmaindustrie werden sich die steigenden Arzneimittelkosten nicht bremsen lassen. Dazu bedürfte es auch einer Demokratisierung im Gesundheitswesen. In regionalen Gesundheitskonferenzen müssen Bürgerinnen und Bürger darüber mitbestimmen können, welche Versorgungsangebote für sie vorgehalten werden und wie die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt werden können. Und DIE LINKE muss weitere Bündnispartner für ihr Konzept erschließen – auf der Konferenz wurden dazu vor allem Möglichkeiten zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten angesprochen.

Gegen Mitte 2008 soll eine Broschüre mit allen Beiträgen der Tagung über die Bundestagsfraktion DIE LINKE erhältlich sein.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Im Berichtszeitraum hatten wir eine Anhäufung dermaßen zahlreicher Events, daß der Platz hier nicht ausreichen würde, sie alle zu bedenken und zu bekakeln. Doch das ist insofern nicht tragisch, als sich die meisten dieser Events im Nachhinein als sogenannte erwiesen, als aufgeblasene Medienprodukte, die zum Teil so schnell wieder vergessen wurden wie sie hochgepusht worden waren. Beispiele: Ist Andrea Ypsilantis hessisches Roulett noch irgendwo ein Thema? Redet außer direkt Betroffenen noch vom *LINKE*-Parteitag in Cottbus? Oder findet Angela Merkels Lateinamerika-Tour noch in irgendeinem Blatte Erwähnung? Und. Und. Und. Alles Angelegenheiten, die in den letzten Wochen vor dem Sommerloch schon einmal als titelwürdig gegolten hatten – vergessen, verweht, abgelöst, überspeichert.

Und so gesehen müssen wir natürlich davon ausgehen, daß auch jene Angelegenheiten, zu denen ich im folgenden meinen Senf dazugebe, möglicherweise dem geneigten Lesepublikum schon gar nicht mehr so geläufig sein könnten. Weil er inzwischen schon längst wieder mit neuen Hochereignissen eingedeckt wurde.

Interessanterweise gibt es im »Event-Wesen« auch eine Erscheinung, die ihm logischerweise widersprechen sollte, aber es geht hier nicht um Logik, sondern um politische Zweckmäßigkeit oder das, was gelegentlich dafür gehalten wird. So erlebten wir am 28. Mai im Bundestag und sich daran anschließend in den Medien eine erneute Wiederaufführung des Stückes »Gregor Gysi, der IM«. Wie immer war die Inszenierung mit viel Theaterdonner und Kulissenschieberei verbunden. Doch wer erwartet hatte, den Regisseuren sei gar nichts Neues eingefallen, irrte. Delikat war, daß der, um den es ging, selbst für neue Nuancen sorgte. Einmal in einem Interview, das Christoph Dieckmann, einer der weni-

gen deutschen Journalisten, die sich wirklich zu interessieren scheinen und sich nicht nur per Interview ihre vorgefaßte Meinung bestätigen lassen wollen, für die *Zeit* führte; und zum anderen in seiner Bundestagsrede. In beiden bestritt Gregor Gysi, IM gewesen zu sein, und in beiden fand er zu jener Argumentation, die einer gewissen Delikatesse nicht entbehrte. Sibylle Sechtem schrieb dazu im *Blättchen* – dort den Begriff »Roter Adel«, den Christoph Dieckmann schon in der *Zeit* benutzt hatte, aufnehmend: »Sich die Stasi als Hilfstrupp gehalten zu haben und dann stolz darauf zu sein, daß – so wieder Gysi – für ihn ›Kontakte zu Staatssicherheit (...) gar nicht nötig‹ waren und ›weder meinem Stil noch meiner Würde‹ entsprachen, ist eine recht eigenwillige Sicht der Dinge.« Wohl wahr. Es ließe sich auch grober, beziehungsweise drastischer formulieren: für Dr. Gysi das ZK, für die Dödel die »Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit« ...

Die SPD hatte gehofft, wenn sie sich einen eigenen Kandidaten für die Bundespräsidentschaft ausgucken, könnte sie in sichereres Fahrwasser gelangen. Aber es sieht momentan so aus, als gehe diese Rechnung nicht auf. Die Professorin Gesine Schwan soll gegen Horst Köhler antreten. Doch schon wenige Tage nach deren Nominierung schien der SPD zu dünken, daß das auch noch nicht das richtige Rezept ist. Anders kann ich mir die sich häufenden intellektuellen Ausfälle in der Führungsriege nicht erklären. Nun kann es ja sein, daß es zu Aufgaben von Parteigeneralsekretären gehört, gelegentlich den Clown zu geben, aber was sich Hubertus Heil auf einer SPD-Konferenz in Nürnberg hatte einfallen lassen, war so peinlich, daß hier die Vokabel »fremdschämen« angebracht ist; in der *Süddeutschen Zeitung* las man: »Auf der Bühne steht Hubertus Heil. Heil will einen ›magischen Moment‹ erzeugen, wie das die Werbefuzzis gerne so nennen. Gleich nämlich wird Gesine Schwan einlaufen, die, politisch und auch sonst eine Mischung aus Einhorn und Senioren-Elfe, vielleicht das Magischste ist, was die SPD im Moment zu bieten hat. Heil ruft also ins Mikro: ›Sprecht mir nach: Yes we can.‹ Das mag der Sozialdemokrat als solcher aber nicht: Inszenierte Begeisterung und noch dazu in der Sprache von George W. Bush.« Schrecklich die Vorstellung.

Wer sich aufführt wie die SPD, darf sich der Spitzen des Chefspötters vom *stern* Hans-Ulrich Jörges sicher sein. Der merkte zum Thema Gesine Schwan an: »Sie mit der Linken wählen, ein Bündnis mit dieser Linken aber bestreiten, das ist jedenfalls, als würde man dem Wähler einen Quirl ins Hirn tauchen. Die Bilder haben ihre Wirkung. Auf den Wähler womöglich, weil sich die SPD aus purem Parteikalkül gegen den überaus populären Horst Köhler stellt. Auf die Parteienkonstellation, weil SPD und FDP am 23. Mai 2009 in verschiedenen Lagern zu sehen sein werden, wer auch immer jubelt oder betreten schweigt. Gesine Schwan ins Rennen zu schicken, aber die Ampel zu wollen – das wäre die Einführung der Dummheit in die Kategorien der Politik.«

Ach, ja, Fußball gab es ja auch noch. Etliche Tage vor Beginn der Europa-Meisterschaft, zogen die deutschen Boulevardblätter blank. Steilvorlagen hatten ihnen polnische Medien geliefert, die sich teilweise nicht entblödeten, das Eröffnungsspiel Deutschland – Polen mit der Schlacht bei Grunwald zu vergleichen. Medienpolitisch interessant war daran nur, daß es die polnische Springerpresse war, die mit der deutschen Springerpresse diesen Placebokrieg veranstaltete. Alles Theater.

Rainer Ferchland (Hrsg.):
**Sozialberichte: Was sie benennen
 und was sie verschweigen.**
 Studie des Institutes für Sozial-
 datenanalyse e.V. Berlin – isda.
 Texte der Rosa-Luxemburg-
 Stiftung 38, Karl Dietz Verlag
 Berlin 2007, 383 S. (19,90 €)

Der Band versammelt die Texte von 6 Autoren, die Soziologen oder Lesern von Sozialuntersuchungen schon aus anderen Publikationen mehr oder weniger gut bekannt sind. Es ist also vorauszuschicken, dass sich hier Sozialexperten äußern, lange Jahre mit der Materie vertraut, die sie behandeln. Das ist für das ganze Unternehmen bedeutsam, denn die Schwierigkeiten des Bandes liegen darin, nicht bloß über Sozialfakten zu berichten, was wegen ihrer enormen Weitläufigkeit und branchenüblichen Tiefengliederung schon seine Tücken hätte, sondern über Praktiken und ihre Ergebnisse zu informieren, wie mit der Sozialberichterstattung umgegangen wird, und wie sich das in einer dabei entstandenen internationalen Szene darstellt (Ländervergleiche wie die PISA-Studien, EU- und OECD-Statistiken, UNO-Daten, von den NGO-Einrichtungen gesammelte Fakten, amtliche deutsche Statistiken u. a.). Schließlich bedurfte es für die Fertigung des Bandes einer gut durchdachten Strategie: Sozialberichte sind – wenn sie denn ihren Zweck erfüllen – Aussagen über tausendundeinen Sachverhalt, das Produkt einer bestimmten empirisch-statistischen Darstellung, die Einbettung von Fakten in analoge Gegebenheiten, ihr Kontrast zu anderen, komplementären Erscheinungen oder einfach Ergebnisse des Vergleichs zwischen verschiedenen Regionen, Bevölkerungsgruppen oder ganzen Staaten.

Dazu sind zwei entscheidende Zustandsbewertungen zu bedenken: Die Skalierung von einer minimalen Ausprägung zu einer größtmöglichen und der Vergleich zwischen sinnvoll ausgewählten Einheiten. Das aber erfordert ein großes Quantum von Daten und deren Interpretation, was irgendwie auf Machbarkeit hin strukturiert werden muss. Damit nicht genug. Die Möglichkeiten, soziale Gegebenheiten

in empirisch-statistischen Daten darzustellen, sind faktisch unendlich. Um eine machbare Auswahl zu treffen, bedarf es einer Strategie der Berichterstattungen. Nichts ist einfacher, als sich oder andere in Daten zu ertränken. Und in der Tat hat sich in den Jahrzehnten der empirisch-statistischen Gesellschaftsanalyse so mancher Datenfriedhof gebildet, in welchem wertvolle Aussagen endgültig untergepflügt wurden oder in Vergessenheit gerieten, während Aussagen zu anderen wichtigen Erscheinungen fehlen. Zugleich gibt es Interessenlagen, die bestimmte Vorgänge im Dunkeln belassen oder mittels Daten ein erwünschtes, aber falsches Licht auf Sachlagen zu lenken. Fast jeder hat schon den Sarkasmus gehört, dass Churchill gesagt haben soll, ich glaube nur an Statistiken, die ich selbst gefälscht habe. Und nicht jede politische Option hat sich die realistische Logik der Hearings von National Science Foundation und US-Repräsentantenhaus zu eigen gemacht, die lautet, »die Probleme von heute sind die Krisen von morgen«. Sozialberichte: Was sie benennen, was sie verschweigen – ein weites Feld. – Mit diesen Erörterungen sind zugleich einige Kriterien genannt, nach denen wir die isda-Publikation rezensieren, d. h. kommentieren und bewerten wollen.

Die Autoren haben ihr Werk einleuchtend strukturiert: Es beginnt mit einem politischen Essay zu Grundfragen, Sinn, Zweck, Anspruch und Wirkung von Sozialberichterstattung, den der Herausgeber selbst zeichnet und auf den er etwa 30 Seiten verwendet. Darauf ist sogleich zurückzukommen. Der Hauptteil des Textkorpus, der mit »2. Diskussion ausgewählter Sozialberichte« überschrieben ist, (Autor ebenfalls R. Ferchland als Hrsg.) das etwa 50 Seiten umfaßt, stellt die von der Bundesregierung zu verantwortenden Sozialberichte vor und erörtert ihre Befunde und Defizite. Eingearbeitet und informativ kommentiert ist die spezielle Sozialberichterstattung zu den ostdeutschen Ländern, die von einem freitragenden Verein unter Prof. Gunnar Winkler (heute auch Präsident des Seniorenverbandes »Volkssolidarität«) geleistet wird, was uns eine gesonderte Betrachtung wert ist.

Mit ca. 180 Seiten stellen diese Abschnitte den Hauptinhalt des Werkes dar, zugleich wird deutlich, daß die tiefe Untergliederung in

10 Sachbereiche es unmöglich macht, sie alle gleichwertig zu durchmustern. Danach folgen, (2.2. bis 2.4.2) Einzelberichte zu speziellen Bevölkerungsgruppen, ausgewählte Lebensbereiche und zwei Berichte zu Berlin und dem Bundesland Brandenburg.

Wie bemerkt, die Autoren hinterfragen zunächst den Bedeutungsumfang von Berichten über Soziallagen. Was ihnen dabei wichtig ist, ist bemerkenswert. Es ist zunächst ein bestimmtes Politikverständnis, nämlich informiert zu sein über die Befindlichkeit der Staatsbürger als ein Aspekt der Redlichkeit von Politik, dem andere Ansichten, wie z. B. ein rücksichtsloses Eigeninteresse, krass entgegenstehen. Ferner: Die Struktur der Gesellschaft ist von starken Ungleichheiten der Soziallagen bestimmt (S. 11). Die politisch agierenden Kräfte eines Landes benötigen daher ein zuverlässiges Wissen über das Ausmaß und die Folgen der Ungleichheit, was auf die Begrifflichkeit der »sozialen Gerechtigkeit« hinausläuft. Diese jedoch ist schon umstritten: Neoliberale Intentionen postulieren, dass mehr soziale Gleichheit mehr Ungerechtigkeit bedeutet, weil (eine heute noch akute Position in großen Medien, woran die Autoren erinnern (S. 12) der »Vollkaskostaat«, womit die sozial-liberale Bundesrepublik früherer Jahrzehnte verunglimpft wird, diejenigen bevorzugen, die weniger Selbstverantwortung und Selbstvorsorge leisten. Ein paradoxer Camera-Obskura-Effekt: Soziale Ungleichheit als ein Indikator für eine gerechte Ordnung, weil sie mehr Freiheit und Gleichheit sichert, nämlich die Bevorzugung der Leistungsstarken. Oder auch: die Praxis des Gutsprech aus Orwells 1984. Schließlich, ad 3: Wissen über die Soziallagen der Gesellschaft ist eine Voraussetzung für Zuwachs an Demokratie, an Partizipation, an politischer Aktivität der Bürger (S. 13). Wichtigste Kriterien eines intakten Gemeinwesens. Alle Informationen über diese Dinge, die die Öffentlichkeit erreichen, wirken dabei in eine erwünschte oder eine gegenteilige Richtung, sind dabei weitgehend umstritten; das Wissen über Soziallagen ist daher immer eine brisante, von politischen Haltungen geprägte Einsicht, die mehr ist als ein bloßes Sachwissen. In einem Exkurs »Begriffliche Annäherung« finden die Autoren die anspruchsvollste Funktionsbestimmung von So-

zialberichterstattung beim Soziologen Wolfgang Zapf, dessen Kriterien »regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren« (S. 16) sie zustimmen. Indes fügen sie weitere Bestimmungen hinzu, die einleuchtend kommentiert werden: umfassend, vergleichend, bewertend, ergebnisorientiert, verständlich und anwendungsrelevant (S. 24-28) – zugleich Qualitäten, die nicht leicht zu erlangen sind und oft defizitär bleiben. Wiederholt erörtern sie einen Hauptmangel: Den Daten fehlt oft eine integrative, komplementäre, übergreifende Behandlung, sie bleiben nach Sach- und Fachgebieten segmentiert und die gesellschaftlichen, politischen Akteure wissen zu wenig voneinander.

Mit diesen Positionsbestimmungen ist man gerüstet, die Informationsfonds der Sozialberichterstattung (SBE) direkt anzugehen. Auch hier sind zunächst Voraussetzungen zu beachten – SBE wurde als ein politischer Wissenskomplex erst möglich, nachdem zwei Erfindungen gemacht worden waren: Die Bestimmung von »Indikatoren«, also die Benennung von sozialen Zuständen, die zählbar und messbar sind und die Entwicklung von statistischen Prozeduren, die für die angezielten Aussagen eine Datenbasis schaffen (S. 17). Der Leser erfährt, welche von den Sozialwissenschaften betreuten, umfassenden, gesamtstaatlichen Erhebungen eingerichtet wurden (z. B. ALLBUS, SOEP, Datenreport des Statistischen Bundesamtes usw.) und unter welchen Voraussetzungen sie zwei wichtige Funktionen erfüllen: gesellschaftliche Selbstaufklärung und Politikberatung. Diese Quellen werden durch Verweise auf neuere Erhebungen und vergleichende Auswertung gesamteuropäischer Dimension (z. B. EU-SILC, EUROSTAT) ergänzt (S. 42-52). Hier tauchen dann erste Hinweise auf, dass im zeitlichen Längsschnitt sich verschiedene Soziallagen in der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich verschlechtert haben (S. 52). Da sich bei unterschiedlichen Themenlagen dieser Befund wiederholt, sich als grauer Faden durch viele Texte zieht, taucht für den Leser die Frage auf, warum sich Herausgeber und Autoren nicht entschlossen hatten, einen Fokus zu bilden und eine theoretisch-gesellschaftskritische Gesamtschau und prinzipielle Erklärung des Phänomens dafür

zu liefern, warum eines der wirtschaftlich potentesten und wohl auch reichsten Länder zugleich oft die prekärste Sozialdatenlage im Europa der 15 aufweist. (In Parenthese: die Autoren taten sehr gut daran, Europa immer doppelt einzubeziehen: In seiner heutigen Gesamtheit der 26 und in seinem Bestand bis 1990: das Europa der 15 modern entwickelten Staaten.) Was sich aufdrängt, ist die Perspektive und der Begriff einer »Umbruchssituation in der deutschen Gesellschaft« (S. 67), die sich aus einer mehrjährigen gemeinschaftlichen »Berichterstattung« von vier Instituten, offenbar unter Redaktion des SOFI-Göttingen, ergibt, ein Projekt der Sozialberichterstattung, das neue Akzente zu setzen bestrebt ist, indem aus übergreifenden theoretischen Postulaten Wirtschaft und »Lebensweise« in ihrem konstitutiven Zusammenhang bewertet werden. Allein die Akzentuierung der Sozialzusammenhänge als »Lebensweise« lässt aufmerken, eine eher selten verwandte Konstruktion, diffizile Soziallagen-Komplexe zu umschreiben. Sie wurde in der DDR-Soziologie stark präferiert und nach vielen Richtungen hin ausgearbeitet. (Vgl. Hans Bertram, Jutta Gysi 1997: Lebensweiseforschung in der DDR – Möglichkeiten und Grenzen; Perspektiven?, in: Hans Bertram (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Schriftenreihe der KSPW, Bd. 23, Opladen 1997) Der Herausgeber folgte einer umsichtigen Entscheidung, auf die Analyse dieser Berichterstattung von SOFI et al. einige Seiten zu verwenden (S. 67-73). Man gelangt dadurch zu höchst dringlichen theoretisch-konzeptionellen Fragen und zu aktuellen Grundfragen der Abfassung und Nutzung von Sozialberichterstattung. Verdichten oder entkoppeln sich die Zusammenhänge von Wirtschaft und Soziallagen? Welche Rolle spielen Lebensweise, Verhaltens- und Interessenkonstellationen, sind sie bloß Resultate einer lahmen oder prosperierenden Wirtschaft – oder nicht doch, im Bourdieu'schen Sinne, ein belebendes Sozialkapital, das einen eigenständigen Einfluss auf die Wirtschaft hat?

Zum Thema übergreifende Perspektiven ist auch der Abschnitt über das oben erwähnte von Gunnar Winkler geleitete Unternehmen

»Sozialreports« des SFZ (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin) zu rechnen, dessen 12. Folge jetzt vorliegt. (Eine ausführliche Darstellung dieser Untersuchung, insbesondere ihrer 7. Folge [2001], vom Rezensenten ist nachlesbar im Deutschland Archiv, Heft 5/2002.) Obgleich das »Sozio-ökonomische Panel – Leben in Deutschland« des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (Dahlem) seit 1990 auch ein ostdeutsches Sample aufgenommen hat, ist die Sozialberichterstattung über die Population der Ostdeutschen sowohl aktuell defizitär, wie auch die zeitgeschichtliche Entwicklung ihrer besonderen Soziallagen meist nicht erörtert wird und so weithin unbekannt ist. Die jährlichen aktuellen empirischen Befragungen des Winklerschen Instituts füllten hier eine empfindliche Lücke, denn bei der Betrachtung der deutschen Verhältnisse kann eine solch große sozialstrukturelle Gliederung, wie die (ursprünglich 18, jetzt ca. 15 Millionen) Bewohner der sogenannten neuen Bundesländer nicht ausgelassen werden. Die SFZ-Sozialreports der ostdeutschen Länder gewinnen ihre Originalität nicht nur aus der Eigenart ihres Samples und der jeweilig aktuellen empirischen Grundlage, sondern auch aus einer konzeptionellen Besonderheit, mit der sie Daten der amtlichen Statistik, spezielle Daten der Erhebung und die subjektive Bewertung der Indikatoren (Zufriedenheit, Befürchtungen, Erwartungen) in Zusammenhang bringen. Der Autor dieses Abschnitts, Ferchland, kann auf Grund seiner detaillierten Kenntnis der Berichte versichern, dass jede Vereinfachung der Problematik vermieden wird: Weder werden unsachgemäße Bezüge zur DDR-Vergangenheit hergestellt, noch falsche Vergleiche mit den westlichen Ländern bedient. Bewertet wird der Verlauf der Entwicklung von 15 Jahren deutscher Einheit und die dabei aufgetretenen Defizite an existenzieller Konsistenz (z. B. die Verfestigung der hohen Erwerbslosenquote, die anhaltende Zukunftsungewissheit und der Fortgang der Westmigration, der zu immer mehr sozial erodierten Regionen führt). Es ist sicher ein Vorzug des Buches, dass die Autoren sich nicht davon abbringen ließen, die deutsche Sozialgeschichte als eine Einheit zu sehen und Fakten beibringen (z. B. beim Thema Fertilität, Geburtenrate), die die

Situation in der DDR-Bevölkerung einbeziehen.

Mit großer Intensität sind dann auf einem relativ engem Raum zahlreiche Befunde von Sozialberichten ausgebreitet, die das Buch auf überraschende Weise, möchte man sagen, lesenswert machen, d. h. ständig Impulse vermittelt zum Weiterlesen, nämlich als eine Zusammenfassung wichtiger und wichtigster Fragen und Probleme der Zeit. Es entstand dabei etwas wie ein Kompendium aktueller Problemlagen, auch dazu, wie sie sich entwickelten, Informationen, auf die man länger zurückgreifen kann als auf einzelne Daten, wie sie die Medien häufig anbieten. Und die man nicht so leicht zusammenträgt, wenn man denn an einem weiten Blickwinkel interessiert ist.

Mit dem Abschnitt (2.1.5., S. 74 ff.) »Armut- und Reichtumsberichterstattung« beginnt der Band die Reihe einzelner Sachfragen, die sich über 10 Kapitel und 240 Seiten erstrecken, eine Daten(sekundär)analyse im Sinne des Gesamtkonzepts der Unternehmung, die hier nur sehr selektiv erörtert werden kann. Der Schlüsselsatz dieser Erörterungen ist wohl der, man könne »davon ausgehen (...), dass zum einen über die verdeckte Armut mehr bekannt ist als über den verdeckten Reichtum. Zum anderen dürfte die Dunkelziffer des Reichtums die der Armut weit übersteigen« (S. 85). In dem dazu angelegten Kapitel wird dieser Satz vorgreifend verifiziert, denn in der Tat hat die »Armutberichterstattung«, nach anfänglichem Widerstand durch konservative Kreise, an Umfang und Vollständigkeit bedeutend zugenommen, wobei es aber weniger um Aufklärung über Ursachen und ökonomisch-politische Bedingungen geht, schon gar nicht um die wechselseitige Bedingtheit von Armut und sozialem Reichtum, sondern um Wirkzusammenhänge, Folgen und Gefahren für Wertebestand und Qualität der Gesellschaft: Bildungsdefizite, Vandalismus, Gewaltneigung, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalisierung, Frauenarmut, Kinderarmut (und deren Folgen), Gesundheitsdefizite, fehlende Partizipation, also Defizite im Demokratieverständnis. Das Resümee des Autors ist hier, der eigentliche Skandal bestehe nicht im reinen Fehlen von Einsichten über Ungleichheit von Einkommen und Exis-

tenzressourcen als gesellschaftliches Gebrechen, sondern dass aus den vorhandenen Einsichten keine wirksamen politischen Entscheidungen abgeleitet wurden.

Es war vorauszusehen, dass diese strukturelle Grundbefindlichkeit moderner Gesellschaften, das breite, vielgestaltige Spektrum einkommensbedingter Ungleichheit, sich durch die anderen Themen der Sozialberichterstattung hindurchziehen wird: Kinder, Alter, Frauen, Familien, Migranten, Bildung, Gesundheit, Partizipation – dies nur in Stichworten, die Texte indes formulieren die jeweilige Thematik und ihre sozial-statistische und praktisch-politische Einordnung wissenschaftlich sorgfältig. Dabei konnte man Gefahr laufen, aus dem richtig gedeuteten Hauptzusammenhang (Einkommensungleichheit) Vereinfachungen und Fehlbewertungen abzuleiten. Soziale Ungleichheit nämlich bedingt sich multifaktoriell. Das allerdings wissen die Autoren sehr gut – und so sind sie solchen Schieflichkeiten nicht aufgesessen. Bleibt also zu fragen – was zugleich eine Frage nach ihrem wissenschaftlich-theoretischen Format ist –, wie vielgestaltig deuten sie die Probleme, und welche Faktoren ihrer Verursachung machen sie geltend?

1. Kinder und Jugendliche, Autorin: Ursula Schröter (S. 88-114). Als Ausgangspunkt wählt sie die »Entdeckung der Lebensphase Kindheit« als ein Vorgang im 20. Jahrhundert (Ellen Key: »Jahrhundert des Kindes«) – und zwar in der Reihenfolge: ihre psychologischen, soziologischen, ökonomischen Besonderheiten. Man hätte auch eine »pädagogische Entdeckung« vorschalten können: Pestalozzi – die allerdings ins 18. Jahrhundert fällt, ein Derivat der Aufklärung. Später ergänzt sie, die gesellschaftliche Moderne habe, »die ehemals kurze Spanne des Übergangs vom Kind zum Erwachsenen« zu einem eigenständigen Lebensabschnitt von 15 oder 20 Jahren weiterentwickelt (S. 112). Auch wenn wir bei maximal 15 Jahren bleiben (10. bis 25. Lebensjahr) ergibt sich ein Sonderproblem sozialer Befindlichkeit, das nach der Anzahl der Betroffenen und seine Tragweite überaus brisant ist und an Dramatik weiter zunimmt. Frau Schröters Ansatz, und wie sie die Headlines der »Kinderreports« (S. 90) durchgeht, lassen sich dahin gehend verallgemeinern: Sie sind Er-

gebnis und Ausdruck eines tieferen Verständnisses des Human Beings, wachsender Verantwortlichkeit und des Versuches, die mannigfachen Defizite in Staat und Gesellschaft dabei zu benennen und zu überwinden. Das allerdings stößt, so zeigt sie eindrucksvoll, auf Barrieren: die staatliche Maschinerie arbeitet langsam, die zahlreichen kritischen Befunde der regional, thematisch und in der Reichweite (bis zur UNO-Ebene) sich diversifizierenden Berichte, die Erkenntnisse der dafür eingesetzten kompetenten Kommissionen usw. umzusetzen. Außer zahlreichen Vorurteilen und Vorbehalten – und auch purer Unkenntnis in Ämtern – wirken die Verhältnisse selbst kinderfeindlich: Verhältnisse, wie sie sich im Leben sozialer Problemgruppen ergeben – Krankheiten (auch psychische), Alkoholismus, Kriminalität, Bildungsdefizite bei den Eltern, Arbeitslosigkeit, Einkommensminderung, Nichtintegration ethnischer oder religiöser Gruppen, Rassismus, Umbildung der Familienstruktur, Vaterlosigkeit. Die Diskriminierung von Gruppen von Kindern setzt sich fort: gegen Mädchen gerichtete Vorurteile und dysfunktionale Strukturen im Volksbildungswesen (z. B. fehlende Integration von Kindern in sogenannten bildungsfernen Familien, im Bildungswesen vernachlässigte, ausgedünnte Regionen). Die Wirkung ist, dass bestimmte Sozialmaßnahmen die Kinder nicht erreichen und/oder, was typischer ist, die Mittel zur Überwindung der Kinderfeindlichkeit, von defizitären Verhältnissen unzureichend sind. Trotz gewisser Sozialhilfemaßnahmen sind die Folgen der Armut in bestimmten Bevölkerungskreisen und die daraus erwachsende Kinderarmut nicht im Abflauen, im Gegenteil, sie verschärfen sich. Die soziale Dominante Reichtum – Armut jedoch würde, könnte man sie durch kühne, weitsichtige Reformen abschwächen, die prekären Probleme von Kindern und Jugendlichen nicht beseitigen, denn sie entstammen nicht nur diesem Phänomen sozialer Verwerfungen, aber es würde ihnen Bedeutendes an Schärfe nehmen und die Zukunft von Hunderttausenden junger Menschen erfreulich aufhellen.

2. Alter, Autor: Dieter Zahn (S. 115-134). Dieser Abschnitt thematisiert einen ebenso oft wie unbefriedigend erörterten Effekt der Moderne: Durch die zunehmende Markt-Geldab-

hängigkeit allen gesellschaftlichen Agierens geraten Kinder, Kranke und Alte als kaum produktive und weithin sozialhilfeabhängige Bevölkerungsgruppen, mehr und mehr in defizitäre Bereiche (Altersarmut, Kinderarmut). Zugleich verringert sich der Anteil junger, von Vitalität geprägter Menschen. Die Gesellschaft altert (S. 121), womit sich Unterhaltsaufwendungen und z. B. auch der Anteil kostspieliger Krankenbehandlungen erhöhen. Eine Entwicklung, die das Wirtschaftswachstum belastet – und die sich negativ auf andere gesellschaftliche Bereiche auswirkt: Einschnitte in die Bildungsaufwendungen, Benachteiligung der Kultur- und Bildungssysteme, höhere Arbeitslosigkeit, Einschnitte in die Kranken- und Rehabilitationsversorgung, bis hin zu ganzen Regionen, die durch diese Bevölkerungsumschichtungen (die auch die Abwanderung aus ländlichen und kleinstädtischen Räumen und von Fachkräften antreibt) eine soziale Erosion erfahren. Die Infrastruktur (Post, Bahn, medizinische Versorgung, Kultureinrichtungen und v. a. m.) wird ausgedünnt. Der Autor Zahn würdigt die bislang vorliegenden fünf Altenberichte der Bundesregierung, muss jedoch auf zahlreiche Defizite verweisen, die sich durch die unzureichende wissenschaftliche Erforschung dieser Probleme ergeben, wozu nicht zuletzt das Wissen darüber gehört, welche kulturellen und wirtschaftlichen Stärken das Alter auszeichnen (S. 131).

Weitaus besser ist der Informationsstand zum 3. Thema »Frauen, Geschlechterverhältnis«, an den Erörterungen zu 4. »Familien« anschließen, beide Abschnitte wiederum von Ursula Schröter. Hier gibt es eine intensivere Datenlage nicht zuletzt wegen des langen Diskurses und zahlreicher Forschungen, die zu vielen Aspekten des Gender Mainstreaming und emanzipatorischer Frauenbestrebungen seit Jahrzehnten ingang sind. Dennoch sieht die Autorin Veranlassung, mehrfach auf das deutliche Desinteresse der Regierung und auf eine unzureichende Öffentlichkeit der Daten zu verweisen (S. 166 f.). Und auf Mängel in der theoretischen Durchdringung, Marktwirtschaftlichkeit geht noch immer einher mit der Benachteiligung von Frauen beim Einkommen und in der beruflichen und sozialen Position. Denn: »Kapitalismus funktioniert nur

zusammen mit Patriarchat« (S. 171). Aber: »Patriarchat funktioniert auch ohne Kapitalismus« (S. 172). Hier finden sich, führt sie aus, (vermeidbare) Wissenslücken sowohl über das Verhältnis von Gesellschafts- und Geschlechterverhältnissen wie auch über die Situation der ostdeutschen Frauen (mit DDR-Sozialisation) (S. 178). Insgesamt ergibt sich aus den umfangreichen Sozialberichten der Eindruck, dass die soziale Situation von Frauen und Familien nicht nur im Umbruch ist, sondern schwieriger wird, eventuell krisenhaft. Und dass sich eine bedenkliche Hilflosigkeit der Gesellschaft ihnen gegenüber abzeichnet. Die Autorin moniert ein durchgehendes Charakteristikum der an sich umfangreichen bundesdeutschen Berichterstattung, dass Vergleiche mit Ländern bzw. Verhältnissen, die weitaus günstiger lagen bzw. liegen (z. B. in Skandinavien und in der Sozialgeschichte der Ostdeutschen), umgangen werden.

Das ist auch bedenklich mit Blick auf die Migrantinnen-Migranten-Situation, die Wilfried Barthel anschließt und deren Dramatik wir nur mit zwei Bemerkungen streifen wollen: Zum einen setzen sich die Schwierigkeiten, sie in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren, auf vielfältige Weise fort, zum anderen ist man sich des Umfangs der Problemlage nicht recht bewusst, die sich allein daraus ergibt, dass seit 1950 ca. 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik von aus dem Ausland Zugewanderten (15,3 Millionen) bestehen. Mit weiteren 18 Millionen Deutschen mit DDR-Sozialisierung haben wir es nochmals mit 22 Prozent Einwohnern zu tun, die aus der Sozialgeschichte der Bundesrepublik mehr oder weniger weit herausfallen und die die Gesellschaft mit Integrationsschwierigkeiten konfrontieren, zusammen über 40 Prozent der heutigen Bewohner, die (bzw. deren Probleme) von der amtlichen Sozialberichterstattung qualitativ nur unzureichend erfasst werden. Mehrfach muss von den Autoren moniert werden, dass der Rahmen der Reflexion von Sozialgeschichte sich auf die Bundesrepublik in ihrem Bestand 1949 bis 1990 beschränkt.

Mit dem beträchtlichen Anteil von ca. 150 Seiten (etwa 40 Prozent des Werkes – S. 221-369) wenden sich Autoren und Herausgeber »Ausgewählten Lebensbereichen« und speziellen regionalen Problemen (Berlin und

Bundesland Brandenburg) zu. Damit geraten solche existenziellen Gegebenheiten wie Bildung, Berufsbildung, Gesundheit und Partizipation (an der demokratischen Grundverfassung der Gesellschaft) in eine kritische Bewertung. Nichts hat wohl die öffentliche Aufmerksamkeit in den letzten Jahren so mobilisiert, wie die Daten des PISA-Bildungs-Reports, nicht einmal die Armutsberichte. Die Deutschen, die über viele Jahrzehnte erfolgreiche Nation mit international führenden Leistungen und Standards auf den Gebieten Wissenschaft, Bildung, Literatur und Ästhetik als die nunmehr international Schlechtplatzierten im Bildungsformat ihrer Jugend ausgewiesen. Die Autorin zu diesem Fokus, Renate Ulrich, hat die dankbare Aufgabe – und erfüllt sie beeindruckend – dieses nationale Trauma und seine Zusammenhänge auszuleuchten und die verschiedenen Aspekte der Hilflosigkeit zu betrachten, mit denen bislang die Politik in Deutschland darauf reagiert hat (z. B. mit einer der Sache kaum dienlichen Neufassung der föderativen Grundlagen der Bundesrepublik), wenn auch zu konstatieren ist, dass nicht die Situation der Schulen, so doch die Bildungsberichterstattung bei der Analyse der sozialen und finanziellen Verursachungen bedeutende Fortschritte gemacht hat, (S. 224, 227) allerdings mit gravierenden Ausnahmen (vgl. S. 245). Bei allen durch den wachsenden öffentlichen Druck erzielten Fortschritten, die wichtigste Ursache der in Deutschland beobachteten Unterschreitung der OECD-Bildungsstandards ist, so Frau Ulrich, noch nicht angegangen: die soziale Benachteiligung noch vertiefende Gliederung der Schultypen (S. 260).

Die Bildungsdefizite, was Rainer Ferchland ausführt, setzen sich fort in der beruflichen Bildung, wo er von einer desolaten Situation spricht (S. 265). Bemerkenswert ist hier, dass sich alte Defizite fortsetzen: die Benachteiligung von Mädchen, die fortwirkenden Strukturschwächen im Primärbereich der Bildung und die auf wirtschaftliche Unterentwicklung beruhenden Negativsalden in den neuen Bundesländern (Nur die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe nimmt hier ihre Aufgabe wahr – im Westen 73 Prozent.) (S. 269). Damit kann die instruktive, problemhaltige Menge an statistischen Belegen, die Ferchland

anbietet, allerdings nur angedeutet werden. Gleiches ist von seinem Beitrag »Gesundheit« (S. 272-289) festzustellen, dessen Berichtssystem er die Bewertung voranstellt, dass zwar trotz einer langen Liste von Datenangeboten noch manche Probleme unausgeleuchtet sind, jedoch kein genereller Mangel an Informationen besteht (S. 272). Von großem Interesse sind einige begriffliche Abklärungen zu »Gesundheit« bzw. »Krankheit«, die der Autor vornimmt (S. 274). Das setzt sich dann fort mit dem »subjektiven Gesundheitsbefinden«, das nach Lebensalter, sozialer Lage, Arbeitssituation, Gesundheitsverhalten, Versorgung im Krankheitsfall usw. erheblich different ist. Die gesundheitliche Lage selbst hat sich in der Bundesrepublik stetig verbessert, und die Krankenstände 2005 einen Rekordtiefstand erreicht (S. 277), resümiert Ferchland, moniert jedoch, dass sich keine expliziten Aussagen zu den 7,3 Millionen Nichtdeutschen vorfinden und keine entsprechenden Daten zu Verstorbenen existieren. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Bestehen einer »gesundheitlichen Ungleichheit« zunehmend an Bedeutung, stellt sich doch heraus, dass die schon bekannten sozialen Ungleichheiten an Besitz, Einkommen, beruflicher Status und Sicherheit, nach Alter, Geschlecht und Arbeitssituation u. a., sich auch im objektiven und subjektiven Gesundheitsbefinden auswirken. Wachsende Bedeutung erhielten auch kollaterale Wirkungen von Moderne und Umwelt auf den Menschen, darunter auch ein schichtspezifischer Informationsmangel. Hierzu vermerkt der Autor einen erheblichen Mangel an Forschungsergebnissen (S. 287). Zunehmend, finanziell und infrastrukturell bedingt, äußert sich »Versorgungsungleichheit« (S. 282). Eine Gesellschaft, die zahllose Zustände sozialen Unrechts und Ungleichheit toleriert, meint der Autor, kann schwerlich eine volle gesundheitliche Chancengleichheit verwirklichen; in welche Richtung sich dabei die kürzlich durchgeführte Reorganisation der finanziellen und ökonomischen Regelungen im Gesundheitssystem auswirkten – »dazu fehlt die Forschungsbasis« (S. 287). »Armut macht krank«, resümiert er, aber es gilt auch die Umkehrung: »Krankheit macht arm« (S. 288). Dies könnte das Generalthema eines nächsten Berichts sein – und einer lebhaften Reaktion

und Diskussion in den betroffenen Interessenvertretungen.

Mit dem Abschnitt »Partizipation« – wiederum Renate Ullrich – folgen Autoren und Herausgeber einer internationalen Initiative (die UNO 2001: »Internationales Jahr des Freiwilligen«; S. 290) ebenso wie einem weltweit spürbar gewordenen politischen Bedarf. Auch der Bundestag reagierte auf diese Unternehmung und verabschiedete 2002 eine Enquete-Studie »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« (S. 296).

In der ganzen Geschichte der menschlichen Zivilisation – aber auch heute, in einer demokratischen Gesellschaft, deren ökonomische Grundlage die Kapitalverwertung ist, stellen sich die Frage und das Problem der »Chancen, der Fähigkeiten und des Willens aller Bürger/innen (...) zum bürgerschaftlichen Engagement« (S. 291). Jene Forderung von Immanuel Kant, die wohl am ehesten durch Karl Marx populär geworden ist: wie es zu richten sei, »daß die Freiheit jedes Einzelnen zur Bedingung der Freiheit aller« wird. Und die sich verwirklicht, fügen wir hinzu, indem sie aktiv gelebt wird. Hier liegen die Schwierigkeiten, denn der pure Tatbestand der sozialen Ungleichheit an Existenzmitteln und an Bildung bewirken Barrieren und Einschränkungen an eben jenem Recht und Chance der Teilhabe, was sich schließlich auch als Gleichgültigkeit und Verweigerung von Teilhabe niederschlägt. Ein großes Menschheitsthema, ein Grundthema des Menschen in seinem sozialen Sein. Ebenso philosophisch, soziologisch wie politologisch bestimmt. Zu groß für unsere Erörterung eines Sozialberichts Kapitels. Deshalb nur soviel, dass es verdienstvoll ist, die Bertelsmann-Initiative von 2004 (und die anderer zeitparalleler Publikationen, die prinzipiell weitergingen (z. B. Dietmar Dathe 2005 – vgl. S. 294) aufzugreifen und sie in einem Buch über Sozialberichte zu berücksichtigen. Der Abschnitt kann natürlich ein solches Weltproblem nicht umfassend behandeln; die Autorin löst ihre Aufgabe daher im Überblick über einige charakteristische Schwerpunkte, die sich aufdrängen: Bedeutung, Inhalte und Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, Organisationsformen, Kriterien und Betroffene von Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken, Sammelpunkte für vorrangige

und rasche Förderinitiativen: für Zuwanderer nichtdeutscher Herkunft, zur Beendigung der Zurücksetzung von Mädchen und Frauen, von Kindern und Jugendlichen, Bildungsbenachteiligten, von Alten, Kranken und Behinderten. Umsichtige Förderung von wichtigen Initiativen: wissenschaftlicher, kultureller, sportlicher Art, Verbesserung von Lebens- und Wohnqualität, dies finanziell und im kommunalen und staatlichen Verwaltungshandeln. Ein deutsches Sonderproblem ist die Umgestaltung der aus DDR-Verhältnissen stammenden gemeinnützigen und bürgerschaftlichen Vereinigungen und Verbände, wofür Beispiele beigebracht werden, z. B. kirchliche Gemeinschaften, Rotes Kreuz, Kleingartenvereine, Sportverbände und die Großorganisation der Volkssolidarität. Frau Ullrich beschließt ihren Text mit der Forderung, diese Themen der Sozialberichterstattung auszubauen und durch wissenschaftliche Untersuchungen besser zu fundieren. Mehr war zunächst nicht zu leisten.

Drei Autoren – Ferchland, Zahn, Andrea Reimann – kommen zu Wort, um mit einem Abriss über Sozialberichterstattung in regionaler Geltung das Werk zu beschließen. Auch hier wird ein weites Feld beschränkt, das im gegebenen Rahmen nur knapp gewertet und sondiert werden kann, denn natürlich ist die regionale Vielfalt und Verschiedenheit der Deutschen gravierend und mit dem Region-Doubel Berlin-Brandenburg nicht annähernd auszuleuchten. Zugleich aber wird damit ein Schlaglicht auf zwei extreme Problemlagen geworfen: Berlin als größte deutsche Stadt (3,4 Millionen Einwohner) mit einer langen Geschichte als Großkommune und deutsche Reichshauptstadt mit extremen Soziallagen (und extremen Zerstörungen im 2. Weltkrieg) und einer besonders brisanten Situation der Spaltung und Wiedervereinigung. Brandenburg ein bevölkerungsschwaches Flächenland mit geringer urbaner Struktur, Industrielandschaften, die seit 1990 stark erodiert sind, Stadtsiedlungen in einem ländlichen Umfeld, die sich besonders dramatisch im sogenannten Berliner Speckgürtel begegnen, wo mit starken ökonomischen Begleiterscheinungen großstädtische und ländliche Lebensweise sich widerspruchsvoll durchdringen, was durch die Städtesymbiose Berlin-Potsdam noch verschärft wird. Das Zustandekommen

bzw. die Bilanz bisheriger Berichte und ihre Umsetzung in Politik und kommunalem Verwaltungshandeln wird von den Autoren sehr skeptisch beurteilt (S. 333 f.), so dass sie ihre Diktion weniger darauf anlegen, darüber zu berichten, als Vorschläge für die Verbesserung der Situation zu machen. Im Weiteren ergreift Ferchland das Wort und entwickelt, gestützt auf eigene Erfahrungen mit einem ministeriellen Projekt für ostdeutsche Kommunen, eine Modellberechnung, mit welcher schließlich ein hochkomplexer Vergleich aller Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg möglich wird. Das setzt ihre multifaktorielle Typisierung (also Unterscheidung) voraus, denn nichts ist naheliegender, als falsche statistische Durchschnitte zu bilden, denen verheerende Fehleinschätzungen zu folgen pflegen. Zu berücksichtigen sind 420 Städte und Gemeinden (vgl. S. 370/371), deren Vergleich und bewertende Problemlagen der Autor mittels zwei statistischer Prozeduren detailliert bzw. informativ vorführt und auswertet; einer Faktor- und einer Clusteranalyse. Das nun ist schon kein bloßer Lesestoff mehr, der Interessierte muss sie schon gedanklich-rechnerisch mitvollziehen, wenn er Ferchlands Ergebnisse verstehen und deren Nutzen für die Kommunal-, Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik des Landes einsehen will. Für eine Projektnutzung in anderen Bundesländern sind die Hinweise hilfreich, die der Autor zum analog angelegten, jedoch deutschlandweit 2003 ausgeführten Projekt der Bertelsmann-Stiftung »Wegweiser demographischer Wandel 2020« folgen lässt. Zwar werden mit diesen Klassifizierungen hauptsächlich Bevölkerungsentwicklungen berücksichtigt, es ist jedoch einsichtig, dass es keine prinzipielle Begrenzung für die Anzahl der einbezogenen Sozialindikatoren gibt, so daß ein brauchbares Vorgehen für eine letztlich praktikable Anlage und Auswertung von komplexen Sozialberichterstattungen angeboten wird. Das Grundproblem, dem alle statistischen Erhebungen zu sozialen Verhältnissen und ihre Auswertung unterliegen, ist die Verknüpfung mit bzw. Zurückführung auf ursächliche und/oder korrelative Zusammenhänge. Davon ist bereits die bloße Datenerhebung und -übermittlung betroffen, wenn sie dem Anspruch auf Wesentlichkeit genügen soll. Dies wird von den Autoren an

zahllosen Problemlagen deutlich gemacht. Das Buch bietet eine Fülle von Anregungen und Einsichten, wie moderne Sozialberichterstattung vorgehen sollte, welche theoretischen Postulate zu berücksichtigen sind, welche weiterführenden Möglichkeiten erschlossen werden können, so, was die Autoren z. B. als Letztes hervorheben, sollten Materialien und Veranstaltungen der politischen Bildung die Sozialberichterstattung aufnehmen und ihr eine weite Verbreitung sichern.

Die von den Autoren benutzte bzw. berücksichtigte Literatur ist umfangreich ausgewiesen. Leider hat man sich der Mühe entoben, die herausgebenden Verlage zu nennen, was ihre Beschaffung unnötig erschwert. Ihre Fülle ist schier erdrückend. Um hier ein systematischeres Vorgehen durch interessierte Leser zu ermöglichen, wäre es vorteilhaft, sie nicht nur alphabetisch zu gliedern, wie geschehen, sondern auch übersichtlich disziplinären Fachbereichen zuzuordnen: als soziologische, ökonomische, politologische, demographische, mathematisch-statistische, historische, allgemein sozialwissenschaftliche Literatur. Bernhard vom Brocke, Siegfried Grundmann, Parviz Khalatbari: Dass diese drei im Osten gut bekannten und theoretisch wichtigen Demographen nicht erwähnt werden, sollte dem Herausgeber Anlass sein, nach weiteren ungenutzten Quellen zu forschen.

HANSGÜNTER MEYER

Norbert Frei:
1968. Jugendrevolte und globaler Protest, dtv München 2008,
 286 Seiten (15,00 €)

Für das Jahr 1968, so zitiert Norbert Frei den amerikanischen Autoren George Katsiaficas, können »Studentenproteste« für 56 Länder nachgewiesen werden, darunter 22 in Europa. Frei, seit 2005 Professor für Zeitgeschichte in Jena, gilt als einer der profilierten linksliberalen deutschsprachigen Historiker und ist bislang vor allem für seine Publikationen zum Nationalsozialismus und dessen Wirkungen auf die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft bekannt. Mit seinem neuen Buch zum Ju-

biläumsthema »1968« hat er einen preiswerten, ausgewogenen und im positiven Sinne soliden Überblicksband vorgelegt, der sich vor allem an ein populärwissenschaftliches Publikum richtet und weniger an die wissenschaftliche Gemeinde.

Frei gliedert sein Werk nach einer Reportage zum Mai 1968 in Frankreich in fünf Kapitel: Im ersten stellt er ausführlich die Vorgeschichte von »1968« und das Ereignis selbst in den USA dar. Im zweiten erzählt er unter der Überschrift »Ein deutscher Sonderweg?« die Geschichte von »1968« in Westdeutschland, im dritten dann am Beispiel von Japan, Italien, den Niederlanden und Japan, die in weiteren Ländern des globalen Nordens. Das vierte widmet sich, etwas kurz geraten, den Ereignissen in der Tschechoslowakei, der DDR und Polen. Im letzten Kapitel fragt er nach den Folgen und Auswirkungen. Ein gegliedertes Literaturverzeichnis und ein Personenindex schließen den Band ab.

Bei den Passagen zu den USA fällt auf, wie stark die Aktivistinnen und Aktivisten damals auch davon motiviert waren, dass sie am Unterschied zwischen dem Selbstbild der USA einerseits und ihrem Rassismus nach innen und ihrem Imperialismus nach außen andererseits, nahezu verzweifelten. Frei erzählt die Geschichte vor allem rund um den amerikanischen SDS (und seine Vorläufer) und die dort prominenten Akteure. Im Dezember 1969 schließlich löst sich der SDS auf.

Nahezu unbekannt dürfte sein, dass es auch in Japan ein »1968« gegeben hat, während es in Großbritannien ein starke und traditionsreiche »new left« und eine ebenso ausgeprägte Gegenkultur gab, die freilich wie in anderen Ländern auch, kommerzialisiert war. In der Tschechoslowakei kommen die Reformimpulse anfänglich aus der Partei – und werden schnell niedergeschlagen, in Polen werden zur Zurückdrängung des Protestes munter antisemitische Klischees verwendet.

Das umfangreichste Kapitel behandelt die Bundesrepublik. Hier sei die Bedeutung des Nationalsozialismus und seiner Folgen ein Alleinstellungsmerkmal, denn schon Anfang der 1960er Jahre ist die intergenerationelle Auseinandersetzung ein Thema an Schulen und auch in der Öffentlichkeit; der undogmatische Marxismus überwintert in den Poren der ver-

staatlichten Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur. Bis zur Mitte der 1960er Jahre war nicht etwa Berlin, sondern Frankfurt/Main das intellektuelle Zentrum der Linken. Durch und mit dem SDS verlagerte sich das Geschehen nun immer mehr nach Berlin, das auch mehr in der Aufmerksamkeit der Medien steht. Wird heute immer mehr dazu übergegangen, »1968« in ein langes Jahrzehnt des Protestes *und* der Modernisierung einzuordnen, so war, dies wird bei der Lektüre deutlich, das Jahr 1967 ein unheimlich »kurzes«, da intensives, mit Versammlungen, Demonstrationen und Kongressen voll gestopftes Jahr. Im Mai 1968 werden dann in Bonn die Notstandsgesetze verabschiedet, und der Zenit der Bewegung ist überschritten. Im Frühjahr 1970 löst sich der SDS, bzw. was noch von ihm übrig war, auf, und es beginnt das, was andere Autorinnen und Autoren die Entmischung nennen: Die »Studentenbewegung« genannte Sozialrevolte transformiert sich in einen, von Jusos bis zum bewaffneten Kampf reichenden, im engeren Sinne politischen Kern. Dieser ist aber Bestandteil eines sehr weitreichenden kulturindustriellen Basins, das wiederum durchsetzt ist mit akademischen und künstlerischen Subkulturen.

Im Abschlusskapitel positioniert sich Frei gegen die Thesen von Götz Aly und auch die von Wolfgang Kraushaar, er weist darauf hin, dass »1968« gerade im globalem Maßstab auch Ungleichzeitigkeiten hatte und dass wir es hier mit einer Vielzahl von Motiven zu tun haben und nicht zuletzt damit, dass es sich bei »1968« um eine Erfindung handelt: Die Chiffre »1968« ist *auch* das »Ergebnis von Interpretation und Imagination«. Das Buch trägt seinen Untertitel »Globaler Protest und Jugendrevolte« zu Recht, denn Frei konzentriert sich auf Studierende/Jugendliche (wobei man wissen sollte, dass es 1968 nur circa 300 000 Studierende gab) als Akteure; und er gibt einen Einblick in das Phänomen von »1968« als globalem Ereignis. Es hilft dabei, den von Frei selbst konstatierten Umstand, »1968« sei »überkommentiert und untererforscht« etwas weiter abzubauen. Die »große analytische Erzählung des ›unwahrscheinlichen Jahres‹ in der Bundesrepublik«, deren Fehlen Frei ebenfalls kritisiert, steht weiterhin noch aus. Man darf gespannt sein, wer sie sich zu schreiben wagt.

BERND HÜTTNER

Stefania Maffei:
Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993, Frankfurt/M., New York 2007, 305 S. (34,90 €)

Nicht selten ist »Unbeteiligten« vorbehalten, Geschichte und politische Entwicklungen kritisch zu reflektieren. Nicht selten bringen diese Arbeiten gerade aufgrund ihrer Distanz und gleichzeitigem Interesse für ihren Gegenstand Wissenswertes zu Tage. Eine solche Arbeit ist die Studie von Stefania Maffei zur Philosophie in der DDR.

Im Zentrum der philosophiehistorischen und soziologischen Arbeit steht die Frage nach den sozialen und politischen Bedingungen der Philosophie in der DDR. Daneben steht jedoch auch die Frage nach Veränderung in Folge von 1989. Maffei geht es allerdings nicht allein um die Frage, welche Positionen die Philosophie produziert hat, sondern hauptsächlich wie in der DDR und in der Phase tief greifender politischer Umbrüche philosophiert wurde. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen philosophischem Diskurs und seinen gesellschaftlichen Bedingungen. Entgegen gewöhnlicher Klischees die DDR-Philosophie als politische Ideologie zu bezeichnen oder ihr den Charakter als Philosophie als solcher abzusprechen, wird sie von Maffei erstmalig als Zusammenhang differenzierter Institutionen und Diskurse dargestellt.

Für die systematische Analyse rekonstruiert Maffei die Philosophie der DDR als »Feld« im Sinne Bourdieus (S. 14 ff.). Das ermöglicht es Maffei, die Philosophie nicht auf den produzierten Textkorpus zu reduzieren, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen des Philosophierens selbst in den Blick zu bekommen. Diese werden Maffei zufolge u. a. durch nichtphilosophische, d. h. vor allem politische Diskurse, Personen und deren sozialen Positionen sowie Institutionen konstituiert. Anhand einer empirischen Fallanalyse der Rezeption Friedrich Nietzsches zu DDR- und Wende-Zeiten arbeitet Maffei die historische Eigendynamik der philosophischen Praxis so-

wie die komplexen Verwicklungen und Einlassungen mit der SED-Politik heraus.

Maffeis' Untersuchung hat ihre Analyse auf ein breites und unterschiedliches empirisches Material gestützt: Philosophische Texte werden mit Archivdokumenten der philosophischen Institutionen und mündlichen Berichten von zwölf Philosophinnen und Philosophen konfrontiert. Die Interviews mit Zeitzeugen stellen dabei eine Überprüfung der aufgestellten Hypothesen dar und fließen als Deutungsmatrix oder Stellungnahmen in die Arbeit ein, die so auch den Charakter einer »kollektiven Erzählung« annimmt.

Ein erster Teil der Untersuchung stellt die Genese des philosophischen Feldes der DDR dar (S. 51 ff.). Es werden Hauptmerkmale der DDR-Philosophie herausgearbeitet, wie die Organisationsweise der Hochschule, der Akademien und der Publikationsorgane, die typischen Laufbahnen der Philosophinnen und Philosophen, die Beziehungen zwischen philosophischen und politischen Karrieren, zwischen Forschung und Lehre. Das Resultat ist ein äußerst differenziertes Bild von Institutionen, mit unterschiedlichen Forschungs- und Lehreinrichtungen mit hierarchisch angeordneten Schlüsselpositionen.

Die Geschichte des Feldes charakterisiert Maffeis als einen Kampf um Autonomie der Philosophie von politischen Instanzen (S. 91 ff.). Der Konflikt zwischen philosophischen und politischen Kräften bildete idealtypische philosophische und wissenschaftspolitische Positionen heraus. Maffeis unterscheidet Orthodoxe, Häretiker und gemäßigte Reformer. Ihre symbolischen und politischen Kämpfe prägten die zentralen philosophischen Debatten in der DDR und die Strukturen des Feldes.

Anhand von vier Etappen rekonstruiert Maffeis die Auseinandersetzungen im philosophischen Feld. Während die Institutionalisierungsphase (Ende 1940er und 1950er Jahre) durch den Konflikt zwischen den Traditionen des sowjetischen Marxismus-Leninismus, des deutschen Marxismus und der deutschen klassischen Philosophie um die Durchsetzung des »richtigen« philosophischen Selbstverständnisse charakterisiert ist, dominierte in der Reformphase der DDR-Philosophie (Ende 1950er und 1960er Jahre) der naturwissenschaftlichen Pol der Philosophie. Gleichzeitig

entfalteten sich am gesellschaftswissenschaftlichen Pol die Praxis- und Entfremdungsdebatten. Vor dem Ende der DDR kam es zu vorsichtigen Annäherungen mit westlichen Philosophien. Diese Tendenz konnte sich jedoch nicht als eine autonome Position etablieren. Die Phase der »Abwicklung« der DDR-Philosophie wird durch die Interviews und archivarische Akten aus dem Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften sowie durch Stellungnahmen einiger prominenter DDR-Philosophen rekonstruiert. Dokumentiert wird u. a. die Suche nach einem neuen philosophischen Selbstverständnis, der Verlauf der Selbstkritik und die »Evaluierung« von DDR-Philosophen sowie die Kontinuitäten und Brüche ihrer wissenschaftlichen Laufbahnen.

Im zweiten Teil des Buchs werden die Charakteristika und Entwicklungen des philosophischen Feldes anhand der Rezeptionsgeschichte Friedrich Nietzsches ausgearbeitet (S. 145 ff.). Diese scheinbar marginale Diskussion der DDR-Philosophie bekommt in der Frage nach der Beziehung zwischen Philosophie, Politik und Gegenwart eine neue Relevanz. An den verschiedenen Interpretationen, an den Kämpfen um die Publikation der Werke Nietzsches und um seine Stellung in der kulturellen Identität der DDR macht Maffeis die miteinander konkurrierenden Positionen fest. Auch wird durch das Beispiel der hermeneutischen Kontroverse um Nietzsche die Genese der »wiedervereinigten deutschen Philosophie«, ihre systematische Verdrängung der DDR-Philosophie im Namen der Wissenschaft und der Wahrheit erörtert.

Maffeis kommt zum Schluss, dass nicht nur die orthodoxe, sondern auch die heterodoxe philosophische Produktion »generell unfähig« war, »ihre eigene Gegenwart kritisch zu analysieren« (S. 222). Den Grund sieht sie darin, dass die Bedeutung von Begriffen und Argumenten meist ungeklärt waren und »rhetorisch als Sprachformeln und apodiktische Thesen« (ebenda) funktionierten. Gleichzeitig zeigten die »disziplinären Lenkungs-, Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahmen« im philosophischen Feld genau den Effekt, den Rosa Luxemburg in ihrer Notiz zur Russischen Revolution vorhergesehen hatte: »Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu

eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.«

»Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993« stellt ein Grundlagenwerk für die Erforschung der Philosophie in der DDR dar, dem es gelingt kritisch zu sein, ohne zu denunzieren. Ähnlich wie die DDR-Philosophie ist deren westdeutsche Kritik meist nicht mehr als selbst Jargon, Selbstvergewisserung und ohne jedes Interesse für die tatsächlichen Bedingungen und Entwicklungsformen des Philosophierens in der DDR. Die Arbeit von Maffei stellt demgegenüber ein gelungenes Gegenprogramm dar.

Maffei legt mit ihrer kritischen Geschichte eine vertiefende Analyse der historischen, soziologischen und philosophischen Zusammenhänge der DDR-Philosophie vor. Die sehr gut gelungene Synthese zwischen philosophischer und soziologischer Forschung regt zudem zur allgemeinen Reflexion über die Philosophieforschung und ihre Beziehung zur Gesellschaft an. Maffei's Fragestellung und Methode wäre es allemal wert, einmal auf die real existierende BRD-Philosophie angewendet zu werden. Die in der vorliegenden Arbeit herausgearbeitete Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht nur gelegentlich in die Wahrheitsproduktion der Philosophie eingreifen, sondern deren Möglichkeitsbedingungen ausmachen, fordert auch die gegenwärtige Philosophieforschung heraus. Diese wird gezwungen sein, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, Zirkulation und Rezeption von Texten nicht mehr als der Philosophie äußerliche Momente, sondern als konstitutiv für das philosophische Denken zu betrachten.

INGO STÜTZLE

Rolf Haubl, Volker Caysa:
Hass und Gewaltbereitschaft.
Philosophie und Psychologie
im Gespräch, Vandenhoeck
& Ruprecht. Göttingen 2007,
140 S. (24,90 €)

Dieses Buch ist sowohl eine aus psychologischer und philosophischer Sichtweise amoralische Annäherung an das Problem des Existenzials, an die Stimmung Hass wie auch ein transdisziplinäres Gespräch der Autoren über ein sonst in der Öffentlichkeit mehr moralisch denn analytisch diskutiertes und stark vorurteilsbeladenes Gefühl, den Hass.

Rolf Haubl geht in seinen Ausführungen über den Hass von einer zivilisationstheoretischen Vorannahme aus, nämlich dass Selbsterhaltung per se der höchste Wert der Kultur sei (Vgl. S. 114). Im Unterschied dazu verfolgt Volker Caysa den Ansatz, dass der Wille zur Macht und damit der Wille zum Leben nicht nur auf Selbsterhaltung, sondern immer schon auf Selbststeigerung ziele. »Es gibt keine Selbsterhaltung ohne Selbststeigerung, wie es keine Reproduktion ohne erweiterte Reproduktion gibt und wie es keinen Machterhalt ohne Machtsteigerung gibt. Auch insofern gibt es keine Macht ohne den Willen zu mehr Macht« (S. 114). Dieses Mehr-Wollen von Machtintensität ist dem von Nietzsche gezeichneten Übermenschen als stetig über sich selbst hinaus Schaffendem wesentlich zu eigen. Der Selbststeigerung ist aber immer auch ein Moment der Selbstzerstörung eigen, was eine grundlegende Form der Selbstbestimmung, eine konsequente Einübung in den Umgang mit der Selbstmacht erfordert. Eine weiterführende Frage wäre demnach, welche Rolle die Gelassenheit und die Askese in dem Modell des Mehr-Wollens spielt. Kann durch Selbststeigerung Gelassenheit erzeugt werden?

Sowohl Rolf Haubl als auch Volker Caysa diskutieren den Begriff des Hasses intra- und interpersonell, wobei sich Haubl eher einem grundlegend sozialen Kontext widmet und Caysa zunächst das intrapersonell-barbarisch-dionysische, den ekstatischen Zustand der Hingabe an die Kontrolllosigkeit, die Tierheit im Menschen thematisiert. In Rolf Haubls An-

satz zur Problematisierung des Hasses dominiert daher die Soziokulturalität bzw. Sozialpsychologie, was z. B. in Bezug auf den Begriff der Relativierung des Hasses, des relativen Hasses, der in beiden Aufsätzen eine nicht unwesentliche Rolle spielt, zu Differenzen bzw. inhaltlichen Gewichtungsversionen von intra- und interpersoneller Herangehensweise an die Thematik kommt.

Bei Haubl ist die Relativierung des Hasses mit dem interpersonellen Toleranzbegriff und der interpersonellen Anerkennung anderer Gruppierungen als der je eigenen verbunden.

Der Begriff des relativen Hasses ist bei Caysa einerseits als die Form des niedrigstufigen Hassens zu verstehen, mit dem der Einzelne inter- und intrapersonell alltäglich zu kämpfen hat. Andererseits muss der relative Hass nicht zu einem absolut entgrenzten interpersonellen Hass werden, wenn es dem Einzelnen gelingt, ein intrapersonelles reflektiertes Selbstverhältnis zu ihm einzugehen, wenn er eine stilisierte Leidenschaft, ein nüchternes Kalkül, wenn er stilisierter Hass wird.

Volker Caysa diskutiert in seinem Essay »Der Hass – eine große Stimmung« den Hass-Begriff existenzialphilosophisch neu, indem er ihn in seiner Radikalität und das heißt wirklich jenseits von Gut und Böse selbst an der Wurzel packt, indem er ihn im Lichte bzw. im »innervor-zivilisatorischen« Noch-nicht-Licht der »empraktische(n) Grundsicht all unserer Praxis, (auf dem) dionysischen Grund unserer Zivilisation« problematisiert (S. 119).

So wird der Hass von Volker Caysa nicht nur als lebenszerstörender Affekt, sondern auch als lebensbedingendes Gefühl diskutiert, als Stimmung, die das Leben über-sich-selbst-hinaus-schafft. »Der Hass ist eine Kraft, die aus dem Menschen einen Übermenschen, einen Menschen macht, der den jetzigen transzendiert. Diesem Übermenschen ist der Mut eigen, das ›Böse‹, Negative absichtlich tun zu wollen, weil es getan werden muss, weil es ein Heilgift ist« (S. 105). Damit wird das Heilende der menschlichen Existenz und damit auch das Heilige der Natur, die er selbst ist, des Leibes, in einen existenzialphilosophisch-notwendigen Zusammenhang gebracht. Das Heilige als das eigentlich Heilende als »Grosse Gesundheit« des Leibes, das als »das Böse«, das »das Gute« sein kann, ja das eigentlich

immer beides zugleich ist, basiert auf der Fähigkeit des Einzelnen ehrlich, asketisch mit seinen Affekten und Leidenschaften, seinen Stimmungen umzugehen und sie auf dem Grunde dieses offenen Umgangs instrumentell-funktional auf ein bestimmtes Ziel hin zu benutzen. Damit werden die ethischen Karten von Caysa neu gemischt. Die Ethik findet in der Existenz des Einzelnen einen neuen leiblich-empraktischen Anfang und drückt sich in einem Ethos als selbstbestimmter Haltung je individuell aus, dessen Maßstab die Würde des Einzelnen ist.

Der Hass als eine große Stimmung, als ein Existenzial ist Caysa im Anschluss an Nietzsche und Heidegger eine Daseinsbestimmung des Menschen, die er als *conditio humana* nicht einfach verdrängen kann, sondern lebenspraktisch mit ihm umzugehen lernen sollte. Damit nimmt Caysa eine Umwertung, eine positive Umkehrung des Hass-Begriffes vor, im Sinne der Möglichkeit eines individuell-existenzial selbstbewussten, strategischen Hassens, das auf dem Willen zur Macht des Einzelnen über sich selbst beruht. »Der Wille zur Macht meint (...) nicht bloß das Verfügen über Möglichkeiten, sondern das dem sich verwirklichenden Möglichen innerliche Streben, das sich seiner nicht bewusst sein muss, sich in seinen wirklichen Möglichkeiten selbst zu transzendieren auf eine Möglichkeit hin, die noch nicht oder nicht mehr ist. Dieses den Stimmungen innere Streben nach Selbststeigerung bewegt sich selbst im Spannungsfeld von Lust und Unlust, von Unbewusstem und Bewusstem, von Affektivität und Leidenschaft, von Eros und Thanatos, was dazu führen kann, dass dieses innere Streben nach Selbstermächtigung von bisher nicht Möglichem, von anscheinend Unmöglichem im Feld des Möglichen, sich gegen die Selbsterhaltung richtet und ein Sein zum Tode wird« (S. 113). Vorausgesetzt wird ein Verständnis für die Situation des Feindes. Der Umgang mit ihm ist ein Teil der ästhetischen Gestaltung des strategisch hassenden Individuums. Indem der Hass positiv und als produktive Stimmung diskutiert wird, nimmt Caysa eine kulturalistische Reformulierung des Hass-Begriffes am Maßstab der Würde des Menschen vor. Dies geschieht in der Beschreibung der Möglichkeit, sich vom Hass durch gekonntes Hassen, d. h.

einen selbstbewussten Umgang mit ihm, zu befreien: durch befreienden Hass, der im Marxschen Geiste dafür kämpft, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1981, S. 385)

Der Neuigkeitswert dieser kulturphilosophischen Überlegungen über den Hass besteht in der Einsicht, dass im Anschluss an Spinozas und Nietzsches Gedanken, ein Affekt nur durch einen stärkeren anderen überwunden werden könne, bei den »Superaffekten« Hass und Liebe aufgrund ihrer unübertreffbaren Größe und Intensität so nicht mehr funktionieren kann. Hass und Liebe sind zwar partiell beherrschbar, aber nicht durch einen anderen, noch stärkeren Affekt zu überwinden, weil sie selbst die stärksten Affekte sind. Beherrschbar werden sie durch das »Prinzip Selbstregieung«, d.h. durch die Intellektualisierung und Rationalisierung, durch eine kontinuierliche Arbeit des Einzelnen an sich Selbst, durch Askese. In dieser Selbstzüchtung, in dieser Zähmung ist der einzige Weg eines vernünftigen Umgangs mit ihnen zu finden. Nach Volker Caysa kann diese Anerkennung eines Größeren als wir selbst sind nur anhand eines säkularen Maßstabes funktionieren: und zwar am Maßstab der Würde des Menschen. Das bedeutet, dass Liebe und Hass dort ihre Grenzen finden, »wo Menschen versklavt und zum bloßen Rohstoff einer wie auch immer gearteten Bioindustrie werden« (S. 127).

Dabei korrigiert Caysa Kant und Nietzsche durch seine Orientierung am Würdebegriff des Menschen und der dionysischen Macht des Hasses. Der Hass wird als »vitalisierend, erotisierend, euphorisierend« verstanden, womit der Gedanke zusammenhängt, dass »auch die Möglichkeit der Selbstschädigung per Selbsttötung vom Hass nicht abzubringen vermag: weil es eine Form des Erlebens von Selbstmacht im Hassleben gibt, die nicht zu steigern ist – die Möglichkeit der Ekstase, die eben nicht nur als enthemmte Dionysierung auftritt, sondern bei den aus Kalkül Hassenden mit inszenierter Apollinik verbunden ist« (S. 113). Der aus Kalkül Hassende muss sich vom affektiven Hass frei machen, er muss ihn

übersteigen, was nur mit einer Rationalisierung desselben gelingen kann, nicht aber im Zustand des unmittelbaren Hassens selbst. Der Hass ist also mit einer selbstästhetisierenden Apollinik, manchmal mit selbstkünstlerischer Dionyso-Apollinik verbunden. Wider die Verlogenheit propagierten christlichen Ressentiments als Liebe, die sich historisch allzu oft als Hasstirade erwiesen hat, nur subtiler und unter Vortäuschung falscher Gegebenheiten, geht es Caysa um eine Wiederumkehrung der Werte, um eine Umkehrung der Verkehrung ethischer Werte, eine Umkehrung der Verkehrung der Werte, die Resultat der christlichen Moralpolitik sind.

In diesem Kontext nannte Nietzsche die Priester die »ganz grossen Hasser der Weltgeschichte« und gleichzeitig die »geistreichsten Hasser«. Als derartige Priesterfigur aber muss man nicht notwendig in der Kirche auf der Kanzel stehen. Priesterlich haben sich auch Politiker, Intellektuelle und Journalisten nach der intellektuellen Kolonialisierung eines Universitätsbetriebes durch einen anderen in Deutschland nach 1989 aufgeführt. Als die großen Richter und Rächer haben sie schamlos bestimmt, wer in die Opfer- und wer in die Täterrolle zu schlüpfen hat – bis heute. Hat man das erfahren, kann wohl sich mehr und mehr bewusst werdendes Hassens, das vom Affekt zur Leidenschaft wird, zu einer notwendigen Freiheitspraktik werden, denn »wer lebt, kämpft um seine Würde, sonst hat er kein Anrecht auf Würde und Leben. Darum muss man unter Umständen hassen, gerade weil man lieben will« (S. 121).

Gerade der in diesem Buch abgedruckte Briefwechsel ist von Seiten Volker Caysas als ein offener und ehrlicher Existenzialbericht über eine gelebte Zeit, über erfahrenen, mindestens affektiven Hass und den notwendigen Umgang mit ihm, gerade um seine Liebe nicht zu verlieren, zu verstehen. Es geht um eine Zeit der staatsöffentlichen Vergeltung, eine Zeit in der der Einzelne in seiner gelebten Existenz, in seinem je individuellen Schicksal nicht nur pauschalisierend übergangen, sondern öffentlich verurteilt und akademisch hingewiesen wurde. Im Namen des Ressentiments setzte man ein Gewaltrecht der Gutmenschen willkürlich im Prozess der DDR ein. Maßstab einer »guten« Gesellschaft ist Caysa die Ga-

rantie der Wahrung der Würde des Menschen, die je individuell ist und in seinem Wert-sein je eigen bewertet werden muss. Dieses Wert-sein aber erlangt das Individuum durch die Arbeit an sich selbst und durch sich selbst, als Voraussetzung gerechtfertigter Anerkennung seiner Selbst als Person. Man kann erst lieben, sowohl erotisch-romantisch als auch in sozialen Zusammenhängen, wenn man die Chance auf Selbstmacht, auf Würde und so auf ein eigenes Leben bekommt, wenn man dem Anderen wie auch von den Anderen, die an der Herrschaft sind, dazu gelassen wird. Gelassenheit und damit die Fähigkeit selbstbewusst zu lieben, hat zur Voraussetzung, auch (von den Anderen) gelassen zu werden und zwar nicht im gleichgültigen Sinne, sondern im Sinne von Anerkennung. Wer nicht die grundlegende Möglichkeit eines bejahenswerten Lebens bekommt, kann auch andere nicht lieben, denn er kann sich selbst nicht lieben. Selbstliebe als Wille zur Selbstermächtigung aber ist die Voraussetzung dafür, auch andere lieben zu können und ein erfülltes, bejahenswertes und das heißt: schönes Leben leben zu können. Deshalb ist es nötig, mit seinem je eigenen Hass umzugehen, um nicht trotz seines In-der-Welt-seins leblos zu sein, um sinnvoll leben zu können, um wahrhaft lieben zu können. Es gilt also per Hass die eigene Ehre wieder herzustellen, per Hassstrategien, welche Stilisierungen der Selbstmacht in Form von Selbstherrschaftstechniken sind. Das erst ermöglicht dem Einzelnen einen ihm als Person ebenbürtigen aufrechten Gang. Der aufrechte Gang ermöglicht ihm Würde und ist Bedingung der Möglichkeit im vollen Ausmaß der werden zu können, der man ist.

Zu werden, der man ist, ist schon von Nietzsche gefordert worden, der in der Intensität verschiedener Rauscherlebnisse und leiblicher Widerfahrnisse z. B. in Form von verschiedensten Schmerzen wohl die Radikalität seines Denkens erlangte, der fordert, am »Leitfaden des Leibes« zu philosophieren, weil er dem Einzelnen die Existenzialität seiner Gedanken spürbar werden lassen will. Er thematisiert damit die Sehnsucht nach etwas Absolutem, das sich höchstens in der Vollkommenheit einzelner Momente voll entfaltet, aber eben auch in der Dauer des nicht

vollkommenen Momentes anwesend ist. Liebe und Hass wohnen dieser Sehnsucht zutiefst inne. »Liebe und Hass verkörpern beide eine Sehnsucht nach dem Absoluten. Das Diabolische von Liebe und Hass liegt in dem Streben, das Absolute, das Unerreichbare doch erreichen zu wollen. Die Welt, die daran hindert, mag dann nur als Niedertracht und vernichtenswert erscheinen« (S. 99 f.). Der Hass enthält wie die Liebe ein transzendierendes Moment, aus dem das gefestigte, gesteigerte, selbstbewusstere Gegenteil entstehen kann. Vielleicht liegen grundlegende Motive des Hassens in der Suche nach Anerkennung. Sie lässt uns hassen und lieben, kämpfen und einander bekriegen.

Mit dem Hass ist also eine große Sehnsucht verbunden, die Sehnsucht nicht nur nach einer Selbstvereinigung, einem vollkommenen Zufriedensein mit sich im Erleben des Selbst als Funktionierendes, als Jugend und Stärke – Selbstliebe zielt auf die totale Vereinigung mit sich selbst, Aufhebung jedes intrapersonellen Dissenses (Vgl. S. 105), es ist auch die interpersonelle »Selbstbestätigung im Kampf um Leben und Tod«, die man von den Anderen, von einer Gesellschaft beispielsweise erwartet, um sich in seiner Würde nicht angegriffen zu fühlen, die doch der Maßstab von lebenswertem Leben überhaupt ist.

Die Würde des Menschen aber bewegt sich im Spannungsfeld der äußersten Leidenschaften. Haubl verdeutlicht das am Beispiel von Goethes »Wahlverwandtschaften«, in der ein kleines Mädchen aus einem tiefen Gefühl der Abneigung, des Hasses einem benachbarten Jungen gegenüber die gegenteilige Leidenschaft entwickelt: erotisches Begehren, das sie ihr Leben lang begleitet und in dem dieser Junge immer Objekt desselben bleibt. Bei Goethe werden beide, wie von einem »unbewussten Wegweiser« getrieben notwendig ein Paar, »weil die wahre Liebe zusammenbringt, was zusammengehört, auch wenn es Zeit braucht, um schicksalhafte Bestimmungen zu erkennen« (S. 124). Dieser »unbewusste Wegweiser« ist bei Goethe, worin ihm Haubl nicht folgt, die Große Sehnsucht, die sich im Einzelnen bei Leibe als richtungsweisende eigene Natur ausdrückt und die in der Vereinigung der schicksalhaft Zusammengetriebenen ihre Erfüllung und – im Anschluss an Goethe

gedacht – vielleicht ein erweitertes Gründungsmoment der Würde des Einzelnen ist.

KONSTANZE SCHWARZWALD

Rainer Funk:

Erich Fromms kleine Lebensschule, Herder Spektrum Freiburg 2007, 192 S. (8,90 €)

»Jede direkte Begegnung hat eine die Empathie stärkende Wirkung.« Und diese Empathie zu stärken ist ein wesentlicher Kern der Lebensschule Fromms. Das »produktive Ich« soll hier gestärkt werden durch das Ansprechen von Konflikten, durch gezieltes Alleinsein, durch unmittelbare Bezogenheit auf andere Menschen. Das »starke Ich« kann die eigene Wirklichkeit und die uns umgebende klar unterscheiden. Es trennt, anders als das »unproduktive Ich«, die Vorstellungswelt von der konkreten Wirklichkeit. Rainer Funk, der in diesem Buch von den direkten Begegnungen mit seinem Lehrer Erich Fromm ausgeht, die seinen eigenen Blick für die menschliche Wirklichkeit verstärken, hält, wie bereits in seinem Buch »Ich und Wir-Psychoanalyse des postmodernen Menschen«, den Ich-Orientierten, wie den Marketing-Orientierten, die in unserer Gesellschaft die Norm sind, nicht nur einen Spiegel vor, sondern er vermittelt seinen Lesern, dass er sich selbst vor diesem Spiegel sieht, aber täglich daran arbeitet, nicht der gesellschaftlichen Charakterorientierung auf den Leim zu kriechen, die von uns verlangt, unsere produktiven Fähigkeiten zugunsten eines abstrakten Marktes und eines brutalen Konkurrenzkampfes aufzugeben. Das Buch ist ein Plädoyer für das »produktive Ich«, das die Fähigkeit beherrscht, sich selbst zum Objekt der Erkenntnis machen zu können und das nicht im eitlen Wettkampf des Marktes Fehler gern bei anderen geißelt, aber sich selbst sentimental verherrlicht. Produktive Vernunft nennt der Autor diese Fähigkeit. Diese Vernunft ermöglicht den Blick auf die Totalität des gesellschaftlichen Seins. Wo sind hier die prägenden Kategorien dieses Seins?, kann diese Vernunft fragen. »Wer einen Aspekt des Objekts isoliert und nur diesen erkennen

möchte,« schreibt Funk, »ohne das Ganze noch im Auge zu behalten, wird nicht einmal diesen einen Aspekt richtig verstehen«. Die 68er Generation, so der Autor, traute sich noch, an dem Ganzen, an der Gesellschaft, zu leiden und wollte sie deshalb verändern. Dies »ist in einer Gesellschaft, die vor allem positiv denken und fühlen will und erlebnishungrig ist, nicht erwünscht.« Funk kritisiert den Neopositivismus, der heute in fast allen Wissenschaftsbetrieben und Medien die Herrschaft übernommen hat. Das verdient in dem eher auf Marketing und Ich-Orientierung angelegten Psychologiebetrieb besondere Anerkennung. Funk vertritt eine Psychologie der Rebellion.

Die Lebensschule Fromms blickt *anders* als Marx in das Ganze des gesellschaftlichen Seins. Fromm und mit ihm Funk wollen nicht das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft analysieren, sondern zeigen, wie dieses Fundament jeden von uns prägt. Wie können wir, trotz kapitalistischer objektiver Gesetze, in die wir als Verkäufer oder Käufer der Ware Arbeitskraft, als Schüler, Student, Rentner oder Hausfrau eingebunden sind, trotz dieser Entfremdungen von echter menschlicher Bezogenheit, dennoch unser Ich stärken? Das sind die Fragen der Lebensschule Fromms, die kein kritischer Mensch mit dem Hinweis auf Fromms buddhistische Neigungen verdrängen sollte. Zur Stärkung des Ichs könne die Selbstanalyse beitragen, so Funk. Aber auch die Traumdeutung sei wichtig, versteckt sich doch in jedem Traum, wie in der freien Assoziation, der Fehlleistung und Übertragung, eine persönliche Botschaft die es ganz ohne Schönfärberei zu entschlüsseln gilt. Wer sich nur, sei es noch so kritisch, mit der ihm äußeren Welt beschäftigt, wird ohne Selbstanalyse leicht zu einem Spielball fremder Mächte und eigener unproduktiver Ich-Orientierungen, die sich als Eitelkeiten, Rechthabereien hinter klugen oder revolutionären Thesen nur gar zu leicht verstecken können. In diesem Sinne betrachte ich Rainer Funks Buch als ein wichtiges Warnsignal für alle kritischen Geister, die sein Buch lesen sollten, um auch mit sich selbst kritischer sein zu können. Sicher deuten die Hinweise Funks, »dem menschlichen Gelingen den Vorrang vor dem gesellschaftlichen Gelingen zu geben«, auf eine Problematik

Fromms Lebensschule hin, gibt es das gesellschaftliche Sein doch nur durch den Menschen als Subjekt. Ein Subjekt kann es also ohne gesellschaftliches Sein nicht geben. Die Dialektik dieser Einheit der Widersprüche geraten bei dem Autor in eine leichte Schiefelage. Dennoch ist sein Blick und Hinweis auf die Entwicklung der produktiven Ich-Orientierung an Wichtigkeit nicht zu unterschätzen. Deshalb, dies ist sicher ganz im Sinne Funks, der vom starken Ich Kritikfähigkeit fordert, ist es wichtig, auf Gedanken aufmerksam zu machen, die mir problematisch erscheinen. Wenn Funk von »existenziellen Bedürfnissen« des Menschen spricht, denen er sowohl die »körperlichen«, wie die »psychischen« zuordnet, verkennt er, dass Essen, Trinken, Sexualität natürliche Bedürfnisse sind, ohne deren Befriedigung es keine menschlichen oder gesellschaftlichen Bedürfnisse geben kann. Der Mensch müsse sich seiner Sinnfrage stellen, »in dem er sich einen religiösen, spirituellen oder weltbildhaften Orientierungsrahmen schafft«, dies sei ebenfalls ein »existenzielles Bedürfnis«. Im Unterschied zu den existenziellen Bedürfnissen, die der Mensch mit dem Tier gemeinsam hat, sind die eigentlichen menschlichen Bedürfnisse aber dadurch charakterisiert, dass in den Wünschen oder Intentionen natürliche Antriebe keine unmittelbare Rolle spielen. Erholung, kulturelle Betätigung, Spielen der Erwachsenen, Vermittlung, Freundschaft, Liebe, Selbstverwirklichung in Objektivierungen und moralische Aktivitäten sind solch typisch menschlichen, aber eben keine existenziellen Bedürfnisse. Während in Gesellschaften, für die noch das Standesrecht galt, die menschlichen Bedürfnisse klar nach Klasse und Stand vorgegeben waren, ist dies im Kapitalismus nicht mehr der Fall. Hier kann, jedenfalls formal, jeder Mensch jedes Bedürfnis nach Lust und Laune befriedigen. Damit einher geht allerdings die Entfremdung dieser menschlichen Bedürfnisse, die sich nicht mehr an qualitativen Bedürfnissen, wie Liebe oder Freundschaft, orientieren, sondern an quantitativen, wie Geld, Karriere, Macht und Besitz. Mit Entfaltung des Kapitalismus und der Beschränkung der Arbeiterbewegung auf den Kampf zur Befriedigung ihrer bloß existenziellen Bedürfnisse, hat die Entfremdung der menschlichen Bedürfnisse drastisch

zugenommen und immer mehr Schichten der Gesellschaft in ihren Sog gezogen. Nichtentfremdete Bedürfnisse sind qualitative, nicht auf Akkumulation von Dingen, Erlebnissen, Reisen angelegte. Sie können erst in einer Gesellschaft zur prägenden Kategorie des Alltags werden, die den Menschen nicht mehr zu einer Ware verdinglicht und gegen andere als Konkurrenzware setzt. Diese Differenzierung der Bedürfnisse ist wichtig, wenn die produktive Ich-Stärke, wie sie Fromm und Funk anstreben, gelingen soll. Die »zwei Seelen in einer Brust«, von denen Rainer Funk spricht, wo die eine »will, was den Menschen gelingen lässt, und eine, was die Gesellschaft und ihn als gesellschaftliches Wesen gelingen lässt«, gibt es nicht als wählbare Alternative. Wir können uns nicht entscheiden, ob wir gesellschaftlich orientierte Charaktere oder produktive Ich-Typen werden wollen. Wir sind als gesellschaftliche Wesen stets in der Einheit dieses Widerspruchs. Also müssen wir gegen die Entfremdungen aktiv agieren, die unser gesellschaftliches Leben auf existenzielle Bedürfnisse reduzieren wollen, um uns zu unproduktiven, marketingorientierten Ich-Idioten zu degradieren, die den kapitalistischen Marktgesetzen treu und brav folgen, wie die Schafe zur Schlachtbank. Natürlich lassen sich die existenziellen Bedürfnisse nicht mechanisch von den nichtentfremdeten isolieren. So ist das Verhältnis der Frau zum Mann ein existenzielles, also natürliches Bedürfnis, auf dem allerdings ein menschliches gedeihen kann, das als solches sowohl ein entfremdetes, wie ein nichtentfremdetes sein kann. Nichtentfremdet ist es dann, wenn qualitative und nicht quantitative Bedürfnisse dominieren. Wenn der Andere als Mensch zu einem Bedürfnis wird. »Nur wer sich traut zärtlich zu sein«, schreibt Funk ganz in diesem Sinne, »und eine absichtslose Nähe zu praktizieren ist zärtlich, das heißt, für den wird Zärtlichkeit zu seiner Eigenschaft oder Eigentümlichkeit.« Das gelingt in dieser Gesellschaft nur, wenn gegen den Mainstream der quantitativen Bedürfnisse, Fromm sprach von »Habens-Orientierung«, geschwommen wird. Mann und Frau!

Der Autor schreibt mit seinem Hinweis, dass die Gesellschaft bestimme, welche Gedanken und Gefühle ins Bewusstsein des Einzelnen gelangen dürfen, jenen ins Stamm-

buch, die stets mit schärferen Gesetzen drohen, um Gewalttaten zu verhindern, statt die alltägliche Gewalttat der kapitalistischen Ökonomie als Ursache zu erkennen. »Fühlt der Mensch nur noch seine ›Ohn-Macht‹, irgendetwas bewirken zu können, dann liegt der Ausweg nahe, das Leben selbst vereiteln zu wollen, indem man sich und/oder andere zerstört.« Hoffen wir auf viele produktive Ich-Starke, deren menschliches Bedürfnis es ist, die Entfremdungen der Gesellschaft, aber auch deren Narben und Wunden im eigenen Selbst interpretieren und menschlich verändern zu wollen!

JÜRGEN MEIER

Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Erhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke (Hrsg.):
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008,
Aufbau-Verlag Berlin 2008, 500 S.
(38 €)

Dieses Jahr vollendet Hermann Weber, der Nestor der historischen Kommunismusforschung, sein 80. Lebensjahr. Seit fast fünf Jahrzehnten erforscht er sowohl die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegungen als auch der sich sozialistisch nennenden Staaten. Weber war Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und leitete dort den Forschungsschwerpunkt DDR-Geschichte. Mit seiner Emeritierung im Jahr 1993 begründete er das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Dieses wurde, so die nicht übertriebene Selbsteinschätzung der Herausgeber, »zu dem wichtigsten deutschsprachigen Forum einer international und interdisziplinär ausgerichteten Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegungen, Parteien und Regime im 20. Jahrhundert« (S. IX). Die nunmehr 15. Ausgabe des Jahrbuches ist seinem Gründungsvater gewidmet, der im vergangenen

Jahr sein Ausscheiden aus dem Herausgeberkreis erklärt hat.

Mit 31 Beiträgen (und zwei Dokumentationen) fällt das Jahrbuch noch vielfältiger aus als vergangene Ausgaben. Insgesamt 35 Historiker aus dem In- und Ausland greifen die Themen auf, denen Weber sich während seiner langen Forscherkarriere gewidmet hat. Dementsprechend bilden Studien zur kommunistischen Bewegung und Komintern vor dem Zweiten Weltkrieg einen Schwerpunkt. Wladislaw Hedeler und Alexander Vatlin werfen hier beispielsweise einen Blick zurück auf den bis heute wenig erforschten Gründungskongress der Kommunistischen Internationale (1919). Besonders spannend ist der Beitrag von Jean-Francois Fayet, der sich mit einem von der klassischen historischen Kommunismusforschung weniger beleuchteten Thema befasst: der Sprachfrage innerhalb der Komintern. Fayet beschreibt die Bemühungen, der internationalen Bewegung durch die Einführung von Esperanto (bzw. dem verwandten Ido) auch eine internationale Sprache zu geben. Die Idee konnte sich letztendlich nicht durchsetzen – später blockierte die Komintern-Exekutive sogar aktiv die Arbeit der Esperantisten. Dennoch zeigt dieser Beitrag, welch interessante Debatten in der Frühzeit der Internationale geführt worden sind.

Fünf weitere Artikel, etwa zur Stellung der ausländischen Kommunisten zur Sowjetunion (Jerzy Holzer), der Verfolgung der Wiener Kommunisten durch die staatlichen Behörden in den Jahren 1918-21 (Verena Moritz und Hannes Leidiger) oder der Zusammenarbeit des Spartakusbundes mit linksbürgerlich Pazifisten im Ersten Weltkrieg (Ottokar Luban), runden den Schwerpunkt zur Geschichte der kommunistischen Bewegung ab.

Einen großen Teil in Webers Schaffen nimmt die DDR-Forschung ein, wie auch Jens Hüttmann in seinem Artikel über die Einordnung Webers in der bundesdeutschen DDR-Historiographie seit den 1950er Jahren unterstreicht. Verschiedene Autoren untersuchen daher im vorliegenden Jahrbuch unterschiedliche Aspekte auch dieses Teilbereichs der Kommunismusforschung. So erinnert beispielsweise Wilfriede Otto an einen in der DDR geplanten, aber niemals stattgefundenen Schauprozess, Ulrich Mählert stellt den Machtkampf im SED-

Politbüro um die Jahreswende 1951/52 dar, und Siegfried Suckhut beschreibt in einem teilweise amüsant zu lesenden Aufsatz die Schwierigkeiten, die die beiden DDR-Besuche Willy Brandts (1970 und 1985) dem Ministerium für Staatssicherheit bereiteten. Bernd Bonwetsch befasst sich in einem kurzen Aufsatz mit einem der »umstrittensten deutschlandpolitischen Themen der letzten fünfzig Jahre« (S. 109): der Stalin-Note von 1952, jenem Angebot Stalins an die Westmächte, Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralität Deutschlands zu führen.

Ein anderer Aspekt der Weberschen »Lebensthemen« wird von jenen acht Autoren aufgegriffen, die verschiedene biographische Skizzen zum Jahrbuch beisteuern. So zeichnet unter anderem Mike Schmeitzner den Werdegang Curt Geysers, einem der bekanntesten und heute nahezu vergessenen linken Journalisten und Autoren der Weimarer Republik, nach. Gabor Székely untersucht das Schicksal der drei ungarischen Kommunisten Béla Kun, Georg Lukács und Imre Nagy während der großen Säuberungen in der Sowjetunion. Andreas Herbst geht dem Lebensweg einiger Lehrgangsteilnehmer der Militärschule des geheimen Nachrichtenapparats der Kommunistischen Internationale nach.

Hermann Weber hat nicht nur einen wissenschaftlichen Bezug zur Geschichte des Kommunismus. Vielmehr ist sie Teil seiner eigenen Biographie. So war Webers Vater aktiver Kommunist und zeitweise unter den Nazis als Widerstandskämpfer inhaftiert. Weber selbst schloss sich 1945 der KPD an. 1954 wandte er sich schließlich von der stalinisierten Partei ab. Aus diesem Grund wurde er gerade in der DDR von vielen als »Renegat« beschimpft, seine wissenschaftlichen Arbeiten nicht ernst genommen. Dabei war und ist es Weber, der – auch in Zeiten des Kalten Krieges – die progressiven und demokratischen Wurzeln der kommunistischen Bewegung immer wieder betont hat.

In seinen Forschungen unterschied er zwischen einer diskussionsfreudigen, demokratischen KPD der frühen 1920er Jahre und der entdemokratisierten, vom Apparat bürokratisch gesteuerten und von der Komintern und damit der Führung der KPdSU gänzlich abhängigen KPD der späten Weimarer Republik.

In den letzten Jahren ist diese Wandlungsthese jedoch vermehrt in Frage gestellt worden. Die Debatte hierzu zeichnet Kevin McDermott in seinem Beitrag nach. Anschließend unterzieht er Webers Theorie selber einer kritischen Betrachtung und kommt zu folgendem Ergebnis: »Sie ist weiterhin das bestimmende Konzept für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der KPD und der Komintern in den 1920er und 1930er-Jahren« (S. 206).

Naturgemäß bietet das Jahrbuch ein vielfältiges Spektrum von Themen, inhaltlichen Konzeptionen und Positionen. Schade ist jedoch, dass eine ressentimentgeladene Aussage von Werner Müller den Weg in den Band gefunden hat. In seinem Artikel über Kontinuität und Wandel im deutschen Kommunismus bezieht er sich auch kurz auf die PDS. Er bescheinigt ihr zwar »keine orthodox-kommunistische Partei mehr« zu sein, aber zugleich behauptet er – auf eine wenig überzeugende Argumentation gestützt – sie sei »eben auch keine demokratische Partei« (S. 273). Was man auch von dieser Formation gehalten haben mag, dieser Vorwurf gehört in dieser Form nicht in eine ernsthafte wissenschaftliche Publikation. Ganz nebenbei scheint Müller entgangen zu sein, dass die PDS nicht mehr existiert. Ansonsten würde er kaum im Präsens über sie schreiben.

Von dieser Marginalie abgesehen ist den Herausgebern wieder einmal ein vielfältiges, mitunter spannend zu lesendes, die Forschungslandschaft bereicherndes Jahrbuch gelungen. Ein Aspekt ist besonders hervorzuheben. Hermann Weber hat vergangenes Jahr im Rahmen eines internationalen Forschungskolloquiums (dessen Protokoll auch im Jahrbuch dokumentiert ist) erklärt: »Es bleibt (...) notwendig, kommunistische Bewegungen, ihre Entwicklung als radikal-sozialistische Strömung, wieder stärker zu untersuchen« (S. 376). Dem sind die Herausgeber mit der Auswahl einiger Beiträge erfreulicherweise nachgekommen. Es bleibt zu hoffen, dass sie es auch in den kommenden Jahrbüchern so beibehalten werden.

MARCEL BOIS

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 181 bis 200 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 51 bis 180 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €
(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

FRIGGA HAUG Politically Sovereign in Neoliberalism

A primary effect of neoliberalism is atomization. Everyone is individualized and placed in competition to everyone else to the point where no one even arrives at the idea of solidarity and socialization, let alone think that it could be accomplished. A window of opportunity of approx. two years remains open for creating a strong, nationwide left force, capable of taking the initiative. For this it would be worthwhile remembering Antonio Gramsci and Rosa Luxemburg. Left policy must transform representative democracy's current crisis of legitimacy into a crisis of capitalism. Any solution that goes beyond capitalism must be imbedded in a socialist perspective. The task of the day is therefore the creation of a common socialist objective.

MICHAEL WOLF Reforming the Hartz-IV-Reforms: excessive persecution mania

In many highly developed capitalist economies we are witnessing an unprecedented turn around in social politics over the past years. In academic discourses this is understood as a paradigmatic shift from the Keynesian Welfare State to a Schumpeterian Workfare State. In the Federal Republic of Germany a core element of the change to ›workfare politics‹ is the so-called modernisation of labour (market) and social welfare regulations which became notorious as the Hartz-IV Laws (named after the former manager and head of a government commission of inquiry Peter Hartz). While analysing these laws and the way they had been amended and ›reformed‹ recently the author shows that impoverishment has become a well calculated means which is deliberately used to force the unemployed as well as precariously employed workers to accept ›any kind of work at any costs‹. Michael Wolf construes these politics – in recourse to a concept of Carl Schmitt – as ›internal declaration of hostility‹ (›innerstaatliche Feinderklärung‹) meaning that administration and politicians no longer intend to combat unemployment but the unemployed.

KARL-HEINZ GRÄFE Prague Spring 1968: A Last Socialist Regeneration Attempt?

The Prague Spring, an element of global upheavals taking place around 1968 and the climax of Eastern Europe's reform communist policy, was aimed at transforming state socialism into a society of democracy, emancipation, economic efficiency, social balance and solidarity. This complex attempt at socialist regeneration began in January 1968 with the election of Alexander Dubcek to the post of First Secretary of the Communist Party and the appointment of reform communists to posts at the most important levers of power. He had been supported by the Czech and Slovak mass movement and could only be thwarted by the military intervention of the Warsaw Treaty in August 1968.

AYHAN BILGIN

The 1968 Movement in Turkey

This essay examines the 1968 movement in Turkey, tracing the movement's origins, formation, expansion and finally its decline. Applying theories of social movements, the author historically reviews the 1968 Turkish movement and sheds a critical light on its development and social-political impact. He arrives at the conclusion that the Turkish movement in 1968 bears the markings of a peripheral society and, unlike the cultural orientation of West European movements, was primarily politically oriented.

MARIO KESSLER

Between Pariah Existence and Jewish Commonwealth.

Hannah Arendt on Anti-Semitism and Zionism

Hannah Arendt (1906-1975) interpreted modern anti-Semitism as being intertwined with imperialism and totalitarianism. Her outlook was not confined to a particular »Jewish« viewpoint. In her reporting of the Eichmann trial she coined the phrase »the banality of evil« to describe this sort of Nazi bureaucrats. She was outspokenly critical of the way that Israel conducted the trial. Arendt's interpretation of how many Jewish leaders had acted during the Holocaust caused a bitter controversy.

ALFRED LOESDAU

Thinking Politically and Seeing Historically Hannah Arendt's Relationship toward Left Intellectuals

Hannah Arendt was »independent«, meaning she was a non-conformist throughout her life. Like Rahel Varnhagen, Hannah Arendt always acknowledged being Jewish and followed the principle »if attacked for being a Jew, one must defend oneself as a Jew.« Her scholarly origins lie in German philosophy, but she did not see herself as a philosopher. Hannah Arendt wrote detailed analyses of outstanding left intellectuals – e. g. Bertolt Brecht and Walter Benjamin. To Hannah Arendt, the occurrences being treated in history, were merely conclusions with an obscure beginning, that must be brought to light.

ERHARD SCHERNER

The Frontlines became confused ...
Interview With Ludwig Kroeber-Keneth
(Kronberg, Bavaria) on His Trip with Alfred
Kurella to Soviet Russia in 1919

Leaving Munich in the Bavarian Council Republic, Ludwig Kroeber-Keneth (1899-1980) – accompanied by Alfred Kurella (1895-1975) – went to Moscow in Soviet Russia in 1919. Ludwig Kroeber-Keneth granted the wish to be interviewed about Alfred Kurella and their trip together to Russia of the Soviets in 1919. He agreed to the interview being recorded on tape. Kroeber described his impressions of the Bavarian Council Republic, his meeting with Paul Levi, the exertions of their trip and his contact with Lenin, Trotsky and other leaders of the Russian Revolution, whom he characterizes as »highly educated«. This text corresponds to the taped interview.

MARKO FERST

Plea for an Ecological Change of Course

Clear signs point to the dawning of a radical climate change that would lead to a human catastrophe. More than ever a decisive change of course must be quickly achieved, if we are to prevent humanity from crossing the point of no return, leading inevitably to the annihilation of civilisation as we know it. Therefore Marko Ferst sketches a plan of action – to be taken at various levels – for averting the impending disaster. He draws the conclusion that we can only be saved if we initiate an entirely new social approach that would break our addiction to economic growth and greed.

HUBERT FETZER

Climate Change and Socialism

After developing his view that it is capitalism that is primarily responsible for causing the threat of a climate change, the author elaborates the essential traits of a socialist transformation, which include the need to readjust the relationship between humans and nature. This relationship must be configured to end both exploitation and oppression, as well as, the destruction of nature.

DETLEF KANNAPIN
In the Garden of the Arbitrary
Crisis and Decline of Late-Imperialist
Philosophy

What had once been called philosophy, no longer meets up to its own definition. Philosophy has also failed there, where the most pressing problems of our society are openly exposed for all to see. Banished to the marginal zones of esthetics, the necessary discussion of terms such as alienation, totality; fetishism is withering in the broom closet of regression and as long as it is held captive in that seclusion, we will continue to mosey down the path toward barbarism. Significant is the fact that many of the available critically intended "approaches" have, on the long path toward the executive Nirvana, been rendered inoffensive by the institutional philosophy business. It is high time to take rationality out of the garden of the arbitrary.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistentz: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030– 44 310-157, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €